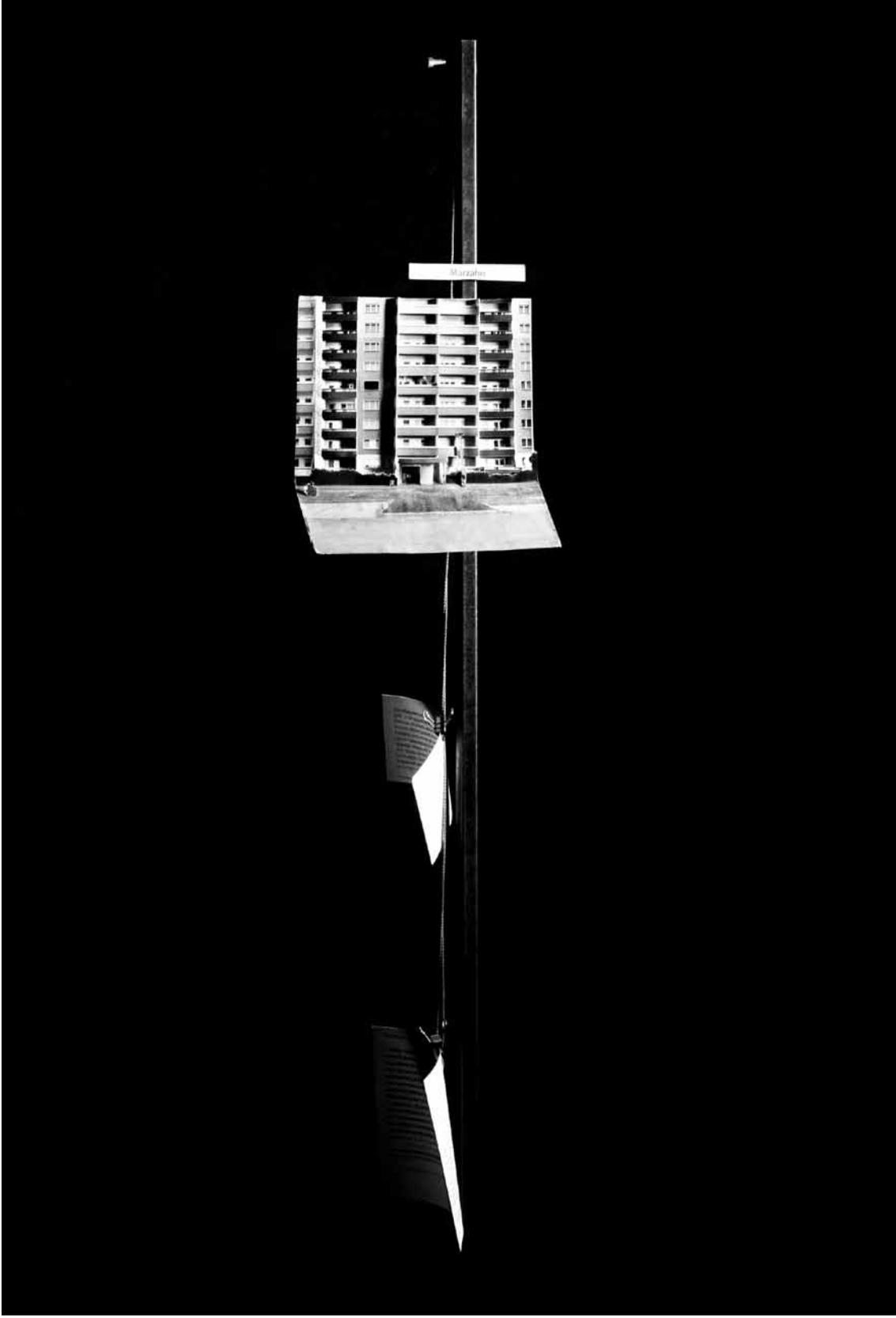


BERLINER ZUSTÄNDE



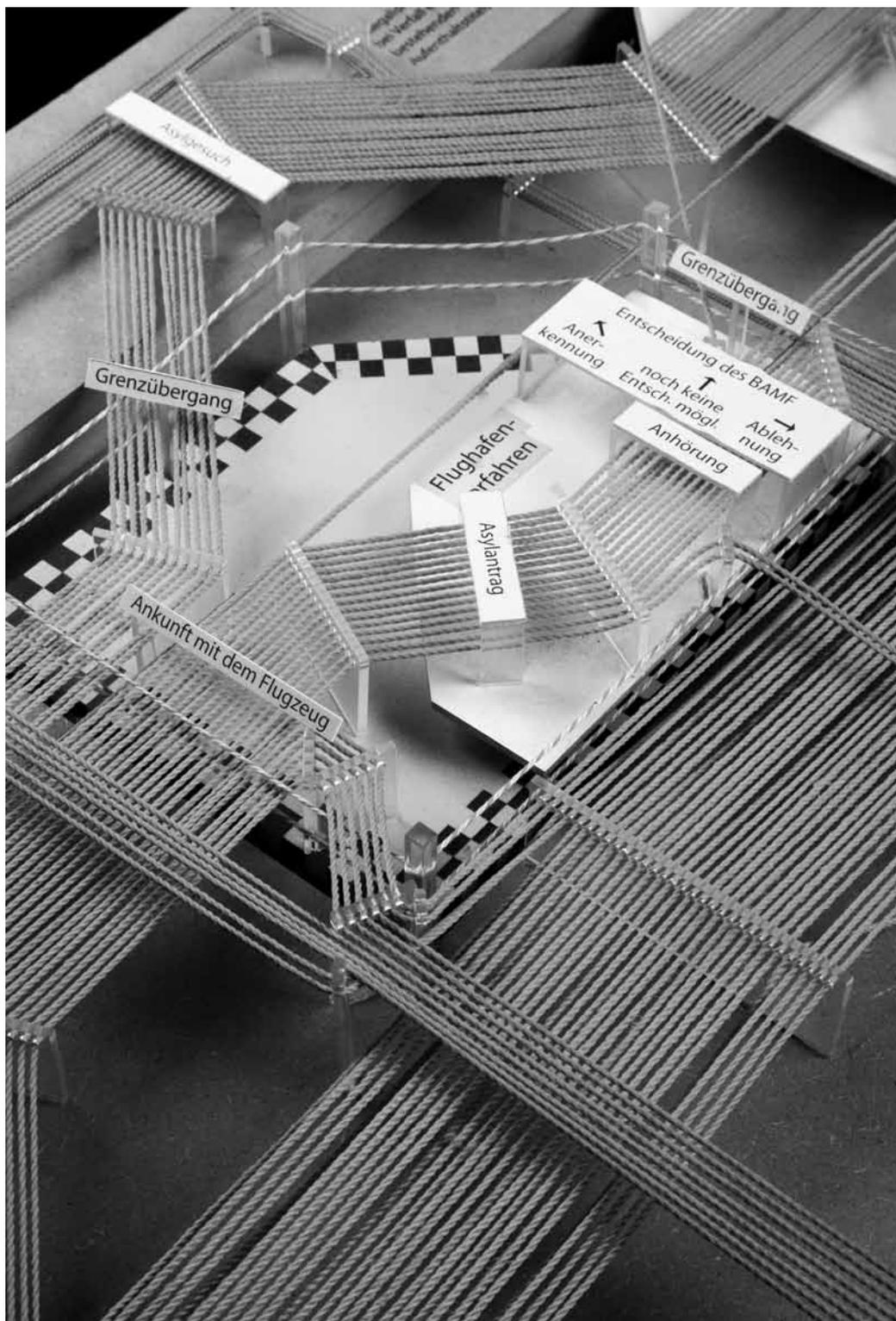
Ein Schattenbericht über
Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus im Jahr 2013

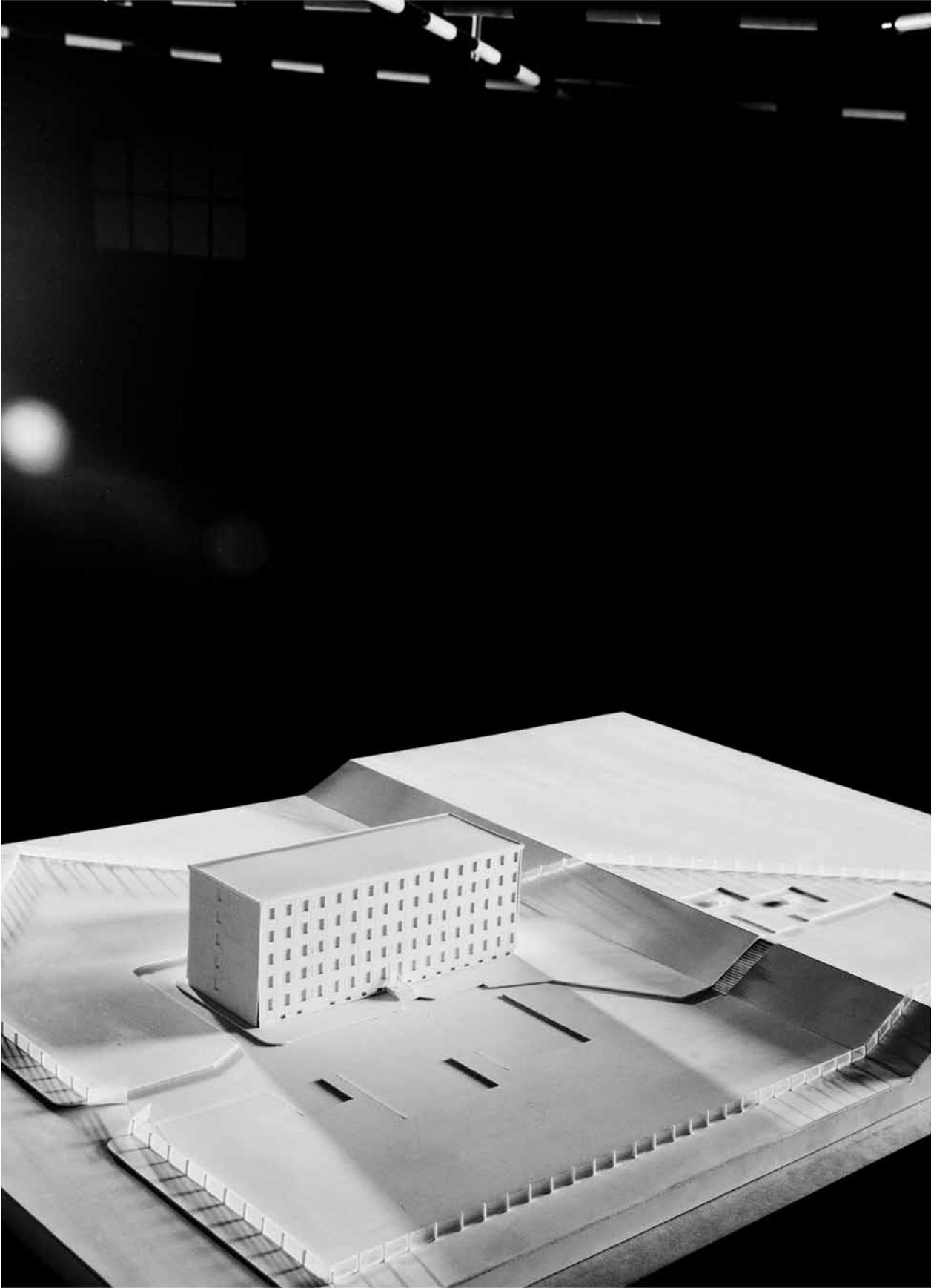
HERAUSGEGEBEN VON
APABIZ UND MBR
— APRIL 2014

Die Fotostrecke **»Residenzpflicht – Invisible Borders«** zeigt die Wanderausstellung zur Situation von in Deutschland lebenden Flüchtlingen. Als begehbare Landkarte lenkt sie den Blick auf Orte, die für die meisten Leute alltäglich oder unscheinbar sind, für Flüchtlinge im Asylverfahren oder mit Duldungsstatus aber zu Grenträumen werden, wenn die Residenzpflicht den Aufenthalt nur im zugeteilten Landkreis oder Bundesland erlaubt. Bei Personenkontrollen werden oft gezielt Menschen kontrolliert, die als nicht-deutsch eingestuft werden. Zitate von Flüchtlingen machen deutlich, welchen Einfluss die Angst vor solchen Kontrollen auf ihre Möglichkeiten hat, öffentliche Räume und Verkehrsmittel zu nutzen. Modelle und Karten von Flüchtlingsunterkünften zeichnen unterschiedliche Methoden der Ein- und Aussperrung nach. Doch auch Strategien des Widerstands und der Kampf um das Recht, sich als freier Mensch bewegen zu können, sind dargestellt.

Seit 2009 wurde »Residenzpflicht – Invisible Borders« mit oft umfangreichen Veranstaltungsprogrammen an 27 Orten bundesweit ausgestellt. Bis zum 12. Oktober 2014 ist das schematische Modell des Asylverfahrens als Leihgabe am Deutschen Hygienemuseum in Dresden zu sehen.

Weitere Informationen unter www.invisibleborders.de, Fotos: Ramtin Zanjani





Inhalt

06 — Die Debatte um Rassismus bleibt aus
Ein Vorwort von Mehmet Daimagüler

08 — Die Berliner Zustände 2013
Einleitung der Herausgeber_innen

15 — Chronik 2013
von ReachOut

Geflüchtete in Berlin

10 — Zur Situation von Geflüchteten in Berlin
Entwicklungen im Jahr 2013
von Alexandre Froidevaux und Julia Ley, KuB e.V.

17 — Alle reden von Harmonisierung.
Wir nicht.
von Burkhard Bartholome, Elène Misbach und
Hanna Schuh, Medibüro

22 — Zwischen Wüste und Meer: Kämpfe um
Bewegungsfreiheit in Nordafrika
Interview mit Aktivist_innen von AEI
von Andrea Plöger

28 — Zweimal 2013 in Hellersdorf.
Ein Bezirk driftet ab
von »Hellersdorf hilft«

32 — Willkommen?!
Zivilgesellschaftliches Engagement
in den Sammelunterkünften
Von Yves Müller, ZfD

38 — Solidarität mit den Geflüchteten
in Pankow
von Andreas Ziehl, [moskito]

43 — »Die müssen weg«
Autoritäre Armut- und Migrationspolitik
von Sebastian Friedrich und Jens Zimmermann, DISS

48 — Racial Profiling –
Mehr als ein Polizeiproblem!
von Angelina Weinbender, MRBB

52 — Ein Ort zum Ankommen und ein Ort der
interkulturellen Begegnung
von Katharina Oguntoye, Joliba e.V.

57 — Blinder (Re)Aktionismus

Der »Aktionsplan zur Einbeziehung
ausländischer Roma« des Berliner Senats
von Andrea Wierich, Amarofofo

64 — Rassismus vor Gericht –
Eine Prozessbeobachtung
von Dana Fuchs und Sabine Seyb, ReachOut

70 — Rassismus in der BVV
Die NPD in den Gremien Berlins
von Mathias Wörsching, MBR

74 — Vom Versuch, eine Bewegung zu sein
Rassistische Kampagnen und
die Rolle der extremen Rechten
von Ulli Jentsch und Eike Sanders, apabiz

80 — Fünf Monate »Antirassistisches Zentrum«
Die Besetzung der TU Berlin 1991/92
von Heike Kleffner

Berichte aus den Initiativen

88 — Rechtsextreme Infrastruktur unter Druck
von Matthias Müller, MBR

92 — Antisemitismus in Berlin –
Erfassung antisemitischer Vorfälle
von Benjamin Steinitz, VDK e.V.

97 — Neurechte Netzwerke
Rechtskonservative Aktivitäten in Berlin
von Patrick Schwarz, apabiz

102 — Unvereinbarkeit völkisch-rassistischer
Positionen mit der Ethik sozialer Berufe
von »Zeit zu Handeln – Kampagne gegen Neonazis
in Neukölln«

106 — Lichtenberg verhindert differenzierte
Aufarbeitung am Gedenkort Rummelsburg
von Anne Alex, AK »Marginalisierte – gestern und heute!«

112 — Literatur

113 — Adressen

114 — Impressum

Die Debatte um Rassismus bleibt aus

Vorwort von Mehmet Daimagüler

Der Beginn des NSU-Verfahrens jährt sich bald zum ersten Mal. Hundert Verhandlungstage sind vergangen und die Zwischenbilanz fällt ermutigend und ernüchternd zugleich aus. Wir haben heute ein sehr viel klareres Bild über die Rolle der Anklagten, mal mehr, mal weniger, aber doch genug, dass es sehr wahrscheinlich am Ende für eine Verurteilung im Sinne der Anklage reichen wird. Das ist befriedigend für alle jene, für die eine Verurteilung der Angeklagten das primäre Ziel des Verfahrens ist. Für die Menschen, die im Verfahren Antworten auf zentrale Fragen erwartet haben, ist der Verlauf des Prozesses jedoch frustrierend. Dies gilt vor allem für die Angehörigen der Mordopfer. Wir konnten aus ganz normalen Jugendlichen hasserfüllte Feinde der Menschlichkeit werden? Welchen Einfluss hatte die alltägliche Sprache von Akteuren der politischen Mitte, in der über Flüchtlinge, Arbeitsmigranten oder Sinti und Roma gesprochen wird? Wer gehört zum Netzwerk des NSU? Wer hat wo als Helfer und Unterstützer gedient? Welche Rolle haben V-Leute und Verfassungsschutzbehörden gespielt? Wieso wurden Akten geschreddert? Wie gehen wir mit institutionellem Rassismus in den Sicherheitsbehörden um, der konsequent Opfern verbot, Opfer zu sein und Neo-Nazis als potenzielle Täter ausblendete? Diese Fragen werden staatlicherseits nicht gestellt, geschweige denn beantwortet.

Man kann das Geschehene nicht in Untersuchungsausschüsse und Gerichtsgebäude einmauern und so tun, als hätten die Vorgänge nichts mit dem Rest des Landes zu tun.

Niemand war so naiv zu glauben, dass dieses Verfahren die Antwort auf alle Fragen bringen würde oder dass am Ende die Wahrheit ans Licht kommen könnte, nach all den Jahren, nach all den verschwundenen Akten. In unserem Land wird seit Abschluss des Untersuchungsausschusses vor dem

deutschen Bundestag mehr und mehr die Ansicht propagiert: wir haben doch umfassend aufgeklärt, nun können wir die Sache endlich zu den Akten legen und weitermachen. Der Prozess in München bildet in diesem Kontext den letzten Ankerpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit. Gerade in einem solchen Fall kann und muss die Funktion über die bloße Feststellung der Schuld oder Unschuld der Angeklagten hinausgehen. Doch Wahrheit ist ein großes Wort, offenbar zu groß für ein Verfahren vor einem Gericht unter diesen Umständen. Es musste darum gehen, sich der Wahrheit anzunähern, ihr so nahe wie möglich zu kommen und am Ende zumindest das Gefühl zu haben: wir haben alles gegeben, wir haben es versucht. Es macht einen Unterschied, ob man es ehrlich versucht hat und gescheitert ist, oder ob man scheitert, ohne es auch nur versucht zu haben. Für viele Opferangehörige hängt von dieser Unterscheidung die Frage ab, ob sie Frieden finden oder nicht, ob sie diesem Land Vertrauen schenken können oder nicht, ob sie in der Nacht schlafen können oder nicht. Dieser Friede ist ihnen bislang verwehrt und ob er sich im Saal A 101 des Oberlandesgerichts München finden lässt, darf bezweifelt werden. Vielleicht war es auch naiv zu glauben, dass die Mordtaten des NSU zu einer gesellschaftlichen Debatte über Rassismus und zu einem Kampf gegen Rassismus führen würden. Diese Debatte blieb nach Mölln aus, sie blieb nach Solingen aus, sie kam nicht nach Rostock-Lichtenhagen und auch nicht nach Hoyerswerda. Warum hätte sie nach Zwickau kommen sollen?

Was wir hingegen hätten erwarten dürfen ist, dass Spitzenpolitiker ihre Lehren nach dem Staatsversagen ziehen. Man kann den NSU nicht isolieren und vom Rest des Landes trennen. Man kann das Geschehene nicht in Untersuchungsausschüsse und Gerichtsgebäude einmauern und so tun, als hätten die Vorgänge nichts mit dem Rest des Landes zu tun. Genauso wenig kann man das Geschehene von den Politikern, ihrer Politik und ihren Worten iso-

lieren. Politik hat Konsequenzen und Worte haben Konsequenzen. Seit vielen Jahren wird eine Politik propagiert und umgesetzt, die auf Abschottung setzt und Migranten fein säuberlich nach ökonomisch »wertvollen« und »wertlosen« unterscheidet. Die ersteren sollen – und auch dies oft nur in der Theorie – willkommen sein. Die letzteren sollen sehen, wo sie bleiben, solange es nicht Deutschland ist. Entsprechende Worte sind schnell gefunden. »Sozialschmarotzer« und »Betrüger« sind an dieser Stelle noch harmlose Umschreibungen. Es passt in diese Tonlage, wenn Horst Seehofer verspricht, »bis zur letzten Patrone gegen die Einwanderung in die Sozialkassen« zu kämpfen. Damit schafft die Politik der gesellschaftlichen Mitte eine Atmosphäre, in der ein Teil unseres Landes zu »Parasiten« stilisiert wird. Wen kann es dann wundern, dass eine extreme Rechte entsteht, welche den Worten der Mitte Taten folgen lässt. Der von der Politik vielbeschworene und selten geführte »Kampf gegen Rechts« muss in der Politik anfangen, in seinen Gesetzen wie in seiner Sprache. Sich zu empören über die Mordtaten des NSU ist einfach und billig zu haben. Sich selbst zu hinterfragen und Konsequenzen zu ziehen, ist ungleich schwerer. Solange keine ernsthafte Debatte und ein Umdenken in der Politik einsetzt, sollten wir uns über die Fortsetzung dieser Defizite in unserer Gesellschaft nicht wundern.

Im Sommer letzten Jahres fand eine bemerkenswerte Plenarsitzung im Deutschen Bundestag statt. Der Untersuchungsausschussbericht zum NSU wurde vorgestellt. Bemerkenswert war diese Sitzung nicht so sehr wegen des Gesagten, sondern wegen des Unausgesprochenen. Eine Abgeordnete wagte es schüchtern, von institutionellem Rassismus zu sprechen. Alle anderen Redner schwiegen zu diesem Thema. Ein Abgeordneter forderte eine Debatte zum Rassismus anstatt die Gelegenheit zu nutzen, genau dies zu tun. Welcher Anlass hätte besser gepasst? Ein FDP-Abgeordneter entblödete sich nicht, von einer »Sternstunde des Parlaments« zu schwadronieren. Wenn »Sternstunde« bedeutet, auf schmerzende Themen zu verzichten und den Blick in den Abgrund zu vermeiden, dann war es dies bestimmt. Wollte man den NSU und seine Taten als Katharsis verstehen, nämlich als die Läuterung der Seele durch eine Katastrophe, dann war diese Debatte wie auch der Bericht selbst in weiten Teilen eine verpasste Chance.

Manchmal werde ich gefragt, ob nach allem, was wir heute wissen, in Zukunft die Taten des NSU noch einmal möglich wären. Natürlich wären sie möglich, muss die ehrliche Antwort lauten. Was hat sich denn bislang geändert? Was soll sich denn in Zukunft ändern? Ich gehe noch einen Schritt weiter. Wer kann garantieren, dass nicht hier und jetzt die Gesinnungsfreunde des NSU weitermorden? Mord und Totschlag werden immer wieder verübt,

Dieser Tage jährt sich die Ermordung des jungen Burak Bektaş zum zweiten Mal. Auf offener Straße in Neukölln wurden er und seine Freunde angeschossen, er starb noch am Tatort.

Menschen sterben und oft erfahren wir nie, wer oder was hinter den Taten steckt. Dieser Tage jährt sich die Ermordung des jungen Burak Bektaş zum zweiten Mal. Auf offener Straße in Neukölln wurden er und seine Freunde angeschossen, er starb noch am Tatort. Wie beim NSU gab es kein Bekennerschreiben. Wurde die Möglichkeit eines rechtsradikalen Hintergrundes wirklich umfassend und gründlich geprüft? Wurden alle offenen Altfälle aus dem Bundesgebiet mit dem Tod Buraks verglichen? Dass Nazi-Mörder Bekennerschreiben hinterlassen, ist ein Mythos, den die Sicherheitsbehörden auch beim NSU immer wieder fälschlich unterstellt haben. Der Tod Burak Bektaş sei nur exemplarisch genannt. Nicht hinter jedem Busch sitzt ein Nazi-Terrorist. Womit wir spätestens seit dem NSU jedoch aufhören müssen, ist so zu tun, als gäbe es keine Nazi-Terroristen.

Das NSU-Verfahren ist noch lange nicht am Ende und mit ihm auch nicht die Hoffnung, dass wir ein größeres Bild über das Geschehene bekommen. Entscheidend ist aber nicht, was im Gerichtssaal geschieht, sondern außerhalb des Gerichtssaals. Nicht Juristen sind gefragt, sondern Bürger.

Mehmet Daimağüler ist Rechtsanwalt und vertritt zwei Opferfamilien im NSU-Verfahren.

Die Berliner Zustände im Jahr 2013

*Einleitung von Eike Sanders, Ulli Jentsch (apabiz)
und Sabine Hammer (MBR)*

Selten hat ein Thema die Projekte in Berlin so beschäftigt, wie in 2013 die verschiedensten Aspekte von Flucht, Migrations- und Asylpolitik und die rassistische Mobilisierung gegen Geflüchtete. Der Schwerpunkt des diesjährigen Heftes lag scheinbar auf der Hand, ohne dass er in ein einziges Schlagwort zu pressen gewesen wäre.

Fängt man im lokalen Sozialraum an, beginnt die Erzählung in einer leerstehenden Schule in Berlin-Hellersdorf. Dort zogen im August 2013 rund 200 Geflüchtete ein, während im Vorfeld und im Nachgang rassistische und rechtsmotivierte Angriffe zur Tagesordnung wurden und rassistische Bürger_innen und extrem rechte Parteien wie die NPD ihre Kampagnen gegen »das Heim« lancierten. »Hellersdorf« ist das Symbol geworden für Rassist_innen und Nazis, die versuchen, ein Heim zur Unterbringung von Geflüchteten zu verhindern. Es ist das Symbol für eine überforderte Lokalpolitik und den Versuch, eine »Willkommenskultur« zu etablieren – oder wenigstens zu helfen. An anderen Orten verliefen die Konflikte um Heime ähnlich – oder ganz anders. Gemeinsam ist, dass antifaschistische und zivilgesellschaftliche Gegenwehr notwendig wird, wenn Rassist_innen gegen Asylsuchende und Sammelunterkünfte mobil machen und versuchen, eine rassistische Bewegung loszutreten.

Die Artikel zum Schwerpunkt »Geflüchtete in Berlin« in dieser Ausgabe zeigen einige lokale Beispiele und zeigen im Überblick zur Gesamtsituation, wie Geflüchtete mit restriktiven und diskriminierenden Praktiken der Behörden und Institutionen konfrontiert sind. Auch diejenigen, die mit Glück eine Wohnung haben und nicht in eine Sammelunterkunft eingewiesen wurden oder auf der Straße leben, bekommen unterschiedlichste Steine in den Weg gelegt. Eine gleichberechtigte Teilhabe oder auch nur die Wahrung der eigenen Rechte sind noch lange nicht selbstverständlich: Arbeitsverbot, Residenzpflicht, Diskriminierung

auf dem Wohnungsmarkt, angeblich nicht vorhandene Plätze für geflüchtete Kinder und Jugendliche an Schulen, unzureichende medizinische Versorgung – die Liste ließe sich weiter fortsetzen. Im Alltag ist es die Praxis der Polizei, Menschen anzuhalten, zu durchsuchen oder gar festzunehmen, weil sie ihnen aufgrund ihrer Hautfarbe verdächtiger vorkommen als andere Menschen. Der institutionelle Rassismus besteht aber auch aus aufenthalts-, arbeits- und sozialrechtlichen Ausschlüssen. Aus dieser Logik ist auch nicht zu entkommen, wenn man als Opfer von Rassismus vor Gericht aussagt: diskriminierende Sprache und die Verharmlosung oder Ignoranz von Rassismus als Motiv von Gewalttätern und Nazis reproduzieren sich in Ermittlungen und Gerichtsverfahren – nicht nur in München beim Prozess gegen den NSU, sondern immer noch auf alltäglicher Ebene vor jedem deutschen Gericht.

Parteien und Lokalpolitiker_innen haben sich immerhin manchmal dem Druck gebeugt und sind zwar bereit, Initiativen gegen Rassismus auszuzeichnen, sie möchten sich gern hilfsbereit und tolerant zeigen. Zwei Artikel zeigen, wie dennoch versäumt wird, die betroffenen Roma, die Geflüchteten oder die Migrant_innen selbst teilhaben, mitreden oder gar selbst bestimmen zu lassen. Die Abwehrhaltung der Parteipolitik in Berlin gegenüber den selbstbestimmten Kämpfen von Geflüchteten hat in Berlin eine eigene, fast vergessene Tradition: vor über 20 Jahren flüchteten schon vormals Geflüchtete von Hoyerswerda nach Berlin. Sie besetzten zusammen mit migrantischen und deutschen Aktivist_innen für 5 Monate das Mathegebäude der TU, um für ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit zu kämpfen. Eine Rückschau beschreibt, dass zwar das Happy End ausblieb, sehr wohl aber ein breites Bündnis und eine Form von Selbstermächtigung entstanden, die ihre Parallelen heute auf dem Oranienplatz finden.

Politiker_innen und Medien reden oft humanitär von Menschenrechten, formulieren aber gleichzeitig Rassismen gegen verschiedene Gruppen von Migrant_innen, Rom_nija und Geflüchtete, die auf fruchtbaren Boden fallen. Die Beiträge dieser Ausgabe zeigen, dass der rassistische Diskurs um »Armutsmigration« die Durchsetzung einer autoritären Armuts- und Migrationspolitik und die Aberkennung von Grundrechten für stigmatisierte Gruppen erleichtern. Diese Politik ist zunehmend vereinheitlichend auf europäischer Ebene abgestimmt, es heißt, die Flüchtlingspolitik solle »harmonisiert« werden. Das Resultat ist die Vereinigung der Kräfte zur Regulierung, Kontrolle und der versuchten kompletten Abwehr von Migrationsbewegungen nach Europa. Diese Abwehr bindet auch nordafrikanische Staaten in Form von »Sicherheitspartnerschaften« in das Projekt ein. Die Festung Europa beginnt schon in der Wüste Malis, sie hindert Menschen, nach Ceuta und Melilla zu migrieren und fordert unzählige Tote auf dem Mittelmeer. Die Überlebenden erreichen auch Berlin. In einem Interview beschreiben Aktivist_innen ihre selbstbestimmten Kämpfe für Bewegungsfreiheit und Menschenrechte.

Die weiteren Artikel in diesem Schattenbericht analysieren die rechtskonservativen Aktivitäten in Berlin, berichten über rechtsextreme Infrastruktur und über eine rechtsextreme Funktionärin in der Sozialen Arbeit. Das Thema Antisemitismus wird beleuchtet und ein kritischer Blick auf die Umsetzung des Gedenkortes Rummelsburg geworfen.

Das Erstellen von »Schattenberichten« (shadow report oder auch Parallelbericht) ist ein Instrument für NGOs, um offiziellen Darstellungen zu Menschenrechten in den UN-Länderberichten kritische Aspekte, eigene Fakten und Perspektiven entgegenzustellen. Expert_innen zum Thema Rassismus und Migration sollen die Darstellung der Behörden, der Medien und der Mainstream-Gesellschaft nicht nur ergänzen, sondern herausfordern. Da ihre eingereichten Berichte in die offiziellen UN-Darlegungen einfließen, können sie helfen, Druck auf die Regierungen auszuüben.

Diesen Weg geht unser Schattenbericht »Berliner Zustände« nicht. Sicherlich fragen wir uns alle regelmäßig, welchen Einfluss unsere Perspektive, unsere gesammelten Fakten und Erfahrungen auf die reale Politik haben. Wichtig ist es, aus dem Schatten zu treten, eine Stimme zu haben, eine dem

Mainstream oder den Behörden widersprechende Sichtweise zu artikulieren. Dass das eine zusätzliche Arbeit für die notorisch unterfinanzierten (oder gar nicht finanzierten) Projekte und Initiativen bedeutet, die manchmal nicht geleistet werden kann und dass die Stimmen der Betroffenen auch in unserem Bericht zu wenige sind, ist uns klar. Umso mehr freuen wir uns, jedes Jahr mehr Artikel und Autor_innen für die Publikation gewinnen zu können. Wir hoffen, dass wir vor allem auch voneinander lernen und uns vernetzen können. Und dass eine Vielzahl von Perspektiven nicht nur unseren eigenen Horizont erweitert, sondern auch den der Leser_innen.

Unser besonderer Dank geht an Mehmet Daimagüler, Anwalt der Nebenklage im NSU-Prozess in München, den wir für das Vorwort gewinnen konnten.

Großer Dank geht auch an alle weiteren Kolleg_innen, die die Redaktion unterstützten und vor allem Golnar Mehboubi Nejati für das Layout, Ramtin Zanjani für die Fotos, Philipp Kuebart für die Ausstellung »Residenzpflicht – Invisible Borders«, Bianca Klose und Julia Opitz für die redaktionelle Mitarbeit.

Viel Spaß und bereichernde Erkenntnisse
wünscht die Redaktion
Berlin im April 2014

IM JAHR 2013 IST DIE ZAHL GEFLÜCHTETER, DIE IN DEUTSCHLAND EINEN ASYL-ANTRAG STELLTEN, IM VERGLEICH ZUM VORJAHR MERKLICH ANGESTIEGEN. IHRE SITUATION IST DURCH EINE VIELZAHL VON PROBLEMEN IN UNTERSCHIEDLICHEN LEBENSBEREICHEN GEPRÄGT. IN BERLIN DREHTE SICH DIE DISKUSSION UM DIE ART DER UNTERBRINGUNG UND DIE EINHALTUNG VON MINDESTSTANDARDS IN NEU GEÖFFNETEN NOTUNTERKÜNFEN.

Entwicklungen im Jahr 2013

Zur Situation von Geflüchteten in Berlin

von Alexandre Froidevaux und Julia Ley, KuB e. V.

Laut Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wurden 2013 in Deutschland insgesamt 127.023 Asylanträge gestellt, 109.580 davon waren Erstanträge. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Zuwachs um 69,8%. Die größten Gruppen kamen dabei aus der Russischen Föderation, aus Syrien, Serbien, Afghanistan, Mazedonien und dem Iran. Mehr als ein Drittel aller gestellten Erstanträge entfällt auf die drei erstgenannten Herkunftsländer.¹

Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien

In der Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen (KuB) haben im letzten Jahr besonders häufig Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien und Flüchtlinge aus Syrien Unterstützung gesucht. Zur ersten Gruppe zählen viele Roma, die in ihren Ländern verfolgt werden. Da Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien seit 2009 zu den so genannten »Positivstaaten« zählen, dürfen deren Staatsangehörige visumsfrei nach Deutschland einreisen und sich hier drei Monate lang legal aufhalten.

Stellen Roma aus diesen Ländern in der Bundesrepublik einen Asylantrag, wird dieser meist als »offensichtlich unbegründet« abgelehnt, wie Bernd Masovic, stellvertretender Geschäftsführer von PRO ASYL, in einem Bericht zur Menschenrechtslage in Serbien darlegt.² Die Ausländerbehörden gehen pauschal davon aus, dass in den Ländern des ehemaligen Jugos-

lawiens keine Verfolgung stattfindet. Es ist zwar prinzipiell möglich, dies im Einzelfall zu widerlegen, doch nur wenige Asylbewerber_innen können in der Kürze des Verfahrens die nötigen Beweise hierzu vorlegen.

Dass die Menschenrechtslage in Ländern wie Serbien alles andere als stabil ist, belegen Berichte von diversen Menschenrechtsgruppen. Im Juni 2013 fuhr eine Delegation von 25 Rechtsanwälten, Ärzt_innen, Flüchtlingshilfeaktivisten und Journalist_innen aus Deutschland, Luxemburg und Belgien nach Serbien. In ihrem Abschlussbericht schreiben sie:

»Wir haben informelle Siedlungen gesehen, deren »Häuser« nur aus Sperrmüll und Pappe bestanden. Wir haben städtische Roma-Siedlungen gesehen, die seit Jahren nicht ans öffentliche Abwassernetz angeschlossen werden. Immer wieder wurde uns über die Verweigerung der Zuzahlungsbefreiung von Medikamenten für chronisch Kranke berichtet – ein sozialrechtliches Detail von oft lebensbedrohlicher Bedeutung. [...] Uns haben Menschen davon berichtet, das sie immer wieder – weil sie als Roma identifiziert wurden – körperlichen Angriffen und Beleidigungen bei rassistischen Übergriffen ausgesetzt sind, und dass eine polizeiliche Strafverfolgung praktisch nicht stattfindet.«³ Obwohl diese Zustände vielfach belegt wurden, sind in Deutschland aktuell vermehrt Stimmen zu vernehmen, die Roma aus Südosteuropa zu »Armutsfüchtlingen« und »Sozialtouristen« degradieren. Sicherlich treibt diese Menschen auch gravierende Armut

zur Flucht. Doch darf nicht vergessen werden, dass diese ein Resultat systematischer Diskriminierung ist. Noch immer haben Roma auf dem Balkan häufig kaum Zugang zu Bildung, zum Arbeitsmarkt und zum Gesundheitssystem. »Viele sind hier ohne Aussicht auf eine langfristige Perspektive«, meint KuB-Mitarbeiter Jonas Feldmann. »Sie dürfen hier weder arbeiten, noch sich weiterbilden. Viele sind froh, dass sie zumindest ihre Kinder zur Schule schicken können.«

Syrische Bürgerkriegsflüchtlinge

Trotz der Abschottungspolitik der Europäischen Union, die syrische Geflüchtete oft entweder direkt in die Türkei zurückschiebt oder sie zumindest an den Außengrenzen der EU festhält, gelangen manche von ihnen bis nach Deutschland. Wer von ihnen nicht durch einen anderen EU-Staat eingereist ist, erhält mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Aufenthaltstitel. Dabei handelt es sich um den kleineren Teil der Menschen, die ihren Weg in die KuB finden. Deutlich schwieriger gestaltet sich die Beratung derjenigen Syrer_innen, die selbst schon lange in Deutschland leben und nun ihre Angehörigen aus dem Krieg nachholen möchten.

Konkret gibt es dafür derzeit zwei Wege: Zum einen hat die Bundesregierung im März 2013 erklärt, 5.000 syrische Flüchtlinge aufzunehmen. Zum anderen haben mehrere Bundesländer – darunter auch Berlin – eigene Aufnahmeprogramme für Syrer_innen verabschiedet. Doch in beiden Fällen hapert es an der Umsetzung: Bis Anfang Dezember 2013 waren nach Aussagen des BAMF nur 1.676 Syrer_innen eingereist. Die meisten von ihnen kamen auf eigene Kosten. Dabei war dieses Kontingent eigentlich dafür vorgesehen, Menschen aus dem Krieg zu retten, die es nicht aus eigener Kraft nach Deutschland schaffen.

Viele der Anträge auf Länderebene scheitern außerdem an zu hohen Hürden: Hier lebende Syrer_innen müssen eine Verpflichtungserklärung abgeben, die besagt, dass sie für den Unterhalt ihrer Angehörigen aufkommen. Meist müssen sie dafür ein Gehalt in Höhe von mehreren tausend Euro pro Angehörigem vorweisen.

Im Dezember 2013 beschloss die Bundesregierung, ein zweites Kontingent von noch einmal 5.000 Syrer_innen aufzunehmen. Diesmal will sie die Hürden senken. So soll es auch ohne Verpflichtungserklärung möglich sein, Menschen aus Syrien nachzuholen. Es bleibt abzuwarten, auf welcher

Grundlage die Ausländerbehörden dann entscheiden werden, wer einreisen darf.

Lampedusa-Flüchtlinge

Eine Gruppe, mit der die KuB im Jahr 2013 häufig zu tun hatte, taucht in der Statistik des BAMF nicht auf: Die so genannten Lampedusa-Flüchtlinge – Menschen, die vor allem aus Afrika über das Mittelmeer nach Europa gekommen sind und in Italien oder Spanien einen Aufenthaltstitel erhalten haben. Doch aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage im Süden Europas erhalten sie kaum Unterstützung und haben wenig Aussicht auf einen Job. Viele leben nur von Almosen und sind gezwungen, in katastrophalen Zuständen auf der Straße oder in Bretterverschlägen zu wohnen.

Auf der Suche nach Arbeit ziehen viele weiter nach Norden. Doch fast immer werden ihre Hoffnungen enttäuscht: Da sie bereits in einem anderen EU-Land Asyl beantragt haben, ist ihnen dieser Weg in Deutschland aufgrund des Dublin II-Abkommens verwehrt. Als Tourist_innen dürfen sie sich hier zwar drei Monate lang legal aufhalten, doch sie dürfen weder arbeiten noch Sozialleistungen beziehen und nach dem Vierteljahr rutschen sie in die Illegalität. Um auf ihre Zwangslage aufmerksam zu machen, demonstrierten Lampedusa-Flüchtlinge im vergangenen Jahr auch auf den Straßen Berlins und beteiligten sich an der Besetzung des Oranienplatzes und der Gerhard-Hauptmann-Schule in Kreuzberg.

»Es gibt einige wenige, die mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel hier arbeiten dürften«, erzählt KuB-Berater Christian Bitto, »doch selbst bei denen muss eine Vorrangprüfung durchgeführt werden: Wenn ein Deutscher oder ein anderer EU-Bürger ihren Job machen könnte, dürfen sie die Arbeit nicht ausüben.« Da viele keine Ausbildung haben, konkurrieren sie mit den Einheimischen um die rarer werdenden unqualifizierten Jobs. Die Arbeitserlaubnis wird ihnen so fast immer verweigert.

Unterbringung

Angesichts der steigenden Zahl von Asylbewerber_innen ist deren Unterbringung in Berlin zu einem Problem geworden. Nachdem die Asylanträge in den neunziger Jahren stark rückläufig waren, baute

das Land Berlin die Wohnheimkapazitäten ab. Nun gibt es eine Überbelegung in den Heimen. Die angespannte Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt erschwert es zudem, Geflüchtete in Wohnungen unterzubringen. Seit 2003 soll dies vorrangig geschehen, da diese Art der Unterbringung das Land deutlich weniger Geld kostet und für die Geflüchteten eine große psychische Entlastung bedeutet.

Beide Entwicklungen führten zusammengenommen dazu, dass das Land mit den steigenden Flüchtlingszahlen momentan völlig überfordert ist. Zu spät und zu unentschlossen wurden Maßnahmen in die Wege geleitet, um Wohnheimkapazitäten zu erhöhen und mehr Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grund richtet Berlin seit einem Jahr im Eilverfahren Notunterkünfte ein. Die vorgeschriebenen Mindeststandards für Unterkünfte werden hier regelmäßig unterschritten – eine Tatsache, die der Berliner Senat in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Piratenpartei eingestanden hat.⁴ Aufgrund der Engpässe der letzten Jahre hat sich das zuständige Berliner Landesamt für Gesundheit

Nachdem vor einigen Jahren ein Großteil aller Geflüchteten in Wohnungen untergebracht wurde, leben nun wieder fast 50 Prozent von ihnen in Sammelunterkünften.

und Soziales (LAGeSo) zunehmend darum bemüht, neue Träger für Flüchtlingsheime zu finden. Neben karitativen Trägern wie der AWO und der Caritas drängen in letzter Zeit auch viele private Betreiber – meist Immobilienfirmen – auf den Markt. Gegen diese Firmen wurden im letzten Jahr Vorwürfe laut: Initiativen wie die Deutschkursgruppe Multitude in Grünau oder die Initiative Neue Nachbarschaft in Moabit kritisierten unzureichende Wasch- und Kochgelegenheiten, mangelnde Kinderbetreuung und fehlende Beratungsangebote in den zwei Heimen, die von den Firmen Gierso und PeWoBe betrieben werden. In beiden Fällen wurden die Aktivist_innen von der Heimleitung vor die Tür gesetzt, als sie mit ihrer Kritik an die Öffentlichkeit gingen.⁵

Trotz der anhaltenden Kritik von Bewohner_innen und Unterstützer_innen entschied das LAGeSo erst nach massivem medialen Druck, in den Heimen regelmäßige Kontrollen durchzuführen. Schlimmer noch: Bald kam heraus, dass es das LAGeSo bei mehreren neu gegründeten Unterkünften lange Zeit

versäumt hatte, schriftliche Verträge abzuschließen.⁶ Statt einklagbaren Schriftsätzen gab es hier nur mündliche Absprachen und Aktennotizen – das Land lieferte sich der Willkür der Betreiberfirmen aus.⁷ Das ist umso bedenklicher, als private Firmen oft deutlich höhere Tagessätze für die Versorgung der Geflüchteten erhalten als karitative Träger.⁸

Trotz der mittlerweile eingerichteten Notunterkünfte gibt es in Berlin nach wie vor nicht genügend Unterbringungsmöglichkeiten und eine Entspannung der Situation ist nicht in Sicht. Auch privat angemietete Wohnungen schaffen keine Abhilfe – obwohl diese das Land deutlich weniger kosten als die Notunterkünfte, wie der Flüchtlingsrat vorrechnet. Nachdem vor einigen Jahren ein Großteil aller Geflüchteten in Wohnungen untergebracht wurde, leben nun wieder fast 50 Prozent von ihnen in Sammelunterkünften.⁹ Auf dem freien Markt ist die Lage wegen der allgemein großen Nachfrage nach Wohnraum ziemlich angespannt. »Es gibt einfach zu wenig verfügbare Wohnungen, für deren Miete die Verwaltung nach den entsprechenden Vorschriften aufkommen würde,« sagt Jonas Feldmann, »für die Betroffenen ist das wirklich frustrierend.«

Dabei hat das LAGeSo schon vor zwei Jahren einen Vertrag mit den städtischen Wohnungsunternehmen abgeschlossen, um ein Kontingent von 275 Flüchtlingswohnungen bereitzustellen. Doch dieses Kontingent wird nicht erfüllt. Woran das liegt, ist nicht ganz klar. Es könnte mit einer ineffizienten Verwaltungspraxis des LAGeSo zu tun haben. Braucht das Amt zu lange, um Mieter_innen zu finden, vergeben die Wohnungsgesellschaften die Wohnungen wohl anderweitig. Außerdem ziehen diese Unternehmen deutsche Mieter_innen oder solche mit gesichertem Aufenthaltstitel vor. Denn im Falle einer plötzlichen Abschiebung bleiben die Unternehmen auf Räumungskosten und Mietausfällen sitzen.

Die Beschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen

Laut dem Berliner Schulgesetz (§ 2, Abs. 2, § 41, Abs. 2) haben auch geflüchtete Kinder und Jugendliche ein Recht auf Schulbildung, doch in der Praxis sieht es häufig anders aus. Dann fehlen beispielsweise Schulplätze in den umliegenden Grundschulen eines neu eröffneten Wohnheims, die die Eltern direkt aufsuchen können. Wenn die jeweilige Grundschule keinen



freien Platz habe, »dann müssten die Verantwortlichen eigentlich zum Hörer greifen und den Eltern helfen«, meint Walid Chahrouh vom Betreuungs- und Beratungszentrum für junge Flüchtlinge und Migranten (BBZ). Doch das geschehe häufig nicht.

Trotz entsprechender Weisungen der Senatsverwaltung stellen die Bezirke und Schulen die Beschulung von jungen Flüchtlingen nur schleppend sicher. Flüchtlingskinder werden auf Wartelisten gesetzt, die es angesichts der Gesetzeslage eigentlich nicht geben dürfte. Oder es werden Hürden wie amtsärztliche Untersuchungen vorgeschoben. Kinder und Jugendliche warten so oft mehrere Wochen oder sogar Monate auf den ihnen zustehenden Schulplatz.

Allerdings kann es auch schon eine Stufe zuvor, in den Heimen, zu Schwierigkeiten kommen. Denn fehlende Deutschkenntnisse, ein bildungsferner Hintergrund der Familien oder deren prekäre Aufenthaltssituation stellen große mentale Hürden für eine Beschulung dar. Dann ist es die Aufgabe der Sozialarbeiter_innen in den Einrichtungen zu helfen. Doch diese leiden nicht selten unter Arbeitsüberlastung. Auch die Jugendämter handeln häufig nicht, obwohl sie dazu verpflichtet sind. Walid Chahrouh erkennt darin eine »strukturelle Benachteiligung« der Kinder aus Flüchtlingsfamilien.

Diese werden, so sie einen Schulplatz erhalten, in »Lerngruppen für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse« aufgenommen, besondere Klassen mit einer Anzahl von nur zwölf Schüler_innen. Ein Problem sind jedoch die Kettenumzüge von Geflüchteten, die immer wieder von einer Unterbringung zur nächsten umziehen müssen. Für den Lernfortschritt der Kinder und Jugendlichen ist das natürlich hinderlich.

Für ältere Jugendliche stellt sich die Beschulung als noch schwieriger dar. Anders als häufig angenommen, endet die Schulpflicht in Berlin nicht mit dem 16. Lebensjahr, sondern nach Ablauf von zehn besuchten Schuljahren (Schulgesetz § 42, Abs. 4). Man geht davon aus, dass Jugendliche bis zum 20. Lebensjahr einen Schulabschluss machen können.

Die meisten Geflüchteten im Alter von 16 bis 18, viele davon Unbegleitete, die ganz auf sich allein gestellt sind, könnten das erreichen.¹⁰ Doch vielen von ihnen wird kein Schulplatz zur Verfügung gestellt. »Die Potenziale dieser Menschen werden außer Acht gelassen«, kritisiert Walid Chahrouh. Zugleich ruft er auch Flüchtlingshilfeorganisationen und Beratungsstellen dazu auf, sich aktiv für die Beschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen einzusetzen.

Medizinische Versorgung

Auch in Sachen medizinische Versorgung liegt einiges im Argen. Weithin bekannt dürfte sein, dass erkrankte *sans papiers* von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen sind. Nach § 87 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) ist das Sozialamt verpflichtet, Personen ohne gültigen Aufenthaltstitel bei der Ausländerbehörde zu melden, wenn sie einen Krankenschein beantragen. Dies kann schnell zur Abschiebung führen, weswegen Illegalisierte diesen Weg selten wählen. Das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe (Medibüro) fordert daher die Abschaffung des § 87.¹¹

Immer häufiger melden sich jedoch Geflüchtete beim Medibüro, die zwar über einen legalen Aufenthaltsstatus verfügen, aber dennoch keine oder nur eine unzureichende Gesundheitsversorgung erhalten. Verschiedene Personengruppen sind auszumachen. Zum einen sind da osteuropäische EU-Bürger_innen, darunter viele Roma, die aufgrund der massiven sozialen Benachteiligung über keinerlei Krankenversicherung verfügen. Eine zweite Gruppe sind die Lampedusa-Flüchtlinge. Sie bekommen ebenfalls keine medizinischen Leistungen. Dafür ist der Erstaufnahmestaat zuständig, der dies jedoch oft nicht gewährleistet.

Aus beiden Gruppen finden immer wieder auch schwangere Frauen den Weg in die Beratungsstellen. Sie können in der Regel die Kosten für eine Geburt nicht aufbringen. »Drei Monate vor und nach der Geburt erhalten undokumentierte Frauen allerdings eine so genannte Mutterschutzduldung«, erklärt KuB-Mitarbeiterin Johanna Karpenstein, »und können so in geschütztem Rahmen entbinden.« Nach Ablauf der Duldung tauchen die Frauen häufig wieder in die Illegalität ab. Gleichzeitig sind die vom Medibüro mit kooperierenden Krankenhäusern ausgehandelten Kapazitäten begrenzt und werden vorrangig für Frauen in der Illegalität eingeplant. So kommt es regelmäßig zu Engpässen in der Versorgung.¹²

Schließlich suchen auch Menschen das Medibüro auf, die sich im Asylverfahren befinden. Das AsylbLG garantiert nur eine reduzierte medizinische Versorgung bei Schmerzen und akut behandlungsbedürftigen Erkrankungen. Andere medizinische Leistungen müssen nur gewährt werden, wenn es zur Sicherung der Gesundheit unerlässlich ist. Was genau darunter fällt, ist immer wieder Gegenstand von Auseinandersetzungen. So birgt

die Nichtgewährung von Blutdruckmedikamenten die Gefahr von gravierenden Spätfolgen. Dennoch muss ihr Einsatz häufig erst erstritten werden.

Die Patient_innen beantragen beim zuständigen Sozialamt einen Krankenschein, mit dem sie dann eine Arztpraxis aufsuchen können. Liegt kein Notfall vor, kann die Bearbeitung des Antrags schon mal mehrere Wochen andauern oder er wird ganz abgelehnt. Besonders chronisch Kranke, die keine starken Schmerzen haben, leiden unter dieser Praxis. »Es kann nicht sein, dass Sachbearbeiter_innen ohne medizinische Ausbildung über die Notwendigkeit einer Behandlung entscheiden«, meint Charlotte Linke vom Medibüro.

In einem »taz«-Artikel vom Dezember 2013 weist das Medibüro zudem auf den unhaltbaren Zustand hin, dass »selbstorganisierte Projekte für die Umsetzung des Menschenrechts auf Gesundheitsversorgung verantwortlich gemacht werden.« Eine sinnvolle Maßnahme wäre darüber hinaus, Asylbewerber_innen eine Krankenversichertenkarte auszuhändigen. In Bremen und Hamburg ist das der Fall und diese Praxis geht mit deutlich niedrigeren Kosten im Vergleich zum Berliner Modell einher.¹³

Alexandre Froidevaux und Julia Ley sind Mitarbeiter_innen der **Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen (KuB) e.V.**, die seit 30 Jahren in Berlin kostenlose Beratung zu aufenthalts- und sozialrechtlichen Fragestellungen anbietet. Die KuB vertritt den Standpunkt, dass allen Menschen ein sicherer Aufenthaltsstatus sowie politische, soziale und ökonomische Gleichberechtigung zustehen.

1 — BAMF, Aktuelle Zahlen zu Asyl, Ausgabe: Dezember 2013, S. 6

2 — Karin Waringo, Serbien, PRO ASYL, April 2013

3 — Azadis Blog, Karawane, Koalitionsvertrag April 2013, <http://thecaravan.org/node/3980>

4 — Abgeordnetenhaus Berlin, Kleine Anfrage von Fabio Reinhardt (Piraten) beantwortet am 09.11.13

5 — Marina Mai, Duschen nur vormittags, taz 21.11.13

6 — Abgeordnetenhaus Berlin, Kleine Anfrage von Elke Breitenbach (LINKE), beantwortet am 09.01.14, Drucksache: 17/12886

7 — ebd.

8 — Georg Classen, Wohnen für Flüchtlinge in Berlin – Sammelunterkünfte oder Mietwohnungen?, November 2013, S. 24.

9 — Pressemitteilung des Berliner Flüchtlingsrates, Senat versagt bei der Unterbringung von Flüchtlingen, 19.07.2013

10 — Für diese Altersgruppe ist eine Einzelfallprüfung vorgesehen. Demnach muss die zuständige Behörde eine Begründung präsentieren, wenn sie keinen Schulplatz zur Verfügung stellt.

11 — Medibüro Berlin, Keine Papiere, keine Ärzte, taz 27.12.2013.

12 — Vgl. dazu Pressemitteilung Medibüro: Berliner Kliniken und Beratungsstellen schlagen Alarm: Schwangeren Migrantinnen fehlen Entbindungsplätze, 12.08.2012

13 — Georg Classen, Das Bremer Modellprojekt Krankenversicherten-Chipkarten zur medizinischen Versorgung nach §§ 4 und 6 AsylbLG

CHRONIK

01

1. JANUAR 2013 / Berlin-Friedrichshain
S-Bahnhof Frankfurter Allee

Gegen 7.00 Uhr werden eine 19-jährige Frau und ein gleichaltriger Mann auf dem S-Bahnhof Frankfurter Allee beim Einsteigen in die S-Bahn von zwei unbekanntenen Personen rassistisch beleidigt. Die 19-Jährige wird von der Frau getreten und der 19-Jährige wird von dem Mann geschlagen. *Polizei Berlin, 16.08.2013*

02

7. JANUAR 2013 / Berlin-Charlottenburg

Ein 43-jähriger Mann wird in der JVA Plötzensee am Friedrich-Olbricht-Damm gegen 19.55 Uhr von zwei 25-jährigen Männern aufgrund seines jüdischen Glaubens mit einem Wassereimer attackiert und verletzt. *Polizei Berlin, 19.03.2013*

03

10. JANUAR 2013 / Berlin-Treptow
S-Bahnhof Schöneweide

Gegen 10.00 Uhr wird ein 28-jähriger Mann von einem 23-jährigen Mann und einer Frau daran gehindert den S-Bahnhof Schöneweide zu betreten. Der 28-Jährige wird von dem 23-Jährigen rassistisch beleidigt, geschubst, gegen die Wand gedrängt und mit einem Messer bedroht. *Polizei Berlin, 22.02.2013*

04

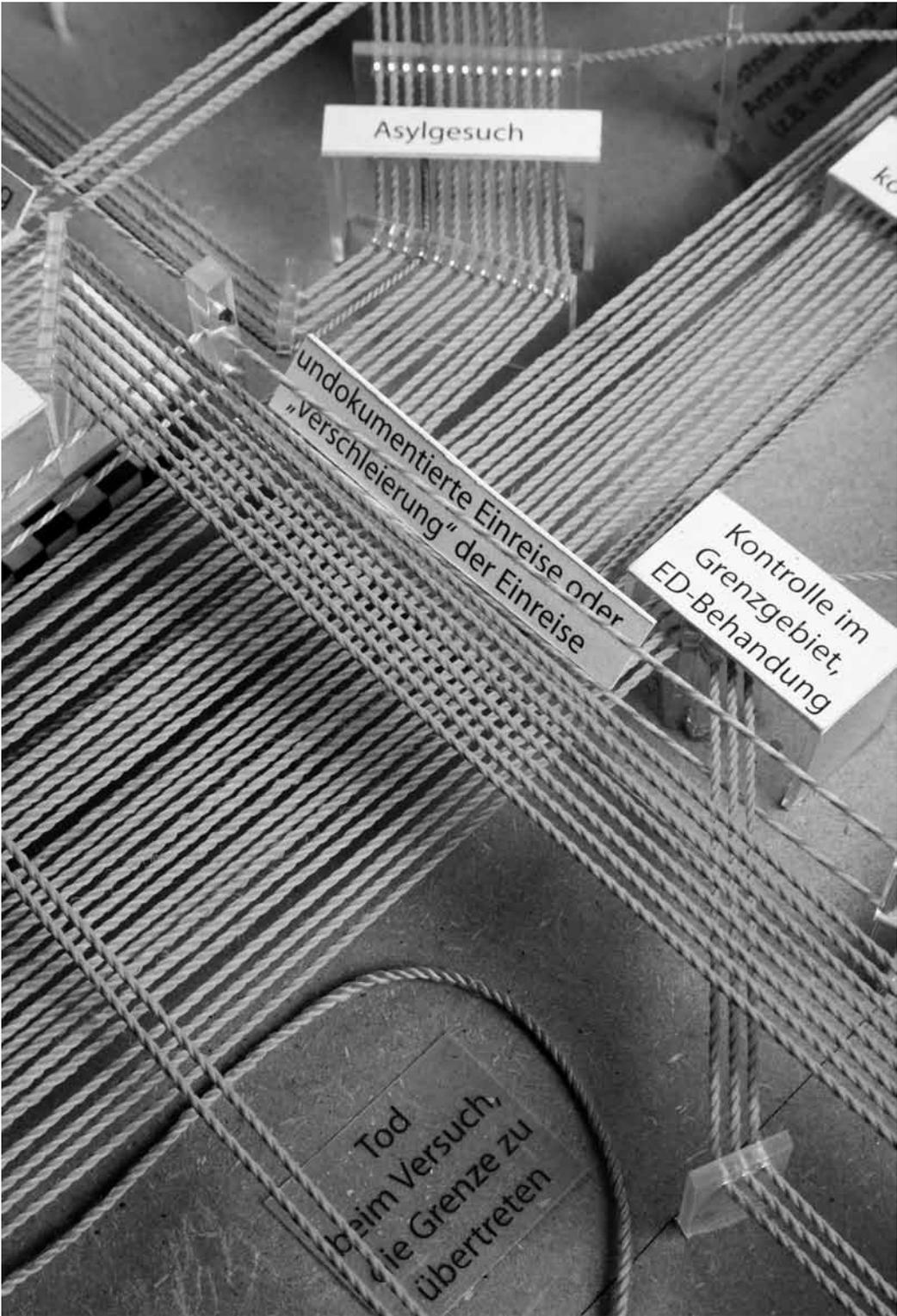
6. FEBRUAR 2013 / Berlin-Prenzlauer Berg,
S-Bahnhof Greifswalder Straße

Gegen 18.40 Uhr wird ein 55-jähriger Mann auf dem S-Bahnhof Greifswalder Straße von zwei unbekanntenen Männern rassistisch beleidigt und angegriffen. *Polizei Berlin, 4.07.2013*

05

8. FEBRUAR 2013 / Berlin-Marzahn

Ein alternativ aussehender Jugendlicher wird am S-Bahnhof Friedrichsfelde-Ost von zwei Neonazis angepöbelt und mit einem Messer bedroht. *Polis*



Asylgesuch

undokumentierte Einreise oder
„verschleierte“ der Einreise

Kontrolle im
Grenzgebiet,
ED-Behandlung

Tod
beim Versuch,
die Grenze zu
übertreten

DIE »HARMONISIERUNG« DES ASYLRECHTS IN EUROPA SOWIE DER EUROPÄISCHEN MIGRATIONS- UND FLÜCHTLINGSPOLITIK IST EIN EUPHEMISMUS FÜR »WIR WOLLEN EUCH HIER NICHT!«¹ WENN VON ANGLEICHUNG ODER HARMONISIERUNG GEREDET WIRD, IST REGULIERUNG, KONTROLLE UND ABWEHR VON MIGRATIONSBEWEGUNGEN GEMEINT.

Alle reden von Harmonisierung. Wir nicht.

*von Burkhard Bartholome, Elène Misbach und
Hanna Schuh, Medibüro – Büro für medizinische
Flüchtlingshilfe Berlin*

Seit Sommer 2012 gewannen Proteste gegen die deutsche und europäische Migrations- und Asylpolitik an Intensität und Radikalität. Der Marsch von Geflüchteten, Asylsuchenden und Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus von Würzburg nach Berlin mündete in das Zeltcamp am Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg, das nun seit eineinhalb Jahren besteht. Mit zahlreichen Aktionen wie Demonstrationen, Besetzungen und Hungerstreiks kämpfen sie gegen ihre Rechtlosigkeit und Kriminalisierung, fordern die Abschaffung von Abschiebungen, Arbeitsverboten, Lagerunterbringung und Residenzpflicht. Sie kämpfen für ihre Würde und die Durchsetzung gleicher sozialer und politischer Rechte.² Europaweit ist ein wachsender Widerstand gegen die Abschottung und Kontrolle von Flucht- und Migrationsbewegungen zu beobachten. So planen Geflüchtete und Menschen ohne Aufenthaltspapier verschiedener europäischer Länder für Mai und Juni 2014 einen gemeinsamen Protestmarsch nach Brüssel.³

**»Harmonisierung« europäischer
Flüchtlingspolitik heißt:
»Wir wollen euch hier nicht!«**

Die Europäische Union weitet hingegen kontinuierlich die Regulierung und Kontrolle von Flucht- und Migrationsbewegungen aus. Mit den Schengener Abkommen (1985, 1990) und dem Amsterdamer Ver-

trag (1999) wurden die innereuropäischen Grenzkontrollen abgeschafft und an die Außengrenzen der Europäischen Union verlegt. Durch Visaregelungen und die »Harmonisierung« der nationalen Asyl- und Einreisepolitiken wurde ein europäisches Migrationsregime etabliert, das auf die Kontrolle und Abwehr von Migrationsbewegungen zielt. Das Ziel der Abwehr sogenannter »irregulärer Migration« wurde zur Hauptaufgabe der 2005 geschaffenen Grenzschutzagentur »Frontex«, die seitdem mit einem stetig steigenden Budget, modernen Technologien und zunehmender Militarisierung die Außengrenzen überwacht und Abschiebungen koordiniert. Die Maßnahmen zur Abwehr von Migrant_innen greifen jedoch nicht nur an den Außengrenzen, sondern erstrecken sich weit über das Gebiet der Europäischen Union hinaus, was sich mitunter in der Etablierung von Flüchtlingslagern in Transit- oder Herkunftsländern zeigt. Wesentlich für diese Exterritorialisierung europäischer Migrationspolitik sind desweiteren bilaterale und multilaterale Abkommen der EU mit Nicht-EU-Staaten, die diese verpflichten, eigene Staatsangehörige zurückzunehmen, wenn sie ohne legale Aufenthaltspapiere aufgegriffen wurden. In der Konsequenz werden Geflüchtete zurück geschickt und landen nicht selten per Kettenabschiebungen wieder in ihren Herkunftsländern. Das 2013 geschaffene »Europäische Grenzkontrollsystem« (Eurosur – European external border surveillance system) zielt darauf, die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, die Zahl

der »irregulär« eingereisten Menschen aus sogenannten Drittstaaten zu reduzieren⁴. Das Prinzip der sicheren Drittstaaten und Herkunftsstaaten, das 2003 mit der Dublin-II-Verordnung innerhalb der EU eingeführt wurde, verpflichtet Asylsuchende, ihren Asylantrag in dem ersten Mitgliedstaat zu stellen, in den sie einreisen. Außerdem dürfen sie keinen Asylantrag stellen, wenn sie aus einem als

Durch Visaregelungen und die »Harmonisierung« der nationalen Asyl- und Einreisepolitiken wurde ein europäisches Migrationsregime etabliert, das auf die Kontrolle und Abwehr von Migrationsbewegungen zielt.

sicher definierten Land kommen. In Deutschland wurde die Drittstaatenregelung bereits 1993 mit dem so genannten Asylkompromiss eingeführt. Europa brauchte dafür noch zehn Jahre. Was real mit dem positiv klingenden Wort »Harmonisierung« des europäischen Flüchtlings- und Asylrechts gemeint ist, wird auch an diesem Beispiel der Angleichung des europäischen Flüchtlings- und Asylrechts an die restriktive deutsche Lesart sichtbar: Drittstaatenregelung nicht nur für Deutschland, sondern seit Dublin-II »harmonisiert« für alle Staaten der EU. Diese Gesetzgebung verlagert die Verantwortung für ankommende Flüchtlinge auf EU-Staaten mit europäischen Außengrenzen, ungeachtet dessen, ob dort funktionierende Asylsysteme bestehen.

Deutsche und europäische Flüchtlingspolitik heißt »Hin- und Her- und Abschieberei«

Vor diesem Hintergrund manifestiert sich der Protest der Gruppe »Lampedusa in Hamburg« – eine Gruppe Geflüchteter aus verschiedenen afrikanischen Ländern, die zeitweise in Libyen lebten und aufgrund des Krieges dort nach Italien fliehen mussten. Sie überlebten die Fahrt über das Mittelmeer, bei der immer wieder aufgrund der europäischen Abschottungspolitik unzählige Menschen verunglückten. In Italien erhielten sie im Rahmen des EU-Programms »Notstand Nordafrika« (emergenza nordafrica) einen temporären Aufenthalt, allerdings ohne ausreichende soziale Absicherung. Nach dessen Ende signalisierten die italienischen

Behörden, dass es keine Lebensperspektive für sie in Italien gebe und forderten sie auf, in andere Länder der EU zu gehen. Vor diesem Hintergrund und wegen der massiven wirtschaftlichen Krise in den Ländern im Süden Europas flohen viele in andere europäische Länder – in Deutschland u.a. nach Hamburg, Berlin und München.⁵ Die Dublin-II (bzw. seit Januar 2014 Dublin-III)-Regelung ermöglicht jedoch Ländern wie Deutschland die Zuständigkeit zu verweigern. So ist die »Hin- und Her- und Abschieberei (...) Hauptinhalt des EU-Flüchtlingsrechts«⁶. Diese Politik führt dazu, dass Geflüchteten nirgends eine Lebensperspektive eröffnet wird. Selbst wenn sie in den Ländern an den südlichen Außengrenzen der EU einen Aufenthalt erhalten, sind sie aufgrund nicht existierender oder funktionierender Asyl- und Sozialsysteme gezwungen, weiter zu fliehen. In Deutschland dürfen sie sich mit einem Aufenthaltsstatus in einem anderen europäischen Land zwar drei Monate legal als Tourist_innen aufhalten, aber keine Sozialleistungen beziehen. Im Anschluss werden sie in die Illegalität gedrängt. Eine politisch produzierte Sackgasse, die sich durch die ökonomische Krise der letzten Jahre noch verengt und das Ungleichgewicht in Bezug auf die politische Verantwortung und Zuständigkeit zwischen den Staaten an den EU-Außengrenzen und ihren nördlichen Nachbarn noch verstärkt hat.

Trotz Abschreckung und forcierter Entrechtung kann die europäische und internationale Flüchtlings- und Migrationspolitik Migrationsbewegungen nicht per se unterbinden. Dies zeigt auch der Blick auf die Politik der International Organization of Migration (IOM): Die IOM betreibt eine systematische Kontrolle und Steuerung von Migrationsbewegungen nach Kriterien der Verwertbarkeit. Die Illegalisierung von Migration und die korrespondierende Kriminalisierung von Migrant_innen legitimiert die Verwehrung von politischen und sozialen Rechten und bestärkt auch ein feindliches oder rassistisches gesellschaftliches Klima gegenüber Migrant_innen. Die Zunahme von Gewalt durch rassistische Stimmungsmache gegen Geflüchtete und der deutliche Anstieg von Angriffen gegen Flüchtlingsunterkünfte im Jahr 2013⁷ sind kein Zufall. Wenn Medien und Politiker_innen mit Blick auf die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien und anderen Kriegs- und Krisenregionen immer wieder eine »Grenze der Belastbarkeit« behaupten, verwundert es nicht, dass solcherlei rassistische Hetze auf fruchtbaren Boden fällt und

von »ganz normalen« Bürgerinnen und Bürgern tatkräftig und lautstark umgesetzt wird. Schließlich zeigt das Beispiel Berlin-Hellersdorf, wie organisierte Rechtsextreme an das gesellschaftliche Klima anknüpfen können: Sie nutzen das Thema »Flüchtlinge« und die mitunter auch bei Anwohner_innen damit einhergehenden Ängste, Unsicherheiten und Ressentiments für eine rassistische Mobilisierung und inszenieren sich selbst dabei in altbekannter extrem rechter Strategie als »volksnahe Kümmerer«.⁸ Der Wahlkampf für die bevorstehenden Wahlen für das Europaparlament im Mai 2014 sowie für die Kommunalwahlen in elf Bundesländern wird bereits jetzt massiv auf dem Rücken von Flüchtlingen und Migrant_innen betrieben.

Hier sind kulturelle und vor allem ökonomische Kriterien wirksam, durch die eine Gruppe von »erwünschten« Migrant_innen gegenüber der Gruppe »unerwünschter« Migrant_innen konstruiert und privilegiert behandelt wird. So wird im öffentlichen Diskurs permanent vom »Missbrauch der europäischen Freizügigkeit« durch »Armutszuwanderung« aus Osteuropa sowie »Sozialleistungsbetrug«⁹ gesprochen, wodurch Migrant_innen degradiert und Migrationsgründe delegitimiert werden.

Die Arbeit des Medibüros ...

Vor dem Hintergrund des Asylkompromisses 1993 und der Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) mit zahlreichen Sondergesetzen für Asylsuchende hat sich das Berliner Medibüro 1996 gegründet, um der Abschottungspolitik auf europäischer Ebene und dem Rassismus in der Gesellschaft etwas entgegen zu setzen sowie gleichzeitig praktisch-solidarische Unterstützung zu leisten. Mit der »Harmonisierung« der europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik und den veränderten inner- und außereuropäischen Migrationsbewegungen hat sich auch die Arbeit des Medibüros in den letzten Jahren verändert. Die Gruppe der Menschen, die das Medibüro aufsuchen, ist vielfältiger geworden: Neben den »klassisch« Illegalisierten sind es seit einigen Jahren auch osteuropäische EU-Bürger_innen aus den neuen EU-Ländern, die weder in Deutschland noch in ihren Herkunftsländern krankenversichert sind, seit 2013 auch die so genannten »Lampedusa-Flüchtlinge« sowie weitere Menschen in laufenden Asylverfahren, denen eine angemesse-

06

10. FEBRUAR 2013 / Berlin-Zehlendorf

Nachdem ein 39-jähriger Mann um 20.00 Uhr in einem Bus hebräisch gesprochen hat, wird er von zwei Männern antisemitisch beleidigt. Ein Täter schlägt mit einem Baseballschläger nach ihm. An der Haltestelle S-Bahnhof Mexikoplatz steigt der 39-Jährige zusammen mit den Tätern aus und wird von ihnen erneut antisemitisch beleidigt. Die Polizei nimmt die Täter fest. *Polizei Berlin, 19.03.2013*

07

18. FEBRUAR 2013 / Berlin-Tiergarten

Gegen 6.30 Uhr wird ein Mann im Kleinen Tiergarten in Moabit von zwei Unbekannten homophob beleidigt, umgestoßen, geschlagen und getreten. *Polizei Berlin, 19.02.2013 / Berliner Kurier, 19.02.2013*

08

21. FEBRUAR 2013 / Berlin-Prenzlauer Berg

Eine junge Frau mit Handicap, die in Begleitung auf einer Bank am hinteren Ende des Bahnhofes sitzt, wird von einem Mann behindertenfeindlich beleidigt. Daraufhin solidarisierten sich anwesende Menschen mit dem betroffenen Mädchen. Die Begleitung wird von dem Mann zur Seite gestoßen und dem Mädchen wird ins Gesicht gespuckt. *Pankower Register*

09

3. MÄRZ 2013 / Berlin-Mitte U-Bahnlinie 8

Ein Mann wird gegen 6.15 Uhr von mehreren unbekanntenen Männern in der U-Bahn rassistisch beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Nachdem er am U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße aussteigt, wird er weiter angegriffen und getreten. *Polizei Berlin, 23.04.2013*

10

12. MÄRZ 2013 / Berlin-Köpenick

Gegen 21.30 Uhr wird in Grünau ein 54-jähriger Mann von einem gleichaltrigen Mann mit einem Schneeball beworfen, der ihn schmerzhaft am Ohr trifft. Der Täter hat ihn wiederholt homophob beleidigt und bedroht. *Polizei Berlin, 23.04.2013*

ne medizinische Versorgung oftmals durch restriktive Auslegung des AsylbLG verwehrt wird.¹⁰

... zwischen unterstützender Sozialarbeit und politischer Öffentlichkeitsarbeit

Ziel des Medibüros war immer eine möglichst weitgehende Eingliederung in das reguläre Gesundheitssystem. Eine Parallelstruktur sollte so gering wie möglich gehalten werden und auch nur von vorübergehender Natur sein. Die staatliche Verantwortung für die medizinische Versorgung aller in Deutschland lebenden Menschen einzufordern, um schließlich die eigene Arbeit überflüssig zu machen, war von Beginn an zentrale politische Leitlinie.

So bewegt sich die Arbeit des Medibüros seither in dem Spannungsfeld zwischen Forderungen an den Staat und gleichzeitiger Nischenpolitik, welche die Probleme so gut wie möglich pragmatisch und autonom zu lösen versucht, indem eine medizinische Versorgung auf Umwegen organisiert wird. Dabei leistet das Medibüro selbst keine medizinische Hilfe. Die Mitarbeiter_innen verstehen sich als Vermittler_innen: Sie erfragen die Beschwerden der Ratsuchenden und vermitteln sie während der Bürozeiten an eine geeignete Fachpraxis oder in kooperierende

Die Aktiven im Medibüro bewegen sich dabei in ihrem Alltag stets zwischen solidarischer sozialarbeiterischer Unterstützung Einzelner und politischer Öffentlichkeitsarbeit. Beides erfordert eine gewisse Professionalisierung. Um überzeugend in der Öffentlichkeit für die Thematik sensibilisieren und politische Forderungen erheben zu können, müssen die gesetzlichen Grundlagen ebenso bekannt sein wie Wissen um die praktischen Problemlagen. Die Unterstützung (kranker) Menschen ohne Aufenthaltsstatus erfordert medizinische Kenntnisse genauso wie Wissen über Krankenversicherungssysteme, Paragraphen des Asylbewerberleistungsgesetzes, Kenntnisse im Sozialrecht sowie vertrauensvolle Kontakte zu Netzwerken im Gesundheitsbereich, Rechtsberatungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Unterstützungsgruppen.

Gegen eine Professionalisierung mit (teilweise) finanzierten Personalstellen spricht allerdings, dass der Ausbau von Parallelstrukturen mit reduziertem Leistungsumfang zementiert würde, ohne die politischen und gesetzlichen Voraussetzungen für die Integration in die medizinische Regelversorgung mit einklagbarem Rechtsanspruch für Illegalisierte zu schaffen.

Es liegt auf der Hand, dass langfristig ein spendenfinanziertes, selbstorganisiertes Projekt wie das Medibüro nicht für die Gesundheitsversorgung von Migrant_innen aufkommen kann: Die Einlösung des Rechts auf Gesundheitsversorgung kann und darf nicht Aufgabe und Verantwortung zivilgesellschaftlicher Initiativen sein. Parallelstrukturen können keine ausreichende gesundheitliche Versorgung gewährleisten. Politisch muss es darum gehen, endlich den regulären Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle zu ermöglichen und soziale Rechte durchzusetzen – sei es für Illegalisierte, Geflüchtete aus Lampedusa, neue EU-Bürger_innen oder Asylsuchende.

Mit der 2013 initiierten »Kampagne gegen Abschottung und Illegalisierung, für gleiche soziale Rechte und medizinische Versorgung für alle!« thematisiert das Medibüro die soziale und rechtliche Situation der angesprochenen Personengruppen und kritisiert die deutsche und europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik. Den wiederholten Hungerstreik von Geflüchteten im Herbst 2013 vor dem Brandenburger Tor nahm das Medibüro zum Anlass, den Aufruf »Für eine reguläre Ge-

Eine politisch produzierte Sackgasse, die sich durch die ökonomische Krise der letzten Jahre noch verengt und das Ungleichgewicht in Bezug auf die politische Verantwortung und Zuständigkeit zwischen den Staaten an den EU-Außengrenzen und ihren nördlichen Nachbarn noch verstärkt hat.

Krankenhäuser. Zum Medibüro-Netzwerk gehören rund 120 Ärzt_innen, Hebammen, Krankengymnast_innen und medizinische Einrichtungen. Alle arbeiten unentgeltlich und versuchen – im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten – die Menschen nach gleichen medizinischen Standards wie reguläre Krankenkassenpatient_innen zu behandeln. Dass dies strukturell bedingt nicht immer möglich ist, gehört leider zur Versorgungsrealität in solchen Parallelstrukturen genauso dazu wie lange Wartezeiten im eher ungemütlichen Flur des Kreuzberger Mehringhofs, wo das Medibüro sein Vermittlungsbüro hat.

sundheitsversorgung aller Menschen – unabhängig vom Aufenthaltsstatus!« zu initiieren. Die restriktive Angleichung der europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik ist keine »Harmonisierung«, sondern verstärkt durch Abwehr und Regulierung von Migrationsbewegungen die Ausschlüsse und Diskriminierung von Geflüchteten – auf Kosten von Gesundheit und Leben der betroffenen Menschen.

Burkhard Bartholome, Elène Misbach und Hanna Schuh sind aktiv im **Medibüro – Büro für medizinische Flüchtlingshilfe**, das seit 18 Jahren in Berlin illegalisierten Menschen und Migrant_innen ohne Krankenversicherung Gesundheitsversorgung durch medizinisches Fachpersonal vermittelt – anonym und kostenlos für die Betroffenen. Das Medibüro ist ein selbstorganisiertes, nichtstaatliches, antirassistisches Projekt, das seit seinem Bestehen für gleiche soziale und politische Rechte aller Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus eintritt.

1 – Vgl. Oliver Hansen, in ak 590, 21. Januar 2014, S. 26. http://www.akweb.de/ak_s/ak590/28.htm

2 – Demoaufruf zum 23.03.2013: <http://refugeesrevolution.blogspot.de>

3 – Vgl. <http://freedomnotfrontex.noblogs.org> sowie <http://asyl-strikeberlin.wordpress.com>

4 – Vgl. http://europa.eu/legislation_summaries/justice_freedom_security/free_movement_of_persons_asylum_immigration/114579_de.htm

5 – Siehe: <http://lampedusa-hamburg.info/> und <http://asyl-strikeberlin.wordpress.com/2013/05/02/lampedusa-in-berlin/> sowie <http://lampedusa.karawane-muenchen.org/>

6 – Heribert Prantl: Kein Platz im Boot, Süddeutsche Zeitung, 07.10.2013. Verfügbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlingspolitik-der-eu-kein-platz-im-boot-1.1788385>

7 – Siehe gemeinsamen Pressemitteilung von Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl vom 4. März 2014. Verfügbar unter: http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/pressemitteilungen/pm_hetze_gegen_fluechtlinge.pdf

8 – Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen in Berlin-Hellersdorf vom Sommer 2013 hat die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) im März 2014 gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAGKR) und der Evangelischen Akademie zu Berlin (EA) die Online-Handreichung »Was tun, damit« nicht brennt« herausgegeben. Die Herausgeber_innen reagieren damit »auf die steigende Anzahl von rassistischen und neonazistischen Straf- und Gewalttaten gegen Sammelunterkünfte für Geflüchtete in Ost- und Westdeutschland: http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2014/03/14_03_12_Presserklärung_Online-Handreichung.pdf

9 – Vgl. DISS-Artikel im Heft

10 – Siehe dazu auch den Abschnitt »Medizinische Versorgung« im Artikel der KuB, Seite 10.

11

13. MÄRZ 2013 / Berlin-Schöneberg

Ein Mann wird in der Meraner Straße gegen 6.30 Uhr von zwei unbekanntem Männern antisemitisch und homophob beleidigt, angegriffen, dadurch verletzt, und beraubt. *Polizei Berlin, 13.03.2013 / Tagesspiegel, 13.03.2013 / Berliner Kurier, 13.03.2013 / Berliner Zeitung, 13.03.2013*

12

15. MÄRZ 2013 / Berlin-Köpenick

Am S-Bahnhof Köpenick wird ein Mann von zwei jungen Männern beleidigt, bedroht und körperlich bedrängt, nachdem er einen »No Nazis«-Aufkleber angebracht hat. *Register Treptow-Köpenick / Chili [tk] (Antifaschistische Jugendgruppe aus Treptow-Köpenick)*

13

16. MÄRZ 2013 / Berlin-Hellersdorf, U-Bahnhof Hönow

Gegen 1.13 Uhr wird ein 49-jähriger Mann in der U-Bahn auf dem U-Bahnhof Hönow von zwei unbekanntem Männern rassistisch beleidigt, geschlagen und getreten. *Polizei Berlin, 16.08.2013*

14

19. MÄRZ 2013 / Berlin-Neukölln

Zwei Schülerinnen, 13 und 14 Jahre alt, werden von einem 14-jährigen Mitschüler gegen 11.40 Uhr in der Emser Straße rassistisch beleidigt, geschlagen und getreten. *Polizei Berlin, 23.04.2013*

15

20. MÄRZ 2013 / Berlin-Lichtenberg, Tram

Ein 15-jähriger Schüler wird gegen 15.10 Uhr in der Tram in der Landsberger Allee in Anwesenheit von anderen Mitschüler_innen von einem unbekanntem Paar rassistisch beleidigt und angegriffen. *Polizei Berlin, 23.04.2013*

16

22. MÄRZ 2013 / Berlin-Wedding

Gegen 4.10 Uhr wird ein Mitarbeiter eines Imbisses in der Gerichtsstraße von einer 22-jährigen Frau rassistisch beleidigt, bespuckt und geohrfeigt. *Polizei Berlin, 23.04.2013*

EIN INTERVIEW MIT DREI AKTIVISTEN VON AFRIQUE-EUROPE-INTERACT (AEI), DIE ÜBER DIE SITUATION AN DEN GRENZZÄUNEN VON MELILLA UND CEUTA DREI JAHRE NACH BEGINN DES ARABISCHEN FRÜHLINGS SPRECHEN. ZINAHAD PATRICE BOUKAR IST EINER DER GRÜNDER DER ASSOZIATION DER ABGESCHOBENEN AUS ZENTRALAFRIKA IN MALI (ARACEM), DIE ZUR MALISCHEN SEKTION VON AEI GEHÖRT. GERAUD UND TRÉSOR HABEN VOR KURZEM VOIX DES MIGRANTS INITIERT, UM DEN AN DER GRENZE ZU EUROPA IN MAROKKO EINGESCHLOSSENEN MIGRANT_INNEN EINE STIMME ZU GEBEN.

Zwischen Wüste und Meer: Kämpfe um Bewegungsfreiheit in Nordafrika

Das Interview wurde geführt von Andrea Plöger, Aktivistin bei der deutschen Sektion von AEI und Medienaktivistin im Weltsozialforum/ timecode e.V.

Mit der Verlagerung und Militarisierung der EU-Grenzen auf dem afrikanischen Kontinent hat sich die Situation von Migrant_innen aus Afrika in den letzten zehn Jahren radikal verändert. Der Arabische Frühling, der Anfang 2011 zur Zeit der ersten Karawane für globale Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung und der Gründung von *Afrique-Europe-Interact* begann, hat in vielen Ländern Nord- und Westafrikas zu Umstürzen geführt. Auf verschiedene Arten hat die EU eingegriffen, Frankreich hat seitdem militärische Interventionen in mehreren Staaten Afrikas angeführt.

Die wirtschaftliche Agenda hat nach Protesten wie im Senegal oder Umstürzen wie in Tunesien, Ägypten und auch Mali nicht in Richtung einer Emanzipation der Staaten aus der Abhängigkeit geführt, sondern im Gegenteil wurde die Krise genutzt, um Vorhaben wie Uranminen in Falea/Mali und Landgrabbing im *Office du Niger* im Schatten der Konflikte voranzutreiben oder Sonderwirtschaftszonen einzurichten und Freihandelsabkommen und »Sicherheitspartnerschaften« zu erneuern – wie etwa in Tunesien. Das jedoch verschärft die ökologische und wirtschaftliche und damit humanitäre Krise und treibt die gut ausgebildeten jungen Menschen auf der Suche nach Pers-

pektiven und einer Möglichkeit der Subsistenz zum Unterhalt ihrer Familien aus dem Land.

Die Flucht aus den Ländern südlich der Sahara birgt eine Vielzahl tödlicher Gefahren. Frauen werden regelmäßig Opfer von Vergewaltigungen oder in die Zwangsprostitution verkauft. Die vielen Kinder, die mit ihren Eltern migrieren oder während der Migration geboren werden, sind ohne Zugang zu medizinischer Versorgung oftmals die ersten Opfer von Krankheiten und Unterernährung.

Diese Zone des exterritorialiserten Grenzregimes der Europäischen Union erstreckt sich von Nordafrika aus jetzt auch bis in einige westafrikanische Länder, die ihrerseits »Sicherheitspartnerschaften« mit der EU abgeschlossen haben – wie etwa Mauretanien. Hier befinden sich Gefängnisse und Lager, zu denen keine Anwält_innen, Ärzt_innen oder Journalist_innen Zugang haben und in denen Menschenrechtsverletzungen alltäglich sind. Einige Wüstenstädte auf den Migrationsrouten aus Zentralafrika nach Nordafrika wie Tamarasset in Algerien sind so zu Drehkreuzen des internationalen Menschenhandels geworden. Es ist bekannt, dass die islamistischen Gruppen, die zuletzt den Norden Malis besetzt hielten, auch als Schleuser und Menschenhändler fungieren. Aber auch ande-

re mafiöse Gruppen und Arbeitgeber_innen aus allen Bereichen verdienen an dem Geschäft mit den Migrant_innen mit. Die nordafrikanischen Staaten ihrerseits wiederum benutzen die Migrant_innen, um Druck auf die EU auszuüben. Die Verknüpfung von Wirtschaftsverhandlungen mit »Sicherheitspartnerschaften« als Strategie der EU, die nordafrikanischen Länder in eine Rolle als Grenzpolizei zu zwingen, hat außerdem zu einer starken Zunahme des Rassismus gegen Migrant_innen aus Zentralafrika geführt. Sie leben als de facto Rechtlose im Maghreb und sind zahlreichen rassistischen Angriffen aus der Bevölkerung, aber vor allem von der Polizei ausgesetzt. Aufgrund einer rassistischen Berichterstattung, in der die Doppelmoral von Staat und Wirtschaft im Umgang mit den Migrant_innen ausgeblendet wird, ist die Akzeptanz für das äußerst brutale Vorgehen der Polizei hoch.

Zinahad Patrice Boukar aus Kamerun war in Marokko, als 2005 erstmals an den Grenzzäunen von Ceuta und Melilla auf Menschen geschossen wurde und es zur Praxis der marokkanischen Polizei wurde, Migrant_innen in der Wüste auszusetzen. Zusammen mit seinem Cousin wurde auch er 2005 eins Nachts mit anderen Migrant_innen »wie Vieh« (Zitat Zinahad Patrice Boukar in seinem Vortrag am 24.2.2014 in Berlin) in LKWs gedrängt und dann irgendwo in der Sahara ohne Wasser und Nahrung ausgesetzt. Von der algerischen Wüste gelangte er mit seinem Cousin in einem zweimonatigen Fußmarsch nach Bamako, der Hauptstadt von Mali. Dort lebten sie ein halbes Jahr lang mit einigen Hundert anderen Abgeschobenen ohne Zugang zu medizinischer Versorgung, ohne Papiere und damit ohne Möglichkeit zur Rückkehr. Als Anfang 2006 das Weltsozialforum (WSF) in Bamako stattfand, okkupierten sie den offenen Raum des WSF und begründeten so das Netzwerk für globale Bewegungsfreiheit innerhalb des WSF. Im selben Jahr gründeten sie die *Assoziation der Abgeschobenen aus Zentralafrika in Mali (ARACEM)* und eröffneten die erste Notunterkunft für Migrant_innen in Bamako. Trésor und Geraud, die auf ihrem Weg von Kamerun nach Europa als abgeschobene Migrant_innen bei der ARACEM zwischenzeitlich aktiv waren, leben heute in Deutschland. Beide waren Studenten bevor sie beschlossen, zu migrieren – einmal weil die Familie die Fortsetzung des Studiums nicht finanzieren konnte und im anderen Fall wegen drohender Gefängnisstrafen für die Beteiligung an einem

Student_innenstreik. Während die Kommiliton_innen, die damals verhaftet wurden, noch immer im Gefängnis sind, traten sie die Flucht an, nicht wissend, dass diese fünf beziehungsweise acht Jahre dauern würde und sie 25 Grenzen dabei überqueren müssten. Von vielen Freund_innen und Bekannten, die sich damals mit ihnen auf den Weg machten, ist ein großer Teil gestorben oder hat unterwegs die geistige und physische Integrität verloren. Seit sie

Hier befinden sich Gefängnisse und Lager, zu denen keine Anwalt_innen, Ärzt_innen oder Journalist_innen Zugang haben und in denen Menschenrechtsverletzungen alltäglich sind.

in Deutschland sind, erreichen sie täglich Hilferufe von ihren Freund_innen und anderen Migrant_innen, die sich weiterhin in der Nähe des mit Klängen bewehrten Zauns verstecken müssen. Einige dieser Freund_innen wurden am 6.2.2014 von spanischen und marokkanischen Polizisten erschossen, bei dem Versuch, das Mittelmeer zu passieren. Die Überlebenden haben Fotos von den Verbluteten geschickt, die auf die Ladefläche eines Lastwagens geworfen wurden. Trésor und Geraud publizieren sie auf ihrem Blog *Voix des Migrants*. Sie sammeln auch Laptops, Mobiltelefone und Kameras, damit die Menschenrechtsverletzungen in Marokko dokumentiert werden können. *Voix des Migrants* dient auch dazu, den Eingeschlossenen Informationen von den Flüchtlingsprotesten und Solidaritätsaktionen von der anderen Seite des Mittelmeers zu schicken und so ein wenig Hoffnung zu geben.

Wieso und unter welchen Umständen wurde die Assoziation der Abgeschobenen aus Zentralafrika in Mali (ARACEM) gegründet?

Patrice Ich heiße Zinahad Patrice Boukar und ich bin der Direktor der ARACEM. Wir, also mein Cousin Roméo Zinahad und ich, haben 2006 angefangen, uns zu organisieren, denn wir waren in sehr erbarmungswürdigen Umständen und als wir um Hilfe baten, sagte man uns, dass es nicht möglich wäre, uns zu unterstützen. Wir lebten mit Hunderten anderer Abgeschobener in Ruinen ohne Wasser und Strom. Wir hatten Hunger und wir hatten Verletzte unter uns und wenn jemand krank wurde,

wussten wir nicht, was wir tun konnten. Nach dem WSF 2006 in Bamako haben wir uns entschieden, die ARACEM zu gründen, denn wir hatten genug davon, dass über uns geredet wird und wir aber diejenigen sind, die es erlebt haben.

Wir kümmern uns auch um die, die nicht mehr können, weil sie seit sechs, sieben Jahren unterwegs sind.

2006 haben wir das erste Haus in Bamako geöffnet, um Migrant_innen in einer sehr schwierigen Lage kurzzeitig zu helfen. Seitdem machen wir diese Erstaufnahme, denn es ist wirklich die einzige Möglichkeit für die Migrant_innen, die zurückgewiesen sind, wenigstens drei Tage unterzukommen und medizinische Hilfe zu bekommen – in ganz Bamako. Wir kümmern uns auch um die, die nicht mehr können, weil sie seit sechs, sieben Jahren unterwegs sind. Wenn sie zurück wollen, helfen wir zumindest denen bei der Rückkehr, die krank sind, denn eine Rückkehr nach beispielsweise Kamerun ist schon sehr teuer für unsere Organisation. Seit zwei Jahren haben wir ein spezielles Programm für Sexarbeiter_innen, von denen die meisten Frauen sind, die durch die Migration in die Prostitution gezwungen wurden.

Wir helfen ihnen auch bei der Wiederbeschaffung ihrer Papiere, denn die meisten haben gar keine Papiere mehr und wir versuchen mit den Botschaften zu verhandeln. Heute, nach dem Krieg in Mali und schon 2012 während der Krise, haben wir geholfen in weiteren Städten, wie Kidal oder Gao eingeschlossene Menschen zu evakuieren. Wir haben 120 Menschen auf diese Art geholfen und inzwischen ein Büro in Kidal und eines in Gao aufgemacht. 2012 wurde der Norden von Mali durch Tuareg, die wegen des Krieges in Libyen nach Mali zurück kehren mussten, besetzt. Diese wurden bald von islamistischen Gruppen wie Bewegung für die Einheit des Jihad in Westafrika (MUJAO) und Al-Quaida im Maghreb (AQMI) verdrängt, bis dann 2013 Frankreich in Mali intervenierte. Im Februar 2014 beschloss die Bundesregierung auch Soldaten nach Mali zu entsenden. Kidal und Gao waren und sind Hauptschauplätze dieser kriegerischen Auseinandersetzungen.

Geraud Auf dem Weg nach Marokko und Europa war ich auch in Mali und wurde von der ARACEM

aufgenommen und ich war sehr bewegt davon, Migrant_innen wie mich zu treffen, die diese Organisation für Migrant_innen gegründet haben. Heute ist es so, dass viele, die aus Algerien abgeschoben werden, erst in Gao landen und dann in Bamako. Wenn sie ankommen haben sie nichts. Sie haben viele beerdigen müssen und sterben sehen.

Trésor Meine Perspektive ist auch aus der Erfahrung mit der ARACEM entstanden. Mit ihrem Entstehen für die, die festsitzen, um die sich niemand kümmert und die Opfer dieses Migrationsregimes sind. Wir sind inspiriert von der Arbeit der ARACEM. Wir sind alle selber Opfer dieser Politik und die Migration hat uns zu denen gemacht, die wir heute sind. Sie ist unser Leben und wir können nicht umhin, uns für die Rechte von Migrant_innen einzusetzen.

Wir haben uns ja alle anlässlich der Karawane für globale Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung 2011 in Bamako getroffen. Damals begann der »Arabische Frühling« in Nordafrika und nach den Revolutionen der Krieg in Libyen und dann die Krise in Mali. Gleichzeitig gab es den Konflikt in der Elfenbeinküste, wo auch viele Malier_innen hin migriert waren. Könnt Ihr die Veränderungen in Bezug auf die Migration/srouten beschreiben?

Patrice Die Revolutionen, von denen es ja mehrere gab, wie z.B. in Tunesien und Libyen und dazu noch den Umsturz in Mali, haben die Migration nicht wirklich verändert. Man könnte ja denken, dass die Menschen bei allem was passiert ist, nicht mehr migrieren, aber das ist nicht der Fall. Für sehr viele Länder ist Mali das Drehkreuz auf dem Weg der Migration und auch während des Krieges hat der Strom der Migrant_innen nicht angehalten. Im Gegenteil, die Menschen haben gedacht, dass sie im Schatten des Krieges vielleicht besser durchkommen. Ich denke, dass wenn sich Migrant_innen entschieden haben, zu gehen, dann kann sie nichts aufhalten.

Geraud Einerseits gebe ich Patrice Recht, dass die Revolutionen nichts an der Migration geändert haben und andererseits glaube ich doch, dass sich eine Menge geändert hat, nämlich auch deswegen, weil die Leute immer ärmer werden und mit den verschiedenen Krisen und Kriegen sich

die ohnehin wirtschaftlich schlechte Lage weiter zugespitzt hat. Europa muss seine Verantwortung einlösen, wenn es sich in die Ereignisse einmischt, muss es auch Verantwortung für die Folgen übernehmen.

Trésor Ich möchte die Revolution bei ihrem Namen nennen, denn sie hat angefangen mit der Selbstverbrennung eines jungen Mannes in Tunesien, Mohammed Buazizi. Daraus folgte die Revolution in Tunesien, der Arabische Frühling und auch die Krise in Mali und der Krieg in Libyen und der Konflikt in der Elfenbeinküste, das hängt alles miteinander zusammen. Wenn diese Ereignisse nicht so stattgefunden hätten, dann wären auch nicht so viele Menschen nach Lampedusa geflohen. Denn die Europäer haben ein System der Ausbeutung in afrikanischen Ländern errichtet. Ich würde sagen, diese Revolution hat sehr, sehr viel geändert die Migration betreffend, die Europäer hatten schon vorher ihr Grenzregime nach Nordafrika verlagert und beobachteten genau, was dort passiert. Wenn es in einem Land kriegerische Auseinandersetzungen gibt, dann ist es aber normal, dass die Menschen einen Ausweg suchen, jeder möchte in Sicherheit und Frieden leben. Alle, die dann von Libyen nach Lampedusa kamen, kamen wegen des Krieges, den Europa in Libyen führte oder den Folgen dieses Krieges in Mali und Tunesien.

Wenn es in einem Land kriegerische Auseinandersetzungen gibt, dann ist es normal, dass die Menschen einen Ausweg suchen, jeder möchte in Sicherheit und Frieden leben.

Die Menschen suchten jetzt die Sicherheit und den Frieden in Europa. Und sie wollen auch die Einhaltung der Menschenrechte und die Bewegungsfreiheit, die die Bürger_innen hier genießen. Es ist klar, dass sich die Zahl der Migrant_innen erhöhte, als Libyen, Tunesien, die Elfenbeinküste und Mali fast zur selben Zeit destabilisiert wurden, also suchten die Leute woanders Stabilität. Und wenn heute die Leute an der Grenze zu Melilla und Ceuta oder auf dem Weg nach Lampedusa sterben und leiden, dann ist es klar, dass sie die Opfer dieser Politik sind, dieser Krisen. Und es sind nicht wir Afrikaner_innen, die das bewirkt haben, sondern es ist auch die Politik der Europäer und ihre Agenda in unseren Heimatländern.

Wie seht Ihr die Perspektiven für die Bewegung für globale Bewegungsfreiheit? Was steht Eurer Meinung nach an?

Trésor Also, dass ich Voix des Migrants gegründet habe und dass ich mich heute öffentlich äußere, geschah auch, weil ich selbst Opfer dieser Grenzpolitik geworden bin. Ich habe ein Jahr und mehrere Monate in diesem Wald an der marokkanisch-spanischen Grenze verbracht und also kenne ich mich aus mit diesem ganzen Leid dort in diesem Wald. Sie sind in einem System, wo sie nicht vor und nicht zurück können und ihre Situation gleichzeitig ausgenutzt wird, das ist sehr gefährlich, das ist eine Katastrophe. Es gibt viele Frauen, die zu Opfern aller möglichen Menschenrechtsverletzungen werden und es gibt viele Kinder und Kranke dort. Und sie können einfach keinen Grenzzaun überklettern. Und sie können auch nicht zurück, Algerien lässt sie nicht rein. Die Jahre vergehen, ihr Wille ist gebrochen, viele haben psychische Probleme. Ärzte ohne Grenzen und Human Rights Watch weisen in mehreren Reportagen auf die extremen Menschenrechtsverletzungen in Marokko hin – vor allem gegen subsaharische Migrant_innen. Es muss eine Lösung gefunden werden für diese Menschen und ihre Rechte müssen respektiert werden.

Patrice Wenn ich nun gerade in Deutschland bin, dann ist es vor allem, um über die Situation der Migrant_innen in Mali zu sprechen, denn heutzutage ist Mali nicht nur ein Land, durch das viele Migrationsrouten verlaufen, sondern auch ein Land, in dem viele Migrant_innen gestrandet sind. Wir haben zwar inzwischen einige Partner_innen hier, aber es reicht überhaupt nicht, weil so viele Migrant_innen nach Mali zurück abgeschoben werden.

Was die Situation der Bewegungen und Kämpfe hier betrifft, so verstehe ich nicht, warum nicht mehr Organisationen aus dem globalen Süden beim Refugee Protestmarsch nach Brüssel (s.u.) involviert sind, denn sie sind die in erster Linie Betroffenen einer fehlenden Bewegungsfreiheit und es wäre gut, sie mehr zu involvieren. Es gibt leider ja zu wenig finanzielle Mittel, aber wir sind auf jeden Fall bereit, wenn wir die Möglichkeit bekommen, diesen Marsch mitzugestalten und gemeinsam diesen Kampf zu führen.

Der **Refugee Protestmarsch** nach Brüssel zum Europaparlament beginnt am 17.5. in Berlin. Er führt über 450 km durch Frankreich, Deutschland, Luxemburg und Belgien. Ziel ist es, anlässlich des Treffens des EU Rates und der europäischen

Außenminister_innen den Protest gegen die EU Flüchtlingspolitik nach Brüssel zu tragen.

Afrique-Europe-Interact (AEI) hat sich als transnationales Netzwerk für Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung 2011 anlässlich der Karawane afrikanischer und europäischer Gruppen zum Weltsozialforum (WSF) zusammen gefunden. In der Folge entstanden verschiedene transnationale Kooperationen und weitere Karawanen. <http://www.afrique-europe-interact.net/>

Die Assoziation der Abgeschobenen aus Zentralafrika in Mali (ARACEM) ist eine Selbstorganisation von abgeschobenen Migrant_innen aus Zentralafrika in Mali, die Abgeschobenen eine medizinische Notversorgung und eine Erstaufnahme bietet. Allerdings reichen ihre Möglichkeiten bei Weitem nicht aus, da Mali nicht nur ein Transitland für viele Migrant_innen aus Zentralafrika ist, sondern auch weil es nicht zum »Cordon sanitaire« des EU Grenzregimes gehört. Der Krieg im Norden Malis und die Revolutionen in Nordafrika, sowie die Destabilisierung der Elfenbeinküste haben die Situation noch verschärft. <http://aracem.canalblog.com/>

Voix des Migrants wurde vor einigen Wochen von Trésor und Geraud initiiert, die beide mehr als ein Jahr in Marokko gelebt haben und dabei Zeugen extremer Menschenrechtsverletzungen wurden. Sie sind seit Kurzem in Deutschland und versuchen von hier aus ein Kommunikationsnetzwerk mit den Eingeschlossenen von Ceuta und Melilla aufzubauen. <https://www.facebook.com/voix.desmigrants>

17

22. MÄRZ 2013 / Berlin-Pankow

Eine Person, die von zwei Neonazis als Anti-Nazi-Aktivist_in angesehen wird, wird von den Neonazis durch Buch gejagt. *Pankower Register*

18

30. MÄRZ 2013 / Berlin-Neukölln

In der Flughafenstraße werden gegen 0.30 Uhr drei Männer im Alter von 31, 21 und 25 Jahren aus einer Personengruppe heraus transphob beleidigt. Sie werden von fünf Männern angegriffen. Ein Mann wird mit einer Flasche auf den Kopf geschlagen und getreten. *Polizei Berlin, 23.04.2013*

19

30. MÄRZ 2013 / Berlin-Lichtenberg

U-Bahnhof Lichtenberg

Gegen 2.55 Uhr wird ein Jugendlicher auf dem U-Bahnhof Lichtenberg von einem 25-jährigen Mann rassistisch beleidigt. Ein 18-jähriger Freund stellt sich schützend vor den Jugendlichen und wird mit der Faust ins Gesicht geschlagen. *Polizei Berlin, 11.12.2013*

20

9. APRIL 2013 / Berlin-Charlottenburg

Gegen 18.30 Uhr werden zwei Jugendliche am Theodor-Heuss-Platz von einem 64-jährigen Mann mit extrem rechten Parolen und Gesten beleidigt und danach mit einem Messer bedroht. Ein Zeuge ruft die Polizei, während die Jugendlichen sich entfernen. *blaulichtatlas, 10.04.2013*

21

12. APRIL 2013 / Berlin-Charlottenburg

Ein 77-jähriger Mann wird gegen 16.10 Uhr am Theodor-Heuss-Platz aus homophober Motivation von einem 27-jährigen Mann verfolgt und auf die Straße geschubst. Nachdem der 77-Jährige sich in einen Supermarkt flieht, reißt der Täter ihn zu Boden, tritt auf ihn ein und verletzt ihn dabei im Gesicht. Erst nachdem ein Zeuge eingreift, lässt der Täter von dem Mann ab. *Polizei Berlin, 13.04.2013 / Tagesspiegel, 13.04.2013 / Berliner Morgenpost, 13.04.2013 / queer.de, 14.04.2013 / siegessäule.de, 14.04.2013*

UNTERSCHIEDLICHER KANN EIN JAHR FÜR EINEN BEZIRK NICHT VERLAUFEN. 2013 WIRD VIELEN HELLERSDORFERINNEN IN ERINNERUNG BLEIBEN. ABER NICHT NUR IHNEN: HELLERSDORF HAT IN DIESEM JAHR TRAUERIGE BERÜHMTHEIT ERLANGT, DER NAME IST JETZT AUCH IN NORWEGEN UND SPANIEN EIN BEGRIFF. ER IST ZUM SINNBILD DAFÜR GEWORDEN, WIE RECHTSEXTREME DIE STIMMUNG IN EINEM BEZIRK MASSIV BEEINFLUSSEN KÖNNEN.

Zweimal 2013 in Hellersdorf. Ein Bezirk driftet ab

von »Hellersdorf hilft«

Es beginnt im Juni mit einem kleinen Artikel in der »Berliner Woche«. Am Tag zuvor hatte Sozial- und Gesundheitsstadträtin Dagmar Pohle (Die Linke) der Bezirksverordnetenversammlung mitgeteilt, dass aus dem ehemaligen Max-Reinhardt-Gymnasium eine Unterkunft für AsylbewerberInnen werden soll. Ein Artikel, der die Stimmung im Bezirk massiv verändern sollte.

Denn schon kurz nach der Veröffentlichung wurde bei Facebook die Gruppe »Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf« (BMH)¹ gegründet. Sie fand sofort regen Zulauf, auch wegen ihrer unerträglichen Hetze. »Nein zum Heim« prangte auf Aufklebern und T-Shirts, »Touristen sind herzlich willkommen – kriminelle Ausländer und Asylbetrüger sind konsequent in ihre Heimat abzuschieben« stand auf dem ersten Flyer. Wer hinter dieser Gruppe steckte, das war lange Zeit unklar. Für diesen Flyer zeichnete Thomas Crull verantwortlich, er war 2011 NPD-Kandidat für Marzahn-Hellersdorf bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus. Der Verfassungsschutz bestätigte, was AntifaschistInnen bereits festgestellt hatten: die Gruppe wird »von mindestens einem Mitglied des NPD-Kreisverbands Marzahn-Hellersdorf stark beeinflusst«. Ganz offen wurde dort gegen vermeintliche »AusländerInnen« gehetzt. Das Problem war auch: Die BürgerInnen fühlten sich von der Politik nicht mitgenommen, tagelang hatte die BMH Deutungshoheit und war die einzige Diskussionsplattform weit und breit. Aber was heißt schon Diskussion? Dort trat blanker Rassismus zu Tage, gelöscht wurden rassistische Kommentare

nur spärlich. Auch wenn die BMH sich stets bemühte, nicht mit der NPD in Verbindung gebracht zu werden, ähnelte sich der Sprachstil jedoch auffällig. Bedeutungsvoll war auch, dass Personen dieser Partei in den Kommentarspalten auf Facebook Beiträge lieferten und sich die BMH damit brüstete, Insider in den Behörden zu haben. Die Bezirkspolitik hatte die Proteste unterschätzt und wollte erst am 9. Juli zu einer Informationsveranstaltung laden. Und die brachte das Fass endgültig zum Überlaufen.

Der »braune Dienstag«

Die Vorgehensweise der BMH ließ schon früh vermuten, dass hier ein gut strukturiertes Netzwerk im Hintergrund agiert. Das tatsächliche Ausmaß wurde PolitikerInnen, Presse und AnwohnerInnen jedoch erst am Tag dieser Veranstaltung deutlich. Neben aufgebrachten AnwohnerInnen setzten sich auch die NPD und vernetzte Mitglieder des rechtsextremen und höchst gewaltbereiten Nationalen Widerstands in Szene, die auch aus anderen Stadtteilen anreisten. Einige trugen Klamotten mit der Aufschrift »22.-26. August 1992« – dem Datum der Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen. Auf der Veranstaltung konnten sich unter anderem der NPD-Landesvorsitzende Sebastian Schmidtke und die Funktionärin des Rings Nationaler Frauen (RNF) Maria Fank als besorgte MitbürgerInnen des Bezirks stilisieren. Ein sachlicher Austausch wurde zudem durch sehr laute »Nein zum Heim!«-Rufe verhindert, die sogar die Technik

übertönt. Am Rande der Veranstaltung machten NPD-Mitglieder offen Werbung für ihre Partei.

Noch in der Nacht dieser AnwohnerInnenversammlung gründete ein ehemaliger Schüler des Max-Reinhardt-Gymnasiums die Initiative »Hellersdorf hilft AsylbewerberInnen«, ebenfalls bei Facebook. Er war entsetzt über die Bilder und auch darüber, dass sein Bezirk jetzt wieder einmal als rechte Hochburg gilt. »Wir nehmen die Flüchtlinge als Menschen wahr, nicht als potentielle Kriminelle oder Bedrohung oder Last. Wir glauben, dass wir für ein gu-

In den folgenden Tagen bekundeten mehr als 10.000 Facebook-User ihre Solidarität mit den AsylbewerberInnen, die nach Hellersdorf kommen sollten.

tes Miteinander in Hellersdorf beitragen können.« Diese Worte sind noch heute Selbstverständnis der Initiative. In den folgenden Tagen bekundeten mehr als 10.000 Facebook-User ihre Solidarität mit den AsylbewerberInnen, die nach Hellersdorf kommen sollten. Sofort schlossen sich weitere Unterstützende an, aus der rein digitalen Vernetzung wurde eine ganz reale. Hunderte Menschen meldeten sich bei »Hellersdorf hilft«, boten ihre Hilfe an: Sie wollten Spielzeug und Sachen spenden oder als ÜbersetzerInnen helfen. Die Solidarität kannte keine Grenzen.

Rassistische Übergriffe sind alltäglich

Die radikalen Parolen der Rechten hatten allerdings auch keine Grenzen: Denn die BMH verstärkte nach der AnwohnerInnenversammlung ihre Aktivitäten im Netz und auf der Straße – sie wollte das Heim mit aller Macht verhindern. »Besorgte AnwohnerInnen« demonstrierten, malten im gesamten Bezirk »Nein zum Heim« auf die Straßen, klebten Plakate, verteilten Flyer. Eine der ersten Aktivistinnen bei »Hellersdorf hilft AsylbewerberInnen« wurde von ihnen bedroht. Ein an sie adressiertes Schreiben bei Facebook stellte ihr ein Ultimatum. Man wisse genau, dass die Mobilisierungsplattform »Hellersdorf hilft AsylbewerberInnen« ihr »Kind« sei, schrieb die Bürgerinitiative. Zudem wurde ihr E-Mailkonto gehackt.

Bis zum Jahresende wurden zahlreiche Vorfälle wie diese und vor allem Schmierereien gemeldet: ein Hakenkreuz in der Nähe des Heimes (Ende Juli);

22

12. APRIL 2013 / Berlin-Köpenick

Eine Jugendliche wird am S-Bahnhof Köpenick von Fans des FC-Union gejagt, weil sie einen Stoffbeutel dabei hat, auf dem die Demo und das Konzert des Bündnisses »Gemeinsam gegen Nazis« in Schöneweide beworben wird. *Register Treptow-Köpenick*

23

12. APRIL 2013 / Berlin-Friedrichshain

Ein 15-Jähriger wird gegen 21.45 Uhr auf dem Platz der Vereinten Nationen von einem 19-Jährigen geschlagen, nachdem er diesem gesagt hat, dass er mit »Nazischeiß« nichts zu tun haben will. Der 15-Jährige war von dem 19-Jährigen aufgefordert worden von dem Stein aufzustehen, auf dem er saß. Vorher zeigte der Täter den sogenannten »Deutschen Gruß«. *Polizei Berlin, 18.02.2014*

24

13. APRIL 2013 / Berlin-Mitte

Gegen 15.45 Uhr werden eine 30-jährige Frau und ein 42-jähriger Mann in der Leipziger Straße von einem 52-Jährigen rassistisch beleidigt. Der 42-Jährige wird von dem Täter angegriffen. *Polizei Berlin, 4.07.2013*

25

13. APRIL 2013 / Berlin-Köpenick

Drei junge Menschen werden vor dem S-Bahnhof Köpenick von einem Neonazi bedroht, als sie Plakate für die Demonstration »Gemeinsam gegen Nazis« verkleben. *Register Treptow-Köpenick*

26

14. APRIL 2013 / Berlin-Spandau

Ein 21-jähriger Mann wird gegen 14.00 Uhr im Zusammenhang mit einem Fußballspiel in der Straße Im Spektefeld von einem 24-jährigen Mann rassistisch beleidigt und geschlagen. *Polizei Berlin, 27.05.2013*

die BMH verteilte erneut Flyer (Ende Juli); immer wieder spähnten Mitglieder der BMH die Unterkunft aus, sprangen dabei auch über den Zaun oder verschafften sich Zutritt zu den Gebäuden; ab und zu wurden BewohnerInnen in den Räumen fotografiert, diese Bilder landeten dann auf der Facebookseite der BMH; auch UnterstützerInnen wurden abfotografiert. An einem Marsch der BMH Anfang August rund um das Heim nahmen 60 Rechtsextreme teil, die Polizei nahm einige davon fest, nachdem sie den Hitlergruß gezeigt und rechte Parolen gerufen hatten.

Die ersten AsylbewerberInnen kamen dann erst Mitte August in die Unterkunft. Dort standen sich zahlreiche BefürworterInnen und GegnerInnen des Heims gegenüber. Ein Mann in einem pinkfarbenen Shirt und mit Glatze wurde festgenommen, weil er den Hitlergruß zeigte. Neben dem Heim richteten UnterstützerInnen eine dauerhafte Mahnwache ein.

Des Öfteren versammelten sich kleine Gruppen von GegnerInnen vor der Unterkunft, einige trugen gewaltverherrlichende T-Shirts; immer wieder erteilten PolizistInnen, die viele Wochen lang am Heim stehen mussten, Platzverweise gegen hetzende Menschen; BMH-AktivistInnen tauchten bei der Bezirksverordnetenversammlung auf, schüchterten eine Abgeordnete ein (Ende August); wenig später wurden an einem Tag fünf Hakenkreuze an der Unterkunft entdeckt; Mitte September provozierten einige Personen mit einer NPD-Fahne direkt am Heim.

Dauerhaft etwas für eine demokratisch politische Bildung zu tun ist aber auch die Aufgabe einer starken Zivilgesellschaft.

Dass partout keine Ruhe einziehen wollte und konnte, lag dann auch an der Bundestagswahl am 22. September. Die NPD versuchte die aufgeheizte Stimmung im Bezirk für sich zu nutzen und veranstaltete mehrere Kundgebungen, mehrmals in der Nähe des Heimes. Die Partei holte bei der Wahl hier auch ihr bestes Ergebnis: 1,5 Prozent waren es bundesweit, 10,2 Prozent (93 Stimmen) im Wahllokal 601 rund um das Heim. Aber auch danach ging es weiter: Transparente mit der Aufschrift »Refugees welcome« wurden angezündet (Anfang Oktober); für den »Tag der Meinungsfreiheit«, den die BMH für Ende Oktober plante, wurden insgesamt 10.000 Flugblätter und 1000 Plakate gedruckt; Anfang Dezember wurden an der Flüchtlingsunterkunft

»Rückflugtickets« angebracht – im Bundestagswahlkampf hatte die NPD durch diese Aktion auf sich aufmerksam gemacht; in der Neujahrsnacht wurde das Heim mit Sprengkörpern angegriffen. Diese Aktion markierte dann auch eine neue Qualität: Denn in den kommenden Wochen sollten die Unterkunft und deren UnterstützerInnen noch mehrmals Ziel von Angriffen werden. Das Auto einer Unterstützerin wurde im März 2014 angezündet. Die BMH wurde im Laufe des Jahres mehrmals von Facebook gelöscht und hetzt jetzt unter dem Namen »Bürgerbewegung Hellersdorf« gegen AsylbewerberInnen in Hellersdorf und ganz Berlin.

Solidarität mit den Geflüchteten

Dem rechten und rassistischen Treiben in Hellersdorf – auch stadtbekannt und berühmte Mitglieder der neonazistischen Partei »Die Rechte« agierten im Hintergrund – konnten »Hellersdorf hilft« und viele UnterstützerInnen aber etwas entgegensetzen. Da sind zum Beispiel die bis heute mehr als 12.000 Facebook-FreundInnen von »Hellersdorf hilft AsylbewerberInnen«. Die Initiative rief Ende August zu Spenden auf: in wenigen Tagen kamen mehr als 200 Kisten mit Kleidung, Spielzeug und Schulsachen zusammen. Die Sachen wurden Anfang Oktober mit einer Menschenkette von rund 250 TeilnehmerInnen in das Flüchtlingsheim gebracht. Die Initiative verfasste außerdem Begrüßungsbriefe in sieben Sprachen für die Geflüchteten in der Unterkunft. Eine Petition auf »change.org«, die sich mit den Flüchtlingen solidarisierte, unterzeichneten mehr als 23.000 Menschen in ganz Deutschland.

Doch eine Frage ist bis heute nicht schlussendlich geklärt: Warum hat sich der Bezirk so gegen das Flüchtlingsheim gewehrt? Warum ist die Stimmung so hochgekocht? Es gibt da verschiedene Meinungen. »Der Bezirk war schon immer eine rechte Hochburg« ist wahrscheinlich die häufigste Begründung. Doch kann ein ganzer Kiez rassistisch sein? Auch anhand des Wahlergebnisses lässt sich eine gewisse Grundtendenz vermuten. Darüber hinaus alle AnwohnerInnen als RassistInnen zu stigmatisieren würde der Problematik nicht gerecht werden. »Stempel drauf und fertig« – daraus hätte niemand etwas gelernt. Doch aus dem Jahr 2013 können alle lernen.

Ein großes Problem war unserer Meinung nach, dass die Politik Fakten geschaffen und die Situa-

tion schlichtweg unterschätzt hat. Die Menschen in Hellersdorf fühlen sich laut AnwohnerInnen bei der Gestaltung ihrer Lebensumstände und des Wohnumfeldes allein gelassen; nicht beteiligt. Zudem werden Schulen geschlossen, Jugendclubs eingespart. Die Proteste gegen die Unterkunft kommen aus der direkten Nachbarschaft. Menschen mit einem rassistischen Weltbild haben die Situation für sich genutzt und es geschafft, Personenkreise anzusprechen, die ihre Unzufriedenheit durch die Abwehr der Geflüchteten kanalisieren. Die RassistInnen haben sich unter dem Dach der Bürgerinitiative zusammen gefunden und konnten in Ruhe hetzen, Lügen verbreiten – und vor allem Ängste schüren. Darauf wusste die Bezirkspolitik tagelang keine Antwort. In die kommunikative Stille, die daraufhin herrschte, haben einzig die RassistInnen Lärm gebracht und die Situation für sich ausgenutzt. Klar ist aber auch, dass sich viele AnwohnerInnen nicht zu einer flüchtlingsfreundlichen Politik, zu einer Solidarisierung, positionieren wollten. Viele haben weggeschaut, anstatt die zahlreiche Vorfälle zu verurteilen. Auf NPD-Demos standen die meisten AnwohnerInnen eher in Hörweite der NPD und nicht auf der Seite der Gegen-demonstrantInnen.

Hellersdorf wurde im Rahmen der rassistischen Proteste leider zu einem Sinnbild der Gewalt gegen geflüchtete Menschen. Der Bezirk wurde jedoch auch zum Mahnmal einer Politik, die sich in den letzten Jahren dem nachhaltigen Umgang mit Rechtsextremismus verweigert hat und verlernt hat, zuzuhören. Rassismus benennen kann jeder, ihn zu überwinden und bekämpfen ist schwerer. Dauerhaft etwas für eine demokratisch politische Bildung zu tun ist aber auch die Aufgabe einer starken Zivilgesellschaft. Die existiert in Hellersdorf nicht, weil entsprechende Angebote kaputtgespart werden.

Trotzdem ist Hellersdorf auch zum Sinnbild einer neuen Form der Willkommenskultur geworden. Ein Ort interkultureller digitaler Vernetzung und Solidarität. Dort wo Strukturen verschwinden, hat das Internet geholfen, Menschen mit einer gleichen Idee zusammen zu bringen, um sich tatkräftig für die Belange geflüchteter Menschen mit einzusetzen und Rassismus gezielt entgegen zu treten.

Aus dem Jahr können also alle lernen, damit es so ein Jahr wie 2013 nie wieder gibt in Hellersdorf. Hellersdorf könnte irgendwann einmal positive Be-

rühmtheit erlangen – als ein Bezirk, der aus seinen Fehlern gelernt hat und die rassistischen Proteste auch als Chance zur Veränderung begriffen hat.

»Hellersdorf hilft« ist ein überparteilicher Zusammenschluss von Menschen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf und darüber hinaus. Gemeinsam ist allen das Ziel, eine Willkommenskultur im Kiez zu schaffen und Respekt, Toleranz, zivilgesellschaftliches Engagement, Solidarität und Demokratieförderung praktisch erlebbar werden zu lassen. Hier arbeiten Menschen zusammen mit verschiedenen Hintergründen und auch ganz unterschiedlichen (partei-)politischen Ansichten. Uns ist es wichtig, nicht als politische Gruppe aufzutreten, sondern die Solidarität und praktische Hilfe für Menschen in Not in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen. Dass Rassismus, Antiziganismus, Sexismus, Antisemitismus, Homophobie und weitere Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) keinen Platz bei »Hellersdorf hilft« haben, ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

1 – Als »Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf« (BMH) bezeichnete sich die Gruppierung im Internet, die inzwischen unter »Bürgerbewegung Hellersdorf« auftritt. Anfang September 2013 distanzieren sich einige Aktive von der BMH und gründeten die »Bürgerinitiative für ein lebenswertes Marzahn-Hellersdorf e.V.« (BIMH).

ANTIFASCHISTISCHE UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHE GEGENWEHR IST WIEDER NOTWENDIG, WENN NAZIS UND RASSIST_INNEN GEGEN ASYLSUCHENDE UND SAMMELUNTERKÜNFTE MOBIL MACHEN. SCHNELLE UNTERSTÜTZUNG IN FORM VON SACHSPENDEN UND WILLKOMMENSFESTEN IST GUT UND WICHTIG. DOCH WIE KANN EINE ›WILLKOMMENSKULTUR‹ ETABLIERT WERDEN, DIE LANGFRISTIG ANGELEGT IST UND DEN GEFLÜCHTETEN UND ASYLSUCHENDEN AUF AUGENHÖHE BEGEGNET?

Willkommen?!

Zivilgesellschaftliches Engagement in den Sammelunterkünften

von Yves Müller, Zentrum für
Demokratie Treptow-Köpenick (ZfD)

»Über 300 Bürger, Junge und Alte, Frauen, Männer und Kinder, oft als Abgesandte ihrer Familien, Schulen und KITAs, ihrer Vereine und Kirchengemeinden, kamen und übergaben eine unfassbar große Zahl von Spenden [...]. Draußen gab es winterlichen Sturm, im Heim aber einen Regen von Süßigkeiten und Plüschtieren, einen wahren Hurrikan liebevoller Solidarität. Alles war mit Herz verpackt und sortiert. Oft lagen persönliche Grüße dabei. Diese Solidarität der Bürger mit den Flüchtlingen hat uns als Bürgerinitiative schlicht überwältigt. ›Welcome refugees!‹ ist das Motto unserer Willkommenskultur im Allende-Viertel geworden.«¹

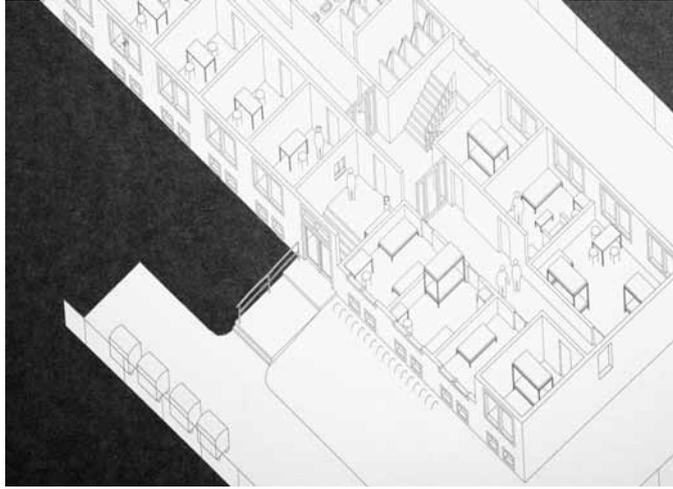
So oder ähnlich zeigt sich ›Willkommenskultur‹ gegenüber Geflüchteten und Asylsuchenden sicherlich vielerorts. In allen Berliner Bezirken öffnen seit Monaten Sammelunterkünfte, um die steigende Zahl der Geflüchteten aufzunehmen. Und fast überall finden sich auch Initiativen, Vereine, Runde Tische, Einzelpersonen zusammen, um Sachspenden zu übergeben und Willkommens-Feste zu organisieren. Das ist sehr wichtig, um Solidaritätsstatements praktisch werden zu lassen und den ›alteingesessenen‹ Anwohner_innen ein niedrigschwelliges Angebot der Beteiligung zu unterbreiten. Doch reicht das? Ist die Etablierung einer nachhaltigen ›Willkommenskultur‹ nicht eigentlich mehr, nämlich erstens die Einsicht in die realen

gesellschaftlichen Verhältnisse und zweitens die Erkenntnis, diese gemeinsam mitgestalten zu können? Und ist dann der Begriff der ›Willkommenskultur‹ noch angemessen oder muss nicht vielmehr die Perspektive erweitert werden, um von dem Gegensatz ›Wir‹ und ›die Anderen‹ wegzukommen?

Langfristig erfolgreich sind Willkommensinitiativen meist dann, wenn sie sich selbst als kritische Akteur_innen begreifen. Zentrale Themen der Debatte sind daher – neben anderen – die folgenden Punkte:

Kritik der Asylpolitik

Es gibt kein ›Flüchtlingsproblem‹ sondern eine menschenverachtende Politik der Abschottung gegen Geflüchtete und Asylsuchende. Eine lokale ›Willkommenskultur‹, die nicht globale Ursachen und Hintergründe von Flucht und Migration sowie die ungerechte Verteilung von Wohlstand in der Welt berücksichtigt, wird stets an ihre Grenzen stoßen. Krieg, Verfolgung, wirtschaftliche Not: Flucht- und Migrationsursachen sind vielfältig und immer legitim. Ein lediglich ›humanitäres‹ oder ›karitatives‹ Selbstverständnis trägt dem auf lange Sicht nicht ausreichend Rechnung. Viele Aktivitäten haben ausschließlich karitativen Charakter,



während asylpolitische Debatten im Hintergrund stehen und ausgeblendet werden. Zu viel Politik sei kontraproduktiv, so die Argumentation.

Langfristig erfolgreich sind Willkommensinitiativen meist dann, wenn sie sich selbst als kritische Akteur_innen begreifen.

Es ist daher umso wichtiger, in den ehrenamtlichen Initiativen die Diskussion um ein politisches Selbstverständnis und daraus resultierende Ansprüche an die eigene Arbeit zu führen. Statt gut gemeinter, aber oft genug paternalistischer Fürsorge sollten konkrete Unterstützungsangebote und politische Forderungen immer wieder verknüpft und Asylsuchende in ihrem selbstorganisierten Protest unterstützt werden.

Forderung nach Wohnraum

Die Unterbringung von Menschen auf engstem Raum und ohne ausreichende Privatsphäre in den Sammelunterkünften kann nicht zum Dauerzustand für die Betroffenen werden. Ziel muss es sein, Menschen mit regulärem Aufenthaltsstatus eigenen Wohnraum zu vermitteln. Obwohl die Zahl der Geflüchteten und Asylsuchenden im vergangenen Jahr angestiegen ist, sank die Zahl der in Wohnungen untergebrachten Personen in Berlin von etwa 10.000 (2010) auf nur noch 7.500 (2013).² Verantwortlich für die prekäre Lage ist zum einen der stark angespannte Wohnungsmarkt in der Hauptstadt. Zum anderen erfüllt der 2011 geschlossene Kooperationsvertrag zwischen Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) und Wohnungsbaugesellschaften, der die Bereitstellung von Wohnungen für Geflüchtete vorsieht, nicht im Mindesten seinen Zweck. Umso wichtiger ist es daher, Wohnungsbaugesellschaften und das Land Berlin in die Pflicht zu nehmen, Geflüchteten ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Hier können auch kommunale Akteure wie lokale Willkommensinitiativen oder Parteivertreter_innen aktiv werden und die regional Verantwortlichen der Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften zu einem Fachaustausch einladen, bei dem die Bedarfe der wohnungssuchenden Geflüchteten und bürokratische Hindernisse diskutiert werden.

Standards in den Unterkünften

Die Öffnung neuer Sammelunterkünfte gehört in den Bezirken inzwischen zum Alltag. Das für die Unterbringung von Geflüchteten und Asylsuchenden zuständige LAGeSo sucht ständig nach neuen Gebäuden, um die Gefahr der Obdachlosigkeit zu vermeiden. Jedoch können ehemalige Schulen und Verwaltungsgebäude kaum als geeignet für die Unterbringung von Menschen bezeichnet werden. Kostenintensive Investitionen werden oft nicht oder nur unzureichend vorgenommen. Auch die vom LAGeSo formulierten Mindestanforderungen an Bau und Betrieb dieser Einrichtungen reichen mitnichten, um eine menschenwürdige Unterbringung zu gewährleisten. Zwar sind die Probleme meist nicht so prekär wie in den völlig abgeschieden in Wäldern liegenden und maroden »Dschungel-Heimen« und »Lagern«, die in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen mitunter immer noch bestehen, doch müssen immer wieder Verbesserungen durchgesetzt werden.

Besonders problematisch ist die Situation in den als Provisorien angelegten Notunterkünften sowie von privaten Immobilienfirmen betriebenen Einrichtungen. Gerade hier weisen der Flüchtlingsrat Berlin e.V. und lokale Willkommensinitiativen regelmäßig auf Unzulänglichkeiten hin und müssen die Einhaltung selbst der völlig unzureichenden Mindestanforderungen anmahnen. Auch in der Notunterkunft Grünau gab es immer wieder Probleme. Als die ehrenamtliche Deutschkursgruppe von Multitude e.V. vom Betreiber praktisch vor die Tür gesetzt wurde und auch Interventionsversuche vom Flüchtlingsrat und dem bezirklichen Projekt InteraXion nichts halfen, sorgte erst ein Offener Brief des Netzwerks »Refugees Welcome in Treptow-Köpenick« für die notwendige Öffentlichkeit.³ Nachdem auch andere Initiativen Kritik an den Missständen in einigen Unterkünften äußerten, führt das LAGeSo nun zumindest Kontrollen durch. Regelmäßige Kontrollen sollten allerdings von unabhängigen Stellen durchgeführt werden. In einigen Bundesländern führen Initiativen immer wieder »Lagerinventuren« durch, bei denen u.a. die Unterkunftsbewohner_innen selbst befragt werden. In Sachsen beispielsweise existiert ein Kriterienkatalog, mit dessen Hilfe man die Situation in den Unterkünften bewerten kann.⁴

Dass dieses Thema auch auf Bezirksebene auf die Agenda gehört, zeigt eine Resolution der Kreis-

verbände von SPD und Alternative Liste – Bündnis 90/Die Grünen in Spandau, die sich nicht nur kritisch mit den Standards in den Sammelunterkünften befasst, sondern auch unnötige bürokratische Hürden bemängelt.⁵ In Treptow-Köpenick besucht der Integrationsausschuss der Bezirksverordnetenversammlung die verschiedenen Sammelunterkünfte und informiert sich über die jeweilige Situation.

Beratung und medizinische Versorgung

Wer neu ankommt, ist auf Unterstützung in rechtlichen Fragen, bei Antragstellung usw. angewiesen. Jedoch sehen Behörden genau darin nicht gerade ihre Rolle, die wenigen Sozialarbeiter_innen in den Unterkünften können eine ausführliche Betreuung der vielen komplexen Einzelfälle meist nicht leisten. Hier bilden mehrsprachige erste Orientierungsgespräche vor Ort, unabhängige (Asyl-) Beratungsstellen und ehrenamtliche Begleitungen bei Behördengängen das Rückgrat des Unterstützungsangebotes. In immer mehr Kommunen können Geflüchtete und Asylsuchende (genau wie andere Menschen »mit Migrationshintergrund« auch) die Angebote von Integrationslots_innen in Anspruch nehmen.⁶

Die medizinische Versorgung ist nach dem Asylbewerberleistungsgesetz geregelt und unterliegt dem Ermessen der Sachbearbeiter_innen in den Sozialämtern. Das führt oft zu langwierigen Auseinandersetzungen darüber, welche Behandlungen, Medikamente, Hilfsmittel (Brillen, Rollstühle usw.) finanziert werden. Ohne Beratungsstellen und ehrenamtliche Begleitung zu Ämtern und Ärzt_innen scheitern die Betroffenen regelmäßig an rechtlichen und sprachlichen Hürden. Noch schwieriger gestaltet sich die Situation von Menschen ohne jedweden Aufenthaltsstatus, d.h. »ohne Papiere«. Zwar sind Ärzt_innen grundsätzlich verpflichtet, (in Notfällen) alle Menschen zu behandeln. In der Realität scheuen Illegalisierte aus Angst vor einer Festnahme aber den Arztbesuch. Beim Sozialamt einen Krankenschein zu bekommen ist quasi unmöglich, da das Aufenthaltsgesetz zur Weitergabe der Daten an die Ausländerbehörde verpflichtet. Willkommensinitiativen und Unterstützungsgruppen können auch hier Abhilfe schaffen und Ärzt_innen vermitteln.

Kritik des alltäglichen Rassismus

Geflüchtete und Asylsuchende sind in besonderem Maße von rassistischer Diskriminierung betroffen. Sofern sie in Sammelunterkünften leben müssen, sind sie einfach lokalisierbar und ein leichtes Ziel für Rassist_innen.⁷ Die rassistischen Mobilisierungen selbsternannter »Bürgerinitiativen« und der extrem rechten NPD, die mitunter durch unbedachte oder fahrlässige Aussagen lokaler Parteivertreter_innen noch befördert werden, können eine feindliche bis gar pogromartige Stimmung in der lokalen Bevölkerung entfachen, die nur schwer wieder einzudämmen ist.

Umso wichtiger ist es, wenn viele gewichtige Akteur_innen einer Kommune – von Stadträten, Gemeindevertretungen und Verwaltung über Kirchengemeinden und Sportvereine bis hin zu Unternehmen und Wohnungsgesellschaften – sich öffentlich zur Aufnahme von Geflüchteten und Asylsuchenden bekennen. Im Bezirk Treptow-Köpenick beispielsweise hat das Bezirksamt im vergangenen Jahr unter dem Motto »Willkommen! – Refugees Welcome!« einen Aufruf gestartet, den bis heute einige hundert Bürger_innen unterzeichneten.⁸ Save-Me-Kampagnen haben in verschiedenen Städten, so u.a. in Aachen, oder Chemnitz, um aktive Beteiligung in Form von Pat_innenschaften geworben.

Aus den bisher benannten Themenkomplexen können wiederum konkrete handlungsleitende Schritte erwachsen, die die unmittelbare Verbesserung der Lebenssituation von Geflüchteten und Asylsuchenden sowie die Förderung von ehrenamtlichem zivilgesellschaftlichen Engagement zum Ziel haben:

Spracherwerb fördern

In vielen Unterkünften in Berlin bieten ehrenamtliche Initiativen regelmäßige Kurse an. Beispielsweise bieten die Vereine Multitude e.V. und Asyl in der Kirche Berlin e.V. niedrigschwellige Unterricht in Kleingruppen an, mit dem Ziel, die Teilhabechancen von Geflüchteten zu erhöhen und mit diesen in Austausch zu geraten. Gleichzeitig bietet das Deutschkursangebot den Ehrenamtlichen die Möglichkeit, langfristig an einem Projekt teilzunehmen und konkrete Unterstützung zu leisten. Durch den regelmäßigen Kontakt mit den Teilnehmenden kann

Vertrauen aufgebaut und individuelle Bedarfslagen ermittelt werden.

Neben diesen ehrenamtlichen Deutschkursangeboten in den Unterkünften selbst sollten Sprachkursangebote der Volkshochschulen (VHS) genutzt werden können. Hier sind Bezirkspolitik und -verwaltung gefragt, die bestehenden Angebote zu öffnen. Viele Kommunen bundesweit tun dies bereits, wie die Stadt Potsdam, die Deutsch-Grundkurse für Geflüchtete unabhängig vom Status ihres Asylverfahrens anbietet. Allerdings sehen einige Bezirke in Berlin bisher keine Möglichkeit der Finanzierung solcher VHS-Kurse.

Mobilität fördern

Die Bewegungsfreiheit von Geflüchteten und Asylsuchenden ist durch verschiedene Faktoren massiv eingeschränkt: Sie bekommen Fahrkarten oft nur für Behördengänge erstattet und können sich reguläre Monatskarten nicht leisten; manche Unterkünfte befinden sich in Randlagen und sind schwer zu erreichen. Mitunter kommen auch rechtliche Restriktionen hinzu: die Residenzpflicht wurde in Berlin und Brandenburg zwar aufgehoben, existiert aber in anderen Bundesländern nachwievor. Die Erhöhung der Mobilität stellt also einen Beitrag gegen die Isolierung der Betroffenen dar.

Durch Sammelaktionen o.ä. können Tickets zur Verfügung gestellt werden. Auch können Projekte für Mobilitäts-Patenschaften initiiert werden.

Die verschiedenen benannten Aspekte sollen nicht nur mögliche konkrete Schritte aufzeigen, sondern zu einem Perspektivwechsel in der sogenannten Einwanderungs-Debatte beitragen.

Wirkungsvoll ist zudem die Sammlung von Fahrrädern, deren Nutzung und Reparatur die Geflüchteten selbst organisieren und gemeinsam mit Unterstützer_innen durchführen können. Hierfür kann die Unterstützung der Unterkunftsbetreiber_innen wichtig sein, um beispielsweise Räumlichkeiten für eine Fahrradwerkstatt einzurichten.

Bei dem Thema Mobilität wird Internetmobilität meist ausgeklammert. Dabei sollten internetfähige Computer sowie W-LAN zum Mindeststan-

dard einer jeden Unterkunft gehören. Das Internet ist Kommunikationsmittel und Informationsquelle, die den Bewohner_innen den Kontakt mit Freund_innen und Verwandten ermöglicht und sie bei der Suche nach medizinischer Versorgung, rechtlicher Beratung oder der Wohnungssuche unterstützen kann. Weil das LAGeSo aber den Internetzugang nicht vertraglich mit den Betreiber_innen regelt, können diese die Einrichtung immer wieder verweigern. In Brandenburg und Berlin richtet die Initiative Refugees Emancipation e.V. selbstverwaltete Internetcafés in den Sammelunterkünften ein.

Vernetzung ermöglichen

Viele kennen das Problem: Ehrenamtliche Angebote bleiben ungenutzt, Aktive verlieren schnell die Lust; an anderer Stelle laufen Angebote unverknüpft nebeneinander her oder gehen an den Bedürfnissen der Adressierten, also der Bewohner_innen in den Unterkünften, vorbei.

Damit ehrenamtliche Angebote, Sozialarbeit in den Unterkünften und Verwaltungshandeln besser verzahnt werden können oder zumindest ihren Wissensstand abgleichen und Probleme benennen können, werden überall dort, wo neue Unterkünfte entstehen, lokale Runde Tische ins Leben gerufen. Im Bezirk Treptow-Köpenick treffen sich inzwischen drei derartige Gremien regelmäßig. Den bezirksweiten Austausch soll ein Netzwerk »Refugees Welcome in Treptow-Köpenick« befördern. Das Netzwerk, an dem neben Ehrenamtlichen, Projektmitarbeiter_innen und lokalen Parteivertreter_innen auch Vertreter_innen von Berliner rassistuskritischen Gruppierungen teilnehmen, hat sich zum Ziel gesetzt, »Informationen für Interessierte« bereitzustellen, »Unterstützungsangebote« zu koordinieren, »nützliche Informationen für geflüchtete Menschen« zu sammeln und »auf eine Verbesserungen der Lebenssituation von Geflüchteten vor Ort hin[zu]wirken.« Darüber hinaus existiert inzwischen eine Vielzahl Literatur mit praktischen Tipps.

Dialog fördern

Neben der konkreten Unterstützung für Geflüchtete und Asylsuchende bemühen sich Kommunalverwal-

tungen und Initiativen darum, Bürger_innen über die Situation der Neuangekommenen, rechtliche Rahmenbedingungen und mögliche Veränderungen vor Ort zu informieren. Es bringt meist wenig, aus der Befürchtung vor rassistischen Mobilisierungen heraus Informationen zurückzuhalten. Kommunen, die transparent und selbstbewusst mit der Eröffnung einer neuen Unterkunft umgehen, bauen langfristig vor und nehmen Spekulationen und rassistischen Ressentiments die Wirkkraft.

Das Bezirksamt Treptow-Köpenick hat aus den negativen Erfahrungen mit der rassistischen Mobilisierung im Nachbarbezirk Marzahn-Hellersdorf Schlüsse gezogen und präferiert im Zuge der Eröffnung neuer Sammelunterkünfte ein mehrstufiges Informationssystem: Sobald das LAGeSo die zuständigen Stadträte über die geplante Inbetriebnahme informiert, setzen diese gezielt zentrale Akteure des jeweiligen Ortsteiles in Kenntnis und beraten über das gemeinsame Vorgehen bei der Information der Bürger_innen. Im Anschluss werden unmittelbare Anwohner_innen postalisch durch das Bezirksamt über die Vorgänge in Kenntnis gesetzt und persönlich zu einer Informationsversammlung eingeladen, bei der Fragen geklärt werden können. Besonders häufig gestellte Fragen über die ankommenden Geflüchteten, über die Beschaffenheit von Sammelunterkünften, über den Schulbesuch der Kinder usw. können bereits einfach in einer knappen Handreichung beantwortet werden. Gleichzeitig werden die bereits erwähnten lokalen Runden Tische etabliert.

Die verschiedenen benannten Aspekte sollen nicht nur mögliche konkrete Schritte aufzeigen, sondern zu einem Perspektivwechsel in der sogenannten Einwanderungs-Debatte beitragen. Dichotome Zuschreibungen à la ›Wir‹ und ›Die Anderen‹, ›Fördern‹ und ›Fordern‹ usw. bringen wenig. In diesem Sinne sei der Migrations- und Rassismusforscher Mark Terkissidis zitiert: »Es ist egal, woher die Menschen, die sich zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Polis aufhalten, kommen und wie lange sie sich dort aufhalten. Wenn erst einmal die Zukunft im Vordergrund steht, dann kommt es nur noch darauf an, dass sie jetzt, in diesem Moment anwesend sind und zur gemeinsamen Zukunft beitragen.«

Auch geflüchtete und Asyl suchende Menschen sind Teil dieser Gesellschaft. Eine echte ›Willkommenskultur‹ kann beitragen, die Teilhabechancen

zu erhöhen und den Weg für tatsächliche politische Mitbestimmung zu ebnen. Ohne die kritische Benennung einer ausgrenzenden Asylpolitik und rassistischer Praxen geht das aber nicht.

Seit nunmehr zehn Jahren unterstützt das **Zentrum für Demokratie** zivilgesellschaftliche Akteur_innen in ihrem Engagement für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie in Treptow-Köpenick. Im Zentrum wirken die Projekte Zentrum für Demokratie, InteraXion – Anlaufstelle für Migrant_innen | antirassistische Bildung Treptow-Köpenick, Integrationslots_in für Treptow-Köpenick, Register zur Erfassung rassistisch, antisemitisch, homophob und rechtsextrem motivierter Vorfälle Treptow-Köpenick, die Externe Koordinierungsstelle Lokaler Aktionsplan Schöneeweide sowie die Koordinierung des Berliner Beirates für Schöneeweide unter einem Dach.

Das **Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick (ZfD)** und seine Teilprojekte sind Projekte des offensiv '91 e.V. – Verein für soziale und kulturelle Dienste für Frauen, Familien und Jugendliche. Die Projekte werden gefördert durch das Bezirksamt Treptow-Köpenick, das Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und -lotsen sowie das Landesprogramm »Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus« bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen und das Bundesprogramm »TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN« beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

1 — So auf der Website einer Köpenicker Willkommensinitiative.

2 — Vgl. Welcome to Berlin?! Für eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen. Dokumentation der Tagung vom 2.11.2013, hrsg. vom Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V., S. 21.

3 — Gemeinsame Pressemitteilung von InteraXion, Multitude e.V. und Flüchtlingsrat Berlin e.V., vgl. Offener Brief »Für eine menschenwürdige Unterbringung! Missstände in der Notunterkunft Grünau beseitigen!« <http://www.zentrum-für-demokratie.de>

4 — Vgl. »Heim-TÜV« – Bewertungsschema (Freistaat Sachsen), Anlage 2

5 — Vgl. »Gemeinsame Resolution« von SPD, Kreisverband Spandau, und der Alternativen Liste Spandau – Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen vom 14.02.2014.

6 — Ende 2013 hat die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen ein Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und -lotsen ins Leben gerufen, welches Integrationslots_innen-/ Stadtteilmütter-Projekte in allen Bezirken fördert.

7 — Das Dokumentationsarchiv Monitoring Agitation Against Refugees in Germany sammelt Brandanschläge und Angriffe gegen Sammelunterkünfte und deren Bewohner_innen.

8 — Der Aufruf findet sich auf der Website des Bezirksamts. Vgl. <http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick>

IM AUGUST 2013 GAB DAS BEZIRKSAMT PANKOW BEKANNT, DASS IN DER MÜHLENSTRASSE EINE NEUE FLÜCHTLINGSUNTERKUNFT ERRICHTET WIRD, DIE PLATZ FÜR INSGESAMT 220 MENSCHEN BIETET. HINTERGRUND WAR DIE VERPFLICHTUNG DES LANDES BERLIN, MEHR FLÜCHTLINGE UNTERZUBRINGEN. DAS LANDESAMT FÜR GESUNDHEIT UND SOZIALES (LAGESO) FORDERTE DARAUFHIN ALLE BEZIRKE AUF, DIE AUFNAHMEKAPAZITÄTEN FÜR WEITERE FLÜCHTLINGE ZU PRÜFEN UND GEEIGNETE OBJEKTE ZUR VERFÜGUNG ZU STELLEN.

Solidarität mit den Geflüchteten in Pankow

von *Andreas Ziehl, [moskito]*

Start für eine Willkommenskultur – Pankow hilft!

Kurz nachdem bekannt gegeben wurde, dass der Bezirk die Einrichtung der Unterkunft plant, fanden sich Menschen aus verschiedenen Spektren zusammen, um eine positive Willkommensstimung zu schaffen. Die Erfahrungen des »braunen Dienstags« aus Hellersdorf (am Dienstag, den 9. Juli 2013, kamen rund 800 Menschen in Hellersdorf anlässlich der Mitteilung des Bezirksamts zusammen, dass in Hellersdorf eine Flüchtlingsunterkunft eröffnet. Auf dieser Versammlung ergriffen Neonazis das Wort und die Stimmung war eine rassistische) waren noch präsent und bestimmten die Presse- und Medienlandschaft in Pankow, Berlin und darüber hinaus. Ziel war es, dass sich diese Situation in Pankow nicht wiederholen sollte. Gemeinsam mit der Netzwerkstelle [moskito] gründeten Anwohner_innen des neuen Heims die Initiative »Solidarität mit den Geflüchteten in Pankow«. Hier stand von Anfang an die Frage im Raum, wie eine Willkommenskultur auf politischer und karitativer Ebene entwickelt werden kann. Fast zeitgleich gründete sich im Stadtteilzentrum Pankow ein Unterstützer_innenkreis. Dieser setzte sich das Ziel, konkrete Unterstützung, primär auf karitativer Ebene, leisten zu wollen. Die Verbindung entstand durch die Entstehung einiger Arbeitsgruppen mit personellen Überschneidungen beider Kreise.

Im Ergebnis gemeinsamer Gespräche beider Kreise wurden drei Sammelstellen eingerichtet und der Spendenaufruf verfasst. Kurz nach der Eröffnung der Unterkunft veranstaltete die Initiative verschiedene Solidaritätspartys und einen Wintermarkt mit Videokundgebung, um auf die Situation von Geflüchteten aufmerksam zu machen.

Neben den beiden Kreisen rief das Bezirksamt eine Bürger_innenplattform ins Leben, die sich in unregelmäßigen Abständen noch immer trifft. Die Stadträtin für Gesundheit und Soziales, Lioba Zürn-Kastantovic, versuchte so, verschiedene zivilgesellschaftliche und bezirkliche Akteure zusammenzubringen. Die Bürger_innenplattform umfasste die bestehenden Initiativen und Kreise, aber auch Kirchen, eine Wohnungsbaugesellschaft, Polizei und Vertreter_innen der Bezirksverordnetenversammlung Pankow. Auf dieser Ebene fand eine enge Abstimmung zu weiteren Aktivitäten statt. Von dieser Bürgerplattform aus wurden Informationsschreiben an die anliegenden Wohnungsbaugesellschaften verteilt, um über die neue Unterkunft zu informieren, ferner erstellte das Bezirksamt einen Flyer, um bereits Anfang September auf dem »Fest an der Panke« offensiv mit der Information über die Unterkunft in die Öffentlichkeit zu gehen.

In der Öffentlichkeit konnten sowohl die beiden neugegründeten Initiativen als auch das Bezirksamt eine positive Stimmung in der Bevölkerung gegenüber der Unterkunft für Flüchtlinge durchsetzen. Die große Bereitschaft der Pankower_innen,

ein positives Zeichen setzen zu wollen, drückte sich neben der Vielzahl an Spenden auch in anderen Unterstützungsangeboten aus. Diese reichten von der Begleitung der Geflüchteten zu Ämtern über die Betreuung von Kindern bis hin zu künstlerischen Tätigkeiten. Vier Sportvereine in Pankow boten Geflüchteten unterschiedlichen Alters explizit an, an ihren Kursen teilzunehmen. Auch das Fußballprojekt »Champions ohne Grenzen e.V.«, das bereits an verschiedenen Unterkünften in Berlin Fußball von und für Geflüchtete anbietet, möchte gern eine »Bolzgruppe« etablieren. Des Weiteren gibt es im »Jugendzentrum JUP« ein Caféangebot für Geflüchtete, das eine sehr große Resonanz fand. Ein gemeinsames Theaterprojekt im »Jugendzentrum M 24« ist bereits in Planung.

Bürger innenversammlung – Bündelung kritischer Stimmen gegen das Heim?

Neben dieser positiven Willkommenskultur gab es aber auch von Anfang an Bestrebungen, gegen die neu entstandene Flüchtlingsunterkunft Stimmung zu machen. In einem Brief von unbekanntem Verfasser_innen, der am 26. August 2013 in der Nähe der Unterkunft in die Briefkästen der Anwohner_innen verteilt wurde, wurde kritisch darauf verwiesen, dass das Bezirksamt die Form der Bürger_innenversammlung nicht für den geeigneten Weg hält, über die neue Flüchtlingsunterkunft zu informieren.¹ In dem Brief wurde dazu aufgerufen, dass »All jene, die mit der Vorgehensweise des Bezirksamts eher unzufrieden, an einem friedlichem Zusammenleben interessiert sind und keine Lust auf Zustände (Gewalt und Polizeieinsätze) haben«, sich gemeinsam am 1. September treffen. Ziel sei ein Erfahrungs- und Meinungsaustausch »ohne rechte Hintergedanken«.

Viele Pankower_innen aus dem zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Bereich nutzten die Gelegenheit und erschienen auf dem Treffen, um mit den »Kritiker_innen« zu diskutieren. Während der Veranstaltung gaben sich die Verfasser_innen des Briefes nicht zu erkennen. Kleinere Diskussionsrunden entstanden, bis die Polizei den Heinz-Knoblauch-Platz schließlich langsam räumen ließ. Abseits des Geschehens beobachtete eine Gruppe von ca. zehn Neonazis das Treffen. Nach

CHRONIK 27

15. APRIL 2013 / Berlin-Wedding
S-Bahnhof Gesundbrunnen

Eine Frau wird gegen 23.15 Uhr in der S-Bahn rassistisch beleidigt und mit einem Stück Kuchen beworfen. Als die Frau am S-Bahnhof Gesundbrunnen aussteigt wird sie von dem unbekanntem Mann weiter rassistisch beleidigt und ins Gesicht geschlagen. *Polizei Berlin, 7.10.2013*

28

16. APRIL 2013 / Berlin-Kreuzberg

Ein 28-jähriger Mann wird gegen 17.00 Uhr im Hof eines Hauses in der Prinzenstraße von zwei unbekanntem Männern homophob beleidigt, geschlagen, mit einem Messer verletzt und beraubt. *Polizei Berlin, 17.04.2013 / Tagesspiegel, 17.04.2013 / siegessäule.de, 17.04.2013 / berlinonline.de, 17.04.2013 / queer.de, 17.04.2013 / B.Z., 17.04.2013 / Register Friedrichshain-Kreuzberg*

29

17. APRIL 2013 / Berlin-Wilmersdorf
S-Bahnhof Heidelberger Platz

Ein 44-jähriger Mann wird gegen 23.15 Uhr in der S-Bahn von einem 48-Jährigen rassistisch beleidigt und angegriffen. *Polizei Berlin, 4.07.2013*

30

18. APRIL 2013 / Berlin-Kreuzberg

Ein 44-jähriger Mann wird gegen 12.00 Uhr, als er mit einem Bekannten aus dem Szenelokal »Möbel Olfe« kommt, in der Adalbertstraße von fünf Männern homophob beleidigt und angegriffen. *Polizei Berlin, 27.05.2013*

31

20. APRIL 2013 / Berlin-Wilmersdorf

Eine muslimische Frau, die im Beisein ihrer zwei Kinder ist, wird gegen 19.00 Uhr auf dem Hohenzollerndamm von einem 14-jährigen Jugendlichen, der »eine rechte Parole« ruft, beleidigt und bespuckt. *Polizei Berlin, 21.04.2013 / Tagesspiegel, 21.04.2013*

dieser nicht stattgefunden Bürger_innenversammlung gab es keinen öffentlichen Aufruf mehr.

Mobilisierung von Rechts gegen die Flüchtlingsunterbringung auf Facebook

Kurz nach der Bekanntgabe der Entstehung der neuen Flüchtlingsunterkunft wurde am 20. August eine Facebook-Gruppe mit dem Namen »Asylantenheim in Pankow« erstellt. Ähnlich wie auf der Seite der sogenannten Bürgerinitiative in Marzahn-Hellersdorf artikulierten sich hier »kritische« Stimmen und die Betreiber_innen der Seite versuchten, eine feindselige Stimmung gegen die Unterkunft zu erzeugen. Eines der ersten Postings verwies auf ein Video, das Ausschreitungen gegenüber Flüchtlingsunterkünften in Rostock-Lichtenhagen 1992 zeigte. Unterlegt war dies mit dem Lied »Deutschland im Herbst« der Band »Böhse Onkelz«. Der Kommentar der Facebook-Gruppe dazu war: »Das Video erinnert an die damaligen Ausschreitungen am bzw. um das Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen. Steht dies Berlin im Dezember 2013 etwa auch bevor? Die Sorge ist groß und nicht ganz unbegründet«. Immer wieder versuchte sich die Seite als Besorgte um derartige Entwicklungen zu inszenieren, jedoch konnte die Facebook-Seite keine größere Dynamik entwickeln und erreichte bis

Eines der ersten Postings verwies auf ein Video, das Ausschreitungen gegenüber Flüchtlingsunterkünften in Rostock-Lichtenhagen 1992 zeigte.

zu ihrem Abschalten Ende Dezember gerade einmal 139 »Likes«. Die Nähe zu NPD/JN bzw. Sympathien diesen beiden Vereinigungen gegenüber bewies die Seite, indem sie in ihrem letzten Posting eine Aktion der JN darstellte, bei der Sprechblasen an der Unterkunft angebracht wurden. In dem Kommentar zu dem Posting hieß es: »Wen es nicht interessiert, der möge einfach unnütze Kommentare lassen, wir posten weiterhin ALLES was mit dem Flüchtlingsheim in Pankow zu tun hat, und dazu gehören nun mal ALLE Aktionen, egal ob dafür oder dagegen!«. Jedoch wurde in keinem Posting der Seite auf die Aktionen der Unterstützer_innenkreise (z.B. Spen-

denaktionen) verwiesen. Ebenso wurden Debatten, die sich kritisch mit der Positionierung der Seite beschäftigten, im Nachhinein gelöscht.

Eine zweite Facebook-Seite mit dem Namen »Nein zum Heim in Pankow« entstand am 30. Dezember; diese bekam binnen weniger Tage knapp 400 »Likes«. Hier wird sich explizit auf die »Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf« bezogen. Nicht nur durch Form und Sprache kann eine Nähe zur bundesweiten Seite »Keine weiteren Asylantenheime in Deutschland« hergestellt werden, sondern auch durch direkte Verlinkungen. So lässt sich zwar die schnell entstandene und hohe Zahl von »Likes« auf der Facebook-Seite erklären, jedoch lassen sich daraus bisher keine Rückschlüsse auf die Verbreitung der tatsächlichen Ablehnung der Unterkunft unter den Pankower_innen ziehen. Auf der neuen Facebook-Seite wird ein offen rassistischer Diskurs bedient. So wurde beispielsweise am 13. Januar 2014 ein Bild mit dem Schriftzug »Refugees go home« gepostet, es wird sich aktiv gegen »Überfremdung« geäußert, die NPD-Kampagne »Asylflut stoppen« aufgegriffen und in Kommentaren zu Postings werden in diskriminierender Weise Äußerungen getätigt, die sich bis zum Bekenntnis »dann bin ich gerne Rassist« erstrecken. Ebenso gab es eine Verlinkung zu dem »Infoportal Berlin-Brandenburg«. Diese Facebook-Seite versuchte, alle scheinbaren Bürgerinitiativen zusammenzuführen. Hier wurden offen rassistische Äußerungen getätigt und Bilder, auf denen »Ausländer raus« oder »Brot für Deutsche – NPD jetzt« skandiert wird, gepostet. Die Seite »Infoportal Berlin-Brandenburg« ist mittlerweile wieder vom Netz genommen worden.

Dies alles zeigt jedoch, dass die Betreiber_innen der »Nein zum Heim in Pankow«-Seite sich in einen größeren Kontext einordnen. Eine Sympathie zur NPD/JN ist in keinem Fall auszuschließen, vielmehr ergeben sich sprachlich und inhaltlich eine große Nähe.

Zivilgesellschaftliches Engagement stärken!

Aus den Erfahrungen in Pankow lassen sich verschiedene Schlüsse ziehen:

- Eine frühzeitige Beteiligungsmöglichkeit zur Schaffung einer Willkommenskultur hat die Solidarität für Geflüchtete bestärkt.
- Der Spendenaufruf und unterschiedliche

32

23. APRIL 2013 / Berlin-Lichtenberg

Zwei 19- und 21-jährige Männer werden gegen 21.50 Uhr von einem 46-jährigen Mann in der Straße Alt-Friedrichsfelde rassistisch beleidigt und mit einem Taschenmesser bedroht. *Polizei Berlin, 24.04.2013*

33

24. APRIL 2013 / Berlin-Treptow

Ein Mann wird von einem anderen Mann, den er beim Abkratzen von Antinaziaufklebern beobachtet hat, mit »Du Kommunisten-Sau« beschimpft und durch mehrere Straßen verfolgt. *Register Treptow-Köpenick*

34

26. APRIL 2013 / Berlin-Treptow

Eine Gruppe von Menschen, die Plakate für Anti-Nazi-Aktionen am 30. April und 1. Mai aufhängen, werden von fünf Neonazis, begleitet, gefilmt und verhöhnt. Als die Menschen sich ins Zentrum für Demokratie zurückziehen, umstellen ca. 10 Neonazis das Zentrum. Die gerufene Polizei erscheint erst, als die Nazis abgezogen sind. *Kampagne »Gemeinsam gegen Nazis« / Register Treptow-Köpenick*

35

30. APRIL 2013 / Berlin-Köpenick

Ein junger Mann wird in Oberschöneweide in der Rathenaustraße Ecke Plönzeile von einem Neonazi mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Der Mann kennt den Neonazi, da dieser bei einer Tanzveranstaltung wegen seiner Kleidung und Äußerungen der Veranstaltung verwiesen wurde. *Register Treptow-Köpenick*

36

30. APRIL 2013 / Berlin-Treptow

Auf dem Weg vom Konzert »Gemeinsam gegen Nazis« vom Platz am Kaisersteg zum S-Bahnhof Schöneweide wird eine Gruppe Jugendlicher von einem Mann bedroht, der ein Messer zieht. *Register Treptow-Köpenick*

Sammelstellen boten eine niedrighschwellige Partizipationsmöglichkeit für viele Pankower_innen.

— Das gemeinsame Agieren von unterschiedlichen Unterstützer_innenkreisen sowie das rechtzeitige Zusammenrufen einer Bürger_innenplattform durch das Bezirksamt verstärkten die Bestrebungen für eine Willkommenskultur.

— Die Formierung von »Kritiker_innen« wurde verhindert, indem ein scheinbares Bürger_innentreffen von Pankower_innen aus dem zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Bereich begleitet wurde.

— Eine kritische Begleitung der ersten Facebook-Seite verhinderte die Formierung über Facebook.

Es zeigt sich, dass das frühzeitige Herstellen, Befördern und Zusammenbringen von zivilgesellschaftlichem und antifaschistischem Engagement wichtig für die Erzeugung einer positiv besetzten Willkommenskultur ist. Scheinbaren »Kritiker_innen« kann es dadurch schwer gemacht werden, sich zu formieren und sich als die »Stimme der Bürger_innen« auszugeben. Nichtsdestotrotz lässt sich aus dem Pankower Beispiel keine Verallgemeinerung für andere Regionen schließen, da diese immer lokalspezifische Ausprägungen besitzen und auch die Bevölkerung die Bereitschaft zum Handeln mitbringen muss.

[moskito] Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Vielfalt

Um Alltagsrassismus und Rechtsextremismus wirksam entgegen treten zu können, bedarf es des Zusammenwirkens verschiedenster Akteure im Gemeinwesen. [moskito] ist Anlaufstelle und Knotenpunkt für Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung. Wir führen Projekte, Seminare und Veranstaltungen durch, helfen bei der Verwirklichung von Ideen, vernetzen und fördern den Austausch zu den Themen Rassismus und Rechtsextremismus.

1 — Hintergrund dieser Entscheidung des Bezirksamtes waren die negativen Erfahrungen aus der Bürger_innenversammlung in Marzahn-Hellersdorf, aber auch aus der Bürger_innenversammlung 2007 zur Errichtung einer Moschee in Heinersdorf. In beiden Fällen haben rechtsextreme Aktivist_innen/Parteifunktionär_innen die Versammlungen vereinnahmt bzw. dominiert. In Marzahn-Hellersdorf kam es dazu, dass sowohl Sebastian Schmidtke, Parteivorstand der NPD Berlin, als auch Maria Fank, Vorstand des RNF Berlin, das Wort ergriffen, um in rassistischer Art und Weise gegen Geflüchtete zu mobilisieren.



SEIT DEM 1. JANUAR 2014 GILT IN DER EUROPÄISCHEN UNION (EU) DIE VOLLE ARBEITNEHMERFREIZÜGIGKEIT AUCH FÜR BÜRGER_INNEN DER EU-STAAATEN RUMÄNIEN UND BULGARIEN. KURZ VOR DEM JAHRESWECHSEL TAUCHTE EINE BESCHLUSSVORLAGE FÜR DIE KLAUSURTAGUNG DER CSU-BUNDESTAGSABGEORDNETEN IM BAYRISCHEN WILDBAD KREUTH AUF, DIE EINE DEBATTE UM »ARMUTSMIGRATION« AUSLÖSTE. DIE DER PRESSE ZUGESPIELTEN SÄTZE DES PAPIERS WURDEN AUF DER KLAUSURTAGUNG DANN AUCH IM KERN BESCHLOSSEN: ES GEBE EINEN FORTGESETZTEN MISSBRAUCH DER EUROPÄISCHEN FREIZÜGIGKEIT DURCH »ARMUTSZUWANDERUNG«, WESHALB DIE CSU »FALSCHER ANREIZE ZUR ZUWANDERUNG« VERRINGERN WOLLE. AUSSERDEM WERDE EINE GENERELLE AUSSETZUNG DES SOZIALLEISTUNGSBEZUGES FÜR DIE ERSTEN DREI MONATE DES AUFENTHALTES IN DEUTSCHLAND GEPRÜFT UND DEM »SOZIALLEISTUNGSBETRUG« DER KAMPF ANGESAGT. DIE KURZE FORMEL LAUTET: »WER BETRÜGT, DER FLIEGT«.

Autoritäre Armuts- und Migrationspolitik im Kontext aktueller Debatten um »Armutsmigration«

»Die müssen weg«

von Sebastian Friedrich und
Jens Zimmermann, Duisburger Institut
für Sprach- und Sozialforschung (DISS)

Kulturalisierung des Sozialen

Dieser populistische Slogan reiht sich ein in Entwicklungen des Einwanderungsdiskurses und europäischer Migrations- und Armutspolitik, die sich vor dem Hintergrund aktueller Krisendynamiken vollziehen. Chiffren dieser Debatten sind »kluge Köpfe« sowie »Wirtschafts-« und »Armutsmigranten«. In Bezug auf die aktuelle Diskussion um »Armutsmigration« und »Sozialtourismus« ist es wichtig, die dominanten Zuschreibungs- und Repräsentationspraxen in den Blick zu nehmen, weil dadurch bestehende Ungleichheiten plausibilisiert werden. Eine Kritik, die sich darauf beschränkt, läuft Gefahr, der Reichweite des Rassismus als sozialem Herrschaftsverhältnis nicht gerecht zu werden, denn es drohen aktuelle Prozesse autoritärer Migrations- und Armutspolitik aus dem Blick zu geraten, die gegenwärtig von den Regierungen der EU-Staaten etabliert und ausgebaut werden.¹

In aktuellen medialen Debatten um »Armutszuwanderung« und »Sozialtourismus« sind zwei

Positionen bestimmend: eine kulturalisierende, Einwanderung eher ablehnende einerseits und eine aus wirtschaftlichen Gründen Einwanderung befürwortende Haltung andererseits. Ein anschauliches Exemplar für erstere Variante lieferte die Publizistin Necla Kelek in einem Kommentar in der »Welt« Anfang Januar. Kelek führte Armut und Ungleichheit auf den »kulturellen Hintergrund« von Roma zurück. Sorgen bereiten ihr vor allem die Kinder, denn diese würden von Eltern und »Clanchefs zum Betteln oder Arbeiten auf die Straße geschickt«, außerdem seien Zwangsverheiraten üblich (Die Welt, 5.1.14). Kelek steht mit dieser Einschätzung nicht alleine. In ähnlicher Weise argumentierte auch der emeritierte Kölner Erzbischof Joachim Meisner, als er gegenüber dem »Kölner Stadt-Anzeiger« im April 2013 meinte, die Bevölkerungsgruppe der Roma aus der Slowakei sei »in unsere Zivilisation nicht zu integrieren«, denn manche Frauen würden jedes Jahr ein Kind bekommen und dann vom Kindergeld leben (Kölner Stadt-Anzeiger, 10.4.14).

Was in den Äußerungen Meisners und Keleks beispielhaft zum Ausdruck kommt, sind rassistische Stereotype, die in den letzten Jahren vermehrt Rom_nija treffen. Zu dieser Stereotypisierung gehört auch die Gleichsetzung von »Armutsmigranten« und »Roma«. Hier werde eine deutliche Schiefelage der Repräsentation von Romn_nija deutlich, wie der Antiziganismus-Forscher Markus Endjüngst betonte. End kritisierte die Etablierung der Gleichsetzung von »Armutszuwanderer = Roma«, »ähnlich wie bei den »Klau-Kids« könne man »diese Begriffe nicht mehr verwenden, ohne dass eine Abwertung von Roma mitgedacht wird« (netz-gegen-nazis.de, 7.2.14). In den medienpolitischen Diskursen wurde somit die Migration aus den EU-Staaten Bulgarien und Rumänien fest mit dem mittlerweile dominanten und rassistisch aufgeladenen Deutungsmuster »arme Roma« verkoppelt, ungeachtet dessen, dass ein Großteil der Migrant_innen aus Rumänien und Bulgarien keine Rom_nija sind.

Dass mit Kelek und Meisner auch zwei Akteur_innen der Formierung eines antimuslimischen Bürgertums auftreten, verdeutlicht die Flexibilität rassistischer Projektionen. Meisners und Keleks Äußerungen gründen sich auf ein auch für den antimuslimischen Rassismus konstitutives Verständnis von Kultur, die zur quasi-natürlichen Eigenschaft von Menschen wird. Trotz aller (insbesondere historischen) Spezifika des Antiromaismus bzw. des Antiziganismus sind in der derzeitigen diskursiven Formation Überschneidungen zum antimuslimischen Rassismus erkennbar: Das Gegenstück zur Fremdheitskonstruktion bleibt bestehen. »Die« Kultur des Islams oder die der Rom_nija stehen im Blickfeld, das jeweilige Gegenstück zur »europäisch-abendländischen Kultur« gilt entsprechend als »unzivilisiert«, »unaufgeklärt«, »bildungsfern« und »leistungsunfähig«. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass Kelek in ihrem Kommentar »die Europäer« auffordert, sich gegen die »mittelalterlichen Sitten« der Rom_nija einzusetzen, denn »Freiheit und Menschenrechte werden nicht nur am Hindukusch verteidigt, sondern auch in Duisburg und Neukölln« (Die Welt, 5.1.14).

Nützliche gegen Nutzlose

Neben diesen offensichtlichen rassistischen Zuschreibungen finden sich in aktuellen hegemonia-

len Debatten um »Armutsmigration« viele Positionen, die sich positiv auf Einwanderung beziehen und die damit verbundenen Chancen hervorheben. Im Zuge der Diskussion um das CSU-Papier ist die Position dominant, die die ökonomische Nützlichkeit der Einwanderung aus Rumänien und Bulgarien in den Vordergrund rückt. So warnte der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) vor Schäden für die Wirtschaft: »Die Zuwanderung insgesamt darf nicht durch eine aufgeheizte politische Diskussion in ein schlechtes Licht gerückt werden«, sagte DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben (Handelsblatt, 4.1.14). Auch Kritiker betonen, dass die meisten Migrant_innen zwar arbeiten wollen oder Fachkräfte seien, es aber trotzdem eine Minderheit gebe, die unqualifiziert oder arbeitsunwillig sei. Insgesamt wird der Nutzen hervorgehoben, so etwa von der Vorsitzenden des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Christine Langenfeld, die anlässlich der Präsentation des Jahresberichts 2013 in einer Pressemitteilung vom 12. April 2013 hervorhob: »Durch die qualifizierte Zuwanderung aus EU-Staaten erzielt Deutschland eine messbare Freizügigkeitsdividende. Das wird bislang viel zu wenig wahrgenommen«.

Auf den ersten Blick mag dem liberalen Verweis auf Leistung im dominanten Diskurs aus einer antirassistischen Perspektive etwas Positives abgewonnen werden, da dadurch der Naturalisierung etwas entgegen gesetzt wird. Allerdings wiederholt die aktuelle Debatte im Kern das Ergebnis der »Sarrazindebatte« im Herbst 2010. Der Rassismus wird nicht verdrängt, sondern mit Verweisen auf Leistung bedient er sich neuer Spaltungslinien zur Aufrechterhaltung der rassistischen Verhältnisse, die entlang von Kriterien ökonomischer Verwertbarkeit etabliert werden.

Während der »Sarrazindebatte« setzte sich diskursiv die Trennung zwischen »Musterbeispielen gelungener Integration« und »Integrationsverweigerern« durch² und in der aktuellen Debatte verläuft die Aufteilung zwischen »diejenigen, die arbeiten wollen« und »diejenigen, die in unsere Sozialsysteme einwandern wollen«. Der Vergleichsmaßstab ist trotz unterschiedlicher Ansichten hinsichtlich der Größenordnungen auch bei den Bezügen auf die »gut ausgebildeten Fachkräfte« die Verwertbarkeit. In einer »ZEIT ONLINE«-Reportage wird am Beispiel eines rumänischen Kochs hervorgeho-

ben: »Anspruchsvoll sind die Rumänen nicht. Die vertraglich vereinbarte Arbeitszeit liegt bei 47,5 Stunden in der Woche. Oft werden daraus bis zu 220 Stunden im Monat. Cazocu bekam dafür anfangs 1.000 Euro brutto im Monat, mittlerweile sind es 1.500. Vom deutschen Staat hat er noch nie einen einzigen Euro an Hilfe erhalten« (Zeit Online, 9.1.14).

Hier zeigen sich die Fallstricke, die Bezüge auf »positive Beispiele« mit sich bringen. Zwar erweitern die Beispiele die Repräsentationsformen und können den rassistischen Stereotypen entgegenwirken, doch dienen sie zugleich als sichtbarer Beweis für die Leistungsideologie, die verspricht: Wer sich genügend anstrengt, kann es zu etwas bringen. Die meisten Entgegnungen stehen zum Großteil fest auf der Grundlage der CSU-Prämissen und drohen in sich zusammen zu fallen, wenn sich die Einschätzung darüber verändert, wer als nützlich oder nutzlos erscheint. Was wird etwa aus den medial immer wieder positiv hervorgehobenen fleißigen Arbeitsmigrant_innen im Niedriglohnbereich, wenn die wirtschaftliche Konjunktur sie gerade nicht braucht?

Rassistische Elemente im Einwanderungsdiskurs hinsichtlich der Zuschreibungspraxen zu fokussieren, reicht unseres Erachtens nicht aus. Gerade bezüglich des Komplexes Arbeit-Migration sollte Rassismus weiter gefasst werden. Wie der leider kürzlich verstorbene Soziologe Stuart Hall klarmachte, setzt Rassismus Menschen ins Verhältnis zueinander und reguliert dadurch den Zugang zu ökonomischen und symbolischen Ressourcen.³ Es geht also um weit mehr als um Zuschreibungspraxen – den gegenwärtigen Rassismus im Zusammenhang mit Debatten um »Armutsmigration« zu thematisieren, sollte auch bedeuten, die realen sozioökonomischen Verhältnisse zu betrachten, in denen sich viele Migrant_innen befinden.

Lebenssituation von »Armutsmigranten«

Eine Reihe hilfreicher Fernsehreportagen und Dokumentationen antirassistischer und antifaschistischer Gruppen versuchte die Lebenssituationen vieler Migrant_innen aus dem Südosten Europas darzustellen. Nach ihrer Ankunft sind Migrant_innen häufig einer Vielzahl von Herrschaftsmecha-

nismen ausgesetzt, die es fast unmöglich machen, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. Ein Großteil der Migrant_innen kommt in Häusern unter, die als »Schrottimmobilien« zu bezeichnen sind. Fließendes Wasser, funktionierende Sanitäreinrichtungen oder Strom sind selten vorhanden. Dennoch werden Tages- oder Wochenmieten verlangt, die oftmals die ganze Habe aufzehren oder zu Schulden bei den Vermieter_innen führen, welche aus den längst auf dem hiesigen Immobilienmarkt nicht mehr vermietbaren Wohnungen Profit schlagen. Wer das Geld für diese kurzfristige Bleibe nicht aufbringen kann, muss auf der Straße leben.

Der prekäre Lebensalltag wird über allem noch verschärft durch die permanente Angst vor gewalttätigen Übergriffen, die durch Demos und Mahnwachen von Akteur_innen der extremen Rechten und enthemmten Anwohner_innen drohen.

Diese Überausbeutung setzt sich nahtlos auf dem Arbeitsmarkt fort, wo Migrant_innen als Tagelöhner_innen (»Arbeiterstrich«) versuchen, Geld für das Nötigste als Umzugs- oder Bauhilfen zu verdienen. Zu dieser prekären Arbeits- und Wohnsituation kommt der teilweise versperrte Zugang zu sozialer und medizinischer Grundversorgung. Zum einen deshalb, da Migrant_innen von medizinischen oder sozialen Einrichtungen abgewiesen werden, weil sie aus »Bulgarien oder Rumänien« kommen. Zum anderen, weil sie häufig kaum Kenntnisse haben über die spärlichen Hilfsangebote und Ansprüche von Sozialleistungen (z.B. Kindergeld). Eine weitere Facette der rassistisch strukturierten Lebensverhältnisse vieler Migrant_innen sind die drohenden Abschiebungen, wenn die Aufenthaltsberechtigung nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden kann. Die existenzielle Bedrängnis durch den Staat setzt sich, hier am Beispiel der Stadt Duisburg, auch in Praxen des racial profiling, Hausdurchsuchungen der Polizei und Personenzählungen in einem von Migrant_innen bewohnten Haus fort. Der prekäre Lebensalltag wird über allem noch verschärft durch die permanente Angst vor gewalttätigen Übergriffen, die durch Demos und Mahnwachen von Akteur_innen der extremen Rechten und enthemmten Anwohner_innen drohen.⁴

Projekt Europa und die »Armutszuwanderung«

Für eine Analyse der gegenwärtigen Debatten halten wir es für wesentlich, die sozioökonomischen Verhältnisse und Krisendynamiken in der Europäischen Union zu rekonstruieren, um die gesellschaftliche Funktion der rassistischen Praxen auf diskursiver, urbaner und kommunaler Ebene mit sozioökonomischen Gesamtprozessen zu verbinden. Mit der letzten Osterweiterung im Jahr 2007 traten mit Bulgarien und Rumänien – beides Ausgangsorte der Migration, gegen die sich die aktuellen Diskussionen wenden – zwei Länder der EU bei, die in den letzten sieben Jahren immer wieder in den Sog kapitalistischer Krisen geraten sind. Die globale Finanzkrise 2009 traf beide besonders hart⁵, zumal die Übernahme der neoliberalen Doktrin, die allen EU-Beitrittsländern aufgezwungen wird, bereits verheerende Einschnitte in der staatlichen Infrastruktur Rumäniens und Bulgariens hinterlassen hatte. Bulgarien und Rumänien haben sich unterdessen zu »Billiglohnländern der EU« gewandelt. Mit dem Beitritt der beiden Balkan-Staaten erschlossen sich die führenden Länder der EU – allen voran die Bundesrepublik Deutschland – neben neuen Märkten und billigen Produktionsbedingungen auch neue qualifizierte Arbeitskräfte, nach denen die deutschen Arbeitgeberverbände so dringend gerufen hatten. Die so unter finanzpolitische Kontrolle gestellten Länder wurden im Zuge der Finanzkrise 2009 nun vollends zur ökonomischen und politischen Peripherie Europas gemacht – Griechenland kann als weiteres Beispiel für die systematische ökonomische Ausbeutung (Süd-)Ost-europas angeführt werden.

Es geht aus unserer Sicht um die Festsetzung einer flexiblen »inneren Grenze« Europas – wer gehört dazu und wer nicht.

Gleichzeitig stellt sich aber für die führenden Staaten der EU die Frage, wie sie mit den durch ihre neoliberale Politik verursachten »Problemen« umgehen sollen. Während man auf die qualifizierten Arbeitskräfte nicht verzichten möchte, sollen aus Sicht der politischen Klasse der EU-Länder »Arme« besser in ihren »Herkunftsländern« bleiben. Schon

vor dem Inkrafttreten der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgar_innen und Rumän_innen wurde daher das Drohszenario der »Armutsmigration« an die diskursive Verknüpfung von Migration und Arbeit gekoppelt und damit wirkmächtig an den Einwanderungsdiskurs der letzten Jahrzehnte angeschlossen, in dem – etwa in der sogenannten Asyl-Debatte Anfang der 1990er Jahre oder in der »Sarrazindebatte« 2010 – Migration, Flucht und Asyl immer wieder mit »massenhafter Einwanderung in die Sozialsysteme« verbunden wurde.

Diese Deutungsmuster können als Versuch verstanden werden, mittels rassistischer Diskriminierungspraxen eine Abwehrstrategie gegenüber der gegenwärtigen »legalen« Mobilität zu etablieren. Es geht aus unserer Sicht um die Festsetzung einer flexiblen »inneren Grenze« Europas – wer gehört dazu und wer nicht. Dies lässt sich auch an den aktuellen Debatten ablesen, nämlich dann, wenn gefragt wird, wie trotz juristisch legaler Freizügigkeit Mobilität innerhalb Europas verhindert werden kann. Der mit rassistischen Stereotypen durchsetzte Diskurs zur »Armutsmigration« stellt eine Blaupause für die Bearbeitung von realer Armut in der Europäischen Union dar: Menschen, die in extrem prekären und existenzbedrohenden ökonomischen Verhältnissen leben, werden kriminalisiert – ökonomische Not und Kriminalität werden dabei im Diskurs zur »Armutsmigration« verbunden mit der rassistischen Stereotypisierung als »Roma«. Als Bearbeitungsstrategie greifen Städte und Kommunen auf law and order und eine autoritäre Armutspolitik zurück, die den alltäglichen Druck auf die Menschen noch mehr verstärkt, das Leben unerträglich macht.

An dem rassistischen Diskurs scheinen neben politischen Funktionären von Bund bis Kommune auch Medien und die »lokale Öffentlichkeit« mitzustricken. Hier tut das hegemoniale Deutungsmuster des »Zahlmeisters Deutschland« sein Übriges – »nach den Griechen, nun auch die Roma!« Die umfassenden Entsolidarisierungsprozesse im Zuge der europäischen Sparpolitik werden durch rechte und autoritäre Politikprogramme bedient, in denen Armut stets selbstverschuldet ist, extrem rechte Akteure setzen dort an, um Armut zu »ethnisieren«.

Die rassistisch aufgeladene Debatte um »Armutsmigration« und ihre autoritären Bearbeitungsstrategien deuten neben der dramatischen Auswirkung auf den Lebensalltag von Migrant_innen auch

auf die politisch-ökonomische Konstruktion Europas hin, in der Armut schlichtweg in die Peripherie verdrängt werden soll. Die De-facto-Relativierung von rechtstaatlich garantierten Ansprüchen als Unionsbürger_innen durch die alltäglichen Diskriminierungspraxen, wie zum Beispiel durch Polizei, Ordnungsamt und kommunale Institutionen, deutet auf die Durchsetzung einer *prekären Bürgerschaft* hin: die EU-Staatsbürgerschaft und die damit einhergehenden Rechte werden durch einen permanenten Ausnahmezustand, dem Migrant_innen ausgesetzt sind, schlichtweg aufgehoben. Und dass auch die gegenwärtige Rechtslage keineswegs unverrückbar ist, hat jüngst der CDU-Europaabgeordnete Elmar Brok mit seiner Forderung nach Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit und einer Registrierung von Fingerabdrücken von Migrant_innen gezeigt – dauerhaft in einem anderen EU-Staat leben dürften nach Brok nur jene, die »eine Arbeit haben, selbstständig [sind] oder nachweisen [können], dass [sie] über ausreichende Finanzmittel verfüg[en] und krankenversichert [sind]« (Bild, 3.1.14). »Europa« bleibt in dieser Form ein Klassenprojekt von oben.

Es dürfte deutlich geworden sein, dass aktuelle Debatten auf weit mehr abzielen als auf die Reproduktion rassistischer Stereotype, denn es sind aus unserer Sicht vor allem die sozioökonomischen Bedingungen (autoritäre Sozialpolitik, restriktives Migrationsregime, prekäre Arbeitsverhältnisse) und institutionellen Herrschaftsstrukturen (bspw. racial profiling, Abschiebung, Diskriminierung auf Wohn- und Arbeitsmärkten), in denen diese Zuschreibungen ihre destruktive Dynamik entfalten. Eine Analyse rassistischer Ideologeme und Ausgrenzungspraktiken bleibt umso mehr notwendig, da aus linker antirassistischer Sicht in naher Zukunft nicht davon auszugehen ist, dass sich die Kontexte und die medialen Debatten verbessern werden. Eine Auseinandersetzung mit den rassistischen Zuständen muss daher den Blick erweitern und eine Analyse der Zuschreibungspraxen mit einer Kritik der politischen Ökonomie verbinden.

Historisch lässt sich zeigen, dass rassistische Praxen immer wieder Migrationsbewegungen kanalisiert, sortiert und letzten Endes (zeitweise) legitimiert oder illegalisiert haben. Rassistische Alltagsstrukturen formieren somit durch die Regulierung von ökonomischen, symbolischen und sozialen Ressourcen erheblich die Lebenswelt von

Migrant_innen. Rassistische Zuschreibungen sind dabei ein Versuch der Legitimation von sozialer Herrschaft.

Die Vergegenwärtigung von Rassismus als ein solches dynamisch-gesellschaftliches Verhältnis ist aus unserer Sicht eine der aktuellen Herausforderungen antirassistischer Analyse.

Sebastian Friedrich (Berlin/Duisburg) und Jens Zimmermann (Duisburg) sind Mitarbeiter beim Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Das DISS arbeitet seit Ende der 1980er Jahre zu den Themenfeldern Rassismus, Migration, extreme Rechte und Diskurstheorie und interveniert aus kritisch-wissenschaftlicher Perspektive in aktuelle Debatten.

1 — Wenn wir die Debatte um »Armutsmigration« in diese Richtung analysieren, möchten wir damit nicht den Eindruck erwecken, dass dies der einzige Hintergrund ist, vor dem sich die Debatte abspielt. Kompetenz- und Verteilungsfragen zwischen EU-Institutionen und den verschiedenen Ebenen der föderalen Bundesrepublik bilden eine weitere Folie, der Beachtung geschenkt werden muss, die wir an dieser Stelle aber nicht bieten können. Insbesondere die Warnungen des Städte- und Gemeindebundes zielen in erster Linie auf EU-Gelder ab, wenn in drastischer (und teils auch kulturalisierender und ethnisierender) Weise soziale Probleme thematisiert werden.

2 — Sebastian Friedrich / Hannah Schultes (2011): Von »Musterbeispielen« und »Integrationsverweigerern«. Repräsentationen von Migrant_innen in der »Sarrazindebatte«. In: Sebastian Friedrich (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Münster. S. 77-95.

3 — Hall, Stuart 2000: Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Rätzfel, Nora (Hg.): Theorien über Rassismus. Hamburg. S. 7-16.

4 — Der AK Antiziganismus des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) arbeitet zur Zeit zum Alltagsantiziganismus mit besonderem Augenmerk auf die Wechselbeziehung zwischen bürgerlichem und extrem rechten Spektrum. (<http://www.diss-duisburg.de/arbeitskreis-antiziganismus/>)

5 — Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) beider Länder sinkt im Zuge der Finanzkrise 2009 drastisch (Bulgarien: -5,5%, Rumänien: -6,6%) und stagniert auf niedrigem Niveau. Die Arbeitslosenquote steigt im Falle Bulgariens zwischen 2009 und 2013 von 6,5% auf 13,0%. Der öffentliche Schuldenstand nimmt in Rumänien zwischen 2009 und 2012 von 23,6% auf 37,9% zu. Beide Länder weisen mit die größten Einkommensungleichheiten in der EU auf. Fast jede_r Zweite ist in Bulgarien und Rumänien von Armut bedroht (alle statistischen Angaben nach <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/> (letzter Zugriff 12.03.2014)).

RACIAL PROFILING HAT SICH IN DEN LETZTEN EIN BIS ZWEI JAHREN IN BERLIN BEINAHE SCHON ZU EINEM GEFLÜGELTEN MODEWORT ENTWICKELT. DIE INTEGRATIONSENATORIN KANN MITTLERWEILE SOGAR KAMPAGNENARBEIT GEGEN RACIAL PROFILING IM BERLINER OLYMPIASTADION PRÄMIEREN, KONKRETE MASSNAHMEN GEGEN RACIAL PROFILING IM GÖRLITZER PARK UND ANDEREN ORTS BLEIBEN JEDOCH AUS. DER GÖRLITZER PARK WIRD AUCH WEITERHIN IN ERSTER LINIE ALS SICHERHEITSPOLITISCHES PROBLEM VERHANDELT.

Racial Profiling – Mehr als ein Polizeiproblem!

von Angelina Weinbender, Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V.

Racial Profiling bezeichnet eine Praktik in der Polizeiarbeit, in der Polizist_innen ohne Vorliegen einer konkreten Verdächtigenbeschreibung Menschen anhalten, befragen, durchsuchen oder verhaften, weil sie ihnen aufgrund rassifizierter Merkmale wie Herkunft, Hautfarbe, Nationalität oder Religion verdächtiger als andere Menschen erscheinen.¹

2013 erhielten die Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP²) und der Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V. für den ersten Dokumentarfilm über Racial Profiling in Deutschland³ den ersten Preis des Berliner Ratschlags für Demokratie⁴. Überreicht wurde er von Dilek Kolat, der Berliner Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen. Den dritten Preis des Wettbewerbs »Respekt gewinnt!« für Berliner Demokratieinitiativen erhielt der Verein Joliba – Interkulturelles Netzwerk in Berlin e.V.⁵ für seine Arbeit im Rahmen des Themenjahres »Zerstörte Vielfalt« zur Geschichte Schwarzer Menschen während der NS-Diktatur und während der Vor- und Nachkriegszeit.⁶

Joliba hat sich darüber hinaus auch in seiner Arbeit gegen Racial Profiling im Berliner Görlitzer Park hervorgetan. Sie haben Black Media Infos zum Görlitzer Park und der Debatte um »afrikanische Drogendealer« zusammengestellt, sich in die politische Debatte eingemischt und praktische Unterstützung bei Problemen wie der Wohnungssuche, dem Aufenthalt oder der Berufsorientierung geleis-

tet. Katharina Oguntoye von Joliba plädiert für die Entkriminalisierung der User und Kleindealer und hält Unterstützungsangebote für sinnvoller als Polizeieinsätze.⁷

Ebenfalls 2013 reichte Joliba im Büro der Integrationsbeauftragten des Berliner Senats einen Antrag zum Erhalt und Ausbau ihrer Unterstützungsangebote im Rahmen des neu ausgeschriebenen Partizipations- und Integrationsprogramms ein. Ihr Antrag wurde abgelehnt.

Sicherheitspolitische Problematisierung – verdeckter Ausschluss und Kriminalisierung

Die dem Inneren und der Sicherheit unterstellten Behörden haben einen sehr eingegrenzten Zuständigkeitsbereich und damit auch einen sehr eingeschränkten Denk- und Handlungshorizont.

Die Polizei ist dafür zuständig illegalisiertes Handeln zu verfolgen und zu unterbinden. Die Mittel, die ihr dafür zur Verfügung gestellt werden, sind u.a. Personenkontrollen, Durchsuchungen, Beschlagnahmung, Freiheitsentzug und bewaffnete Gewalt. Diese Mittel sind repressiv, weil sie einen Eingriff der Staatsgewalt in die garantierten Grund- und Menschenrechte eines Individuums darstellen.

37

1. MAI 2013 / Berlin-Mitte

Ein 24-jähriger und ein 35-jähriger Mann werden um 5.50 Uhr auf der Karl-Liebknecht-Straße aus einer Gruppe von zwei Männern und einer Frau heraus von einem der Männer homophob beleidigt. Der 35-jährige Mann wird geschlagen. Der 24-Jährige kann einen erneuten Angriff abwehren. Der Täter bleibt unerkannt. *Polizei Berlin, 4.07.2013*

38

1. MAI 2013 / Berlin-Treptow

Gegen 14.05 Uhr wird ein 30-jähriger Fotograf während der NPD-Demonstration in der Michael-Brückner-Straße von einer unbekannt Person in den Bauch geschlagen. *Polizei Berlin, 4.07.2013*

39

1. MAI 2013 / Berlin-Köpenick

Eine Gruppe von Demonstrant_innen gegen eine NPD-Demonstration wird von ca. 5-10 Neonazis in der Griechischen Allee in Oberschöneeweide angegriffen. *Register Treptow-Köpenick*

40

1. MAI 2013 / Berlin-Prenzlauer Berg

Zwei 22-jährige Männer, die vermutlich der linken Szene angehören, werden gegen 22.40 Uhr in der Wisbyer Straße von drei mutmaßlich rechten Tätern angegriffen, geschlagen und getreten. Ein 26-jähriger Täter konnte ermittelt werden. *Polizei Berlin, 18.02.2014*

41

4. MAI 2013 / Berlin-Wedding

Gegen 16.00 Uhr werden ein 30-jähriger Vater und ein 48-jähriger Zeuge von einem 24-jährigen Radfahrer rassistisch beleidigt und mit einem Messer verletzt. Kinder, die auf dem Gehweg in der Kameruner Straße spielen, werden von dem Radfahrer beinahe angefahren. Obwohl der Radfahrer telefonisch bei der Polizei ankündigt »den Scheiss-Neger abzustecken«, behandelt die Polizei vor Ort die Opfer als Täter. *Polizei Berlin, 5.05.2013 / ReachOut*

Im eingeschränkten Horizont der Polizei spielen die durch andere Behörden verhängten Arbeitsverbote, Vorrangigkeitsprüfungen, meist kostspielige und nicht anerkannte Zeugnis- und Dokumentprüfungen und andere legal verweigerte Zugänge zum Arbeitsmarkt keine Rolle. Wenn die Stadtverwaltung von Berlin-Mitte festlegt, dass auf der Straße nur Brezel und Würstchen verkauft werden dürfen, dann interessiert sich die Polizei nicht dafür, ob Migrant_innen durch diese Regelungen benachteiligt und ausgegrenzt werden. Die Polizei sorgt nur dafür, dass diejenigen, die sich an diese Regeln nicht halten, bestraft werden können.

So wird im Görlitzer Park und anderen, von der Polizei als »kriminalitätsbelastet« stigmatisierten Orten in Berlin nicht nur Cannabis beschlagnahmt, sondern auch Kochutensilien, Musikinstrumente und andere lebensunterhaltssichernde Gegenstände entwendet.

Das dahintersteckende verwaltungspolitische Regulationsregime, »das den Straßenhandel weitestgehend verbietet und damit kriminalisiert«, beschreibt Noa Ha⁸ pointiert in ihrem Artikel »Kriminalisierte Mobilität. Straßenhandel als postkoloniales Recht auf Stadt?«⁹

Wer als unterprivilegierter Neuankömmling in Berlin überleben will, ist auf die behördliche Erteilung einer Arbeitsgenehmigung angewiesen oder muss Praktiken entwickeln, um den eigenen Lebensunterhalt trotz des rigiden Ausschluss- und Kontrollregimes von Polizei, Ordnungsbehörden (bspw. Ausländerbehörde) sowie privater Sicherheitsdienste sichern zu können.

Die einen finden durch soziale, oftmals in nicht-staatlicher Selbstorganisation getragene Unterstützungsangebote legale Zugänge zum Arbeitsmarkt, die anderen treten mit dem Gesetz in Konflikt. Spätestens dann befinden sie sich in der Situation, von der Polizei weder Schutz noch Hilfe annehmen zu können, wenn beispielsweise ihre Arbeitgeber_innen ihnen widerrechtlich ihre Dokumente entwenden oder ihre Löhne nicht auszahlen. Sie sind in der rassistischen Organisationsstruktur von »Ausbeutung – Diskriminierung – Dämonisierung« verhaftet: »Die legale Ausgrenzung und die Ausbeutung müssen dabei zusammen gedacht werden: Nur durch die Dämonisierung und Verweigerung eines sicheren gesellschaftlichen Status ist die wirtschaftliche Ausbeutung von Menschen überhaupt möglich«, so Biplab Basu¹⁰ in seiner

Rede zum Berliner Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung.

Soziale Infrastruktur und Transparenz vs. Repressionen und Intransparenz

Wären die aufenthalts-, arbeits- und sozialrechtlichen Unterstützungsangebote für Menschen im Görlitzer Park von Joliba in das »Partizipations- und Integrationsprogramm« aufgenommen worden, so wäre Joliba durch die Berliner Transparenzinitiative dazu verpflichtet gewesen, alle Projektkosten offenzulegen. Durch die Berichts- und Dokumentationspflicht müsste Joliba außerdem offenlegen, wie viele Menschen sie mit ihrer Beratung erreichen konnten und ob bzw. wie es ihnen möglich war, für sie Zugänge zu schaffen.

Die Arbeit der Polizei hingegen ist weitestgehend intransparent, selbst dann, wenn Abgeordnete Kleine Anfragen stellen. Es ist bekannt, dass 2013 113 Polizeirazzien mit insgesamt 7.749 Einsatzstunden im Görlitzer Park stattfanden. Dabei wurden bei 229 Menschen freiheitsentziehende Maßnahmen ergriffen und 114 Ermittlungsverfahren wegen Verdachts auf Drogenhandel eingeleitet.¹¹

Die Polizeiliche Kriminalstatistik 2012 für Berlin weist auf eine kontinuierliche Zunahme von Racial Profiling in der Polizeiarbeit hin, die 2012 ihren Höchststand erreicht.

Innensenator Henkel kann in seiner Antwort auf die Kleine Anfrage¹² des Abgeordneten Dirk Behrendt (GRÜNE) jedoch nicht beantworten, wie viele Polizist_innen an den Razzien beteiligt waren und welche Kosten dabei entstanden sind. Er kann auch nicht beantworten, welche Drogen in welcher Menge beschlagnahmt wurden. Er kann nicht sagen, was mit den 229 Festgenommenen geschehen ist. Er kann nicht sagen, wie viele dieser 229 Festgenommenen »lediglich« zur Identitätsfeststellung ohne weitere Maßnahmen festgehalten wurden und bei wie vielen Personen Untersuchungshaft beantragt wurde. Er könnte sicherlich auch nicht beantworten, bei wie vielen Festgenommenen Maßnahmen zur Durchführung einer Abschiebung eingeleitet wurden. Er kann außerdem nicht sagen, ob es zu irgendwelchen Verurteilungen kam oder ob die Raz-

zien einen spürbaren Einfluss auf die Verfügbarkeit von Drogen im Görlitzer Park gehabt hätten.

In einem demokratischen Rechtsstaat sollten Berufsgruppen, die Menschen die Freiheit entziehen und Waffengewalt einsetzen dürfen, strengen Normen der Rechenschaftspflicht und strikten Aufsichtsmechanismen unterliegen. In Berlin mangelt es offensichtlich an effektiven Beobachtungs- und Kontrollmechanismen der Polizeiarbeit.

Auf dieses Demokratiedefizit wurde bereits in der letzten Legislaturperiode im Rahmen des Landesaktionsplans gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung (LAPgR) hingewiesen und Maßnahmen formuliert, die a) vorsehen Daten zu erheben, die Auskunft über Racial Profiling in der Arbeit der Strafverfolgungsbehörden geben könnten, und b) Handlungsvorschriften, Weisungen und Gesetze auf ihre Wirkkraft bezüglich Racial Profiling zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern.

Mit der Umsetzung dieser Maßnahmen ist ohne gesellschaftlichen Druck wohl auch in der jetzigen Legislaturperiode nicht zu rechnen. Die Polizeiliche Kriminalstatistik 2012 für Berlin weist vielmehr auf eine kontinuierliche Zunahme von Racial Profiling in der Polizeiarbeit hin, die 2012 ihren Höchststand erreicht, bei gleichzeitigem Absinken der Aufklärungsquote, die ebenfalls 2012 an ihrem Tiefpunkt ankommt.¹³

Aufenthalts-, arbeits- und sozialrechtliche Ausschlüsse, Kriminalisierung des Straßenhandels und polizeiliche Repressionen sind die Todfeinde einer jeden »Willkommenskultur« und demokratischen Gesellschaft, die die Würde eines jeden Menschen achtet und schützt. Was wir brauchen ist eine Legalisierung und Wiederbelebung des Straßenhandels und den Aufbau einer institutionalisierten Infrastruktur an Unterstützungs- und Beratungsangeboten für unterprivilegierte Migrant_innen, die langfristig auf eine rechtliche, soziale und politische Gleichstellung hinwirkt.

»Das selbstbestimmte Leben von postkolonialen Migrant_innen in den Städten, die das Recht haben, Arbeit, Wohnort, Ausbildung und Schule frei zu wählen, gehört noch lange nicht zu den stadtpolitischen Aufgaben einer inkludierenden Stadt. Bisher ist die Politik viel zu stark in die diskriminatorischen Logiken einer hierarchisierenden Integrations- und Arbeitspolitik verstrickt, um urbane Barrierefreiheit und sozio-politische Sicherheit von postkolonialen Migrant_innen zu fördern,« schreibt Noa Ha.

42

8. MAI 2013 / Berlin-Lichtenberg, Tramlinie M17

Ein 50-jähriger Mann wird gegen 22.00 Uhr in der Tram M17 in der Treskowallee von zwei Neonazis angegriffen und verletzt. Während der 23-jährige Neonazi ihn festhält, schlägt sein 20-jähriger Begleiter ihm eine Bierflasche auf den Kopf und besprüht ihn mit Pfefferspray. Ein 35-jähriger Zeuge greift ein und wird auch geschlagen und mit Pfefferspray besprüht. An der Haltestelle »Hochschule für Wirtschaft und Technik« flüchten die beiden Täter extrem rechte Parolen rufend. Sie werden in der Nähe von der Polizei festgenommen. *Polizei Berlin, 9.05.2013*

43

9. MAI 2013 / Berlin-Marzahn

Ein 40-jähriger Mann wird gegen 21.00 Uhr von zwei unbekanntem Männern in der Havemannstraße aus rassistischer Motivation angegriffen. Einer der Männer versucht dem 40-Jährigen gegen den Kopf zu schlagen. Der angegriffene Mann kann flüchten. *Polizei Berlin, 10.05.2013 / Tagesspiegel, 10.05.2013*

44

10. MAI 2013 / Berlin-Kreuzberg

Gegen 5.00 Uhr wird ein 49-jähriger Mann aus einer Personengruppe heraus von einem unbekanntem Mann aus homophober Motivation unvermittelt mit der Faust ins Gesicht geschlagen. *Polizei Berlin, 4.07.2013*

45

11. MAI 2013 / Berlin-Schöneberg

Gegen 5.50 Uhr wird ein 23-jähriger Mann in einem Imbiss in der Hauptstraße von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt. Der 23-Jährige verlässt den Imbiss, wird von dem Täter verfolgt, geschubst und mit Pfefferspray angegriffen. Ein 18-jähriger Mann, der dem 23-Jährigen hilft, wird zu Boden geschlagen und getreten. *Polizei Berlin, 16.08.2013*

46

11. MAI 2013 / Berlin-Reinickendorf, S-Bahnhof Waidmannslust

Ein 54-jähriger Mann wird gegen 13.00 Uhr auf dem Bahnsteig des S-Bahnhofs Waidmannslust von einer unbekanntem Frau rassistisch beleidigt. Die Frau hetzt ihren Hund auf den Mann, der unverletzt bleibt. *Polizei Berlin, 11.05.2013 / Antifa Reinickendorf*

Der bisherige politische Umgang mit dem Görlitzer Park spiegelt diese diskriminatorische Logik auch in der Integrationspolitik Berlins wieder. Mit der Förderung der Arbeit von Joliba im Görlitzer Park hätte das Büro der Integrationsbeauftragten des Berliner Senats diese Logik des Ausschlusses und der Kriminalisierung von (Post-)Migrant_innen, Geflüchteten, Schwarzen Deutschen und People of Color zumindest im Ansatz durchbrechen können. Das Büro hat jedoch seine selbstgesteckten Ziele des »Empowerments« und der »Stärkung von Migrantenselbstorganisationen« verfehlt.

Bleibt zu hoffen, dass die Integrationsbeauftragte einen anderen Fördertopf für die Unterstützungsangebote von Joliba ausfindig machen kann.

Der Beitrag ist erstmalig erschienen in der Newsletterausgabe 1|2014 des Migrationsrats Berlin-Brandenburg e.V. Angelina Weinbender arbeitet für den **Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V.** und ist aktiv in der Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt. Von 2010 bis 2011 hat sie die Arbeitsgruppe »Polizei« im Rahmen des Berliner Landesaktionsplans gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung koordiniert.

1 – Vgl. Sebastian Friedrich und Johanna Mohrfeld: »Das ist normal« – Mechanismen des institutionellen Rassismus in polizeilicher Praxis, in Opferperspektive e.V. (Hrsg.): Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt. 2013.

2 – www.kop-berlin.de

3 – ID-WITHOUTCOLORS; Filmemacher: Riccardo Valsecchi

4 – Vgl. www.berlinerratschlagfuerdemokratie.de

5 – www.joliba.de

6 – Die Arbeit beinhaltet Fotos von betroffenen Familien und einen Denkmalentwurf für die schwarzen Opfer von Kolonialismus, Nationalsozialismus und Rassismus.

7 – Vgl. hierzu u.a. Susanne Mermarnia auf taz.Berlin vom 20.12.2013: »Integrationsprojekt in Berlin. Afrika-Verein steht vor dem Aus«. <http://www.taz.de/!129731/>

8 – Noa Ha ist asiatischdeutsche Stadtforscherin, Mutter, Aktivistin. Sie engagiert sich bei kororientation, einem asiatischdeutschen Netzwerk, im Netzwerk »decoloniality europe« und ist im Vorstand des MRBB.

9 – Der Beitrag ist erstmalig erschienen in der iz3w 332 September / Oktober 2012 und wurde in der MRBB Newsletter Ausgabe 3|2013 veröffentlicht: www.mrbb.de/NL-2013-03-Leben-nach-Migration.pdf

10 – Biplab Basu ist Mitbegründer der Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt – KOP und arbeitet für die Beratungsstelle ReachOut. Die Rede ist nachzulesen in der Broschüre des MRBB »Institutioneller Rassismus – Ein Plädoyer für deutschlandweite Aktionspläne gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung«. www.mrbb.de/broschüre/institutioneller-rassismus

11 – Im Zeitraum 01. Januar – 30. September 2013 (vgl. Antwort auf die Kleine Anfrage, Drucksache 17/12862).

12 – Kleine Anfrage vom 12. November 2013: Ergebnisse der Razzien im Görlitzer Park.

13 – Vgl. hierzu die Stellungnahme zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2012 »Mehr Racial Profiling, weniger Aufklärung« des MRBB. www.mrbb.de/stellungnahme/PKS2012

IM VEREIN JOLIBA WERDEN AFRIKANERINNEN UND AFRIKANER ALS TEIL EINER INTERKULTURELLEN COMMUNITY IN BERLIN WILLKOMMEN GEHEISSEN. JOLIBA IST DER EINZIGE ANERKANNTE FREIE TRÄGER MIT DEM SCHWERPUNKT AFRIKANISCHE COMMUNITY IN BERLIN, DER MENSCHEN AFRIKANISCHER HERKUNFT, AFRO-DEUTSCHEN FAMILIEN UND ANDERE MIT PROFESSIONELLER SOZIALBERATUNG UND AUFSUCHENDEN HILFEN UNTERSTÜTZT. IN DEN 17 JAHREN SEIT DER VEREINSGRÜNDUNG HAT DAS TEAM IM JOLIBA E.V. EINE EXPERTISE IN DER BERATUNG VON MENSCHEN MIT AFRIKANISCHEN WURZELN ERWORBEN, DIE IN DER BERLINER TRÄGERLANDSCHAFT SINGULÄR IST.

Ein Ort zum Ankommen und ein Ort der interkulturellen Begegnung

von Katharina Oguntoye, Joliba e.V.

Kitas, Schulen und Jugendämter und die afrikanischen Familien sind dankbar für die Vermittlungsarbeit, die Joliba in der aufsuchenden Sozialarbeit zwischen den Familien, den Ämtern und Betreuungspersonen leistet. Kommunikationsbarrieren werden abgebaut, und mit der Unterstützung einer afrikanischen Sozialarbeiterin, die in Deutschland ausgebildet wurde, gelingt es, die Kinder in den Familien zu belassen und den afrikanischen Eltern dabei zu helfen ihre Umwelt besser zu verstehen und sich zurecht zu finden.

Zu den Beratungsterminen, dem Deutschkonversationskurs und der Computereinführung kommen mittlerweile, statt 5-6 Personen in der Woche, bis zu 8-10 Personen täglich in das Joliba-Beratungcenter in der Görlitzer Straße.

Die tägliche Beratung und Begleitung ratsuchender Menschen aus Afrika aber auch aus anderen Kontinenten / Kulturen wird zurzeit überwiegend von den langjährigen Ehrenamtlichen und von den Praktikant_innen der Alice Salomon Hochschule für Sozialarbeit geleistet. Joliba wird weder von der Stadt Berlin noch aus Bundesmitteln unterstützt,

deshalb müssen alle Mitarbeiter_innen auf Honorarbasis arbeiten. Es versteht sich, dass hierdurch die Lage des Vereins äußerst unsicher bleibt.

Ende 2013 hat der Verein im Auftrag des Bezirks drei Monate lang ein Projekt mit den Afrikanern im Görlitzer Park durchgeführt, seitdem hat sich die Nachfrage nach unseren Angeboten vervielfacht. Zu den Beratungsterminen, dem Deutschkonversationskurs und der Computereinführung kommen mittlerweile, statt 5-6 Personen in der Woche, bis zu 8-10 Personen täglich in das Joliba-Beratungcenter in der Görlitzer Straße. Einige der Afrikaner, die früher im Park abhingen, verbringen jetzt so viel Zeit wie möglich im Joliba-Center. Sie formulieren es als eine Chance etwas aus sich zu machen und ihren ursprünglichen Zielen näher zu kommen. Die Menschen, mit denen wir im Joliba arbeiten, sind Männer und Frauen aus Afrika und anderen Weltregionen (u.a. Arabien, Osteuropa, Asien und Südamerika), aber auch interkulturelle Paare und Familien mit Kindern. Ob sie nach längeren Fluchtwegen oder direkt nach Deutschland kamen, immer bleibt der Wunsch den eigenen Unterhalt zu verdienen und etwas nach Hause zu ihren Familien schicken zu können und für die Jüngeren ist es der Wunsch die Schule besuchen und eine Ausbildung machen zu können. Joliba e.V. würde gerne noch

mehr Angebote zur beruflichen Integration machen. Im Joliba finden die Ratsuchenden erst einmal die Möglichkeit anzukommen und Strukturen und Anforderungen kennenzulernen.

Die Helfenden wie die Ratsuchenden im Joliba e.V. haben die unterschiedlichsten kulturellen und sozialen Hintergründe. Damit dabei ein gleichberechtigtes und respektvolles Miteinander möglich ist, war es wichtig zwei Voraussetzungen als Grundbedingung zu etablieren: jede/r ist willkommen und der Umgang ist freundlich. Das mag einfach klingen, ist jedoch nicht so simpel wie es scheint. Außerdem implizieren diese Maximen, dass der eigene Platz nicht erkämpft werden muss, sondern sich daraus entwickelt, ob ich mich in diesem Ort / in diesem Projekt engagieren möchte. Gleichzeitig stellt sich eine Achtsamkeit ein, weil ich mein Gegenüber aufmerksam und respektvoll wahrnehmen muss, wenn ich mich nicht auf Stereotype und Vorannahmen verlasse um in Beziehung zu treten. Also ist Joliba in dieser Hinsicht ein Ort des interkulturellen Lernens.

Die Gründungsidee des Joliba-Vereines, getragen von einer Afro-deutschen, einem Afro-Brasilianer und einer weißen Deutschen, war es professionelle Unterstützungsangebote für Menschen afrikanischer Herkunft und ihre Kinder anzubieten und interkulturelle Projekte zu initiieren und umzusetzen. Diese Ziele werden repräsentiert durch den Namen: Joliba heißt großer Strom und in einem großen Fluss sollten die Energien zusammenfließen um interkulturelle Projekte entstehen zu lassen.

1986 war das Buch »Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte« erschienen. 1985/1986 wurden die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) und die Afro-deutsche Frauengruppe (ADEFRA) gegründet. Ab 1987 erschien zwölf Jahre lang die »Afro-Look. Eine Zeitschrift von Schwarzen Deutschen« und von 1988 bis 1998 wurde im Februar der von der ISD initiierte »Black History Month« in Berlin erstmals als regelmäßiger Event durchgeführt.

Der Joliba e.V. ist aus dieser Bewegung hervorgegangen und hatte von Beginn an das Ziel gesellschaftliche Veränderung durch Bildungs- und Kulturarbeit anzustoßen. Daraus entwickelte sich ein recht erfolgreicher ganzheitlicher Ansatz der Wechselwirkung aus der professionellen sozialen Arbeit und den Kultur- und Bildungsprojekten. Dieser bewirkt, dass sich die Teilnehmenden in den verschiedenen Bereichen durch das Wissen um die

47

11. MAI 2013 / Berlin-Reinickendorf, S-Bahnhof Waidmannslust

Ein 54-jähriger Mann wird gegen 13.00 Uhr auf dem Bahnsteig des S-Bahnhofs Waidmannslust von einer unbekanntenen Frau rassistisch beleidigt. Die Frau hetzt ihren Hund auf den Mann, der unverletzt bleibt. *Polizei Berlin, 11.05.2013 / Antifa Reinickendorf*

48

12. MAI 2013 / Berlin-Schöneberg

Die Wohnungstür einer Frau, die sich in einer Initiative für Stolpersteine in Berlin engagiert, wird in der Nacht mit einer antisemitischen Parole beschmiert. Ihr Briefkasten wird mit einem Feuerwerkskörper gesprengt. *Polizei Berlin, 13.05.2013, Berliner Zeitung, 15.05.2013*

49

15. MAI 2013 / Berlin-Treptow, Buslinie 194

Gegen 20.15 Uhr wird eine Person im Bus 194 zwischen Treptower Park und Lohmühlenstraße von zwei jungen Männern homophob beleidigt und an den Haaren gezogen. Andere Zeug_innen greifen nicht ein. *Register Treptow-Köpenick / ReachOut*

50

16. MAI 2013 / Berlin-Lichtenberg, U-Bahnhof Tierpark

Ein 24-jähriger Mann wird auf dem U-Bahnhof Tierpark in Friedrichsfelde gegen 21.25 Uhr von einem 27-Jährigen rassistisch motiviert mit der Faust ins Gesicht geschlagen. *Polizei Berlin, 4.07.2013*

51

16. Mai 2013 / Berlin-Prenzlauer Berg, Tramlinie M10

Zwei Männer werden in der Tram M10 von drei unbekanntenen Männern rassistisch beleidigt. Nachdem der 17- und der 18-Jährige an der Danziger Straße Ecke Greifswalder Straße aussteigen, werden sie von den drei mutmaßlichen Neonazis angegriffen, geschlagen und verletzt. Zeug_innen rufen die Polizei. *Polizei Berlin, 17.05.2013 / Prenzlauer Berg Nachrichten, 17.05.2013*

anderen Bereiche bestärkt fühlen und hierdurch eigene Kräfte freigesetzt werden.

Unter anderem wurden im Joliba Konzepte zur interkulturellen Sensibilisierung in der Arbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen entwickelt und Workshopreihen durchgeführt (FairWay 2008, 2009 und 2012) sowie Elternworkshops für Eltern und Betreuer_innen von schwarzen Kindern seit 2002 (mit Tupoka Ogette 2013/2014).

Joliba versucht über Veranstaltungsreihen zu Geschichte, Kunst und Kultur differenzierte Bilder von schwarzen Menschen zu vermitteln. Dabei ist uns das Interesse an den Fakten genauso wichtig wie die Freude über das neuentdeckte Wissen.

Thematische Angebote gibt es für Kinder und Jugendliche: von Kinderfesten über Kinder-Mal- und Kreativgruppe bis zu Kunst-, Film- und Geschichtsworkshops für Jugendliche wurden umgesetzt. Zuletzt wurde im Rahmen des Themenjahres »Zerstörte Vielfalt« das Projekt »Spurensuche. Alltag schwarzer Menschen unter der NS-Diktatur« durchgeführt. Eine historische Ausstellungsinstallation und ein Jugend-Kunstworkshop mit dem bildenden Künstler Satch Hoyt fanden statt. Für dieses Projekt erhielt Joliba den dritten Preis von »Respekt gewinnt!« In der Begründung bei der Preisverleihung hieß es:

»Der Verein Joliba e.V. erhielt den Preis insbesondere für sein »Ausstellungsprojekt: Spurensuche«. Die Jury war von dieser Fotoausstellung beeindruckt weil sie in besonderer Weise auf die öffentlich wenig wahrgenommenen Schicksale schwarzer Menschen im Nationalsozialismus aufmerksam macht, gleichzeitig auf die historische Tatsache der Vielfalt in der deutschen Gesellschaft hinweist und damit unser Bewusstsein für ein ganzheitliches Geschichtsbewusstsein stärkt.

Aber auch das generelle Engagement des Vereins soll durch die Auszeichnung gewürdigt werden. Denn der Verein Joliba e.V. engagiert sich bereits seit vielen Jahren für das interkulturelle Zusammenleben in Berlin. Der Blick des Vereins richtet sich dabei immer auch auf das Gemeinwesen: sei es mit Kinderfesten und Eltern-Kind-Gruppen; Ausstellungen; Lesungen; Seminaren oder mit dem Eintreten für eine Kultur des Respekts im Görlitzer Park.

Der Berliner Ratschlag für Demokratie freut sich sehr über das große Engagement von allen Beteiligten bei Joliba e.V. und möchte das Projekt mit dem Preisgeld und der Ehrung ermutigen die Arbeit fortzusetzen«.

Die Anerkennung und vor allem auch dass unsere Arbeit in seinem vielfältigen Ansatz wahrgenommen wurde, war für den Joliba und sein ganzes Team eine große Genugtuung. Zwar ist ein Teil der Methodenvielfalt, die sich in den Joliba-Projekten zeigt, auch der Not geschuldet, dass wir ohne institutionelle Förderung auf die Förderung von einzelnen Projekten angewiesen waren und sind. Andererseits sind die kreativen Methoden ganz wichtig in der Arbeit mit unseren Zielgruppen. So lassen sich die Erfahrungen von Flucht, Traumatisierungen und Ausgrenzung mit künstlerischen Mitteln leichter ausdrücken und selbstbestimmt bearbeiten.

Das Element der Sichtbarmachung ist für Menschen afrikanischer Herkunft wichtig. Die von Rassismus oder Vorurteilen belastete Lebenserfahrung von schwarzen Menschen in Deutschland beinhaltet die widersprüchliche Erfahrung von übermäßiger Sichtbarkeit (Hautfarbe als Marker der Aussonderung) bei gleichzeitiger Unsichtbarkeit (Schwarze Menschen werden über Stereotype definiert und dadurch als Personen nicht mehr wahrgenommen).

Joliba versucht über Veranstaltungsreihen zu Geschichte, Kunst und Kultur differenzierte Bilder von schwarzen Menschen zu vermitteln. Dabei ist uns das Interesse an den Fakten genauso wichtig wie die Freude über das neuentdeckte Wissen. Das beste Beispiel für diesen Aspekt der Arbeit des Joliba e.V. ist der Black Basar Berlin, den wir von 2005 bis 2014 als ganztägigen Event zum Black History Month immer im Februar durchführten. Hier hatten schwarze Künstler_innen in Berlin die Möglichkeit aufzutreten und Proben ihrer Arbeit einer interessierten Berliner Öffentlichkeit vorzustellen.

In diesem Jahr haben wir in der Ausstellung die Bilder von zwei afrikanischen Künstlern gezeigt, von denen der eine einer der Flüchtlinge aus dem Görlitzer Park ist und der andere ein Maler und Theatermacher, der mit den Flüchtlingen aus dem Protestcamp am Oranienplatz ein Kunstprojekt durchgeführt hat.

Hier schließt sich der Kreis zum Anfang dieses Artikels, nämlich der Arbeit mit den afrikanischen Migrantinnen und Migranten. Beide Bereiche – das Joliba-Center als auch die Bildungs- und Kulturarbeit – sind finanziell nicht ausreichend gefördert.

Nur durch das große ehrenamtliche Engagement der Menschen im Joliba konnten die bisherigen Projekte des Joliba e.V. umgesetzt werden. Zum Beispiel wurde die Sozialberatung am Mittwoch durchgeführt durch drei Sozialarbeiterinnen (angeboten in vier Sprachen) von Januar bis Mitte März durch eine großzügige private Spende finanziert. Für die nächsten drei Monate können wir auf Spendenmittel der Sternthaler Aktion des Tagesspiegels zählen.

Dieses Beispiel macht deutlich, warum wir zwar weiterhin auf Unterstützung durch den Bezirk und den Senat hoffen, aber wenn die Förderung doch weiterhin ausbleibt, wir auf andere Fördermöglichkeiten oder Spendenaktionen zurückgreifen müssen.

Auch wenn diese Gesellschaft vielleicht noch nicht soweit ist zu erkennen, wie wichtig es ist Menschen afrikanischer Herkunft nicht nur als dekoratives Beiwerk oder als lästige Menschenmenge in Flüchtlingsbooten und Flüchtlingsheimen zu sehen, sondern sie endlich als Teil der deutschen Gesellschaft anzuerkennen, der gefördert und integriert werden sollte, wenn wir keine neue Problembevölkerungsgruppe entstehen lassen wollen.

Es ist eine Frage der politischen Entscheidung soweit es die Flüchtlings- und Einwanderungspolitik betrifft. Jeder / jede Einzelne von uns ist jedoch gefragt, wenn es um die interkulturelle Sensibilisierung geht und um das Zusammenleben mit unseren unterschiedlichen Kulturen und Erfahrungen. Im Joliba wird dies zum Teil erprobt und erfahrbar gemacht. Es war auch für uns ein Auf und Ab der Lernerfahrung, nicht ohne schwierige Anteile, aber auch wenn es ein langer Weg ist, so würden die Menschen im Joliba-Verein doch sagen, dass es sich lohnt, sich auf den Weg zu machen.

JOLIBA – Interkulturelles Netzwerk in Berlin e.V. ist ein gemeinnütziger Verein. Der 1997 gegründete Verein hat die Initiierung und Umsetzung von Projekten zum Ziel, die das interkulturelle Zusammenleben und das gegenseitige Verständnis von Menschen fördern. JOLIBA e.V. ist ein anerkannter freier Träger der Eingliederungshilfen und widmet sich als solcher der Konzeptualisierung und Durchführung von psycho-sozialen Angeboten für Kinder, Jugendliche und Familien im interkulturellen Bereich, insbesondere für afrikanisch-deutsche Familien. Die unserer Arbeit zugrunde liegenden Konzepte beziehen die spezifischen Erfahrungen der Interkulturalität, der Migration, Kriegs- und Fluchterfahrung sowie Diskriminierungs- und Rassismuserfahrung ein. JOLIBA e.V. setzt seine Ziele im Bildungs- und Kulturbereich durch eine Vielfalt von Veranstaltungen um. Hierzu gehören: regelmäßige Kinderfeste und Eltern-Kind-Gruppen; Ausstellungen; Lesungen; Seminare und vieles mehr. JOLIBA e.V. ist im Bezirk Kreuzberg-Friedrichshain mit eigenen Räumen vertreten, führt die Angebote aber in allen Bezirken durch.

52

18. MAI 2013 / Berlin-Friedrichshain, Tramlinie M10

Eine 36-jährige Frau, die in hebräischer Sprache telefoniert, wird gegen 17.30 Uhr in der Tram M10 kurz vor der Warschauer Straße von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt und bespuckt. *Polizei Berlin, 19.05.2013 / Tagesspiegel, 19.05.2013 / Berliner Zeitung, 19.05.2013*

53

21. MAI 2013 / Berlin-Marzahn

Gegen 20.50 Uhr wird ein 35-jähriger Mann am Helene-Weigel-Platz von einem 30-jährigen Mann rassistisch beleidigt und mit einem Baseballschläger bedroht. Der Bruder des 35-Jährigen greift ein und kann den Täter überwältigen. *Polizei Berlin, 4.07.2013*

54

22. MAI 2013 / Berlin-Wedding, S-Bahn Linie 1

In der S-Bahn Linie 1 werden Reisende von zwei Männern, im Alter von 27 und 30 Jahren, rassistisch beleidigt. Auf dem S-Bahnhof Humboldthain wird eine Gruppe von Punker_innen von den selben Männern mit Glasflaschen beworfen. Ein Bahnmitarbeiter, der eingreift, wird von einer Flasche am Auge getroffen. Bundespolizisten nehmen die Männer fest. Das LKA übernimmt die Ermittlungen. *Bundespolizei, 22.05.2013*

55

22. MAI 2013 / Berlin-Wedding, S-Bahn

Ein 49-jähriger Mann wird gegen 0.13 Uhr in der S-Bahn Nähe des S-Bahnhofs Humboldthain von einer Bierflasche getroffen. Er hat sich vor zwei unbekannte Fahrgäste gestellt, die von den 27- und 30-jährigen Tätern rassistisch beleidigt und mit der Flasche beworfen wurden. Vorher hatten die Täter weitere Fahrgäste beleidigt und extrem rechte Parolen gerufen. *Polizei Berlin, 18.02.2014*

56

22. MAI 2013 / Berlin-Charlottenburg

Ein 40-jähriger Mann wird gegen 10.20 Uhr auf dem Heckerdamm von einem 41-Jährigen rassistisch beleidigt und angegriffen. *Polizei Berlin, 4.07.2013*



ALS ERSTES DEUTSCHES BUNDESLAND SETZT BERLIN DIE VORGABEN DER EU ZUR EINBEZIEHUNG DER ROM_NJA UM – ODER VERSUCHT ES JEDENFALLS. DER »AKTIONSPLAN ZUR EINBEZIEHUNG AUSLÄNDISCHER ROMA« WURDE VOM SENAT AM 16.7.2013 BESCHLOSSEN UND BEINHÄLTET MASSNAHMEN IN DEN BEREICHEN WOHNEN, BILDUNG, GESUNDHEITVERSORGUNG, PARTIZIPATION UND SENSIBILISIERUNG FÜR ANTIZIGANISMUS. VIELE BERLINER NGOS – ROMA-SELBSTORGANISATIONEN, ABER EBENSO FLÜCHTLINGSRAT UND MEDIBÜRO – BEGRÜSSTEN IHN VOR ALLEM MIT KRITIK – UND DAS ZU RECHT.

Der »Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma« des Berliner Senats

Blinder (Re)Aktionismus

von Andrea Wierich, Amaro Foro

Zwar ist es positiv zu sehen, dass Berlin als erstes Land hier einen Vorstoß unternimmt. Die Bundesregierung hatte die von der EU zur Verfügung gestellten Gelder mit der Begründung abgelehnt, es gebe keinen besonderen Bedarf für Rom_nja. Migrant_innen würden mit den regulären Programmen etwa des BAMF ausreichend gefördert. Als dann die deutschen Kommunen Anfang 2013 auf den sehr wohl vorhandenen Bedarf aufmerksam machten, waren Vertreter_innen der Bundesregierung unter den ersten, die diese Äußerung aufgriffen und darauf eine rassistische Hetze gegen die sogenannte Armutseinwanderung aufbauten. Vor diesem Hintergrund ist es zweifellos anerkennenswert, dass das Land Berlin nun gleich einen ganzen Katalog an wohlmeinenden Maßnahmen vorgeschlagen hat, wo andere Länder im Lamentieren über die Situation verharren oder repressiv vorgehen.

Einzelne Maßnahmen des Berliner Aktionsplans sind durchaus vielversprechend. Dies betrifft vor allem das letzte Kapitel (5) des Aktionsplans. Dort wird die umfassende Diskriminierung von Rom_nja dargestellt und darauf hingewiesen, dass stabile Selbsthilfestrukturen und Netzwerke der Roma-Community in Berlin bisher kaum vorhanden und nicht ausreichend finanziert sind. Die Community aufzubauen ist deshalb erklärtes Ziel. Ein Modellprojekt zur Stärkung der Roma-Community, das den Schwerpunkt auf Familiensozialarbeit und Selbsthilfestrukturen legt, soll ausgebaut werden,

ebenso die »Anlaufstelle für europäische Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter sowie Roma«, die von Amaro Foro e.V. und südost Europa Kultur e.V. betrieben wird. Es wird sogar betont, dass die Dokumentation antiziganistischer Vorfälle wichtig ist und dass solche auch in Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen vorkommen.

Es sind also einige wichtige Ansätze und Ideen im Aktionsplan enthalten. Umso bedauerlicher ist es, dass er dennoch insgesamt zu sehr auf falschen Schuldzuweisungen und stereotypen Darstellungen beharrt und die meisten der geplanten Maßnahmen weit hinter der tatsächlich nötigen Förderung zurückbleiben.

Kapitulation vor dem Wohnungsmarkt

Unter der Überschrift »Wohnen und Konflikte im Stadtraum« versucht der Aktionsplan, die zweifellos zentralen Probleme bei der Unterbringung von Rom_nja in geeigneten Wohnungen in den Blick zu nehmen. Ganz richtig wird eingangs dargestellt, dass Rom_nja bei diesem Thema nur besonders stark betroffen sind von einem viel größeren Problem: dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum in der Berliner Innenstadt. In ihrem Fall kommen zusätzliche Probleme hinzu, wie etwa Verständigungsprobleme, Unkenntnis des deutschen Mietrechts

und eine massive Diskriminierung auf dem regulären Wohnungsmarkt. So kommt es zu den aus den Medien inzwischen hinlänglich bekannten Phänomenen der übersteuerten Vermietung von Schrottimmobilien (teilweise ohne Strom und Heizung), der irregulären Vermietung und der Überbelegung von Wohnungen. Nicht zuletzt aufgrund der Notwendigkeit einer behördlichen Meldeadresse sind Rom_nja ebenso wie andere Bevölkerungsgruppen häufig gezwungen, sich mangels Alternativen auf desolate Wohnsituationen einzulassen.

Nach der Schilderung der Ausgangssituation wird die Bedeutung der aufsuchenden Beratung zum Mietrecht für Rom_nja betont, die unter anderem durch die vom Senat finanzierte Anlaufstelle geleistet wird. Auch die chronische Überlastung und Unterfinanzierung der Anlaufstelle werden erwähnt; hier wird ein Änderungsbedarf erkannt. Der Senat schlägt jedoch nur drei konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation vor: Er will »alle rechtlich möglichen Anstrengungen« unternehmen, um unseriöse Vermietungspraktiken aktiv zu bekämpfen, außerdem schlägt er spezielle Informationsveranstaltungen für Rom_nja zum Thema Mietrecht vor, und vor allem soll eine vorübergehende Unterkunft für Familien mit Kindern eingerichtet werden, wo diese für einige Tage bis zur Klärung ihrer Ansprüche untergebracht werden können.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen bleiben erstaunlich vage, mit Ausnahme der neuen Wohnungslosenunterkunft. Und die ist ein Tropfen auf den heißen Stein und zudem in dieser Konzeption problematisch: Es gibt in Berlin einen schon seit Jahren offenkundigen Bedarf an Wohnungslosenunterkünften, die für Familien geeignet sind. Zudem sind alle Berliner Wohnungslosenunterkünfte hoffnungslos überlastet und es ist für Wohnungslose absurd kompliziert, dort unterzukommen: Dafür muss nämlich ein Anspruch auf Leistungen nach dem SGBII oder SGBXII nachgewiesen werden – und dieser Nachweis ist für rumänische und bulgarische Staatsbürger_innen nicht so ohne Weiteres zu bekommen. Der Europäische Gerichtshof wird erst 2015 ihre Ansprüche eindeutig klären, bisher entscheiden die deutschen Sozialgerichte unterschiedlich darüber, ob EU-Bürger_innen in anderen EU-Ländern als ihrem Heimatland Sozialleistungen bekommen können.

Das alles sind keine Roma-Phänomene. Hier treffen verschiedene strukturelle Probleme aufeinander. Deshalb sollte man sie auch als solche angehen und

nicht durch die Einrichtung einer speziellen Unterkunft für Roma-Familien eine unnötige Ethnisierung befördern. Es ist im Übrigen angesichts drastisch zunehmender Anschläge und Angriffe auf Migrant_innenhäuser eine sehr fragwürdige Idee, nun eine spezielle »Roma-Obdachlosenunterkunft« einzurichten.

Tatsächlich wäre es eine zentrale und gesamtgesellschaftlich wichtige Aufgabe des Senats, endlich die verfehlte Wohnungspolitik der letzten beiden Jahrzehnte durch eine völlige Kehrtwende zu korrigieren. Würden diese Probleme angegangen, hätten auch Rom_nja nicht mehr solche Schwierigkeiten, eine erträgliche Wohnung zu finden. Der Senat scheint jedoch öffentlichkeitswirksame ethnische Sonderbehandlungen einer wirklichen Wahrnehmung seiner Aufgaben vorzuziehen.

Seuchenschutz statt Krankenversicherung

In dem vergleichsweise ausführlichen Kapitel »Gesundheitliche Versorgung und Soziales« thematisiert der Senat die bestehenden Schwierigkeiten bei der Gesundheitsversorgung, die in den meisten Fällen durch die fehlende Krankenversicherung zustande kommen. Die Berliner Angebote für Menschen ohne Krankenversicherung sind rettungslos überlastet. Als Ursache für die fehlende Krankenversicherung wird unter anderem die bereits im Heimatland fehlende Krankenversicherung angegeben, da deutsche Krankenkassen den Nachweis von Vorversicherungszeiten fordern, bevor sie jemanden aufnehmen. Eine fehlende Versicherung im Heimatland ist aber dort erst mal kein Problem, weil sie bei bestehender Notfallversorgung nicht nötig ist bzw. darüber hinaus keine Leistungen versichert. Das Problem liegt auf deutscher Seite: die unverhältnismäßig hohen Hürden für die Aufnahme in eine deutsche Krankenversicherung. Weshalb sind Vorversicherungszeiten überhaupt notwendig? Weshalb werden rückwirkende Beiträge erhoben, wenn jemand überhaupt keine Leistungen erhalten hat? Und wann werden endlich die Beitragssätze vor allem für Selbstständige und prekär Beschäftigte auch nur in Sichtweite der gesellschaftlichen Realität gebracht?

Im Aktionsplan fallen zu diesem Thema vor allem die Stichworte Schwangerschaft bzw. Entbindung, Prostitution und Tuberkulose. Künftig sollen Geburten nicht krankenversicherter Frauen einfacher finanziert werden können, im schlimmsten

Fall über einen Notfallfonds, außerdem sollen flächendeckende Schutzimpfungen bezahlt werden. Ferner will man den Fragebogen zur Kostenerstattung von Notfallbehandlungen vereinfachen.

Was ist aber mit Menschen, die an einer Grippe erkranken, Zahnbehandlungen brauchen und vor allem chronische Leiden haben? Ihre Lage verbessert sich durch diese Maßnahmen nicht – die Notfallversorgung für Unversicherte bleibt auf Seuchenschutz und sexuell übertragbare Krankheiten fokussiert, außerdem zu kompliziert und rudimentär, und vor allem bleiben zu viele Menschen auf sie angewiesen. Das trifft nicht nur den rumänischen Rom, der als Selbstständiger auf der Baustelle arbeitet, sondern ebenso alle möglichen anderen Gruppen, übrigens auch deutsche Staatsbürger_innen, die sich die Krankenversicherung einfach nicht mehr leisten können.

Auch hier ist das eigentliche Problem viel größer. Im Gegensatz zur Wohnungspolitik ist die überfällige Reform der gesetzlichen Krankenversicherung allerdings eine Aufgabe der Bundespolitik. Der Senat könnte jedoch versuchen, durch gezielte

Was ist aber mit Menschen, die an einer Grippe erkranken, Zahnbehandlungen brauchen und vor allem chronische Leiden haben? Ihre Lage verbessert sich durch diese Maßnahmen nicht – die Notfallversorgung für Unversicherte bleibt auf Seuchenschutz und sexuell übertragbare Krankheiten fokussiert.

Netzwerke mit Kommunen und Versicherungshäusern in den Herkunftsländern von Roma-Migrant_innen bürokratische Hürden abzubauen, sodass der Zugang zum Versicherungsschutz erleichtert wird und eben das Problem an der Wurzel gepackt wird. Spezialisierte Beratung von Betroffenen wäre hier ebenso eine angemessene Maßnahme gewesen. Das wäre jedenfalls sachdienlicher als ethnisiertes Herumbasteln am System der Notfallversorgung, das ja wohl nicht langfristig die Gesundheitsversorgung ganzer Bevölkerungsgruppen sichern soll.

Segregation im Bildungssystem

Unter der Überschrift »Bildung, Jugend und Ausbildungschancen« konstatiert der Senat, dass der

57

23. MAI 2013 / Berlin-Friedrichshain

Beim Einlass zu einem Konzert in der O2-World wird eine Gruppe von zehn israelischen Tourist_innen von mehreren anderen Besucher_innen antisemitisch beleidigt und bedroht. Die Angestellten der Security-Firma am Einlass stellen sich auf die Seite der Bedrohenden. *Verein für demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK)*

58

24. MAI 2013 / Berlin-Lichtenberg, U-Bahnhof Tierpark

Ein Mann mit Behinderung wird in der U5 von einem 14-jährigen Jugendlichen angegriffen, bis ein Zeuge einschreitet. Auf dem U-Bahnhof Tierpark wird der Mann wieder von dem 14-Jährigen angegriffen und der 54-Jährige, der erneut einschreitet, wird im Gesicht verletzt. *Polizei Berlin, 25.05.2013, Register Lichtenberg*

59

24. MAI 2013 / Berlin-Pankow

Nach der Dieter-Eich-Gedenkdemostration in Buch werden Demonstrant_innen von Neonazis, die die Demonstration fotografiert und pöbelnd begleitet haben, mit Flaschen beworfen und durch Buch gejagt. *Pankower Register*

60

25. MAI 2013 / Berlin-Hellersdorf

Gegen 15.20 Uhr wird ein elfjähriger Junge in der Riesaer Straße Ecke Mark-Twain-Straße von vier Jugendlichen vermutlich aus rassistischer Motivation verprügelt und verletzt. *Polizei Berlin, 26.05.2013 / Tagesspiegel, 26.05.2013 / B. Z., 26.05.2013*

61

26. MAI 2013 / Berlin-Mitte

Ein 26-jähriger Mann wird gegen 6.00 Uhr vor einer Diskothek in der Friedrichstraße von drei unbekanntenen Männern aus antisemitischem Motiv geschlagen und verletzt. *Polizei Berlin, 26.05.2013, Tagesspiegel, 26.05.2013, Berliner Morgenpost, 26.05.2013, B. Z., 26.05.2013*

Zugang zum Berliner Schulsystem für Kinder aus Roma-Familien eine »besondere Aufgabe« sei. Als Gründe werden das Fehlen jeglicher Schulerfahrung bzw. von schulischen Basiskenntnissen, fehlende Deutschkenntnisse und teilweise fehlende Alphabetisierung benannt. Um diese »besondere Aufgabe« zu lösen, richtet das Land Berlin bereits seit 2011 sogenannte »Lerngruppen für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse« ein (Anfang 2013 gab es davon bereits 168). In diesen Kleingruppen sollen die Kinder auf die Regelklasse vorbereitet werden, in die sie dann nach einigen Monaten bis einem Jahr integriert werden.

Zwar sieht der Aktionsplan auch einige positiv zu bewertende Maßnahmen vor – etwa soll es älteren Kindern durch verschiedene Programme ermöglicht werden, trotz fortgeschrittenen Alters einen Schulabschluss zu erreichen und eine Berufsausbildung zu machen; außerdem sollen außerschulische Angebote wie Ferienschulen, Kindertagesbetreuung und Bildungs- und Freizeitangebote am Nachmittag ebenso wie die Schulsozialarbeit ausgebaut werden. Die wichtigste Maßnahme bleiben jedoch die »Lerngruppen«, und die sind aus der Perspektive der Betroffenen sehr kritisch zu sehen.

Obwohl es inzwischen in jedem Berliner Bezirk solche separaten »Lerngruppen« gibt, fehlt nicht nur ein einheitliches landesweites Konzept für die konkrete Ausgestaltung, sondern es gibt auch keinen empirischen Nachweis über den tatsächlichen Nutzen solcher »Lerngruppen«.

Das Konzept der segregierenden Beschulung von Migrant_innen ist nichts Neues, auch andere migrantische Communities in Deutschland haben damit Erfahrungen gemacht. Viele NGOs (ebenso wie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), darunter viele Migrantenselbstorganisationen, kritisieren diese Praxis schon länger. Obwohl es inzwischen in jedem Berliner Bezirk solche separaten »Lerngruppen« gibt, fehlt nicht nur ein einheitliches landesweites Konzept für die konkrete Ausgestaltung, sondern es gibt auch keinen empirischen Nachweis über den tatsächlichen Nutzen solcher »Lerngruppen«. Bekanntermaßen ist das sogenannte »Sprachbad« für ein Kind der beste Weg, eine fremde Sprache zu lernen – der Aufenthalt in einer Umgebung,

in der alle die fremde Sprache sprechen. Dafür wäre eine Regelklasse viel geeigneter als eine »Lerngruppe«, die an Schulen auch unter der Bezeichnung »Roma-Klasse« läuft. Da die Trennung der Kinder mit migrantischem Hintergrund von den übrigen Kindern in diesem jungen Alter eine Zäsur bedeutet und als abwertende Segregation erlebt wird, müsste der pädagogische Nutzen zumindest erwiesen sein, bevor man dieses Modell flächendeckend praktiziert. Als nächster Schritt müsste ein einheitliches Konzept her: Wird ausschließlich in der »Lerngruppe« unterrichtet oder handelt es sich um eine ergänzende Förderung zusätzlich zum Unterricht in der Regelklasse? Welche Unterrichtsinhalte werden in den »Lerngruppen« vermittelt? Wie lange bleiben die Schüler_innen dort und wer entscheidet anhand welcher Kriterien über ihren Wechsel in die Regelklasse? Die Berliner Praxis sieht leider viel zu häufig so aus, dass Kinder viel zu lange in den Kleinklassen bleiben, Lehrer_innen ohne transparente Kriterien über den Wechsel entscheiden können und manche Lehrer_innen offenbar nicht nur die deutsche Sprache, sondern auch deutsche Kultur in der Kleingruppe vermitteln sollen. Es ist eine Manifestierung von ohnehin bestehender sozialer Segregation und eine Sonderbehandlung aufgrund der ethnischen Herkunft.

Problematisch ist auch die Defizitorientierung dieser Bildungspolitik, die im Aktionsplan zum Ausdruck kommt: »fehlende Schulerfahrung«, »fehlende Deutschkenntnisse«, »fehlende Alphabetisierung«. An anderer Stelle ist gar von der sozialen Entwicklung und den motorischen Fähigkeiten der Roma-Kinder die Rede, die gefördert werden müssten, ebenso müsste bei Kindern und Eltern das Bewusstsein für die Bedeutung schulischer Bildung erhöht werden. Seit wann haben Roma-Kinder größere motorische oder soziale Defizite als andere Kinder? Und wieso wird hier suggeriert, dass es Rom_nja pauschal an der Wertschätzung der Schulbildung mangle? Es mutet auch merkwürdig an, dass bei Roma-Jugendlichen zur Begründung ihrer speziellen Bedürftigkeit eine »Arbeitsmarktdistanz« konstatiert wird. Dieser Begriff meint normalerweise, dass jemand aufgrund persönlicher Defizite schwer in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren ist. Rumänische und bulgarische Staatsbürger_innen durften zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Aktionsplans in Deutschland nicht abhängig beschäftigt arbeiten – sicher, das kann man schon mal als Arbeitsmarktdistanz bezeichnen.

Natürlich wird etwa eine gerade eingereiste 6-jährige rumänische Romni die Benimmregeln eines deutschen Klassenzimmers nicht kennen – aber zum einen kennen die viele Kinder bei der Einschulung nicht und zum anderen bringt sie dafür ganz andere Kenntnisse und Erfahrungen mit, die man auch mal anerkennen könnte. Besonders Roma-Kinder sind zum Beispiel meistens multilingual und sprechen neben Romanes noch die Amtssprache ihres Herkunftslandes, zum Teil sogar weitere Sprachen. So etwas könnte man auch als Bereicherung bewerten und fördern, anstatt nur auf fehlende Deutschkenntnisse zu blicken. Es wäre zumindest ein Signal an die Schüler_innen und ihre Familien, dass ihre Kompetenzen auch wahrgenommen werden und wertvoll sind.

Stattdessen konstatiert der Aktionsplan bei vielen Roma-Eltern eine »erhebliche Skepsis« gegenüber deutschen Behörden und Bildungsinstitutionen. Der Senat will deshalb pädagogisches Personal hinsichtlich der Roma-Kultur und -Geschichte qualifizieren. Man ist fast versucht, einmal nachzufragen, was der Senat sich unter »der Roma-Kultur und -Geschichte« vorstellt. Was soll das sein? Schon unter den bulgarischen und rumänischen Rom_nja kann von einer einheitlichen Kultur und Geschichte kaum die Rede sein. Es wäre wesentlich sinnvoller, mit dem pädagogischen Personal regelmäßige Sensibilisierungstrainings durchzuführen, um Diskriminierung erfolgreich zu erkennen und zu bekämpfen. Vielleicht würden dann Roma-Eltern nicht mehr die Erfahrung machen, dass ihr Kind, obwohl es vier Sprachen spricht, ein Jahr lang in einer Kleinklasse vor sich hin dümpelt, weil die Lehrerin offenbar glaubt, einem lebhaften Roma-Kind noch mehr deutschen Benimm beibringen zu müssen. Dann würde sich vielleicht auch die Skepsis gegenüber dem deutschen Bildungssystem allmählich auflösen.

Sicherlich sind viele Lehrkräfte und Schulleitungen hoffnungslos überfordert und sehen nicht, wie sie Roma-Kinder in den bestehenden Schulalltag integrieren können. Das ist aber mehr ein Problem des Schulalltags als der Rom_nja. Deutschland wird seit Jahrzehnten kritisiert, wegen zu großer Schulklassen, zu wenig (sozial)pädagogischer Betreuung der Schüler_innen und wegen eines zu undurchlässigen Schulsystems. Da Bildung in Deutschland Ländersache ist, hätte der Senat hier durchaus die Möglichkeit, Veränderungen vorzunehmen. Es ist klar,

62

27. MAI 2013 / Berlin-Wedding, U-Bahn

Ein 38-jähriger transexueller Mann wird gegen 14.20 Uhr in der U-Bahn von einem unbekanntem Mann transphob beleidigt und geschlagen. *Polizei Berlin, 11.07.2013*

63

27. MAI 2013 / Berlin-Pankow, U-Bahnhof Pankow

Ein 33-jähriger Mann wird gegen 19.30 Uhr auf dem U-Bahnhof Pankow von einem 27-Jährigen aus rassistischer Motivation bespuckt, angesprungen und dabei verletzt. *Polizei Berlin, 11.12.2013*

64

30. MAI 2013 / Berlin-Neukölln

Gegen 23.40 Uhr werden zwei Frauen und ein Mann in der Ziegrastraße von zwei Frauen und zwei Männern rassistisch beleidigt und mit einer Flasche beworfen. *Polizei Berlin, 31.05.2013 / Tagesspiegel, 31.05.2013*

65

31. MAI 2013 / Berlin-Spandau, Buslinie 123

Eine 51-jährige Frau, die in Begleitung ihrer Tochter und ihres Sohnes ist, wird gegen 16.30 Uhr im Bus der Linie 123 in Höhe der Haltestelle Köttenstraße von dem 56-jährigen Busfahrer rassistisch beleidigt. Als die 20-jährige Tochter ihn daraufhin anspricht, wird sie von dem Fahrer geschlagen und verletzt. Bevor Mutter und Tochter den Bus verlassen können, schließt der Fahrer die Tür, so dass der 12-jährige Sohn allein an der Haltestelle zurück bleibt. Zeug_innen fordern den Fahrer auf anzuhalten. *Polizei Berlin, 1.06.2013 / Tagesspiegel, 2.06.2013 / Berliner Zeitung, 2.06.2013*

66

1. JUNI 2013 / Berlin-Kreuzberg

Eine 30- und eine 37-jährige Frau werden gegen 1.00 Uhr von mehreren männlichen Jugendlichen homophob beleidigt. Als die beiden Frauen eine Bar am Spreewaldplatz erreichen, werden sie aus der Gruppe heraus mit Steinen beworfen. *Polizei Berlin, 16.08.2013*

dass bei einer Schulklasse von 25 Schüler_innen bereits fünf nicht gut deutsch sprechende Roma-Kinder die Lehrkraft überfordern. Hier zeigen viele Lehrer_innen eine »Das Maß ist voll«-Einstellung und fühlen sich durch den Aktionsplan bestätigt darin, dass genau die fünf Roma-Kinder nun zu viel für die Klasse sind und ausgelagert werden sollten.

Die Reproduktion von Stereotypen zieht sich wie ein roter Faden durch den Aktionsplan. An vielen Stellen ist zudem nicht klar, warum eine bestimmte Problemlage durch ihr Erscheinen im Aktionsplan ethnisiert wird – zumal immer wieder betont wird, dass Fallzahlen nur geschätzt sind, da die ethnische Zugehörigkeit in Deutschland aus gutem Grund nicht erfasst wird. Woher stammt also das Wissen, dass es sich hier um Rom_nja-Probleme handelt und damit die Grundlage des Aktionsplans schlechthin? Es wird außerdem mehrfach betont, dass die vorgeschlagenen Lösungen allen Betroffenen zugute kommen sollen, nicht nur Rom_nja. Wenn aber von einem Problem nicht nur Rom_nja betroffen sind, dann sollte es auch nicht mit Geldern, die für die Roma-Inklusion vorgesehen sind, gelöst werden – das befördert in der Öffentlichkeit eine Wahrnehmung, die die NPD in einem Wahlslogan so formuliert hat: »Mehr Geld für die Oma statt für Sinti und Roma«. Die Finanzierung von speziellen Roma-Projekten erweckt dann den Eindruck, als wären Rom_nja besonders hilfebedürftig und würden deshalb besonders viel Geld bekommen. Wenn bei einem solchen Projekt aber gar kein Bezug zu einer ethnischen Zugehörigkeit zu erkennen ist bzw. dieser nur künstlich hergestellt ist, dann sollte es anders finanziert und präsentiert werden.

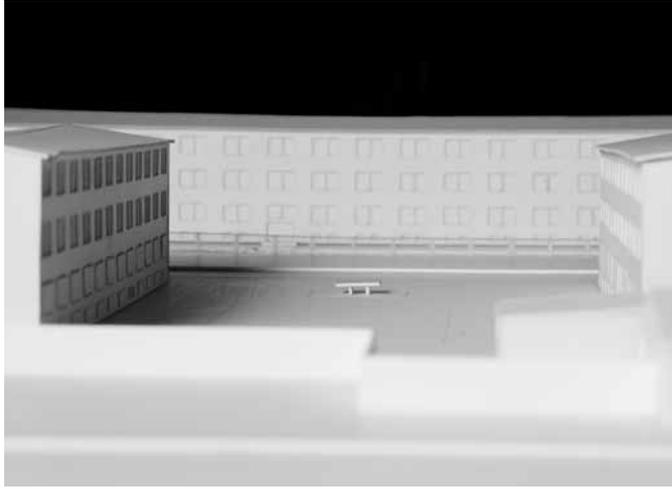
Darüber hinaus ist der gesamte Prozess der Entwicklung des Aktionsplans problematisch gewesen. Die Kommunikation mit den Selbstorganisationen und ihre Einbeziehung waren nicht ausreichend. Bereits die Auswahl der Organisationen, die eingeladen wurden, war nicht transparent und zum Teil nicht nachvollziehbar. Außerdem wurde mit den NGOs und Roma-Vertreter_innen keine Diskussion auf Augenhöhe geführt, in der es möglich gewesen wäre, Teile des Aktionsplans insgesamt in Frage zu stellen, Teile selbst mitzuschreiben, gegenzulesen oder in einem engen Kreis von Expert_innen die Gesamtrichtung des Aktionsplanes zu diskutieren. Es war nur das Vorschlagen einzelner Maßnahmen erwünscht, sodass zumindest phasenweise der Ein-

druck entstand, es handle sich hier um eine Scheinbeteiligung der Betroffenen.

Vor diesem Hintergrund können die Passagen des Aktionsplans, die Selbstbestimmung fordern und Rassismus kritisieren, nicht überzeugen. Dazu wäre der erste Schritt die gleichberechtigte Zusammenarbeit mit bestehenden Selbstorganisationen gewesen, die vom Senat verweigert wurde. Als Ergebnis ist nun ein Aktionsplan entstanden, der – neben einigen begrüßenswerten Punkten – Maßnahmen vorsieht, die ungeeignet sind, vom Umfang her zu gering oder gar segregierend. Zudem erweckt der gesamte Aktionsplan von Inhalt und Sprache her den Eindruck der Defizitorientierung und mangelnden Differenzierung. Immerhin spricht man von »Roma in Berlin« – Rom_nja sind eine Gruppe, die in Europa auf eine Größe von 12 Millionen Menschen geschätzt wird. Gemeint sind aber lediglich Zugewanderte aus Rumänien und Bulgarien, unter denen es Rom_nja gibt.

Rom_nja unterscheiden sich, wenn überhaupt, dann in einer Hinsicht von der Mehrheitsgesellschaft: sie sind aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit massiver Diskriminierung ausgesetzt, die sich in allen Lebensbereichen auswirkt. Einzig ein Aktionsplan, der diese Diskriminierung in den Mittelpunkt stellt und dort den größten Handlungsbedarf erkennt, hätte ein Recht, das Wort »Roma« bereits im Titel zu erwähnen.

Amaro Foro e.V. (»Unsere Stadt«) ist der Berliner Landesverband von Amaro Drom e.V. und ein Verein von jungen Roma und Nicht-Roma mit dem Ziel, jungen Menschen durch Empowerment, Mobilisierung, Selbstorganisation und Partizipation Raum zu schaffen. Der Verein unterstützt eine Jugendgruppe und betreut ein Kinderprogramm, fördert Bildung und Weiterbildung von jungen Roma, engagiert sich in Kultur- und Community-Building-Projekten sowie an Berliner Schulen und betreibt eine Sozialberatungsstelle für Roma-Migrant_innen aus neuen EU Mitgliedsländern.



REACHOUT, DIE BERLINER BERATUNGSSTELLE FÜR OPFER RECHTER, RASSISTISCHER UND ANTISEMITISCHER GEWALT, VERZEICHNET 185 ANGRIFFE FÜR DAS JAHR 2013. DAS IST IM VERGLEICH ZUM JAHR 2012 EINE ZUNAHME VON MEHR ALS 30%. SO VIELE ANGRIFFE HAT REACHOUT SEIT DER PROJEKTGRÜNDUNG 2001 NOCH NIE DOKUMENTIEREN MÜSSEN.

Rassismus vor Gericht – Eine Prozessbeobachtung

von Dana Fuchs und Sabine Seyb, ReachOut

Allein in Hellersdorf wurden 16 Angriffe verübt. Die meisten davon müssen im Zusammenhang mit den rassistischen Protesten gegen das Flüchtlingswohnheim gesehen werden. Auch die Unterstützer_innen der Geflüchteten wurden gejagt, permanent bedroht, von Neonazis beobachtet, fotografiert und angegriffen.

Berlinweit wurden 288 (2012: 234) Menschen verletzt und waren Bedrohungen ausgesetzt. Rassismus steht als Motiv mit 87 Taten (2012: 68) noch immer im Vordergrund. Die meisten Angriffe fanden in aller Öffentlichkeit, auf Straßen, Plätzen (121; 2012: 69) und in öffentlichen Verkehrsmitteln und Bahnhöfen (42; 2012: 34) statt. Vor allem letztere können dazu führen, dass die Mobilität und Bewegungsfreiheit der Betroffenen massiv eingeschränkt wird. Wenn niemand der Passant_innen und Fahrgäste eingreift und Hilfe holt, ist die Verarbeitung des schrecklichen Erlebnisses für die Betroffenen viel schwerer. Wenn jedoch Andere reagieren, gibt es die Chance, dass die Täter_innen juristisch zur Verantwortung gezogen werden. Und es ermöglicht den Betroffenen die Erfahrung, dass es eine für sie angemessene Auseinandersetzung mit dem Geschehenen geben kann. Ein Beispiel:

9. Juli 2013 – Berlin-Mitte: Gegen 16.15 Uhr wird ein 48-jähriger Mann, der auf einer Parkbank am Neptunbrunnen sitzt, von zwei Männern rassistisch beleidigt, angegriffen und verletzt. Mehrere Zeug_innen greifen ein und die 23-jährigen und 33-jährigen Männer flüchten. Die Polizei nimmt sie in der Nähe fest.¹

Mit Faustschlägen und Tritten traktierten Tomasz K. und Artur L. ihr Opfer Herrn S. – auch dann noch, als dieser bereits am Boden lag und bewusstlos war. Die Täter ließen erst von ihm ab, als umstehende Zeug_innen aufmerksam wurden und dazwischen gingen. Hätten Passant_innen nicht reagiert, würde Herr S. vielleicht nicht mehr leben. Herr S. erlitt eine Hirnblutung, einen Nasenbeinbruch und einen Bruch der rechten Augenhöhle, sowie Schürfwunden an Arm und Bein. Befördert wurde die Tat, laut Anklageschrift, durch die »Abneigung [der Täter] gegen Personen mit dunkler Hautfarbe sowie aus purer Lust an Gewalt«.

Seit dem 14. Februar 2014 läuft der Prozess gegen die beiden Täter. Angeklagt sind sie wegen versuchten Mordes. Herr S. ist Nebenkläger in dem Verfahren. Der Prozessauftritt sowie die ersten Verhandlungstage sind in ihrem Ablauf typisch für eine Gerichtsverhandlung: Die Anklage wird verlesen, die Personalien bestätigt, die Täter gefragt, ob sie sich äußern wollen und erste Zeug_innenaussagen gehört.

In seiner Stellungnahme betont der Angeklagte Tomasz K., dass ihm der Vorfall leid tue. Der zweite Angeklagte Artur L. hingegen schweigt.

Danach werden die ersten beiden Zeugen befragt. Die zwei Beamten vom Landeskriminalamt haben direkt am 9. Juli 2013 sowie die Tage danach die beiden Täter befragt. Leider verläuft die Befragung sehr schleppend, da beide Zeugen sich nicht genügend auf ihre Aussagen vorbereitet haben und sich kaum an die jeweiligen Verhöre erinnern können. Der erste Verhandlungstag endet mit der Befragung der beiden Beamt_innen, die direkt am

Tatort waren, sowie eine erste Befragung mit Herrn S. im Krankenhaus durchgeführt haben.

Auch die weiteren Verhandlungstage ähneln diesem Prozessauftakt. Zeug_innen werden ausführlich befragt, was genau sie gesehen haben beziehungsweise woran sie sich erinnern können. Richter und Verteidiger_innen stellen detaillierte Nachfragen und lassen den Tathergang ausschnittsweise nachstellen.

Erfahrungen bei Prozessen

Dieser Gerichtsprozess scheint juristisch korrekt und sachlich abzulaufen. Richter, Staatsanwältin und Verteidigung versuchen die Tat genau zu rekapitulieren, um die Wahrheit herauszufinden und die Angeklagten rechtmäßig zur Verantwortung zu ziehen. Aber wie wirkt dieser ganze Prozess auf Außenstehende?

Offizielle Zahlen beschreiben eine enorme Unzufriedenheit von Betroffenen rassistischer Gewalt während eines Prozesses: So sind 65,6 Prozent der Betroffenen unzufrieden mit dem Verlauf beziehungsweise dem Ausgang eines Strafprozesses. 70,7

Die steife Atmosphäre vor Gericht ist in vielen Fällen ein Einschüchterungsfaktor und kann zu einer sekundären Traumatisierung führen.

Prozent konnten das Ergebnis des Prozesses nicht akzeptieren und 58,6 Prozent erleben das eigene Erscheinen vor Gericht als belastend². ReachOut hat zudem bei der Begleitung und Beratung von Betroffenen vor Gericht festgestellt, dass beispielsweise die Bedeutung des Strafmaßes in den Hintergrund rückt, wenn der Prozess sensibel geführt wurde und das Tatmotiv genau benannt wird. Für Betroffene ist die gerichtliche Anerkennung von Tatmotiv und Tat ein wichtiger Schritt, um die traumatischen Erlebnisse verarbeiten zu können.

Die steife Atmosphäre vor Gericht ist in vielen Fällen ein Einschüchterungsfaktor und kann zu einer sekundären Traumatisierung führen. Wie wirkt es beispielsweise für Herrn S., wenn die ersten beiden Zeugen sich nicht auf ihre Aussagen vorbereitet haben, sodass selbst der Richter die Geduld verliert? Herr S. hätte fast sein Leben verloren und die beiden Beamten lesen sich nicht einmal die eigenen Verhörprotokolle zur Vorbereitung durch.

67

1. JUNI 2013 / Berlin-Kreuzberg

Gegen 21.25 Uhr wird ein 38-jähriger Mann, der seinen Freund umarmt, am Segitzdamm von drei unbekanntem Männern homophob beleidigt, bedroht und mit Gegenständen beworfen. *Polizei Berlin, 11.07.2013*

68

3. JUNI 2013 / Berlin-Tiergarten

Ein 27-jähriger Mann wird gegen 19.00 Uhr in der Potsdamer Straße von einem unbekanntem Mann, der in Begleitung von drei Männern ist, aus homophober Motivation geschlagen. *Polizei Berlin, 4.06.2013 / Tagesspiegel, 4.06.2013*

69

7. JUNI 2013 / Berlin-Wedding

Gegen 19.00 Uhr werden zwei Frauen in der Prinz-Eugen-Straße von einem 51-jährigen Mann rassistisch beleidigt. Die 20- und die 29-jährigen Frauen können sich in eine Bäckerei retten, als der Mann seinen Hund auf sie hetzt *Polizei Berlin, 8.06.2013 / Tagesspiegel, 8.06.2013 / Berliner Zeitung, 8.06.2013*

70

7. JUNI 2013 / Berlin-Tiergarten

Ein 26-jähriger Mann wird gegen 22.30 Uhr im Großen Weg im Tiergarten von zwei unbekanntem Männern homophob beleidigt und von einem der Täter getreten. *Polizei Berlin, 16.08.2013*

71

9. JUNI 2013 / Berlin-Schöneberg

Ein 36-jähriger und ein 47-jähriger Mann werden gegen 4.30 Uhr in der Martin-Luther-Straße aus einer Gruppe von vier Personen heraus, homophob beleidigt. Der 47-Jährige wird von drei Männern im Alter von 23 und 24 Jahren angegriffen und verletzt. *Polizei Berlin, 9.06.2013 / queer.de, 10.06.2013*

Diese offenkundige Ignoranz dem Fall und seiner Besonderheit gegenüber, ist nur ein Aspekt, der die Teilnahme am Prozess für den Betroffenen zur Tortur werden lassen. Bereits einfache Handgriffe können das Verfahren für die Betroffenen erleichtern: Als Herr S. nach dem Verlesen der Anklageschrift den Raum verlässt, öffnet ihm ein Justizbeamter die Tür. Dieser stellt sich links neben die Tür. Hätte er sich rechts platziert, hätte er zwischen Herrn S. und der Anklagebank gestanden. Herrn S. wären dadurch die harten Blicke der beiden Täter erspart geblieben. Diese für das Verfahren kaum relevante Kleinigkeit zeigt, dass ein sensibler Umgang mit Betroffenen nicht viel verlangt und leicht umsetzbar ist.

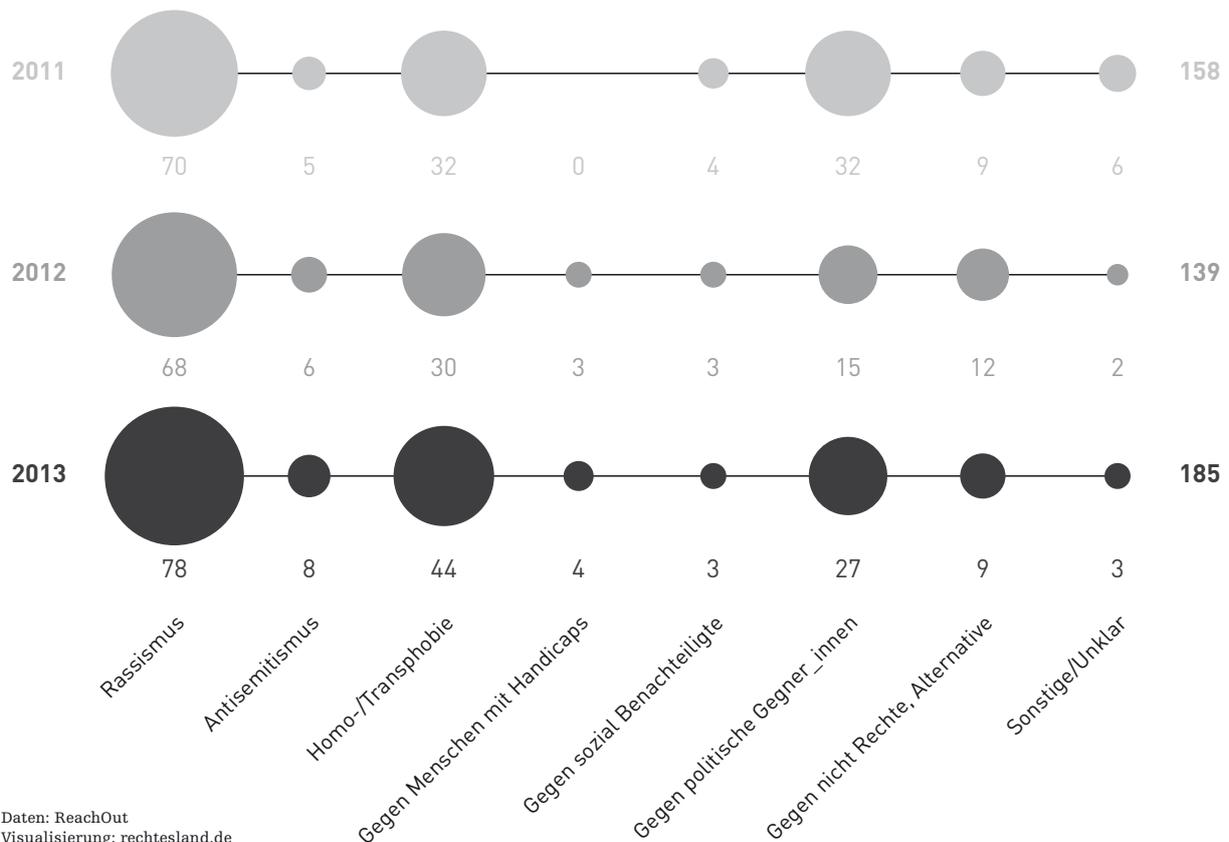
Der Umgang mit dem Betroffenen

Dies scheinen allerdings Richter und Verteidigung bei der über zweistündigen Vernehmung von Herrn

S. am dritten Verhandlungstag nicht berücksichtigen zu wollen. Ungeduldig, teilweise genervt und die Stimme erhebend führt der Richter die Befragung durch. Herr S. antwortet ihm nicht schnell und konkret genug, zudem wiederholt er vor allem den Tathergang immer wieder. Dass ein solches Erlebnis schwer traumatisierend sein kann und Betroffene vor Gericht alles 'richtig' machen wollen, darauf scheint der Richter keine Rücksicht nehmen zu wollen.

Auch der Umgang der Verteidigung wirkt auf Zuschauer_innen höchst problematisch. So versucht der Verteidiger von Artur L. herauszufinden, wie gut Herr S. deutsch versteht und sprechen kann. Er stellt mehrere Fragen auf deutsch und bittet die Dolmetscherin diese nicht zu übersetzen. Herr S. wirkt verunsichert, versucht aber trotzdem auf die Fragen zu reagieren. Unklar für die Zuschauer_innen bleibt, warum Herr S. in eine solch unangenehme Situation versetzt wird. Warum wird

Tatmotivation 2011 – 2013



Daten: ReachOut
Visualisierung: rechtesland.de

ihm beispielsweise nicht erklärt, warum diese Fragen gestellt werden? Leider ist der Prozessverlauf typisch dafür, wie unsensibel teilweise mit Betroffenen und Zeug_innen umgegangen wird. So wird beispielsweise auch einer der Augenzeugen, die Herrn S. geholfen haben, vom zweiten Vorsitzenden gefragt, welchen Zweck sein anschließender Besuch im Krankenhaus bei Herrn S. hatte. Die Frage ist eher Vorwurf und weniger Anerkennung für die Zivilcourage des Zeugen.

Mehr Sensibilität würde die juristische Wahrheitsfindung nicht einschränken – ganz im Gegenteil. Fragen zum Tathergang etc. können und müssen selbstverständlich gestellt werden. Interessant ist hier nur, wie werden diese gestellt? Welche Worte werden beispielsweise benutzt, um Menschen und Sachverhalte zu beschreiben? Wie eindeutig wird zum Beispiel Rassismus als Tatmotiv genannt? Die Anklage formuliert »nur« eine »Abneigung gegen Personen mit dunkler Hautfarbe« – von Rassismus wird nicht gesprochen. Vielmehr wechseln sich rassistische Begriffe ab wie »Schwarzafrikaner«, »Farbiger« oder »Südländer«. Selbstbezeichnungen wie Schwarzer oder POC (Person Of Colour) fallen nicht.

Rassismus wird nicht erkannt

Außerdem wird die rassistische Beleidigung, die Ausgangspunkt des brutalen Angriffs war, kontinuierlich wiederholt. Der rassistische Begriff wird so zu einem »Beweismittel«, welches dadurch auf einer formalen Ebene immer wieder genannt werden kann. Welche Verletzungen damit verbunden sind und wie es sich für den Betroffenen, als einzigen Schwarzen im Raum, anfühlt, immer wieder damit konfrontiert zu sein, scheint etwas zu sein, was der weißen Richterschaft nicht auffällt. Warum muss die Beleidigung regelmäßig ausgesprochen werden?

Es geht sogar weiter: Da die Täter den Betroffenen nicht auf deutsch beleidigten, wird eine Dolmetscherin für polnisch/russisch-deutsch hinzugerufen, die zur genauen semantischen Bedeutung der Beleidigung Auskunft geben soll. Sie übersetzt die Beleidigung mit dem »N-Wort«. Daraufhin wird sie befragt, ob das Wort nicht auch andere Bedeutungen, wie »Südländer« oder »dunkel« haben könnte. Die Dolmetscherin verneint. Am dritten Verhandlungstag wird eine zweite Dolmetscherin für

72

12. JUNI 2013 / Berlin-Marzahn, S-Bahn

Ein 17-jähriger Jugendlicher wird gegen 22.30 Uhr in der S-Bahn zwischen den Bahnhöfen Mehrower Allee und Ahrensfelde von einem vermutlich rechten unbekanntem Mann angegriffen und verletzt. Ein 38-jähriger Zeuge greift ein und wird weggestoßen. *Polizei Berlin, 13.06.2013*

73

13. JUNI 2013 / Berlin-Wedding

Ein 37-jähriger Radfahrer wird gegen 12.50 Uhr auf der Schulstraße von einem 54-jährigen BVG-Busfahrer rassistisch beleidigt und vom Fahrrad gestoßen. *Polizei Berlin, 11.07.2013*

74

15. JUNI 2013 / Berlin-Spandau

Gegen 0.30 Uhr werden vier 23- bis 34-jährige Frauen unvermittelt von drei unbekanntem, jungen Männern an der Charlottenbrücke aus homophober Motivation angegriffen und verletzt. *Polizei Berlin, 15.06.2013 / queer.de, 16.06.2013*

75

15. JUNI 2013 / Berlin-Köpenick

Auf dem Köpenicker Sommerfest wird ein Punk von Neonazis beleidigt, angegriffen und verletzt. *Register Treptow-Köpenick*

76

15. JUNI 2013 / Berlin-Schöneberg

Auf dem Lesbisch-Schwulen-Stadtfest gegen 21.15 Uhr in der Motzstraße wird eine 35-jährige Frau von einem unbekanntem Mann homophob beleidigt und geschlagen. *Polizei Berlin, 11.07.2013*

77

15. JUNI 2013 / Berlin-Prenzlauer Berg

Gegen 22.15 Uhr wird ein 39-jähriger Mann von einem Taxifahrer rassistisch beleidigt und genötigt, als er in der Schivelbeiner Straße sein Auto wendet. *Polizei Berlin, 16.06.2013*

polnisch/russisch-deutsch zu ihrer Einschätzung befragt. Sowohl sie als auch Herr S. sagen aus, dass das Wort auf russisch ›Schwarzer‹ bedeutet, aber auf polnisch als ›N-Wort‹ übersetzbar ist. Mehrmals wird hinterfragt, was genau welches Wort bedeutet. Es stellt sich die Frage, wer definiert hier, ab wann ein Wort rassistisch ist? Ist für einen Betroffenen in einer lebensbedrohlichen Situation nicht jede rassistische Beleidigung verletzend?

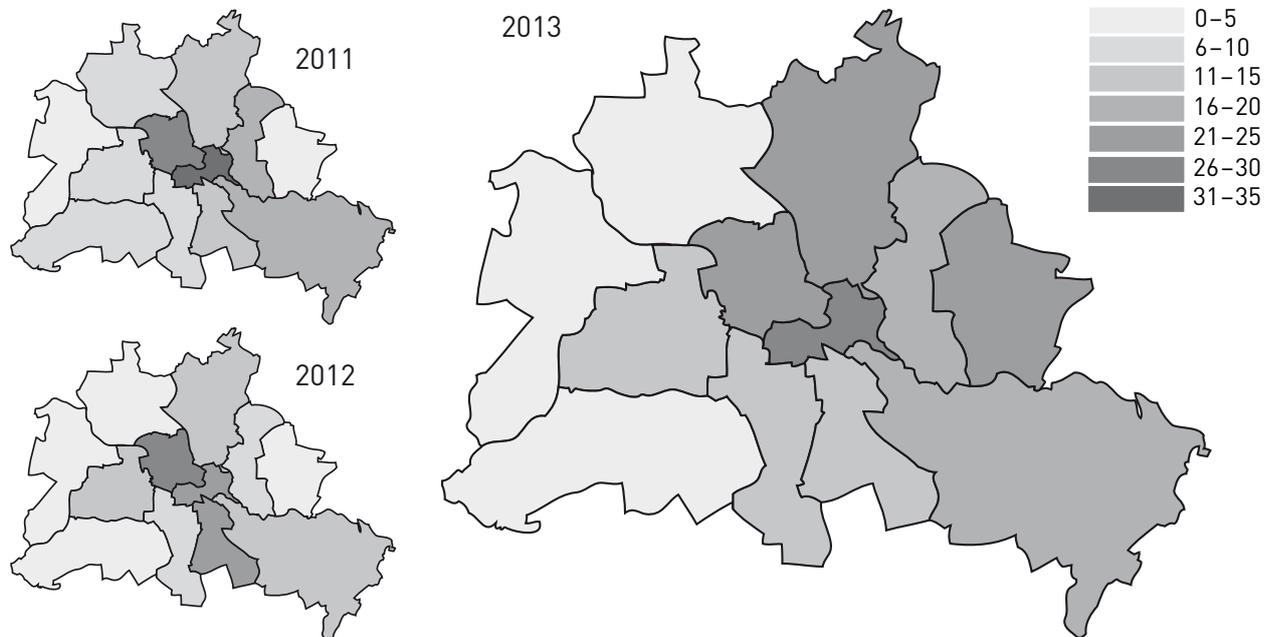
Eine andere skurrile Situation spielt sich ab, als die vierte Zeugin – eine Beamtin der Mordkommission, die Herrn S. am Tattag im Krankenhaus befragt hat – am ersten Verhandlungstag aussagt, dass sie den Fall abgegeben hat an die Abteilung, die sich mit Hasskriminalität beschäftigt. Auf die richterliche Frage, was Hasskriminalität sei, antwortet die Zeugin, dass dies Straftaten seien, die gegen Personen aufgrund von ›Rasse‹, Religion, Nationalität und so weiter begangen werden. Dass die deutsche Übersetzung aus dem Englischen von ›Hate Crimes‹ das Wort ›Rasse‹ nicht ausschließt, ist erschreckend. Noch erschreckender ist allerdings, dass niemand der Anwesenden zu reagieren scheint, als das Wort ›Rasse‹ im Bezug auf polizeiliche Ermittlungsarbeit fällt.

Juristische Objektivität ist fraglich

Eine vermeintlich juristische Objektivität und Wahrheitsfindung kann und darf die konstante Nennung rassistischer Bezeichnungen nicht legitimieren. Wenn rassistische Beleidigungen als sachliche ›Beweismittel‹ vor Gericht ständig wiederholt werden, verlieren sie für Betroffene nicht an Bedeutung. Im Gegenteil, sie werden zu einer zusätzlichen Demütigung. Wie kann ein Gericht überhaupt Rassismus erkennen, wenn es selbst unsensibel beziehungsweise unwissend mit rassistischen Begriffen umgeht?

In diesem Fall ist es leicht, die Täter und deren Motiv für den brutalen Angriff als rassistisch einzuordnen. Nicht nur, dass einer der Täter bei der polizeilichen Vernehmung ausgesagt hat, dass er keine Schwarzen möge: die Täter sind bereits im Vorfeld durch Gewalt an einem Obdachlosen verbunden mit Hakenkreuzschmierereien aufgefallen. Was wäre allerdings, wenn die Angeklagten nicht so leicht zu kategorisieren wären? Was wäre, wenn auf der Anklagebank ein weißer 76jähriger Rentner³ säße? Würde das Gericht Rassismus dann auch erkennen?

Angriffe in den Berliner Bezirken



Daten: ReachOut
Visualisierung: rechtesland.de

Aber nicht nur diese Fragen und Zweifel drängen sich auf bei der Beobachtung des Prozesses. Vor allem eine letzte Überlegung bleibt: Wie eigentlich würde der ganze Prozess ablaufen, wenn der Richter oder die Staatsanwältin Personen of Colour wären? Würden rassistische Beleidigungen kontinuierlich wiederholt werden? Sicher nicht...

Durch die Nebenklagevertreterin lässt Herr S. ausdrücklich betonen, dass er jetzt in die Zukunft sehen kann, weil er den Eindruck gewinnen konnte, dass sich eingehend mit dem Angriff beschäftigt wurde. Er habe Glück gehabt, dass er mitten am Tag und an einem Ort, an dem viele Menschen sich aufhielten, angegriffen wurde. Nur so habe er überleben können, da Menschen eingegriffen und ihm geholfen haben.

Am 18. März wurde das Urteil gesprochen. Die Angeklagten werden zu je 3 Jahren und 9 Monaten Haft verurteilt. Allerdings erkennen die Richter nicht auf versuchten Mord, sondern auf gefährliche Körperverletzung. Als Motiv wird ausdrücklich auf die rassistische Gesinnung der Angeklagten eingegangen.

ReachOut ist die **Berliner Beratungsstelle für Opfer rassistischer, antisemitischer und rechter Gewalt**. Unterstützung finden auch Angehörige der Opfer und die Zeug_innen eines Angriffs. Das Team bietet außerdem Workshops, Veranstaltungen und Fortbildungen an. Das Projekt recherchiert Angriffe in Berlin und veröffentlicht dazu eine Chronik.

1 — Polizei Berlin, 9.07.2013/ B.Z., 9.07.2013/ rbb online, 9.07.2013/ Tagesspiegel, 9.07.2013/ Stern, 10.07.2013/ Berliner Kurier, 10.07.2013/ Berliner Zeitung, 10.07.2013/ Junge Welt, 11.07.2013/ ReachOut, <http://www.reachoutberlin.de>

2 — Haupt, Holger/ Weber, Ulrich (1999): Handbuch Opferschutz und Opferhilfe. Ein Praxisorientierter Leitfaden für Straftatopfer und ihre Angehörigen, Mitarbeiter von Polizei und Justiz, Angehörige der Sozialberufe und ehrenamtliche Helfer. Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft. S. 129

3 — Am 13. Juni 2003 wurde der 33jährige Berliner HipHop-Künstler Maxim nach einem Streit zwischen seiner Ehefrau und einem 76jährigen Rentner tödlich verletzt. Der Täter wurde freigesprochen, da das Gericht zu dem Schluss kam, dass dieser angeblich im Konflikt so überfordert war, dass er keine andere Möglichkeit gesehen hatte, als sein auf beiden Seiten geschärftes Gartenmesser zu ziehen. Der Tod von Maxim und der Freispruch des Täters sorgten für großes Aufsehen.

78

15. JUNI 2013 / Berlin-Prenzlauer Berg

Ein 30-jähriger Mann wird gegen 23.15 Uhr in der Naugarder Straße von einem Unbekannten rassistisch beleidigt, angegriffen und verletzt. *Polizei Berlin, 16.06.2013 / Prenzlauer Berg Nachrichten, 16.06.2013 / Taz, 17.06.2013*

79

16. JUNI 2013 / Berlin-Prenzlauer Berg

Gegen 18.30 Uhr wird ein Mann, der ersichtlich der linken Szene angehört, in der Greifswalder Straße aus einer Gruppe von fünf Personen heraus, die vor einer Sportsbar sitzen, beleidigt und mit einer Flasche beworfen. *ReachOut*

80

17. JUNI 2013 / Berlin-Kreuzberg

Ein 27-jähriger Mann wird gegen 19.30 Uhr auf dem Oranienplatz im Zusammenhang mit dem Flüchtlingscamp von einem 24-jährigen Mann, der einen Kinderwagen mit einem Baby führt, rassistisch beleidigt und mit einem Messer angegriffen. Der 27-Jährige wird verletzt und im Krankenhaus behandelt. *indymedia, 17.06.2013 / Polizei Berlin, 18.06.2013 / Tagesspiegel, 18.06.2013 / Berliner Zeitung, 18.06.2013*

81

17. JUNI 2013 / Berlin-Marzahn

Ein 30-jähriger Mann wird auf der Marzahner Promenade gegen 22.00 Uhr von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt. Der Täter versucht, seinen Hund auf den 30-Jährigen zu hetzen. *Polizei Berlin, 11.07.2013*

82

19. JUNI 2013 / Berlin-Pankow, S-Bahnhof Buch

Gegen 18.35 Uhr wird ein 51-jähriger Mann in der S-Bahn von einem 52-jährigen Mann rassistisch beleidigt und gestoßen. Auf dem S-Bahnhof Buch wird der 51-Jährige von dem Täter verfolgt, rassistisch beleidigt, geschlagen und gestoßen. Dabei wäre der Mann beinahe die Treppe hinuntergefallen. *Polizei Berlin, 16.08.2013*

SEIT DEM HERBST 2012 AGITIERT DIE BERLINER NPD SCHWERPUNKTMÄSSIG GEGEN DIE AUFNAHME UND UNTERBRINGUNG VON FLÜCHTLINGEN. DABEI WIRD DIE RASSISTISCHE PROPAGANDA IM ÖFFENTLICHEN RAUM UND IM INTERNET DURCH AKTIVITÄTEN IN DEN BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNGEN (BVV) FLANKIERT. ZWEI STOSSRICHTUNGEN SIND HIER ERKENNBAR: DIE NPD VERSUCHT EINERSEITS INFORMATIONEN ZU GEWINNEN, UM SIE FÜR IHRE KAMPAGNEN-POLITIK ZU VERWERTEN. ANDERERSEITS WERDEN DIE BVV ALS BÜHNE DER AGITATION GEGEN FLÜCHTLINGE UND DIE AKTEURE DER DEMOKRATISCHEN KOMMUNALPOLITIK BENUTZT.

Die NPD trug 2013 ihre Kampagne gegen Flüchtlinge auch in die kommunalen Gremien Berlins.

Rassismus in der BVV

von Mathias Wörsching, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Der kommunale Raum steht im Brennpunkt der gesellschaftlichen Debatte über Flucht, Asyl und Einwanderung. In den Kommunen kommen die Menschen am vorläufigen Ende ihrer Flucht schließlich an und müssen untergebracht werden. Wie sich die Aufnahme und – bestenfalls – gesellschaftliche Teilhabe der neuen Einwohner/-innen konkret gestaltet, wird hauptsächlich auf kommunalpolitischer Ebene verhandelt. Folgerichtig rücken die kommunalen Verwaltungsorgane in Berlin, das heißt die Bezirksämter und die BVV, auch ins Zentrum der Aufmerksamkeit von rechtsextremer Seite.

Flüchtlinge werden pauschal als gefährlich und kriminell diffamiert, die für diese Menschen in Not aufgewendeten bescheidenen Mittel für die einheimische Bevölkerung eingefordert.

Die NPD trug ihre seit Herbst 2012 laufende Kampagne gegen Flüchtlinge von Beginn an auch in die BVV von Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick, in denen sie mit je zwei Sitzen vertreten ist. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Informationsgewinnung. Allen Bezirksverordneten

steht das Recht zu, an das Bezirksamt Anfragen zu stellen, die von den zuständigen Stadträt/-innen, also den Ressortleiter/-innen, zeitnah und ausführlich zu beantworten sind. Die NPD-Verordneten fragten zu unterschiedlichen Zeitpunkten und teilweise auch wiederholt nach den Kosten, die Flüchtlinge in den Bezirken verursachen, und nach der Anzahl der aufgenommenen Flüchtlinge. Immer wieder versuchten NPD-Verordnete zudem, die Standorte zukünftiger Unterbringungen für Asylbewerber/-innen in Erfahrung zu bringen.

Der Hintergrund solcher BVV-Anfragen ist klar: Die NPD will in den betreffenden Stadtvierteln möglichst frühzeitig politisch intervenieren und ihre Propaganda auf die lokale Situation abstimmen. Das Kampagnen-Repertoire der NPD besteht vorwiegend darin, kleine Kundgebungen, manchmal auch mehrere nacheinander in verschiedenen Stadtteilen, sowie Informationsstände in räumlicher Nähe zu Unterkünften für Asylbewerber/-innen durchzuführen. Außerdem erstellt die NPD Propagandamaterial wie bezirksspezifische Aufkleber und Flugblätter, oft mit der Parole »Nein zum Heim!«. Auch das Internet, und hier insbesondere das soziale Netzwerk Facebook, wird eifrig genutzt und in hoher Frequenz mit themenbezogenen Beiträgen bestückt. Inhaltlich ist das Schema der ras-

sistischen Agitation dabei immer gleich und seit langem bekannt: Flüchtlinge werden pauschal als gefährlich und kriminell diffamiert, die für diese Menschen in Not aufgewendeten bescheidenen Mittel für die einheimische Bevölkerung eingefordert.

Die Versuche der NPD, in den BVV über Anfragen an politisch relevante Informationen zu gelangen, erbrachten für sie insgesamt wenig Ergebnisse. Der Grund dafür war einerseits, dass die entsprechenden Zuständigkeiten größtenteils auf Landes- und Bundesebene liegen, und andererseits auch die Berliner Bezirke in der Regel erst kurzfristig über die Einrichtung neuer Flüchtlingsunterkünfte informiert werden.

Neben der Informationsgewinnung benutzen die NPD-Mandatsträger/-innen die BVV auch als Bühne ihrer Agitation. Die entsprechenden Anträge, Anfragen und Wortbeiträge aus den BVV in Lichtenberg und Treptow-Köpenick werden häufig für die Internetseiten der NPD aufbereitet und so für ihre Öffentlichkeitsarbeit verwertet. Eine oft verwendete Methode der NPD besteht darin, die demokratisch legitimierte Verwaltungsorgane der Bezirke des Machtmissbrauchs und der mangelnden Transparenz zu bezichtigen. Während Bezirksamt und BVV-Mehrheit ständig über die Köpfe der Bürger/-innen hinweg entschieden und sich dabei nicht in die Karten gucken ließen, träte die NPD für die lokale Bevölkerung ein und bestehe auf Aufklärung – so die zentrale Botschaft der Inszenierung. Mitunter versuchten Rechtsextreme 2013 auch, in der Rolle besorgter Bürger/-innen bei den »Bürgerfragestunden« der BVV aufzutreten, so eine bekannte NPD-Aktivistin in Treptow-Köpenick und Anhänger einer lokalen rechtsextremen sogenannten »Bürgerinitiative« in Marzahn-Hellersdorf. Im Rahmen der »Bürgerfragestunde« hat zu Beginn einer BVV-Sitzung jede Bürgerin und jeder Bürger eines Bezirks die Möglichkeit, nach vorheriger Anmeldung Fragen an das Bezirksamt zu richten.

Die selbst gewählte Rolle der NPD ist die des »einsamen Streiters«, der die Interessen der schweigenden Mehrheit der kleinen Leute und den gesunden Menschenverstand gegen ein Kartell der Mächtigen und deren böse, verborgene Absichten verteidigt. Gerne hängt sich die NPD dabei ein bürgerlich-seriöses Mäntelchen um. Doch häufig fällt die Fassade, und ein aggressiver Rassismus wird sichtbar. Mit besonders plumper Stimmungsmache trat der Verordnete Fritz Liebenow in Erschei-

83

22. JUNI 2013 / Berlin-Kreuzberg

Eine 29-jährige Frau wird im Anschluss an den CSD (Christopher Street Day) gegen 23.20 Uhr am Kottbusser Tor von drei Jugendlichen homophob beleidigt und von einem Jugendlichen ins Gesicht geschlagen. *Polizei Berlin, 11.07.2013*

84

23. JUNI 2013 / Berlin-Friedrichshain

Ein 33-jähriger Mann, der gegen 00.45 Uhr mit seinem Freund das RAW-Gelände an der Revaler Straße betreten will, wird aus einer Gruppe männlicher Jugendlicher heraus homophob beleidigt und mehrfach auf den Rücken geschlagen. *Polizei Berlin, 16.08.2013*

85

23. JUNI 2013 / Berlin-Marzahn

S-Bahnhof Friedrichsfelde-Ost Ein 30-jähriger Mann wird gegen 6.10 Uhr durch einen 25-, einen 33-jährigen und einen unbekanntem Mann auf dem S-Bahnhof Friedrichsfelde-Ost rassistisch beleidigt. Der 30-Jährige wird durch die zwei der Täter festgehalten, während der dritte ihn schlägt. *Polizei Berlin, 16.08.2013*

86

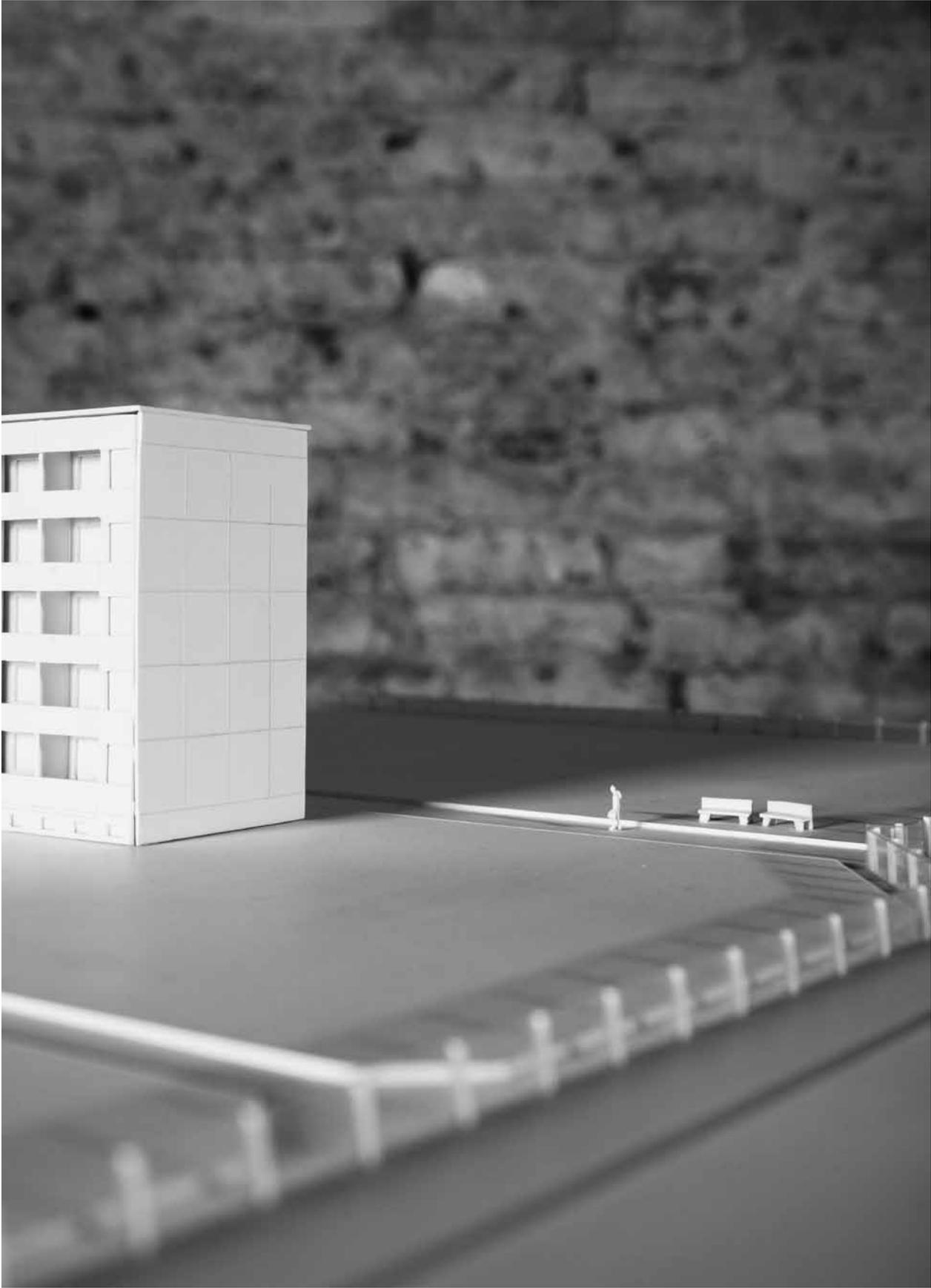
24. JUNI 2013 / Berlin-Treptow

Gegen 1.45 Uhr wird ein Mann an der Schnellerstraße in Niederschöneweide von einem 20-Jährigen aus rassistischer Motivation angegriffen und verletzt. Der 20-Jährige flüchtet, wird aber festgenommen. *Polizei Berlin, 24.06.2013 / Tagesspiegel, 24.06.2013 / Berliner Zeitung, 24.06.2013 / rbbonline, 24.06.2013 / Register Treptow-Köpenick*

87

29. JUNI 2013 / Berlin-Reinickendorf

Mehrere Frauen werden am Senftenberger Ring gegen 15.10 Uhr von einem 22-jährigen Mann homophob beleidigt. Eine 52-jährige Frau wird ins Gesicht geschlagen und geschubst. *Polizei Berlin, 11.07.2013*



88

9. JULI 2013 / Berlin-Mitte

Gegen 16.15 Uhr wird ein 48-jähriger Mann, der auf einer Parkbank am Neptunbrunnen sitzt, von zwei Männern rassistisch beleidigt, angegriffen und verletzt. Mehrere Zeug_innen greifen ein und die 23-jährigen und 33-jährigen Männer flüchten. Die Polizei nimmt sie in der Nähe fest. *Polizei Berlin, 9.07.2013 / rbbonline, 9.07.2013 / Tagesspiegel, 9.07.2013 / Berliner Zeitung, 10.07.2013 / stern, 10.07.2013 / Junge Welt, 11.07.2013 / ReachOut*

89

10. JULI 2013 / Berlin-Lichtenberg

Ein Mann wird gegen 17.17 Uhr in Friedrichsfelde von einem Unbekannten antisemitisch beleidigt und geschlagen. *Polizei Berlin, 7.10.2013*

90

10. JULI 2013 / Berlin-Charlottenburg

Ein 24-jähriger Mann wird in der Jebensstraße von einem unbekanntem Mann homophob beleidigt und getreten. *Polizei Berlin, 7.10.2013*

91

13. JULI 2013 / Berlin-Kreuzberg

Gegen 19.30 Uhr wird in der Skalitzer Straße die Demonstration »One struggle – one fight« aus einer Gruppe von 20 Personen heraus, die teilweise das »Graue Wölfe«-Zeichen zeigen, angegriffen und mit Flaschen beworfen. *Polizei Berlin, 14.07.2013 / Berliner Morgenpost, 14.07.2013*

92

15. JULI 2013 / Berlin-Pankow

Ein 14-jähriger Jugendlicher wird gegen 19.30 Uhr vor einer Jugendeinrichtung in der Karower Chaussee von einem unbekanntem, etwa gleichaltrigen Jugendlichen rassistisch beleidigt, angegriffen und verletzt. *Polizei Berlin, 16.07.2013*

93

15. JULI 2013 / Berlin-Marzahn

Gegen 19.30 Uhr wird ein 36-jähriger Mann in der Warener Straße in Biesdorf von drei unbekanntem Männern rassistisch beleidigt. Der 36-Jährige wird von einem der Täter geschlagen. *Polizei Berlin, 8.01.2014*

nung, der zusammen mit dem früheren langjährigen Bundesvorsitzenden der NPD, Udo Voigt, in der BVV Treptow-Köpenick sitzt. Wenn Liebenow zum Beispiel fragt, ob Asylbewerber/-innen auch nach Waffen durchsucht würden und ob dem Bezirksamt bekannt sei, dass Menschen nichteuropäischer Herkunft für einen rasanten Anstieg gefährlicher und sexuell übertragbarer Krankheiten wie AIDS verantwortlich seien, dann gewährt das einen tiefen Einblick in die irrationalen Ängste, von denen Rassist/-innen umgetrieben werden.

Rassistische Ausfälle wie die Liebenows wurden von den demokratischen Kommunalpolitiker/-innen Berlins mit lautem Protest und auch mit Sanktionen der BVV-Vorsteher/-innen wie Ordnungsrufen beantwortet. Die demokratischen Mehrheiten der BVV in Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick sowie die Bezirksämter erklärten sich solidarisch mit Flüchtlingen und anti-rassistischen »Willkommensinitiativen« und bemühten sich im engen Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten auch um praktische Unterstützung. Ganz anders als von der NPD immer wieder dargestellt, unternahmen die kommunalen Verwaltungen große Anstrengungen, um die Anwohner/-innen von Flüchtlingsunterkünften möglichst frühzeitig und umfassend zu informieren sowie auf ihre Fragen ausführlich einzugehen.

Dies alles wird die NPD auch zukünftig nicht von ihrer rassistischen Agitation abhalten. Wie ein Vergleich mit dem Geschehen in anderen Bundesländern zeigt, folgt die Kampagne gegen Flüchtlinge einem bundesweit einheitlichen Drehbuch. Dieses beinhaltet das Vorgehen in kommunalen Gremien – bis hin zum Wortlaut von Anfragen wie den nach dem finanziellen Aufwand der Kommunen für Asylbewerber/-innen – ebenso wie den getarnten Auftritt Rechtsextremer in sogenannten »Bürgerinitiativen« und die Hetze im Internet, zum Beispiel in rassistischen Facebook-Gruppen. Die demokratischen Kommunalpolitiker/-innen Berlins werden der Agitation der NPD auch weiterhin entgegengetreten müssen.

Die Internetseite bv.vdk-berlin.de begleitet die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien Berlins mit Kurzberichten und Analysen. Hier sind auch detaillierte Informationen über die rassistischen Aktivitäten der NPD in den BVV aus dem Jahre 2013 zu finden.

BEREITS SEIT DEM JAHR 2011, ALS IN BERLIN WAHLEN ZUM ABGEORDNETENHAUS STATTFANDEN, IST EINE ZUNAHME VON EXPLIZIT GEGEN »AUSLÄNDER« GERICHTETEN KAMPAGNEN ZU BEOBACHTEN, DIE 2013 NEUE HÖHEPUNKTE FAND. DIE BIS HEUTE BESTÄNDIG ANWACHSENDEN AKTIVITÄTEN GEGEN GEFLÜCHTETE UND VOR ALLEM AUCH GEGEN DIE SELBSTBESTIMMTEN KÄMPFE DER REFUGEEES ZEIGEN EINEN RASSISMUS IN DER MITTE DER GESELLSCHAFT, IN DEM AKTIVIST_INNEN DER EXTREMEN RECHTEN ZUM AKZEPTIERTEN FAKTOR ZU WERDEN DROHEN.

Rassistische Kampagnen und die Rolle der extremen Rechten

Vom Versuch, eine Bewegung zu sein

von Ulli Jentsch und Eike Sanders, apabiz

Die Reaktionen in Hellersdorf auf die Neueröffnung einer Unterkunft für Geflüchtete haben im vergangenen Jahr 2013 wohl mehr Aufsehen erregt als viele andere Themen in Berlin. Das Bild eines Nachbarn, der die ersten Bewohner_innen mit Hitlergruß vor den klickenden Kameras begrüßte, ging im August 2013 um die Welt. Da war sie mal wieder live zu sehen: die hässliche Fratze des Rassismus.

Dabei war es zuvor schon hässlich genug gewesen, und mitnichten nur in Hellersdorf: Proteste gegen die Unterbringung Geflüchteter und Asylsuchender gab es 2012 und 2013 auch in anderen Berliner Stadtteilen. Allerdings mehrheitlich ohne neonazistischen Krawall, sondern vorgetragen von »besorgten Bürgern«, zum Teil mit der tatkräftigen Unterstützung durch lokale CDU-Politiker.

Das »Fanal« Hellersdorf

In Hellersdorf war es bei einer »Bürgerversammlung« zum geplanten Heim im Juli erstmals augenscheinlich geworden, dass die NPD vorhatte, bei der Unterbringung von Geflüchteten im Stadtteil mitzureden. Die Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf (BMH) mobilisierte via Facebook und durch Flugblätter und viele »besorgte Bürger« kamen, begleitet von rund

50 Neonazis. Einzelnen Kadern der NPD und anderen langjährigen Mitgliedern der Berliner Naziszene vom »Nationalen Widerstand« gelang es, bei der Versammlung ihre rassistische Hetze zu verbreiten und teilweise auch, das Wort am Mikro zu ergreifen.

In der Folgezeit entwickelte sich eine Kampagne gegen das Heim, es kam zu Aufmärschen, Schmiereereien, Kundgebungen – mal von der BMH, mal von der NPD oder Hand in Hand organisiert. Trotzdem konnten sich weder die Bürgerinitiative noch die NPD öffentlich mit ihren Forderungen durchsetzen. Nachdem die ersten Geflüchteten eingezogen waren, gab es tätliche Angriffe und Sachbeschädigungen, tägliche verbale Attacken in der Nachbarschaft auch gegen Unterstützer_innen, die aufgrund der Bedrohungssituation sogar Nachtwachen hielten. Die Unterstützung für das Heim wuchs, doch das kann die Bedrohung bis heute nicht verhindern: zuletzt wurden Mitte März 2014 zwei Bewohner der Unterkunft von Rassist_innen durch die mitternächtlichen Straßen gehetzt, bevor sie hinter den Türen des Heimes Zuflucht fanden.

Der NPD kam die Mobilisierung kurz vor der Bundestagswahl recht und sie beförderte die Eskalation dann auch nach allen Kräften. Neben der Wortergreifung bei der »Bürgerversammlung« und der vielfältigen Unterstützung der Bürgerinitiative

sollten vor allem Kundgebungen bei der Hellersdorfer Bevölkerung werben. Medienwirksam forderte der Berliner NPD-Landesvorsitzende Sebastian Schmidtke unter dem Motto »Hellersdorf wehrt sich« die Bildung einer »Antigewalt-Bürgerwehr« zum »Schutz vor LINKER Gewalt«.

Der dortigen Bürgerinitiative BMH gelang es ab Juli 2013 mit einer Handvoll Aktivist_innen vor allem über ihre Facebook-Präsenz das Aushängeschild der rassistischen Aktionen zu sein.

Die BMH vermied es, ihr Personal der Öffentlichkeit preiszugeben, um sich so ein unabhängiges Image geben zu können. Eine Strategie, die aufgrund der hartnäckigen Recherchen von antifaschistischen Projekten scheiterte. Inzwischen ist klar, dass die zentralen Aktivist_innen der später in »Bürgerbewegung Hellersdorf« umbenannten Truppe – Daniela F., Marcel R., Kai S. – sich zum Teil seit Jahrzehnten in der Nazi-Szene des Bezirkes bewegen.

Rassismus von unten

Die rassistischen Mobilisierungen in Hellersdorf haben seither für die extrem rechte Szene bundesweit einen Vorbildcharakter. Auch trotz des faktischen Misserfolges – das Heim wurde eröffnet – wird vielfach »Hellersdorf« als allgemein verständliche Chiffre verwendet, ähnlich wie »Hoyerswerda« oder »Rostock-Lichtenhagen« als Vorbilder in den 1990er Jahren funktionierten. Und noch heute funktionieren: die Parole »Lichtenhagen kommt wieder« wurde beispielsweise in Güstrow an das Haus des Bürgermeisters gesprüht.

Gegen die Unterbringung von Geflüchteten, aber auch von zugewanderten Roma, entstanden 2013 quer durch die Republik, in Ost und West, in Großstädten und kleinen Gemeinden Bürgerinitiativen. Die meisten dieser Initiativen wollen grundsätzlich keine Geflüchteten in ihrer Nachbarschaft dulden. Ihre Vernetzung und gegenseitige Bezugnahme aufeinander macht deutlich, dass es den wenigsten allein darum geht, das Heim nicht vor ihrer Tür haben zu wollen, sondern dass ihre Argumentation immer darauf hinausläuft, jegliche Aufnahme von Migrant_innen in Deutschland verhindern zu wollen. Nur einige Ausnahmen wollen tatsächlich statt der Sammelunterkünfte für Geflüchtete deren Unterbringung in Wohnungen durchsetzen. Zwar sind innerhalb der Initiativen, aber auch eigenständig

in deren Umfeld oder als Bündnispartner, verschiedene Gruppierungen der extremen Rechten aktiv, um die Auseinandersetzungen zu eskalieren. Doch wurde auch schnell deutlich, dass es im Kern nicht die neonazistische Mobilisierung ist, über die wir reden müssen: Das Problem heißt Rassismus.

Gegen die Geflüchteten wird ein ganzes Arsenal an rassistischen und wohlstandschauvinistischen Argumenten vorgebracht, das sich auf angebliche kulturelle oder gar biologische Unterschiede beruft. Dabei ist zu beobachten, dass sich die Feindschaft nicht allein gegen die Geflüchteten, sondern oft auch gegen die herrschende Politik, konkret gegen einzelne Repräsentant_innen, richtet. An vielen Orten kommen ein »Anti-Ausländer«-Reflex, der sich quer durch alle Regionen und dort quer durch alle sozialen Schichten zieht, und ein »Anti-Establishment«-Reflex zusammen. Letzterer scheint besonders ausgeprägt in Regionen, die sich als abgehängt von der Wohlstandsentwicklung in Deutschland oder als besonders »belastet« durch allgemeine soziale Entwicklungen verstehen.

Ein besonders prägnantes Beispiel bot die Nachbarschaft des Stadtteils Dettmannsdorf in Güstrow (Mecklenburg-Vorpommern). Dort war bereits 2012 die geplante Unterbringung von etwa einhundert Geflüchteten in einem heruntergekommenen Quartier am Rande der Kleinstadt (30.000 Menschen) bekannt geworden, was Anfang Oktober 2012 zu einem But-

»Hellersdorf« wird als allgemein verständliche Chiffre verwendet, ähnlich wie »Hoyerswerda« in den 1990ern.

tersäure-Anschlag führte. Im März 2013 eskalierte die Stimmung, wie eine antirassistische Rostocker Initiative berichtete: »Es tauchen Flugblätter, Unterschriftenlisten und Petitionen in Güstrow und im Internet auf... Auf einem anonymen Flugblatt werden »Fakten« gegen eine Unterkunft in einem leerstehenden Plattenbau der Deutschen Bahn am Rande Güstrows aufgeführt, Ängste vor den »Fremden« geschürt, teils mit in wohlfeile Worte gehülltem Rassismus.«

Wenn eine solche Unterkunft bezogen würde, so der Tenor des anonymen Flugblattes, das sich in Sprache und Stil eher wie das Wortprotokoll eines Stammtischgespräches liest, ist im Leben der »Dettmannsdorfer« gar nichts mehr sicher: nicht die Kita und nicht der Hockeyverein, nicht die Sportschu-

le und nicht die Gartenanlage. Ja nicht einmal der Weg zum Einkauf, denn »100 Asylbewerber pilgern (sic!) dann jeden Tag durch unser Wohngebiet um etwas einzukaufen«.

Neben eher skurril anmutenden Beschreibungen der angeblichen »Gewohnheiten der Asylbewerber« (»z.B. zur Nacht fangen sie an mobil zu werden, sie kochen, hören laut Musik und stören die nächtliche Ruhe«) finden sich scheinbare ökonomische Argumente (»das verträgt sich doch auch nicht mehr mit der Umweltstadt Güstrow und Güstrow ist doch dann kein Urlaubsmagnet mehr« oder »unser Wohngebiet wird abgewertet und Immobilien verlieren an Wert«) vermischt mit der Angst vor der Konkurrenz um Kita- und Schulplätze: »und unsere eigenen Kinder müssen dann vielleicht in die Südstadt zur Schule gehen«.

Berliner Willkommenskultur à la CDU

In Berlin gab es in der Vergangenheit nicht nur Proteste gegen die Flüchtlings-Unterkunft in Hellersdorf, sondern auch in vielen anderen Stadtteilen. Meist standen nicht plumpe »Ausländer raus«-Parolen im Vordergrund, doch dass Geflüchtete in der Nachbarschaft auf jeden Fall eine kaum erträgliche »Belastung« darstellen, darüber war man sich überall schnell einig.

So richtig zusammen leben können diese Berliner_innen anscheinend nur, wenn sie unter sich bleiben.

In Wittenau (Reinickendorf) scheiterte im Februar 2013 der Versuch des Betreibers, 220 Geflüchtete in einem bisher als Pflegeheim genutzten Hochhaus unterzubringen. Baustadtrat Martin Lambert (CDU) lehnte diesen Antrag ab, das sei in einem »Wohngebiet den Nachbarn nicht zuzumuten«: »Eine Verdoppelung [der Belegung] auf 220 Menschen, die nicht bettlägerig sind, das geht in einem allgemeinen Wohngebiet nicht.« Ein Argument für seine Aussage liefert Lambert nicht, das überlässt er den Anwohner_innen. Die seien, so schreibt der Tagesspiegel, »ohnehin nicht begeistert von dieser Aussicht – sie fürchten mehr Kriminalität und haben sich sogar schon für einen Wachschatz ausgesprochen.«

Auch in Rudow und in Kreuzberg hatten – allerdings bereits im Oktober beziehungsweise De-

zember 2012 – lokale CDU-Größen maßgeblichen Anteil daran, dass auf »Bürgerversammlungen« die Zuweisungen von Geflüchteten in den Stadtteil rigoros abgelehnt wurden. Und jedes Mal mit den gleichen nicht belegten »Fakten«, dass die Kriminalität steige oder Drogen gehandelt würden. »Manche der rund 100 Teilnehmer machten außerdem deutlich, dass ihnen das Heim vor ihrer Haustür ohnehin nicht passt«, so fasste die Berliner Woche zusammen.

Gemeinsam ist all diesen Argumentationen, dass es immer darauf hinausläuft, dass die »Asylbewerber« schädlich für das »Zusammenleben« sind. Sie stören, verschandeln, »pilgern« durch die Wohngegend, nehmen Drogen und überhaupt: So richtig zusammen leben können diese Berliner_innen anscheinend nur, wenn sie unter sich bleiben.

Geflüchtete sollen unsichtbar gemacht werden

Stimmungsmache gegen Geflüchtete funktioniert fast immer in Deutschland und sie funktioniert fast überall. Die jetzigen rassistischen Kampagnen erinnern daher viele an die 1990er Jahre. Tatsächlich ist die Leichtigkeit, mit der all die Ressentiments in der bundesdeutschen Gesellschaft mobilisierbar sind, erschreckend. Und wie damals entzündet sich der rassistische »Widerstand« an der Sichtbarkeit der Geflüchteten durch deren Unterbringung in Sammelunterkünften oder – und das ist ein wesentlicher Aspekt heute – an ihrer Selbstermächtigung in öffentlichen Kämpfen.

Anlässlich der Kämpfe Geflüchteter für ihre Rechte, dem Refugee-Marsch nach Berlin, dem Hungerstreik am Brandenburger Tor, dem Camp auf dem Oranienplatz und an anderen Orten (Hamburg, München) im Jahr 2012 begann eine Welle von Kampagnen der extremen Rechten, die bis heute anhält. Die Versuche der Geflüchteten, aktiv ihr Leben in Deutschland selbst zu bestimmen und in ihren Kämpfen sichtbar zu sein, prädestiniert sie zu symbolhaften Zielen rassistischen Hasses und nicht zuletzt tätlicher Angriffe wie Brand- oder Säureanschlägen. Auch die als »Bürgerbewegung Hellersdorf« getarnten Nazis und Rassist_innen beobachten aufmerksam die Entwicklungen auf dem Kreuzberger Oranienplatz und berichten darüber auf ihrer Facebook-Präsenz.

Nazis lernen

Das Thema »Ausländer« hat bei der extremen Rechten immer Konjunktur. Mitunter kam es zu größeren Erfolgen der NPD, teilweise zu kleineren Erfolgen der Pro-Bewegung oder sogar der unabhängigen Kameradschaften und der »Autonomen Nationalisten«. Den Kommunen muss daher klar sein, dass ihnen bei der Unterbringung von Geflüchteten die Aufmerksamkeit und die versuchte Intervention der extremen Rechten gewiss ist. Das scheint in Hellersdorf nicht Allgemeinplatz gewesen zu sein, als die erste »Bürgerversammlung« einberufen wurde. Das Zurückdrängen der rassistischen Mobilisierung hat entsprechend Energie und Zeit gekostet.

Die neonazistische Szene, in Berlin das Konglomerat aus NPD, »Nationaler Widerstand« und »Die Rechte«, verschleierte ihre Bezüge untereinander genauso gerne wie sie ihre eigenen Erfolge übertreibt. Es ist schwierig, die tatsächliche Bedeutung ihrer Aktivitäten in das Gesamtbild einzuordnen. Klar aber ist, dass bei mehreren neonazistischen Mobilisierungen im Jahr 2013 bekannte Nazi-Kader ihren organisatorischen Hintergrund verheimlichten. So drängte sich die in Schöneeweide wohnende Maria Fank, Berliner Funktionärin der NPD und des Ring Nationaler Frauen (RNF), nicht nur im Juli in Hellersdorf als »besorgte Bürgerin« ans Mikro, sondern auch im Oktober bei einem Neonazi-Aufmarsch im brandenburgischen Pätz: ebenfalls als angebliche Anwohnerin. Auch Gitta Schüßler ließ sich in Schneeberg als »besorgte Bürgerin« interviewen. In Hellersdorf wusste der Bezirksbürgermeister angeblich nicht, dass er mit Maria Fank einer organisierten Neonazistin eine Bühne gab und auch in Sachsen entging dem berichtenden Regionalsender MDR, dass Frau Schüßler, wenn sie nicht gerade besorgt in Schneeberg steht, für die NPD im sächsischen Landtag sitzt.

Es treten regelmäßig weibliche Kader der NPD und anderer Nazi-Gruppen bei diesem Thema öffentlich auf. Sie dürften als besorgte Bürgerinnen besonders überzeugend sein und die Ignoranz von Medien und Politiker_innen gegenüber rechten Frauen als Akteurinnen bedingt den Erfolg der Strategie. Auch nutzt die Nazi-Szene hier die Möglichkeit, das Thema mit Familienpolitik und dem Schutz »unserer Kinder« zu verknüpfen. »Für unsere Kinder« hieß auch der Song, für den der Nazi-Rapper Villain051 vor der Kulisse des Wohnheims in Hellersdorf ein Musik-Video drehte. Im Hintergrund sind Nazis der

94

18. JULI 2013 / Berlin-Kreuzberg

Ein 24-jähriger und ein 31-jähriger Mann werden gegen 17.45 Uhr in der Urbanstraße von zwei unbekanntem Männern aus homophober Motivation geschlagen. *Polizei Berlin, 11.12.2013*

95

23. JULI 2013 / Berlin-Prenzlauer Berg

Ein 52-jähriger Mann wird gegen 1.55 Uhr in der Bornholmer Straße von einem unbekanntem Mann homophob beleidigt und geschlagen. *Polizei Berlin, 16.08.2013*

96

25. JULI 2013 / Berlin-Spandau

Gegen 16.50 Uhr wird eine 32-jährige Frau, die mit ihrem Auto im Popitzweg in der zweiten Reihe parkt, von einem 57-jährigen Mann rassistisch beleidigt, bedroht und mit einer Flasche beworfen. Mehrere Zeug_innen greifen ein und ein 28-jähriger Mann wird geschlagen. *Polizei Berlin, 26.07.2013 / Tagespiegel, 26.07.2013 / Berliner Zeitung, 26.07.2013*

97

27. JULI 2013 / Berlin-Friedrichshain

Ein 42-jähriger Mann wird gegen 23.20 Uhr in einem Imbiss in der Karl-Marx-Allee von einer unbekanntem Frau, die sich selbst als »Nazi« bezeichnet, rassistisch beleidigt und am Hals gewürgt. *Polizei Berlin, 16.08.2013*

98

30. JULI 2013 / Berlin-Spandau

Gegen 23.10 Uhr wird ein Mann in Wilhelmstadt von einem Unbekanntem rassistisch beleidigt und vom Fahrrad gestoßen. Während er am Boden liegt, wird er von einem anderen Unbekanntem geschlagen. *Polizei Berlin, 7.10.2013*

99

4. AUGUST 2013 / Berlin-Pankow

Ein 12-jähriger Junge, der in Begleitung von zwei Freunden ist, wird gegen 20.00 Uhr im Stiftsweg aus einer Gruppe heraus rassistisch beleidigt. Der 12-Jährige wird geschlagen, getreten und dabei verletzt. *Polizei Berlin, 5.08.2013, 7.08.2013 / Tagesspiegel, 5.08.2013 / ReachOut*

Freien Kräfte der Barnimer Freundschaft (Brandenburg) zu sehen. Der Text wendet sich ausdrücklich an die »Brüder«, also die Männer im Kampf. Im Video dürfen Frauen nur als Staffage zwei Deutschland-Fahnen halten. Im Text heißt es unter anderem:

*»Das ist für unsere Kinder,
sie sollen nicht leben in Ketten
Ohne Angst vor dem was kommt, ohne Tränen
Wir müssen ihre Zukunft retten,
sonst ist es zu spät.*

...

*Neuer deutscher Widerstand 2014,
wir gehen auf die Straße,
um dieses System zu stürzen
Für unser deutsches Land
ziehen wir heute in den Kampf
(Ja warte dann?) ziehen hier
treue Deutsche die Waffen.
Wahrheit macht frei,
befreit euch von der Lüge schnell.
Brüder dieser Welt, vereinigt euch
und Zion fällt.«*

Der Erfolg dieses Youtube-Videos in den sozialen Netzwerken zeigt, dass die darin dargestellte Überzeugung, in einem letzten Abwehrkampf gegen die Feinde Deutschlands (repräsentiert durch »Zion«) zu stehen, weit verbreitet ist.

Auch die Jungen Nationaldemokraten (JN) sehen sich als letzte aufrechte Bastion Deutschlands in der »Befreiungsschlacht«. Ende des Jahres 2013 versucht sich Michael Schäfer an einer strategischen Einordnung der Proteste gegen Flüchtlings-Unterkünfte. Der ehemalige Bundesvorsitzende sieht unter Berufung auf Thilo Sarrazin die aktuellen Entwicklungen als Reaktion auf ein angebliches Diskussionsverbot: »Die Zuwanderung ist ein Tabuthema«, schreibt Schäfer unter Ausblendung sämtlicher Diskurse des Jahres. Diese »Denkverbote« dienen der JN als Folie um die Tabubrecher-Funktion der »bekennenden Nationalisten« zu beschreiben: »Wie solch eine Konfliktsituation für eine Gemeinde enden kann, zeigt das bundesweit beachtete Beispiel der kleinen erzgebirgischen Stadt Schneeberg. Den Menschen war es ab einem gewissen Punkt einfach egal, ob sie auf eine Demo gehen, die ein NPD-Mann angemeldet hat. Daraus hat sich ein Protest entwickelt, der die Grenzen der undemokratischen politischen Korrektheit gesprengt hat und die Etablierten in Erklärungsnot bringt.«

Wesentlicher Punkt in der schmalen Analyse der JN ist der Wunsch, dass die Auseinandersetzungen »die politisch Verantwortlichen mit aller Härte« treffen möge und dies auch die Ausgrenzung von »uns Nationalisten« beenden möge. Die Bedingung dafür ist allerdings die temporäre Selbstverleugnung der beteiligten Kader. »Wenn diese Berührungsgänge gefallen sind und wir nicht immer unsere Vereine (NPD, JN, Gruppe XY), unsere Logos und Fahnen in den Mittelpunkt stellen, sondern die politischen Inhalte und Sorgen der Menschen, dann haben wir eine neue Stufe in der politischen Auseinandersetzung erreicht. Denn dann braucht man uns, in der Auseinandersetzung mit repressiven staatlichen Institutionen und als erfahrungsreiche Organisation für Veranstaltungen.«

Keine Entwarnung möglich

Dieser Wunsch der Nazis, in einer politischen Bewegung wie Fische im Wasser schwimmen zu können und die Auseinandersetzungen weiter eskalieren zu können, ist nachvollziehbar. Es gab im Jahr 2013 Situationen, wo ihnen dies im Ansatz gelang. Solche Interventionen entfalten im schlechtesten Fall Dynamiken, die, einmal im Lauf, nur schwer wieder einzuholen sind. Die Akteure konkret zu benennen und Nazis zu outen ist daher richtig. Für (potenzielle) Betroffene und Engagierte, aber auch für eine realistische Analyse der Dynamiken und Diskurse, haben gute und verlässliche Recherchen über Nazi-Kader einen zentralen Stellenwert. Nicht nur ignorant, sondern fahrlässig ist es hingegen, wenn die Verantwortlichen in den Bezirken oder Projekten glauben, ihr Stadtteil habe nur deshalb kein Nazi-Problem, weil es keine NPD-Ortsgruppe gibt oder weil die dort lebenden Nazis bisher nicht an ihrem Wohnort auffällig geworden seien.

Die Wünsche und Versuche der Nazis, in diesem Thema wie eine soziale Bewegung zu agieren, sollten trotz ihrer tendenziellen Selbstüberschätzung aufmerksam beobachtet werden. Nicht nur über den Rassismus, sondern auch über ihren Anti-Eliten-Habitus, versuchen sie sich zu den Wortführern der angeblich deklassierten Massen zu machen. Dass die organisierte Neonazi-Szene bereit ist, kurzfristig auf fahنشwingende Identitätspolitik zu verzichten, heißt nicht, dass sie ihr Programm des »Kampfes um die Straße« aufgibt. Eine als besorgte Mutter an das

»deutsche Volk« appellierende NPDlerin ist der eine Teil einer Politik, die auf kulturelle und politische Hegemonie setzt – der diese mit Gewalt durchsetzende Straßenkämpfer der andere. Die immer wieder durchbrechende SA-Mentalität, die gerade die männlichen Aktivisten so schwer unterdrücken können, dürfte dabei helfen, diese zu isolieren. Es ist die selbe Einstellung, mit der Nazis die Geflüchteten angreifen und durch die Straßen hetzen. Sie sind die Leute, die bereit sind, Menschen durch Brandanschläge zu ermorden. Die Liaison zwischen rassistischen Anwohner-Initiativen und Neonazis, deren Gewalt immer Teil ihrer Ideologie ist, droht letztere zu legitimierten »Vollstreckern des Volkswillens« zu machen.

Das bedeutet im Gegenzug weiterhin die Isolierung der nazistischen Kader von einer Bevölkerung zu betreiben, die im schlechtesten Fall nicht weniger rassistisch ist.

Doch die Inhalte der rassistischen Aggression gegen Geflüchtete bleiben auch ohne Nazi-Kader die gleichen. Die Nazis rufen diese nicht hervor, sondern wirken wie ein Katalysator auf die vorhandenen Proteststimmungen. Den Unterschied macht die Strategie, mit denen man den Akteuren gegen Geflüchtete begegnen muss. Willkommensinitiativen, wie sie es in Berlin auch 2013 gegeben hat, sind sinnvoll, wenn sie auch den Rassist_innen in der Bevölkerung deutlich machen, dass sie die Geflüchteten nicht wegstreuen: Und wenn sie sich dem vorhandenen Rassismus und der Frage von kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen stellen, ohne das eine mit dem anderen zu entschuldigen.

Politische Unterstützung und nicht humanitäre Hilfe oder Paternalismus brauchen die emanzipatorischen Kämpfe der Refugees. Konkreten physischen Schutzes bedarf es aber trotzdem vor allem dort, wo Geflüchtete durch die Unterbringung in Heimen zum symbolisch aufgeladenen Angriffsziel von organisierten Neonazis oder rassistischen Einzeltätern zu werden drohen.

Das Antifaschistische Pressearchive und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz) bietet Informationen, Materialien und Bildungsangebote im Themenbereich Neonazismus, extreme Rechte, Antisemitismus und Rassismus an. Zu diesem Zweck betreibt der Verein ein umfangreiches öffentlich zugängliches Archiv und führt Bildungsveranstaltungen durch. Das apabiz betreibt unter anderem den Blog »Berlin rechtsaußen« www.blog.schattenbericht.de über die extreme Rechte in Berlin. Zusammen mit vielen anderen Initiativen beobachtet das apabiz im Rahmen des Projektes NSU-watch www.nsu-watch.info den NSU-Prozess in München.

100

8. AUGUST 2013 /

Berlin-Hohenschönhausen

Gegen 5.30 Uhr wird ein 36-jähriger Mann in der Ribnitzer Straße von einem unbekanntem Mann aus homophober Motivation geschlagen und er erhält einen Kopfstoß. *Polizei Berlin, 11.12.2013*

101

9. AUGUST 2013 / **Berlin-Schöneberg**

Ein 52-jähriger Mann, der sich gegen 20.00 Uhr im Außenbereich einer Schwulenbar in der Eisenacher Straße befindet, wird aus einem vorbeifahrenden Auto von unbekanntem Tätern mit rohen Eiern beworfen und am Kopf getroffen. *Polizei Berlin, 7.10.2013*

102

9. AUGUST 2013 / **Berlin-Schöneberg**

Zwei Männer, die sich in einem Geschäft für Erotikartikel in der Bülowstraße befinden, werden verletzt als drei unbekannte Männer aus homophober Motivation Reizgas in dem Laden versprühen. *Polizei Berlin, 7.10.2013*

103

10. AUGUST 2013 / **Berlin-Kreuzberg**

Eine Drag Queen wird gegen 22.00 Uhr, während sie sich mit Freunden vor einer Bar am Mehringdamm aufhält, aus einer Gruppe von unbekanntem Jugendlichen heraus homophob beleidigt, bespuckt, geschlagen und verletzt. Die Freunde können Gegenstände abfangen, die von den Angreifern geworfen werden. Sie erstattet Anzeige. *Tagesspiegel, 14.08.2013 / queer.de, 15.08.2013 / Polizei Berlin, 11.12.2013*

104

11. AUGUST 2013 / **Berlin-Reinickendorf, S-Bahnhof Waidmannslust**

Gegen 1.25 Uhr greift ein 55-jähriger Mann, der sich in Begleitung seiner 50-jährigen Ehefrau befindet, auf dem S-Bahnhof Waldmannslust ein, als ein 19- und ein 25-jähriger Mann einen Jugendlichen schlagen. Der 55-Jährige wird von den Tätern rassistisch beleidigt, geschlagen und getreten. Das Ehepaar muss im Krankenhaus behandelt werden. Die Bundespolizei nimmt die Täter fest. *Bundespolizei, 11.08.2013 / Türkischer Bund Berlin-Brandenburg, 13.08.2013 / Berliner Kurier, 13.08.2013 / Junge Welt, 13.08.2013 / Taz, 13.08.2013*

DAS RIESIGE TRANSPARENT AN DER GLÄSERNE AUSSENFASSADE DER TECHNISCHE UNIVERSITÄT BERLIN FIEL SCHON VON WEITEM AUF: »ANTIRASSISTISCHES ZENTRUM« UND »KEINE ZWANGSVERTEILUNG VON FLÜCHTLINGEN« LAUTETEN DIE BOTSCHAFTEN. AM 24. OKTOBER 1991 BESETZTEN RUND 50 AKTIVIST_INNEN AUS DER AUTONOMEN ANTIRASSISTISCHEN UND ANTIFASCHISTISCHEN SZENE DEN DRITTEN STOCK DES MATHEGEBÄUDES DER TECHNISCHE UNIVERSITÄT (TU) UND GRÜNDETEN DORT EIN ANTIRASSISTISCHES ZENTRUM.

Die Besetzung der TU Berlin durch Flüchtlinge und Aktivist_innen 1991/92

Fünf Monate

»Antirassistisches Zentrum«

von Heike Kleffner

Die Ziele des Zentrums: Einerseits einen konkreten Schutzraum für alle Asylsuchenden zu schaffen, die aus Angst vor rassistischen Angriffen aus den neuen Bundesländern nach Berlin und in die alten Bundesländer flohen. Und andererseits durch die Besetzung so viel politischen Druck wie möglich zu erzeugen, um damit das System der Zwangsverteilungen und Residenzpflicht zu stoppen, mit dem Flüchtlinge aus den alten Bundesländern in Unterkünfte – zumeist ehemalige NVA-Kasernen, leergezogene Plattenbau-Wohnheime oder Baracken – in den neuen Bundesländern verteilt wurden. Parallel zur Gründung des »Antirassistischen Zentrums« in der TU Berlin besetzten autonome Aktivist_innen gemeinsam mit in Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) rassistisch verfolgten Flüchtlingen die Schalom-Kirche in Norderstedt bei Hamburg. Und im ersten Jugoslawienkrieg verfolgte Roma-Flüchtlinge und ihre Unterstützer_innen besetzten den Dom von Münster.

Die Besetzung des Antirassistischen Zentrums, die politischen Forderungen der Flüchtlinge und das faktische Scheitern dieses Versuchs, durch Flüchtlingswiderstand eine Bresche in das deutsche Asylregime zu schlagen, liegen inzwischen knapp 20 Jahre zurück. Die Parallelen zu den Kämpfen der Flüchtlinge heute sind vielfältig und zeigen

eine erschreckende Kontinuität: Wie Asylsuchende seit zwei Jahrzehnten durch das ordnungspolitische Festhalten an einem System von Abwehr und Exklusion, von Entrechtung, Zwangsverteilung, Residenzpflicht und Asylbewerberleistungsgesetz zu Unerwünschten im rechtlichen und geografischen Niemandsland erklärt werden. Und auch die Vorgeschichte des Antirassistischen Zentrums hat aktuelle Parallelen: Die rassistische Mobilisierung gegen Flüchtlinge in den frühen 1990er Jahren.

Die Vorgeschichte des Antirassistischen Zentrums

Der Kern der autonomen Besetzer_innen des Antirassistischen Zentrums hatte sich im August 1991 durch die Unterstützung von Flüchtlingen und ehemaligen Vertragsarbeiter_innen aus Hoyerswerda zusammengefunden. Nach den ersten Berichten über die beginnende Pogromstimmung in Hoyerswerda Mitte August 1991¹ vor dem Heim der mosambikanischen Vertragsarbeiter_innen war am Ende der ersten Woche der Angriffe ein erster Konvoi autonomer Antifaschist_innen und antirassistischer Aktivist_innen gemeinsam mit Menschenrechtsorganisationen wie der Internationalen Liga

für Menschenrechte und kirchlichen Antirassismus- und Flüchtlingsunterstützungsgruppen nach Hoyerswerda gefahren. Ein derartig breites Bündnis scheint heute kaum mehr vorstellbar.

Es gab einige Gespräche mit Vertragsarbeiter_innen und Flüchtlingen, die deutlich machten, dass sie nicht länger in Hoyerswerda bleiben wollten. Konfrontationen mit dem rassistischen Mob fanden allerdings nicht statt. Und genau darin lag eine Schwäche der gesamten Mobilisierung. Bürgerliche und kirchliche Bündnisse sowie einige überregionale Medien appellierten stattdessen an die Polizei und politisch Verantwortlichen in Sachsen, die rassistischen Angriffe zu unterbinden. Und auch viele unabhängige antifaschistische und antirassistische Aktivist_innen gaben sich zu diesem Zeitpunkt noch der Illusion hin, dass die Exekutive tatsächlich im Sinne der Angegriffenen handeln würde. Im Antifaschistischen Infoblatt (AIB) Nr. 41/1997 heißt es in der Rückschau sechs Jahre nach dem Pogrom von Hoyerswerda zwischen dem 10. und 21. September 1991: »Auch wir sind damals davon ausgegangen, dass die Staatsgewalt dem rassistischen Mob Einhalt gebieten

Die Forderungen: Eine sofortige Aufnahme-garantie für die Geflohenen in Berlin und Sozialhilfeleistungen an ihrem aktuellen Aufenthaltsort.

würde – zumindest, wenn eine Öffentlichkeit in Form von bürgerlichen Medien und humanitären Gruppen diese Forderung aufstellt.« Erst nachdem die Flüchtlinge und Vertragsarbeiter_innen am 21. September 1991 mit Polizeieskorten Hoyerswerda verließen, machten sich autonome Aktivist_innen aus Berlin wieder auf den Weg nach Sachsen, um die Flüchtlinge, die von der Polizei in völlig abgelegenen Unterkünften in Weißwasser und Meißen zum Teil gegen ihren erklärten Widerstand einfach abgeladen worden waren, zu suchen und ihnen Unterstützung anzubieten. Innerhalb von zwei Tagen nutzten 48 Flüchtlinge die Unterstützungsangebote, um Sachsen zu verlassen und ins sicherere Berlin zu fliehen – wo sie in autonomen Hausprojekten und besetzten Häusern eine erste Unterkunft fanden. Zwei Gruppen der Flüchtlinge kamen aus dem damals vom Bürgerkrieg zwischen der staatssozialistischen Regierung und den vom Apartheid-Re-

105

14. AUGUST 2013 / Berlin-Wilmersdorf

Ein 33-jähriger Mann wird gegen 12.15 Uhr in der Babelsberger Straße von einem 17-jährigen Jugendlichen rassistisch beleidigt und mit einem Messer bedroht. Er hatte eingegriffen, als der 17-Jährige seine Freundin bedrohte. Der 33-Jährige, sein 35-jähriger Begleiter und die gerufenen Polizeibeamten werden mit einem Glas beworfen. *Polizei Berlin, 15.08.2013 / Tagesspiegel, 15.08.2013*

106

18. AUGUST 2013 / Berlin-Kreuzberg, U-Bahnhof Mehringdamm

Gegen 4.30 Uhr wird eine wohnungslose Frau auf dem Bahnsteig des U-Bahnhofs Mehringdamm von einem unbekanntem Mann geschlagen. *ReachOut*

107

19. AUGUST 2013 / Berlin-Hellersdorf

Bei der Eröffnung der Flüchtlingsunterkunft in Hellersdorf wird eine unbekannte Person von einem 37-jährigen Flüchtlingsgegner gegen 19.45 Uhr am Cottbuser Platz angegriffen. *Polizei Berlin, 17.10.2013*

108

20. AUGUST 2013 / Berlin-Hellersdorf

Gegen 18.30 Uhr wird eine 30-jährige Journalistin auf dem Alice-Salomon-Platz während einer NPD-Demonstration von einem Neonazi angegriffen und verletzt. Die anwesende Polizei nimmt beide fest. *Polizei Berlin, 21.08.2013, 23.08.2013 / Berliner Zeitung, 21.08.2013 / Tagesspiegel, 21.08.2013 / Taz, 23.08.2013 / ND, 26.08.2013*

109

20. AUGUST 2013 / Berlin-Hellersdorf

Ein 20-jähriger Mann wird gegen 20.50 Uhr im Zusammenhang mit einer Gegendemonstration von einem Teilnehmer eines NPD-Aufmarsches mit einem Kopfstoß angegriffen. *Polizei Berlin, 7.10.2013*

110

20. AUGUST 2013 / Berlin-Kreuzberg

Gegen 22.15 Uhr wird ein 30-jähriger Mann von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt und gestoßen. *Polizei Berlin, 7.10.2013*

gime in Südafrika unterstützten UNITA-Rebellen zerrissenen Angola und dem unter einer Militärdiktatur leidenden Ghana – und waren dort politisch in der Opposition aktiv gewesen.

Am 1. Oktober 1991 besetzten dann rund 50 Aktivist_innen und Freund_innen der »Koordination Autonomer Flüchtlingsgruppen« die Passionskirche am Marheinekeplatz in Berlin-Kreuzberg. Die Forderungen: Eine sofortige Aufnahmegarantie für die Geflohenen in Berlin und Sozialhilfeleistungen an ihrem aktuellen Aufenthaltsort. Bis zu einer politischen Entscheidung des Berliner Senats sollte die evangelische Kirche den Flüchtlingen eine gemeinsame Unterbringung ohne Zersplitterung der Gruppe gewährleisten. Die Hoffnung der Besetzer_innen: mit Hilfe der Kirchen und bürgerlicher Bündnispartner diese Forderungen durchzusetzen. Tatsächlich bot die evangelische Landeskirchenleitung eine Woche später – während mehrere tausend Antifaschist_innen in der nunmehr von Neonazis

Entsprechend leisteten Flüchtlinge aus westdeutschen Sammelunterkünften häufig schon bei ihrer erzwungenen Abfahrt in ostdeutsche »Dschungelheime« kollektiven Widerstand gegen die Zwangsumverteilung.

bundesweit bejubelten ersten »ausländerfreien Stadt« Hoyerswerda demonstrierten – der Gruppe der 48 Geflüchteten aus Hoyerswerda die Villa des verstorbenen Bischofs Kurt Scharf in Dahlem als Unterkunft an. Die Nachbar_innen in Dahlem gründeten daraufhin erst einmal eine Bürgerinitiative gegen die Flüchtlinge – mit der Begründung, durch deren Einzug würden Neonazis ins beschauliche Dahlem² gelockt. Es bleibt unklar, ob der Druck der Bürgerinitiative auf ihre Freund_innen im Berliner Senat oder die zähen Verhandlungen der Geflüchteten mit Kirchen- und Senatsvertretern Ausschlaggebend waren: Jedenfalls verließen die 48 Binnenflüchtlinge nach nur drei Wochen Aufenthalt die bischöfliche Villa in Dahlem wieder: Sie hatten vom Berliner Senat tatsächlich eine auf zunächst zwei Monate befristete »vorläufige Aufenthaltsgenehmigung« in Berlin erhalten und wurden, nach Herkunftsländern aufgeteilt, in Gruppen in mehreren Flüchtlingsheimen in innerstädtischen Bezirken untergebracht.

Der rassistische Flächenbrand nach Hoyerswerda und die Kämpfe der Binnenflüchtlinge

Die Botschaft von Hoyerswerda, dass es keinerlei staatlichen Schutz für Flüchtlinge und Migrant_innen geben würde und damit verbunden auch keinerlei Strafverfolgung für rassistische Täter_innen, breitete sich wie ein Flächenbrand aus: Rassistische Gelegenheitstäter_innen und organisierte Neonazis griffen an jedem Wochenende Flüchtlingsunterkünfte an und entsprechend leisteten Flüchtlinge aus westdeutschen Sammelunterkünften häufig schon bei ihrer erzwungenen Abfahrt in ostdeutsche »Dschungelheime« kollektiven Widerstand gegen die Zwangsumverteilung. Gleichzeitig flohen mehr und mehr Zwangsumverteilte aus den ostdeutschen Heimen auf eigene Faust nach Berlin und suchten dort Kontakt zu der Gruppe der Hoyerswerda-Flüchtlinge und ihren autonomen Unterstützer_innen. Um auf die rechtlich und materiell völlig prekäre Situation dieser Doppel- oder Binnenflüchtlinge aufmerksam zu machen und gleichzeitig tatsächliche Schutzräume zu schaffen, kam es schlussendlich am 24. Oktober 1991 zur Besetzung des 3. Stocks des Mathegebäudes an der TU Berlin und der Gründung des »Antirassistischen Zentrums« (ARZ). An der Besetzung waren von Anfang an kurdische, türkische, iranische und palästinensische Migrant_innenorganisationen ebenso beteiligt wie autonome Aktivist_innen aus der unabhängigen Antifa-Bewegung und aus antirassistischen Gruppen: Innerhalb weniger Wochen wuchs die Zahl der Geflüchteten, die im ARZ Schutz suchten, auf mehr als einhundert Frauen, Männer und Kinder. Sie kamen vor allem aus den damaligen Krisen- und Bürgerkriegsstaaten wie Iran, Afghanistan, Pakistan, Guinea, Irak, Nepal, Ex-Jugoslawien und Äthiopien, Militärdiktaturen wie Ghana oder flohen vor Folter und Haft in der Türkei wie viele kurdische Aktivist_innen der frühen 1990er. Oder hofften in Deutschland als Roma der Diskriminierung, rassistischen Gewalt und Pogromen in Bulgarien und Rumänien der Nachwendzeit zu entkommen. Trotz vieler Differenzen – in Sprachen, Geschlecht, Alter, persönlichen Gründen für die Flucht nach Deutschland, politischer Organisation im Herkunftsland und in Deutschland – gelang es durch ein tägliches Plenum mit vielen Dolmetscher_innen unterschiedlichster Herkunft

einen gemeinsamen Entscheidungsraum für alle Bewohner_innen zu schaffen, in dem auch die politischen Aktionen der Folgemonate entschieden wurden. »In den Flüchtlingsheimen, aus denen wir geflohen sind, gab es keine Sicherheit. Jeden Tag haben wir mit der Angst gelebt, den Tag nicht zu überleben. Wir sind aus unseren Ländern vor dem Tod geflohen. Hier haben wir erst Recht keine Lust zu sterben,« erklärten die Besetzer_innen. »Hier in der TU glauben wir endlich einen Ort gefunden zu haben, von wo aus wir unsere Stimme an die Öffentlichkeit richten können.«³

Solidarität und Abwehr

Innerhalb der Technischen Universität waren die Reaktionen sehr unterschiedlich: Materielle und politische Unterstützung kam fast ausschließlich vom Asta. Das Studentenwerk, das anfangs täglich eine kostenlose Mahlzeit für 25 Besetzer_innen anbot, beendete die Unterstützung nach einem knappen Monat. Dennoch gelang es durch Spenden knapp sechs Monate lang, die Versorgung der zeitweise mehr als 150 Bewohner_innen zu sichern, die in elf Seminarräumen lebten – aufgeteilt nach Familienzusammenhängen, Herkunftsländern und Sprachräumen.

Aber auch 25 Hochschullehrer_innen solidarisierten sich in einer namentlichen Erklärung und forderten vom CDU/SPD-Senat ein Bleiberecht für die Besetzer_innen in Berlin. Ambivalenter war die Haltung des TU-Präsidiums gegenüber den Besetzer_innen: »Die Leitung der Technischen Universität hat den Senat der Stadt aufgefordert, sich um eine angemessene und sichere Unterbringung der rund 60 auf dem Campus der Hochschule lebenden Flüchtlinge zu kümmern. Die TU selbst könne die Situation nicht grundlegend ändern, hieß es in einer am Dienstag verbreiteten Pressemitteilung,« berichtete die »taz« beispielsweise knapp einen Monat nach Beginn der Besetzung.⁴ Gleichzeitig versuchte das TU-Präsidium aber auch wiederholt unter Verweis auf die »unhaltbaren Zustände« in den elf Seminarräumen des ARZ und mit der Androhung einer polizeilichen Räumung, die Besetzer_innen zum Auszug aus dem Mathegebäude zu bewegen. 44 Flüchtlinge reagierten auf das Ultimatum des TU-Präsidiums und die Verweigerungshaltung des Berliner Senats am 13. November 1991 mit ei-

111

21. AUGUST 2013 / Berlin-Lichtenberg

Gegen 19.25 Uhr wird ein 25-jähriger Mann beim Verlassen eines Supermarktes in Karlshorst von zwei unbekanntem, mutmaßlichen Neonazis beleidigt und von einem ins Gesicht geschlagen. Der Neonazi hält ihn offensichtlich für einen politischen Gegner. *Polizei Berlin, 7.10.2013*

112

23. AUGUST 2013 / Berlin-Pankow

Am S-Bahnhof Buch werden gegen 14.30 Uhr Personen, die einen Stand der Partei Die Linke betreuen, von zwei bekannten Neonazis fotografiert und bedroht. *Antifa Pankow*

113

24. AUGUST 2013 / Berlin-Charlottenburg, U-Bahnhof Kurfürstendamm

Eine 27-jährige Frau wird gegen 16.20 Uhr auf dem U-Bahnhof Kurfürstendamm von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt, getreten und bespuckt. *Polizei Berlin, 25.08.2013*

114

25. AUGUST 2013 / Berlin-Neukölln

Gegen 13.45 Uhr wird eine 28-jährige Frau auf einem Parkplatz im Neudecker Weg beim Aussteigen aus ihrem Auto von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt und ins Gesicht geschlagen. *Polizei Berlin, 25.08.2013 / Berliner Morgenpost, 25.08.2013*

115

26. AUGUST 2013 / Berlin-Hellersdorf

Am Nachmittag werden Aktivist_innen der Mahnwache, die in Sichtweite der Unterkunft in der Carola-Neher-Straße steht, von einem bekannten Neonazi und weiteren unbekanntem Personen bedroht. Andere Aktivist_innen werden durch das Wohngebiet verfolgt. Erst als die Polizei den Mann kontrolliert, zerstreuen sich die Männer. Es wird Anzeige wegen Bedrohung erstattet. *Chronik Hellersdorf- Marzahn*

nem zunächst befristeten Hungerstreik und konnten so eine Räumung verhindern. Schlussendlich verzichtete das TU-Präsidium auf eine Räumung, die Verhandlungen um alternative Räume innerhalb der TU blieben aber erfolglos.

Von Anfang an setzten die Bewohner_innen des ARZ und ihre Unterstützer_innen auf öffentlichkeitswirksame Aktionen, um auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen. Knapp zwei Wochen nach Beginn der Besetzung zogen die Besetzer_innen zum SPD-geführten Sozialsenat und verlangten von der damaligen Sozialsenatorin Ingrid Stahmer die Zusicherung, in Berlin bleiben zu können. Über die Reaktion der damaligen SPD-Senatorin schreibt die »taz«: »Die Senatorin verwies auf die Aufnahmekapazitäten der Stadt, die bereits überfordert seien. Es sei angesichts der gespannten Haushaltslage nicht möglich, neue Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen.«⁵

Lippenbekenntnisse von Politiker_innen

Auch in den kommenden Monaten unternahmen SPD-Politiker_innen jenseits von zögerlichen Lippenbekenntnissen nichts, um die unnachgiebige Haltung des CDU-Koalitionspartners und insbesondere dessen Innensenators Heckelmann aufzubereiten. In der sechsten Woche der Besetzung schrieb die »taz« über eine öffentliche Veranstaltung des ARZ im Schöneberger Rathaus:

»Immer noch bemüht sich das Antirassistische Zentrum gemeinsam mit der Leitung der Technischen Universität um ein Gespräch mit Innensenator Heckelmann. Das machten gestern Unterstützer wie auch der Vizepräsident der TU, Wolfgang Neef, bei einem Gespräch im Rathaus Schöneberg deutlich.

Vertreter von Bündnis 90/ Grüne, der PDS sowie des Neuen Forums unterstützten das Begehren. Zum Gespräch nicht erschienen war gestern der eigentliche Ansprechpartner in Sachen Bleiberecht: Innensenator Heckelmann. Auch einen Vertreter hatte er nicht entsandt. TU-Vizepräsident Neef äußerte seine Enttäuschung über Heckelmanns wochenlanges Schweigen. Mit einem Brief an den Regierenden Bürgermeister Diepgen versuche der Akademische Senat der TU nun, den Berliner Se-

nat zum Handeln zu bewegen. »Es geht hier nicht mehr um eine parteipolitische Frage, sondern um elementare Menschenrechte.«⁶

SPD-Politiker begründeten ihre Ablehnung eines Aufenthaltsrechts für die Binnenflüchtlinge in Berlin auch damit, dass man Neonazis keine »Erfolgsergebnisse« bieten dürfe, indem man Flüchtlinge nicht mehr in den Osten schicke. Zudem könne es schlicht nicht hingenommen werden, wenn Flüchtlinge ihren Aufenthaltsort selbst aussuchen könnten.

Schwierige Verhältnisse

Die Hoffnungen der Besetzer_innen und ihrer Unterstützer_innen auf eine schnelle politische Lösung wurden ebenso schnell enttäuscht. Der Stress, auf engem Raum mit vielen unterschiedlichen Menschen zu leben – von denen lediglich eine Minderheit Erfahrung in politischen Organisationen hatte – und die Ungewissheit, wie ihre Zukunft aussehen würde, zehrten an den Nerven aller Beteiligten. Autonome Gruppen, die sich nicht an dem Unterstützungsnetzwerk beteiligten, kritisierten zudem, dass innerhalb weniger Wochen ein »autonomes Flüchtlingsheim« entstanden sei, dessen politische Forderungen von Woche zu Woche in einer breiten Öffentlichkeit weniger Gehör fanden. Die Konflikte im Inneren des ARZ eskalierten zum Jahreswechsel 1991/1992 nach einer Vergewaltigung bei einer Sylvesterparty.

Danach teilte sich das zuvor gender-gemischte Flüchtlings- und Unterstützer_innen-Plenum in ein Frauen-Plenum, ein Männerplenum und ein gemischtes Plenum und die Besetzer_innen und ihre Unterstützer_innen intensivierten ihre Suche nach einer »Exit«-Strategie – immer noch in der Hoffnung auf eine angemessene Lösung für alle. So wurde schließlich am 1. Februar durch die mehrere Stunden andauernde Besetzung der SPD-Parteizentrale in der Müllerstraße im Wedding ein Gespräch mit dem damaligen SPD-Landesvorsitzenden Walter Momper, weiteren Vertreter_innen der SPD-Führung und der damaligen Integrationsbeauftragten des Senats, Barbara John (CDU), durchgesetzt. Mit zweifelhaftem Ergebnis: Momper warf den Flüchtlingen vor, sie »inszenierten eine Schau für die Öffentlichkeit«, ihre Forderungen seien »unseriös« und »ein bisschen hohl«.⁷ »Nach drei Monaten in der TU fordert die Flüchtlingsgruppe immer noch

ein Bleiberecht für alle in Berlin. Immer wieder, so die Flüchtlinge, würde die SPD ihnen bei dieser Forderung die Tür vor der Nase zuschlagen. »Es scheint, als ob Recht in Deutschland seine Bedeutung verloren hätte.« beschreibt die »taz« die Perspektive der Besetzer_innen. Die Geduld der Flüchtlinge, die »seit Monaten Politiker abklapperten«, sei nahezu am Ende. »Wir wollen keine Gespräche mehr, sondern konkrete Angebote«, erregte sich einer und brüllte Momper entgegen: »Sie präsentieren uns ihre Scheinargumente doch nur, um die Zeit hier rumzukriegen.«⁸ Am Ende des Gesprächs boten SPD-Vertreter_innen lediglich eine Lösung aus »humanitären Gründen« auf der Basis von Einzelfallanträgen und die Einrichtung eines Runden Tisches mit Besetzer_innen, Senatsvertreter_innen und Kirchen an. Wenige Tage später betonte Sozialsenatorin Ingrid Stahmer (SPD) erneut, sie lehne ein generelles Bleiberecht für die im ARZ lebenden Flüchtlinge ab. »Eine freie Ortswahl für Asylbewerber kann es nicht geben«, sagte die SPD-Politikerin am 3. Februar 1992.⁹

Zersplitterung am Schluss

Knapp vier Monate nach Beginn der Besetzung nahmen 40 vor allem aus Bulgarien und Rumänien stammende Besetzer_innen mit ihren Familien ein Angebot der evangelischen Kirche an und zogen als Gruppe in ein Flüchtlingsheim nach Rangsdorf, einem brandenburgischen Dorf. Die Mehrheit der Besetzer_innen hatte das Angebot energisch als »Spaltungsangebot« abgelehnt. Die »taz« berichtet über die Stimmung im ARZ nach dem Auszug und den Vorwurf aus Kirchenkreisen, die Unterstützer_innen würden die Flüchtlinge für ihre Zwecke instrumentalisieren. »Das streiten die Flüchtlinge ab. Wir entscheiden in unseren Plena, was wir wollen, und informieren dann die Unterstützer«, erzählt Bob aus Iran. Das »Berlin-Brandenburgische Sonntagsblatt«, evangelische Wochenzeitung, hatte kürzlich von »verängstigten Geiseln selbsternannter Beschützer« gesprochen. Die Unterstützer_innen mißbrauchten Flüchtlinge und ihre Familien als »politisches Druckmittel«. Die Flüchtlinge sind sauer auf alles, was mit Kirche zu tun hat. Kirchenleute hätten auch massiv versucht, die Gruppe zu spalten, erzählt Ali aus Kurdistan. »Sonst wären die übrigen vierzig auch noch hier.«¹⁰

116

29. AUGUST 2013 / Berlin-Hellersdorf

Zwei Geflüchtete, die auf dem Weg in die ihnen neu zugewiesene Unterkunft in der Carola-Neher-Straße sind, werden in derselben Straße von mindestens sechs jungen Männern angepöbelt. Als die Gruppe sich nähert, flüchten die beiden zur Unterkunft, wobei sie durch die Gruppe verfolgt werden. Später kehren die Geflüchteten in ihre vorige Unterkunft zurück. Von einer Anzeige bei der Polizei sehen sie zunächst ab. *Chronik Hellersdorf & Marzahn*

117

30. AUGUST 2013 / Berlin-Schöneberg

In der Goltzstraße Ecke Barbarossastraße wird eine 38-jährige Frau, die eine Gehhilfe benötigt, um 1.45 Uhr von einer unbekanntem Frau, die in Begleitung von zwei Männern ist, aus rassistischer Motivation angegriffen. Die 38-Jährige wird von der Frau und einem Begleiter zu Boden gestoßen und verletzt. Eine Zeugin ruft die Polizei. *Polizei Berlin, 30.08.2013 / Tagesspiegel, 30.08.2013*

118

30. AUGUST 2013 / Berlin-Hellersdorf, SEV-Bus

Zwei Geflüchtete, die in der Unterkunft in der Carola-Neher-Straße untergebracht sind, werden gegen 21:00 Uhr im Schienenersatzverkehr-Bus von einem unbekanntem Mann mit einem spitzen Gegenstand bedroht und angegriffen. Als sie den Bus verlassen und in Richtung der Unterkunft flüchten, brüllt der Angreifer den beiden hinterher. Sie verstehen den deutschsprachigen Inhalt nicht, empfinden es aber als bedrohlich. Am folgenden Tag erstatten sie Anzeige bei der Polizei. *Chronik Hellersdorf & Marzahn / Reachout*

119

30. AUGUST 2013 / Berlin-Lichtenberg

Gegen 23.15 Uhr wird eine 16-Jährige von zwei mutmaßlichen Neonazis in Rummelsburg rassistisch beleidigt, von einem geschubst und von dem anderen ins Gesicht geschlagen. *Polizei Berlin, 7.10.2013*

Am Ende war es eine Besetzung des Roten Rathauses durch rund 70 Flüchtlingsfrauen,-kinder und Unterstützerinnen des ARZ sowie Solidaritäts-Aktionen im Bundesgebiet – wie die Besetzung des Bonner UNHCR-Büros – die Mitte März 1992 schließlich zur letzten Verhandlungsrunde mit dem Berliner Senat führte. Sichtlich zermürbt gingen die letzten 100 Besetzer_innen schließlich auf die Forderung des Innensenats ein, individuelle Einzelanträge auf eine Aufnahme ins Asylverfahren in Berlin zu stellen – um dann in kleineren Gruppen in Berliner und Brandenburger Flüchtlingsheimen untergebracht zu werden.

Wenige Monate nach dem Ende des Antirassistischen Zentrums und der Besetzung der Kirche in Norderstedt im Frühjahr 1992 folgte dann das angekündigte Pogrom von Rostock-Lichtenhagen. Dem vorausgegangen war eine mediale Hetzkampagne. Schon wenige Wochen nach dem Pogrom in Hoyerswerda hatte der damalige CDU-Generalsekretär Volker Rühle in einem Brief alle Kreisverbände dazu aufgefordert, »in den Gemeinde- und Stadträten, den Kreistagen und in den Länderparlamenten die Asylpolitik zum Thema zu machen«. Und parallel dazu drängte die CDU die oppositionelle SPD zur Zustimmung für eine Änderung des Artikels 16 GG. »Wenn sich die SPD beim Kanzlergespräch am 27. Dezember verweigert, ist jeder Asylant nach diesem Tag ein SPD-Asylant,« so Volker Rühle in der Süddeutschen Zeitung im September 1991. Es folgten die noch heute bekannten Titelbilder von »Spiegel«, »Bild« und anderen Zeitungen mit Überschriften wie »Das Boot ist voll«. In Rostock-Lichtenhagen hatten politisch Verantwortliche bewusst die Kapazität der Zentralen Aufnahmestelle für Asylsuchende des Landes Mecklenburg-Vorpommern nicht erhöht; Asylsuchende waren tatsächlich gezwungen im Freien zu schlafen und ihre Notdurft in den Büschen von Vorgärten der Plattenbausiedlungen zu verrichten. Die Bilder, die zur Rechtfertigung des Pogroms benutzt wurden, wurden so gezielt geschaffen. Ein Jahr später stimmte eine Mehrheit von CDU- und SPD-Abgeordneten für die De-facto-Abschaffung des Grundrechts auf Asyl durch die Änderung von Art. 16 GG.

Ein kollektives Happy End für die Gruppe der 48 aus Hoyerswerda gab es genauso wenig wie für die ARZ-Besetzer_innen – trotz einer Groß-Demonstration gegen die Tagung der Innenministerkonferenz in Berlin, der Besetzung der CDU- und

SPD-Landesgeschäftsstellen, zahllosen Veranstaltungen, Pressemitteilungen im Wochentakt, Treffen mit der Bezirksverordneten-Versammlung Berlin-Charlottenburg und kurz der Besetzung des Roten Rathauses,

Vielen aus der Gruppe der 48 aus Hoyerswerda und einigen Flüchtlingen aus der Kerngruppe des ARZ gelang es aufgrund ihrer Freundschaften zu den autonomen Unterstützer_innen, sich eine Zukunft in Deutschland oder in anderen EU-Staaten zu sichern. Einige wanderten weiter. Gemeinsam sei ihnen allen gewesen, erinnerte sich Emmanuel N. aus Ghana vor drei Jahren anlässlich eines gemeinsamen Besuchs in Hoyerswerda mit ehemaligen Unterstützer_innen und Freund_innen, dass »wir uns unser Leben nicht haben aus der Hand nehmen lassen.« Emmanuel N. war im November 1991 nach einem Angriff von über einhundert Nazis auf das Flüchtlingsheim in Sassnitz auf Rügen, in dem er lebte, nach Berlin geflohen und hatte am Bahnhof Zoo per Zufall vom ARZ in der TU Berlin gehört. Er blieb dort bis zum Schluss und gehört zu denen, die die Kämpfe der Flüchtlinge bis heute solidarisch begleiten. Er verweist auf das letzte Flugblatt des ARZ Ende März 1992: »Mit der Beendigung der Besetzung der TU hört der Kampf der Flüchtlinge und autonomen Unterstützer_innen gegen staatlichen Rassismus, faschistischen Terror und Medienhetze nicht auf.«

Heike Kleffner ist Journalistin und Expertin für neonazistische Gewalt. Sie ist Mitglied im Beirat der **Mobilien Opferberatung** (www.mobile-opferberatung.de).

1 – Später stellte sich heraus, dass sich schon am 1. Mai 1990 mosambikanische Vertragsarbeiter in Hoyerswerda über hundert Angreifern gegenüber sahen, die zwei Mosambikaner schwer verletzten. Am 3. Oktober 1990 kam es dann zum ersten Angriff auf ein Wohnheim der Vertragsarbeiter.

2 – Simone von Stosch, Ausländer Raus, damit keine Skins kommen, taz Berlin vom 1.11.1991

3 – Antirassistisches Zentrum, Reader zum Städtetreffen, »Redebeitrag der Flüchtlinge auf der Bündnis-Demo am 9. November 1991«, S. 6

4 – TU fordert Senat zum Handeln auf, taz Berlin lokal vom 21.11.1991

5 – TU-Besetzer fordern Unterstützung, taz Berlin lokal vom 7.11.1991

6 – Noch keine Lösung für TU-Besetzer, taz Berlin vom 6.12.1991

7 – Jeannette Goddar, SPD hat keine Lösung für TU-Besetzung, taz Berlin vom 1.2.1992

8 – a.a.O.

9 – TU Besetzung: Eine Lösung muss her, taz Berlin vom 4.2.1992

10 – Jeannette Goddar, TU-Besetzer zwischen Hoffnung und Resignation, taz Berlin vom 13.3.1992

Bahnhof Alexanderplatz



Das Foto zeigt den Bahnhof Alexanderplatz in Berlin, der ein Beispiel für die moderne Architektur ist. Die Fassade besteht aus Glas und Metall. Ein gelber Seitenbus ist im Vordergrund zu sehen. Die Aufnahme ist Teil einer Ausstellung über die Entwicklung der Berliner Architektur.

Das Foto zeigt den Bahnhof Alexanderplatz in Berlin, der ein Beispiel für die moderne Architektur ist. Die Fassade besteht aus Glas und Metall. Ein gelber Seitenbus ist im Vordergrund zu sehen. Die Aufnahme ist Teil einer Ausstellung über die Entwicklung der Berliner Architektur.

DAS ENGAGEMENT GEGEN RECHTSEXTREME INFRASTRUKTUREN IN BERLIN WAR IM JAHR 2013 DURCHAUS ERFOLGREICH. TREFFPUNKTE DER RECHTSEXTREMEN WURDEN GEKÜNDIGT, BEI VIELEN RÜCKT DER TAG IHRER SCHLISSUNG NÄHER. DER BEITRAG BESCHREIBT DIE AKTUELLEN ENTWICKLUNGEN MIT BEZUG AUF DIE OBJEKTE, DIE DERZEIT BEKANNTERMASSEN VOM AKTIONSORIENTIERTEN SPEKT-RUM DER RECHTSEXTREMEN SZENE IN BERLIN GENUTZT WERDEN.

Rechtsextreme Infrastruktur unter Druck

von Matthias Müller, Mobile Beratung gegen
Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Bedeutung rechtsextremer Infrastruktur

Die Jugendorganisation der NPD, Junge Nationaldemokraten (JN), widmete sich im Herbst 2012 in ihrer Zeitschrift »Der Aktivist« dem Thema »Nationale Zentren und Objekte«. Darin formulierte der JN-Bundesvorsitzende Andy Knappe die Bedeutung rechtsextremer Infrastruktur wie folgt: »Nationale Objekte sind Knotenpunkte unserer Agitation und damit Schaltzentralen unserer politischen Arbeit, da durch sie eigene Milieus und Strukturen abseits von zivilgesellschaftlichen Organisationen geschaffen, und unter Umständen gesellschaftspolitische Räume besetzt werden können.« Rechtsextreme betrachten ihre Infrastruktur als eine wichtige organisatorische Basis für ihre politische Handlungsfähigkeit. In solchen Räumen finden die ideologische Identitätsbildung und die Politisierung vor allem junger Menschen statt. Aus diesen Räumen heraus wollen sie politisch Einfluss nehmen und ihre Aktionsspielräume erweitern. Welche Strategien der Raumanneignung verfolgte die rechtsextreme Szene in Berlin? Und wie erfolgreich war sie damit?

Die Kampagne zur Schaffung eines »nationalen Jugendzentrums« stellt ein zentrales Thema für das aktionsorientierte Spektrum der Rechtsextremen in Berlin dar. In den Folgejahren gelang es ihnen Objekte anzumieten und damit eigene Treffpunkte und »Frei-Räume« zu schaffen.

Rechtsextreme Raumanneignung in Rudow

Im Rudower Ostburger Weg mietete 2010 ein Rechtsextremist einen Raum in einem ehemaligen Bunker an, der für ein gutes Jahr als Treffpunkt für Rechtsextreme diente. Hier feierten sie gemeinsam und lagerten auch Wahlkampfmateriale der NPD. Der Vermieter kündigte den Vertrag als er über die politische Organisation seines Mieters informiert wurde. Dass ein rechtsextremer Treffpunkt eine erhöhte Bedrohung für Menschen bedeutet, die nicht ins rechtsextreme Weltbild passen, zeigt sich an folgendem Beispiel, das mit diesem Treffpunkt zusammenhängt:

Nach der letzten Feier im Bunker am 29. Oktober 2011 befanden sich vier Rechtsextreme auf dem Heimweg. Als sie im U-Bahnhof Rudow an einem Imbiss vorbeikamen, griffen sie zwei Angestellte mit Migrationsgeschichte mit Flaschen und Pfefferspray an und verletzten diese erheblich. Dabei grölten sie rassistische und volksverhetzende Parolen, wie der Online-Dienst »Blick nach Rechts« berichtete.

Ende 2012 wurde in Rudow ein weiterer Raum durch ein Mitglied der rechtsextremen Szene angemietet. Ein Grundstück an der Stadtgrenze zu Brandenburg fungierte nun als Treffpunkt. Bekannt wurde die Existenz eines solchen Ortes im Mai 2013 durch die Beantwortung einer Kleinen Anfrage der Grünen-Abgeordneten Clara Herrmann im Berliner

Abgeordnetenhaus (Drucksache 17/11683). Der Senat bezeichnete das Objekt dort als »Jugendzentrum Neukölln«, das ausschließlich von Rechtsextremen genutzt werde. Der genaue Ort wurde jedoch nicht genannt. Die Zivilgesellschaftlichen in Rudow und Neukölln hatten bis dato keine Kenntnis von diesem rechtsextremen Treffpunkt. Die Bekanntgabe beunruhigte die Engagierten, welche sich seit vielen Jahren gegen rechtsextreme Dominanzbestrebungen im Süden Neuköllns einsetzen und ein erneutes Erstarren rechtsextremer Strukturen befürchteten. Als bekannt wurde, dass Polizei und Innenverwaltung den genauen Ort aus »ermittlungstaktischen Gründen« sowie »Sicherheitsgründen« nicht nennen würden, schrieben die zivilgesellschaftlichen Initiativen »Aktionsbündnis Rudow« und »Bündnis Neukölln« dem Berliner Polizeipräsidenten einen Offenen Brief. Darin kritisierten sie die »Desinformationspolitik« der Behörden, die es ihnen unmöglich mache, gemeinsam mit der Nachbarschaft gegen eine Verfestigung von rechtsextremen Strukturen aktiv zu werden. Ihr Unverständnis und ihren Ärger formulierten die Initiativen in dem Schreiben recht deutlich: »Wenn wir erst wieder dann tätig werden können, wenn wir es bereits wieder mit einer etablierten rechten Infrastruktur zu tun haben, ist die Arbeit von Jahren beschädigt und gleichzeitig stellt es für viele antifaschistisch Engagierte, die ihre Zeit für die Demokratie einsetzen, ein Schlag ins Gesicht dar.«

Der Senat bezeichnete das Objekt dort als »Jugendzentrum Neukölln«, das ausschließlich von Rechtsextremen genutzt werde. Der genaue Ort wurde jedoch nicht genannt.

Die Antwort des Polizeipräsidenten erhielten die Bündnisse nach fast vier Monaten. Herr Kandt berichtet darin von der Kündigung des Mietvertrages und beschrieb aus Sicht der Polizei, dass eine konkrete Gefährdung der Nachbarschaft »nicht ersichtlich« sei. Die Rechtsextremen würden ihren Treffpunkt »konspirativ« nutzen und eine Außenwirkung sei »unerwünscht«. Aufgrund dieser Einschätzung sowie mit Verweis auf den Datenschutz und mögliche Sachbeschädigungen rechtfertigte der Polizeipräsident die Nicht-Nennung des konkreten Ortes. Wenige Tage später wurde der Ort dennoch bekannt: Der NPD-Funktionär Jan Sturm nannte in einem Fa-

120

31. AUGUST 2013* / Berlin-Köpenick

Eine Gruppe Jugendlicher wird am S-Bahnhof Köpenick von Neonazis, die um die 30 Jahre alt sind, angegriffen. Ohne Vorwarnung schlagen sie erst einem Jugendlichen aus rassistischer Motivation auf den Kopf. Danach greifen sie die anderen Jugendlichen an. *Register Treptow-Köpenick* *genaues Datum unbekannt

121

4. SEPTEMBER 2013 / Berlin-Hellersdorf, U-Bahnhof Cottbusser Straße

Gegen 13.00 Uhr werden vier Geflüchtete, die in der Unterkunft in der Carola-Neher-Straße wohnen, aus rassistischer Motivation von vier Jugendlichen auf dem U-Bahnhof Cottbusser Straße mit einem Kampfhund bedroht. Die Jugendlichen hetzen den Kampfhund auf die Geflüchteten. *Chronik Hellersdorf-Marzahn*

122

8. SEPTEMBER 2013 / Berlin-Charlottenburg

Ein bekannter Travestie-Star wird am frühen Morgen vor einer Bar in der Knesebeckstraße aus homophober Motivation angegriffen und schwer verletzt. *siegessäule.de, 29.09.2013 / Tagesspiegel, 30.09.2013 / Infoportal Charlottenburg Wilmersdorf*

123

9. SEPTEMBER 2013 / Berlin-Wedding

Gegen 19.10 Uhr wird ein 23-jähriger Transsexueller in der Reinickendorfer Straße aus einer Gruppe von Jugendlichen heraus homophob beleidigt und mit Steinen beworfen. *Polizei Berlin, 11.12.2013*

124

11. SEPTEMBER 2013 / Berlin-Friedrichshain

Eine Friedrichshainer Familie wird von einem Rechten beschimpft und bedroht. Der Angreifer versucht die Wohnungstür einzutreten. Als die Polizei gerufen wird, entfernt er sich mit der Drohung wiederzukommen. *Register Friedrichshain-Kreuzberg*

125

14. SEPTEMBER 2013 / Berlin-Steglitz

Gegen 0.15 Uhr wird ein 16-Jähriger und seine Begleiter am Steglitzer Damm von einem 54-jährigen Mann rassistisch beleidigt. Der 16-Jährige wird ins Gesicht geschlagen. *Polizei Berlin, 17.10.2013*

cebook-Bericht den Namen der Familie und bedankte sich bei ihr für die Bereitstellung des »Jugendzentrums«. Recherchen der »taz« führten zu einem kleinen Gewerbehof auf dem die genannte Familie eine Gartenbaufirma betreibt, in deren Räumen sich die Rechtsextremen trafen. Im Umfeld dieses Objektes fand im Sommer ein Putzspaziergang statt, auf dem Engagierte rechtsextreme Aufkleber entfernten. In der Nachbarschaft wurde die Anwesenheit der Rechtsextremen durchaus registriert, zumal die Polizei den Treffpunkt regelmäßig beobachtete. Verschiedentlich wurde geäußert, dass die Polizei auf den Vermieter einwirkte und dieser schließlich zum Oktober 2013 die Kündigung aussprach. Rückblickend muss jedoch festgehalten werden, dass dieser Treffpunkt Rechtsextremen temporär ermöglichte, sich zu versammeln, soziale Kontakte zu pflegen, gemeinsam zu grillen und von dort ausgehend Propaganda wie NPD-Wahlplakate in der Umgebung zu verbreiten. Wie Augenzeugen berichteten, trafen sich hier mitunter bis zu 20 Personen – auch junge Erwachsene mit Kindern.

Rechtsextreme Infrastruktur in Schöneeweide und Lichtenberg

In Schöneeweide ist die rechtsextreme Szene mit dem Verlust von zwei Objekten konfrontiert. Das Lokal »Zum Henker« hat die Brückenstraße nach fünf Jahren verlassen. Diese Entscheidung traf das Landgericht Berlin am 14. Februar 2014. Hier fand eine Vielzahl von Veranstaltungen der rechtsextremen Szene statt. Mitunter trafen sich Mitglieder unterschiedlichster rechtsextremer Gruppierungen: Aktivist/innen verbotener Kameradschaften, »Autonome Nationalisten« sowie NPD-Funktionär/innen. Im vergangenen November stellte der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt im »Henker« sein neues Buch vor.

Aktuell verkünden verschiedene Medien außerdem, dass der NPD-Landesvorsitzende Sebastian Schmidtke sein Ladengeschäft »Hexogen« in der Brückenstraße aufgeben will. Hier verkauft Schmidtke rechtsextreme Kleidung und Musik ebenso wie Teleskopschlagstöcke oder Reizgas. Sein Wunsch, sich eine tragfähige ökonomische Struktur in Schöneeweide zu schaffen, scheint gescheitert zu sein. Auch der Mietvertrag für das »Hexogen« wurde nach der Eröffnung im Sommer 2011 gekündigt. Vor Gericht war der

Vermieter jedoch mit seiner Räumungsklage nicht erfolgreich. Die vielen gegen Rechtsextremismus Engagierten in Treptow-Köpenick werden die Aufgabe des »Hexogen« und die Kündigung des »Henkers« mit großer Erleichterung und Freude aufnehmen. Mit langem Atem und vielfältigsten Aktionen hatten sie sich in den vergangenen Jahren gegen diese zwei Objekte der Rechtsextremen in der Brückenstraße engagiert.

Im November 2013 endete die juristische Auseinandersetzung um den rechtsextremen Treffpunkt in der Lichtenberger Lückstraße mit einem Vergleich: Die Mieter/innen werden das ehemalige Gardinengeschäft Ende Mai 2014 verlassen. Über ihren Verein »Sozial engagiert in Berlin e.V.« hatten sich die Rechtsextremen im März 2011 in die Räume im Weitlingkiez eingemietet. Im Verein finden sich rechtsextreme Aktivist/innen, von denen einige bereits wegen schwerer Straftaten verurteilt wurden. Seither diente ihnen dieses Objekt als Versammlungs- und Veranstaltungsort, Materiallager und Ausgangspunkt für ihre Aktionen.

Fazit und Handlungsmöglichkeiten

Im Jahr 2013 bzw. im Frühjahr 2014 verlor die rechtsextreme Szene in Berlin für sie wichtige Treffpunkte. Räume, in denen sie sich in den vergangenen Jahren relativ ungestört und sanktionsfrei versammeln konnten, stehen nun nicht mehr zur Verfügung. Das wird die rechtsextreme Szene organisatorisch schwächen. Wie nachhaltig diese Niederlagen sein werden, wird sich erst in Zukunft beschreiben lassen. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen jedoch, dass Rechtsextreme versuchen werden, sich neue Objekte anzueignen. Auch steht ihnen weiterhin die NPD-Bundesparteizentrale in Köpenick als Infrastruktur zur Verfügung und in einigen Sozialräumen haben Rechtsextreme kein Problem, sich regelmäßig in Kneipen zu treffen. Trotz der berechtigten Freude sollten alle Engagierten weiterhin wachsam verfolgen, welche erneuten Anstrengungen die rechtsextreme Szene unternimmt, sich Räume anzueignen.

Vermieter/innen von (Gewerbe-) Räumen können sich präventiv gegen rechtsextreme Infrastruktur schützen. In Kooperation mit einem Juristen hat die MBR Klauseln entwickelt, die vor der Etablierung rechtsextremer Wirtschaftsunternehmungen und Treffpunkte schützen. Die MBR empfiehlt deren Aufnahme in (Gewerbe-) Mietverträge. Durch diese

verpflichten sich beispielsweise Mieter/innen von Ladenflächen, keine Produkte, Modemarken und Accessoires zu verkaufen, die in der Öffentlichkeit mit einem Bezug zur rechtsex-tremen Szene wahrgenommen werden. Betreiber/innen von Gaststätten ist darin die Durchführung von Veranstaltungen mit rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Inhalten untersagt. Die Klauseln finden sich in der MBR-Publikation »Ladenschluss Jetzt!«, die auf der Website der MBR www.mbr-berlin.de heruntergeladen werden kann.

Auch drei größere Wohnungsbaugesellschaften werden diese Klauseln demnächst in ihre Gewerbemietverträge aufnehmen. Dieses Vorhaben ist Teil einer lokal integrierten Strategie gegen rechtsextreme Dominanzbestrebungen in Schöneweide, welche der »Berliner Beirat für Schöneweide« verfolgt. In diesem Gremium engagieren sich u.a. das Bezirksamt Trepow-Köpenick, die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, das lokale Zentrum für Demokratie mit Beratung und Begleitung durch die MBR.

Die Intervention gegen rechtsextreme Infrastruktur sollte sich aber nicht allein auf das Mietrecht beziehen. Vielmehr sollte eine politische Auseinandersetzung die juristische ergänzen. Eine enge Zusammenarbeit und ein abgestimmtes Vorgehen von Vermietenden, antifaschistischer Zivilgesellschaft, demokratischer Politik und Verwaltung stellt ein wichtiges Erfolgskriterium für die Abwehr von rechtsextremer Infrastruktur dar. Durch eine gemeinsame Kommunikation kann gegenseitiges Vertrauen aufgebaut und Synergien erzeugt werden. Damit stoßen unterschiedliche Protestformen eher auf Verständnis; gemeinsame Straßenfeste oder Putzspaziergänge erreichen eine breite Beteiligung.

Die **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)** bietet Allen Beratung und Unterstützung an, die sich in Berlin gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und für Demokratie engagieren. Das gilt vor allem für Menschen, die in ihrem direktem Wohn-, Arbeits- oder sozialen Umfeld mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konfrontiert sind. Gemeinsam mit den Engagierten vor Ort sucht die MBR nach Lösungen, um rechtsextremer Ideologie und deren Erscheinungsformen entgegenzutreten. Die MBR stärkt die lokalen demokratischen Akteure und unterstützt sie bei ihrem Engagement für eine gelebte demokratische Kultur. Geleitet von dem Ansatz »Hilfe zur Selbsthilfe« und der Überzeugung, dass die Herausforderungen mit den Menschen vor Ort besprochen und gelöst werden müssen, versteht sich die MBR als Impulsgeberin, Moderatorin, Unterstützerin und Begleiterin. Ziel ist es, dass die lokalen Akteure handlungssicher den Problemen entgegentreten können. Die Lösungsstrategien der MBR sind auf Nachhaltigkeit und Langfristigkeit angelegt.

126

17. SEPTEMBER 2013 / Berlin-Pankow

In der Florastraße wird ein Mann, der aufgrund seiner Sehbehinderung einen Blindenstock benutzt, von einem entgegenkommenden Mann bedrängt und zur Seite geschubst. Gleichzeitig wird der Mann beschimpft und ihm wird Gewalt angedroht. *Pankower Register*

127

19. SEPTEMBER 2013 / Berlin-Friedrichshain

Ein 51-jähriger obdachloser Mann, der auf dem Parkplatz eines Supermarktes an der Straße der Pariser Kommune übernachten will, wird gegen 23.45 Uhr von drei unbekanntenen Männern geschlagen, getreten und beraubt. *Polizei Berlin, 20.09.2013*

128

21. SEPTEMBER 2013 / Berlin-Lichtenberg

Ein 23-jähriger und ein 28-jähriger Mann werden gegen 13.35 Uhr in der Weitlingstraße von einem 41-jährigen Rechten aus politischer Motivation gegen den Kopf geschlagen. *Polizei Berlin, 11.12.2013*

129

22. SEPTEMBER 2013 / Berlin-Hohenschönhausen, S-Bahn

Um 00.25 Uhr werden zwei Männer im Alter von 24 und 28 Jahren in der S-Bahn zwischen den Bahnhöfen Hohenschönhausen und Springpfuhl von vier bis fünf unbekanntenen Männern und einer Frau rassistisch beleidigt, geschlagen und verletzt. *Bundespolizei, 23.09.2013 / rbb-online.de, 23.09.2013*

130

22. SEPTEMBER 2013 / Berlin-Hellersdorf

Ein 16-jähriger Jugendlicher wird gegen 2.15 Uhr am Kokoschkaplatz von einem 21-jährigen Mann, der in einer Gruppe von 10 Männern unterwegs ist, angegriffen und verletzt, weil der Täter den Jugendlichen der linken Szene zuordnet. Der Täter flüchtet, wird aber später festgenommen. *Polizei Berlin, 22.09.2013 / Chronik Hellersdorf-Marzahn*

WIE VERBREITET SIND ANTISEMITISCHE EINSTELLUNGEN IN DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT? WO VERLÄUFT DIE GRENZE ZWISCHEN SACHLICH FUNDIERTER KRITIK AN DER ISRAELISCHEN POLITIK UND ANTISEMITISCHEN RESENTIMENTS? DIESE FRAGEN BEWEGEN DIE DEUTSCHE ÖFFENTLICHKEIT IN REGELMÄSSIGEN ABSTÄNDEN. ÜBER KONKRETE ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IST JEDOCH RELATIV WENIG BEKANNT.

Antisemitismus in Berlin – Herausforderungen bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle

*von Benjamin Steinitz – Verein für
Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK)*

Eine im November 2013 von der »Agentur der Europäischen Union für Grundrechte« (FRA) veröffentlichte Befragung von 5900 sich selbst als jüdisch identifizierenden EU-Bürger/innen kam zu dem Ergebnis, dass 26 Prozent der Befragten in den zwölf zurückliegenden Monaten beleidigt und beschimpft worden waren, weil sie Juden oder Jüdinnen sind. 76 Prozent der Betroffenen zeigten den davon schwerwiegendsten Vorfall aber weder bei der Polizei an noch teilten sie ihn einer zivilgesellschaftlichen Organisation mit.¹

Die relative Unsichtbarkeit antisemitischer Vorfälle

Ein Rabbiner, der im August 2012 in Berlin-Friedenau angegriffen wurde, entschied sich für eine Anzeige und war zudem bereit über das Erlebte in der Öffentlichkeit zu sprechen. Obwohl der Vorfall tagsüber stattfand, führten die polizeilichen Ermittlungen jedoch zu keinen Ergebnissen. In einem Interview mit einem Mitarbeiter des VDK e.V. im Schattenbericht 2012 sagte er, dass viele ihm bekannte Betroffene aufgrund der geringen Aufklärungsquote resigniert hätten und keine Anzeigen

mehr stellen würden. Für die Meldung antisemitischer Angriffe und Beschimpfungen an nicht-staatliche Organisationen ist hingegen eine besondere Vertrauensbasis notwendig, welche bisher in erster Linie jüdische Gemeindeinstitutionen und Netzwerke genießen. In Berlin werden auch immer wieder Tourist/innen oder in Berlin lebende Israelis aus antisemitischen Motiven heraus angegriffen und beschimpft, die keine Kenntnis von der Arbeit der Berliner Opferberatungsstelle ReachOut und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren haben. So wurde ein Vorfall im Mai 2013, bei dem zehn israelische Tourist/innen in der Warteschlange zu einem Beyonce-Konzert in der O2-World am Ostbahnhof von einer Gruppe Deutscher antisemitisch beschimpft wurden, erst durch die Veröffentlichung in einer israelischen Nachrichtenagentur bekannt.

Besonders deutlich werden die Schwierigkeiten bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle in Berlin, wenn die vom kriminalpolizeilichen Meldedienst für das Jahr 2012 erfassten 199 antisemitischen Fallzahlen mit einem rechtsextremen Hintergrund,² den 33 vom VDK e.V. 2012 in seiner für Berlin erstellten Chronik erfassten antisemitischen Vorfälle gegenübergestellt werden. Von den 199 Fälle wurden lediglich fünf (2,5 Prozent) durch eine Presse-

meldung der Polizei bekannt gemacht. Der Großteil der vom VDK e.V. gezählten Fälle ist wiederum in der Statistik zur »Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) – rechts« noch gar nicht enthalten.

Wo fängt Antisemitismus an und wo endet er?

Eine weitere Herausforderung für die Erfassung antisemitischer Vorfälle ist, dass in Teilen der Zivilgesellschaft sehr unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, was als Antisemitismus beschrieben werden kann, zumal die Wandlungsfähigkeit antisemitischer Stereotype eine entscheidende Charakteristik des Phänomens darstellt. Nach wie vor geht ein nicht unwesentlicher Teil der deutschen Bevölkerung von einer überproportionalen jüdischen Macht aus. 2012 stimmte jede/r fünfte Deutsche »überwiegend« bzw. »voll und ganz« der Aussage zu, »Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.«³

Nach wie vor geht ein nicht unwesentlicher Teil der deutschen Bevölkerung von einer überproportionalen jüdischen Macht aus.

Hinzu kommt, dass Antisemitismus in Deutschland immer häufiger offen geäußert wird vor allem wenn er einen Israel-Bezug aufweist.⁴ Er wird nicht nur von deutschen Rechtsextremen geäußert, sondern auch aus Milieus, die sich selbst als Teil der demokratischen⁵ Mitte oder links verstehen. Die Zunahme antisemitischer Positionierungen in der Öffentlichkeit kann auch auf konjunkturelle Debatten in den Massenmedien über die Unterscheidung zwischen sachlich fundierter, legitimer Kritik an der israelischen Politik und Israel-bezogenem Antisemitismus zurückgeführt werden. Der Nahost-Konflikt ist gegenwärtig der wichtigste Begründungszusammenhang für sprachlich – in Wort und Schrift – geäußerten Antisemitismus⁶ und wird verstärkt auch von Menschen mit einem (Herkunfts-) Bezug zum Nahost-Konflikt gezeigt. Entsprechend wurden in den vergangenen Jahren in der deutschen Öffentlichkeit oft Muslime für die Zunahme antisemitischer Vorfälle, vor allem antisemitischer Gewalt, verantwortlich gemacht. Eine derartige Behandlung des Problems fungiert nicht nur als Entlastung der weißen Mehrheitsgesellschaft von der Aufgabe, sich

131

22. SEPTEMBER 2013 / Berlin-Hellersdorf
Gegen 3.00 Uhr werden eine Frau und ein Mann in Helle Mitte von vermutlich den gleichen Tätern angegriffen und verletzt. Die Frau muss ins Krankenhaus gebracht werden. *Chronik Hellersdorf-Marzahn*

132

27. SEPTEMBER 2013 / Berlin-Hellersdorf
Der Besitzer eines »Döner-Imbisses« in der Hönower Straße wird gegen 22.30 Uhr von einem 17-Jährigen mit Reizgas besprüht. Kurz zuvor hatte der Inhaber des Imbisses einer 24-jährigen Frau und einem 24-jährigen Mann untersagt, Aufkleber einer extrem rechten Partei in seinem Imbiss zu verkleben. Die drei Neonazis flüchten, werden aber später festgenommen. *Polizei Berlin, 28.09.2013 / Berliner Morgenpost, 28.09.2013 / Neues Deutschland, 28.09.2013*

133

28. SEPTEMBER 2013 / Berlin-Treptow
Gegen 22.00 Uhr wird eine Frau, die sich auf dem Weg zu dem »Uffmucken'-Konzert befindet, in der Laufener Straße aus einem Wohnungsfenster heraus bespuckt. *Register Treptow-Köpenick*

134

28. SEPTEMBER 2013 / Berlin-Hellersdorf
Ein 21-jähriger Mann, der gegen 23.30 Uhr in Begleitung von mehreren Personen durch die Neue Grottkauer Straße läuft, wird von einem 18-jährigen Neonazi gegen den Kopf geschlagen. *Polizei Berlin, 11.12.2013*

135

1. OKTOBER 2013 / Berlin-Lichtenberg, S-Bahnhof Lichtenberg
Gegen 1.20 Uhr wird ein 31-jähriger Mann auf dem Bahnhof Lichtenberg von einem 32-Jährigen rassistisch beleidigt und mehrfach gegen den Kopf getreten. *Polizei Berlin, 11.12.2013*

136

1. OKTOBER 2013 / Berlin-Schöneberg
Ein 45-jähriger Mann wird gegen 11.45 Uhr in der Coubièrestraße von einem 29-Jährigen homophob beleidigt geschubst und bespuckt. Die Polizei nimmt den Täter, der in Begleitung eines Mannes ist, in der Nähe fest. *Polizei Berlin, 1.10.2013*

mit der eigenen Verstrickung in antisemitische Vorstellungen auseinanderzusetzen, sondern ist auch anschlussfähig für rassistische Strömungen.

Die daraus erwachsende Kontroverse über die Aufnahme von antisemitischen Vorfällen mit Israel-Bezug in Chroniken kann nur dann entschärft werden, wenn eine Verständigung auf ein übergreifendes Verständnis von Antisemitismus gelingt, das die unterschiedlichen Erscheinungsformen unabhängig von Träger-Gruppen auf Grundlage inhaltlicher Kriterien beschreibt und die Perspektive der im Alltag unmittelbar von Antisemitismus Betroffenen in den Mittelpunkt stellt.

Eine Arbeitsdefinition Antisemitismus

Bereits 2005 entwickelte die Vorgängerorganisation der FRA, das »European Union Monitoring Centre on Racism and Xenophobia« (EUMC)⁷, gemeinsam mit zahlreichen NGOs eine Arbeitsdefinition Antisemitismus als praktischen Leitfaden für die Erkennung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle im EU-Raum. Obwohl dieses Dokument mittlerweile in über 30 Sprachen übersetzt wurde, scheint es vielen jüdischen und nicht-jüdischen Akteuren, die Monitoring von Antisemitismus betreiben, nicht bekannt zu sein.⁸

Der VDK e.V. legt diese Arbeitsdefinition bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle zugrunde. Im Folgenden werden zwei Auszüge daraus vorgestellt:⁹

Arbeitsdefinition Antisemitismus

Der Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und / oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.

Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein. Oft enthalten antisemitische Äußerungen die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass »die Dinge nicht richtig laufen«. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt negative Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.

Arbeitsdefinition Antisemitismus – Israel-bezogener Antisemitismus

Der Vorwurf gegenüber Juden, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblich bestehenden weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer. Das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, zum Beispiel durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches [/ koloniales] [ergänzt durch VDK e.V.] Unterfangen. Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet und verlangt wird. Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (beispielsweise der Vorwurf des Christismordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben. Das Bestreben, alle Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen. Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten [– diese Form hat in Deutschland zudem die Funktion sich von der als moralische Last empfundenen NS-Geschichte zu befreien]. [ergänzt durch VDK e.V.]

Antisemitische Vorfälle in Berlin 2013

2013 wurden vom VDK e.V., den Berliner Registerstellen und der Opferberatungsstelle ReachOut 46 antisemitische Vorfälle erfasst. Davon wurden 14 der Kategorie des sekundären Antisemitismus, neun dem Israel-bezogenen Antisemitismus und neun dem modernen Antisemitismus zugeordnet. 15 Vorfälle wurden der Kategorie »Sonstige« zugeordnet, weil auf Grundlage der öffentlich zugänglichen Informationen keine Zuteilung zu einer der anderen Kategorien möglich war.

Ergänzend wurde untersucht, welche Vorfälle in Beziehung zu anderen Phänomenbereichen wie beispielsweise Rechtsextremismus stehen. Lediglich bei einem Drittel der Vorfälle kann man demnach von einer einfachen Motivation ausgehen, also Taten, welche ausschließlich einen antisemitischen Hintergrund hatten.

14 Fälle richteten sich direkt gegen Personen, wobei es zu acht tätlichen Angriffen beziehungsweise Androhungen von Gewalt kam. Von den 14 Fällen fanden jeweils drei im Bezirk Tempelhof-

137

3. OKTOBER 2013 / Berlin- Neukölln

Im Volkspark Hasenheide in der »cruising-area« wird ein 27-jähriger Mann gegen 17.00 Uhr aus homophober Motivation von einem Unbekannten mehrfach geschlagen und getreten. *Polizei Berlin, 11.12.2013*

138

4. OKTOBER 2013 / Berlin-Friedrichshain

Eine 30-jährige Frau und deren 29-jährige Bekannte werden gegen 18.00 Uhr am Franz-Mehring-Platz vor dem Veranstaltungsort der Transtagung von mehreren, unbekanntem Tätern homophob beleidigt. Die 30-Jährige wird von einem der Täter geschlagen und verletzt. *transtagung.de, 4.10.2013 / Berliner Zeitung, 5.10.2013 / Polizei Berlin, 5.10.2013 / Tagespiegel, 5.10.2013 / queer.de, 5.10.2013*

139

10. OKTOBER 2013 / Berlin-Charlottenburg, Bahnhof Zoologischer Garten

Gegen 22.50 Uhr wird ein 28-jähriger wohnungsloser Mann am Bahnhof Zoologischer Garten von einem unbekanntem Mann mit heißem Tee übergossen und verletzt. Der Täter versetzt dem Mann einen Kopfstoß. Ein Zeuge, der eingreift, wird mit einem Messer bedroht. Der unbekanntem Täter flieht. *Bundespolizei, 11.10.2013*

140

12. OKTOBER 2013 / Berlin-Hellersdorf

Ein 17-Jähriger wird gegen 18.40 Uhr in der Fritz-Lang-Straße von einem 34-jährigen Mann rassistisch beleidigt. Dem Versuch, ihm mit der Hand ins Gesicht zu schlagen, kann er ausweichen. *Polizei Berlin, 11.12.2013*

141

13. OKTOBER 2013 / Berlin-Friedrichshain S-Bahnhof Frankfurter Allee

Ein 21-jähriger Mann wird gegen 6.40 Uhr von zwei 22-jährigen Tätern transphob beleidigt, angegriffen und verletzt. Zwei Zeug_innen greifen ein. Die Bundespolizei konnte die Täter festnehmen, nachdem sie an den Tatort zurückkehrten. *Bundespolizei, 14.10.2013*

Schöneberg und im Stadtteil Friedrichshain statt. Alle anderen verteilten sich relativ gleichmäßig auf die Bezirke, sowohl des West- als auch des Ostteils der Stadt. Auffällig ist, dass vier der acht tätlichen Angriffe beziehungsweise Bedrohungen zwischen dem 12. und 26. Mai stattfanden und damit im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit dem israelischen Unabhängigkeitstag am 14. Mai stehen – zumal es sich in zwei der vier Fälle um Betroffene mit israelischer Staatsangehörigkeit und in einem Fall um einen Betroffenen handelte, der durch einen Schriftzug auf seiner Kleidung seine pro-israelische Haltung sichtbar gemacht hatte. Bei lediglich zwei der 14 gegen Personen gerichteten Vorfälle konnte ein rechtsextremer Bezug festgestellt werden.

Es wurden 22 Fälle von einfacher oder mehrfacher Sachbeschädigungen festgestellt, von denen sich sieben gegen Erinnerungs- und Denkzeichen richteten und der Kategorie des sekundären Antisemitismus zugeordnet wurden. In diesem Zusammenhang waren die massiven Beschädigungen an frisch verlegten Stolpersteinen im Schöneberger Ortsteil Friedenau besonders bemerkenswert. Allein im März kam es dort zu 39 Beschädigungen,¹⁰ in der Nacht auf den 6. Juni wurden in der Stierstraße sogar 50 Stolpersteine mit schwarzem Lack überzogen. Bei den anderen Sachbeschädigungen handelte es sich um Schmierereien. Während des Bundestags-Wahlkampfes wurden zum Beispiel im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg mit roter Farbe Davidsterne auf die Gesichter der auf Plakaten abgebildeten Kandidat/innen mehrerer Parteien aufgetragen. Da die so veränderte Aussage des Bildes eine jüdisch oder zionistisch beeinflusste Politik suggerierte, wurden diese Vorfälle der Kategorie des modernen Antisemitismus zugeordnet.

Es wurden sechs Demonstrationen und Kundgebungen in die Chronik aufgenommen, auf denen antisemitische Redebeiträge, Transparente oder Propagandamittel verbreitet wurden. Fünf davon wurden der Kategorie des Israel-bezogenen Antisemitismus zugeordnet. Auf diesen Veranstaltungen wurde Israel als Apartheidsstaat dämonisiert und seine Existenz als rassistisches Unterfangen beschrieben. Mehrere weitere Kundgebungen, die sich ebenfalls gegen israelische Institutionen richteten, aber keine dämonisierenden Inhalte nach außen vermittelten, wurden in der Zählung nicht berücksichtigt.

In Friedrichshain-Kreuzberg wurden neun der insgesamt 46 registrierten Vorfälle gezählt. Zwischen

fünf und sieben Fälle traten jeweils in Tempelhof-Schöneberg, Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitte und Lichtenberg-Hohenschönhausen auf. Zwei bis vier gemeldete Vorfälle sind für Pankow, Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf, Neukölln und Steglitz-Zehlendorf bekannt geworden.

Eine Auffälligkeit der geographischen Verteilung besteht darin, dass die vier am stärksten betroffenen Bezirke allesamt zur Berliner Innenstadt gezählt werden können. Ein räumlicher Zusammenhang zwischen diesen antisemitischen Vorfällen und jüdischen Einrichtungen ist hingegen nicht feststellbar.

Die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage zu antisemitischen Vorfällen im Jahr 2012 hat ergeben, dass insgesamt 66 antisemitische Zuschriften an jüdische Organisationen, welche als Email oder postalisch übermittelt wurden, einen Straftatbestand erfüllten.¹¹ Angesichts der 24-Stunden-Überwachung jüdischer Einrichtungen scheinen nicht-öffentliche Zuschriften die häufigste Form des gegen jüdische Organisationen oder Einzelpersonen gerichteten Antisemitismus in Berlin zu sein.

Fazit und Ausblick

Die Erfassung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle kann ein sinnvolles Instrument sein, um Menschen und Institutionen dafür zu sensibilisieren, wie sich Antisemitismus konkret jenseits öffentlicher Diskurse im Alltag der Betroffenen auswirkt. Zivilgesellschaftliche Institutionen, wie der Verein für Demokratische Kultur in Berlin, die eine entsprechende Öffentlichkeit herstellen möchten, stehen dabei vor zwei großen Herausforderungen:

Zum einen werden nach wie vor zu wenige Vorfälle gemeldet, weil Betroffene die entsprechenden zivilgesellschaftlichen Strukturen nicht kennen oder aber, weil sie das Vertrauen verloren haben, dass sie mit der Herstellung von Öffentlichkeit eine Verbesserung ihrer Situation erreichen können. Eine Anzeige bei der Polizei erfolgt dagegen deutlich öfter, allerdings ist auch hier von einer hohen Dunkelziffer auszugehen.

Zum anderen wird insbesondere die Erfassung von antisemitischen Vorfällen mit Israel-Bezug dadurch erschwert, dass eine Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen befürchtet wird. Hier kann eine konsequente Orientierung an den Betroffenen, die sich von der Fixierung auf Täter-

gruppen löst, hilfreich sein. Bedauerlicherweise ist auch in Teilen der demokratisch engagierten Zivilgesellschaft nach wie vor heftig umstritten, wo die Trennlinie zwischen sachlich fundierter Kritik an israelischer Politik und Antisemitismus mit Israel-Bezug gezogen werden muss. Hier kann die Arbeitsdefinition des EUMC ein sinnvolles Hilfsmittel für eine einheitliche, an tragfähigen inhaltlichen Kriterien orientierte Erfassung von Antisemitismus sein. Sie scheint aber noch zu wenig Verbreitung in Deutschland gefunden zu haben.

Im Jahr 2014 wird die Opferberatungsstelle ReachOut in enger Kooperation mit dem Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. und den Berliner Registerstellen antisemitische Vorfälle systematisch dokumentieren und versuchen, den direkten Kontakt zu jüdischen Betroffenen zu intensivieren, um eine größere Sichtbarkeit der unterschiedlichen Facetten des Alltagsantisemitismus in Berlin herzustellen.

1 — Vgl.: FRA: Erfahrungen der jüdischen Bevölkerung mit Diskriminierung und Hasskriminalität in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. 2013. in: <http://fra.europa.eu>, S. 4.

2 — Vgl.: Antwort auf Kleine Anfrage »Antisemitische Delikte im Jahr 2012« im Abgeordnetenhaus des Abgeordneten Hakan Taş, 18.12.2013

3 — Vgl. Decker, Oliver / Kiess, Oliver / Brähler, Elmar: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.). Bonn, 2012., S. 29.

4 — Vgl.: Rabinovici, Doron: »Altneuhäß. Moderne Varianten des Antisemitismus«. in: Faber, Klaus / Schoeps, Julius H. / Stawski, Sascha: Neu-alter Judenhass. Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik. Berlin, 2007, S. 251-256.

5 — Vgl.: Berliner Zustände 2012.

6 — Vgl.: Schwarz-Friesel, Monika / Reinharz, Jehuda: Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin, 2013., S. 101 f.

7 — Im Jahr 2007 wurde das EUMC umbenannt in European Agency for Fundamental Rights (FRA).

8 — Auf einer im Juli 2013 in Berlin von der OSZE abgehaltenen Konferenz über Sicherheitsbedürfnisse jüdischer Gemeinden in der EU wurde die fortwährende Verständigung über theoretische und praktische Anleitungen, wie antisemitische Vorfälle einheitlich erhoben werden können, als eine Voraussetzung für die Verbesserung der Sicherheitslage jüdischer Gemeinden beschrieben. Vgl. OSCE: Summary Report of the Expert Conference on Addressing the Security Needs of Jewish Communities in the OSCE Region: Challenges and Good Practices, 2013.

9 — Ich beschränke mich hier auf die für diesen Artikel besonders relevanten Teile der Definition. Definitionen zu modernem und sekundärem Antisemitismus in: EUMC: Arbeitsdefinition Antisemitismus. 2004.

10 — Vgl.: Antwort auf Mündliche Anfrage Nr. 19 »Schändung der Stolpersteine in Berlin« im Abgeordnetenhaus der Abgeordneten Clara Herrmann, 03.05.2013.

11 — Vgl.: Antwort auf Kleine Anfrage des Abgeordneten Hakan Taş, 18.12.2013.

JENSEITS VON RECHTSPOPULISTISCHEN KLEINSTPARTEIEN WIE »PRO DEUTSCHLAND«, NEONAZISTISCHEN KAMERADSCHAFTEN UND DER NPD HAT SICH IN DEN LETZTEN JAHREN IN BERLIN EIN RECHTSKONSERVATIVES MILIEU MIT EINER REIHE VON PROJEKTEN INSTITUTIONALISIERT. DIESE SIND BEI IHREN AKTIVITÄTEN AUCH VON BUNDESWEITER RELEVANZ – ALS STICHWORTGEBER UND PROTAGONISTINNEN DIESES POLITISCHEN SPEKTRUMS.

Rechtskonservative Aktivitäten in Berlin

Neurechte Netzwerke

von Patrick Schwarz, apabiz

Die der neurechten Wochenzeitung Junge Freiheit (JF) nahestehende Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung (FKBF) konnte Ende 2012 in Wilmersdorf ihre »Bibliothek des Konservatismus« eröffnen und sich als neuer Anlaufpunkt rechtskonservativen Wirkens in Berlin etablieren. Auch für das Institut für Staatspolitik (IfS) als neurechte Denkfabrik ist die Stadt schon seit Jahren ein Schwerpunkt ihres politischen Schaffens, was unter anderem in der Zusammenarbeit mit Burschenschaften wie der Berliner Gothia deutlich wird.

Die Personalie Michael Büge

Am 14. Mai 2013 entschied der Berliner Senat, den Staatssekretär für Soziales, Michael Büge (CDU), aus seinem Amt zu entlassen. Vorangegangen war ein monatelanger Streit um dessen Mitgliedschaft in der Berliner Burschenschaft Gothia. Der Politiker ist seit 1989 Mitglied der Verbindung und übernahm immer wieder Funktionen innerhalb der Burschenschaft. Bereits im November 2012 waren erste kritische Pressestimmen aufgetaucht, welche auf die Mitgliedschaft Büges in der Gothia hinwiesen. Die Berliner Burschenschaft mit Sitz in Zehlendorf fällt mehr als andere seit Jahren durch Verbindungen in extrem rechte Kreise auf. Sie ist organisiert im Dachverband Deutsche Burschenschaft (DB). Dieser ist in den vergangenen Jahren dauerhaft in den Schlagzeilen zu finden, unter anderem wegen der Verunglimpfung von Widerstandskämpfern gegen den Nationalsozia-

lismus, einem offen zur Schau gestellten Rassismus sowie durch einen dezidierten Antifeminismus. Bis Ende 2012 war die Gothia außerdem Mitglied der Burschenschaftlichen Gemeinschaft (BG), dem völkischen Flügel innerhalb der DB. Büge wurde eine Frist bis Ende Januar 2013 gesetzt, um sich entweder für sein Amt als Staatssekretär oder aber für seine Mitgliedschaft in der Burschenschaft zu entscheiden. Angaben zu seiner Rolle und Funktion in der Verbindung machte der CDU-Politiker nicht. Diese verstehe er als Privatangelegenheit. Ein Umstand, der verwundern muss, sehen sich die Burschenschaften doch als explizit politische Verbindungen, die immer wieder einen gesellschaftlichen Führungsanspruch für sich reklamieren. Das Ultimatum ließ Büge streichen. Nachdem sein Vorgesetzter, Gesundheitsminister Czaja, mitteilte, in einem persönlichen Gespräch erfahren zu haben, dass Büge nicht aus der Gothia austreten wolle, wurde in Absprache mit der CDU-Spitze seiner Entlassung zum 30. Juni 2013 zugestimmt. Seit Anfang 2014 ist der Burschenschafter neben seiner Funktion als Kreisvorsitzender der CDU-Neukölln beruflich als Geschäftsführer im Bereich der Obdachlosenarbeit tätig.

Zwischentag – Präsentation und Vernetzung

Während die Burschenschaft Gothia aufgrund der Personalie Büge im letzten Jahr im öffentlichen Bewusstsein präsent war, bekommt das Institut für

Staatspolitik (IfS) verhältnismäßig wenig kritische Aufmerksamkeit – trotz vermehrter Aktivitäten. Aus dem Kreis dieses neurechten Thinktank wurde im Oktober 2013 in Wilmersdorf die Tagung und Messe »Zwischentag« organisiert, bei dem auch die Gothia vertreten war. Diese Kontakte sind nicht neu: In der Vergangenheit war Erik Lehnert, der Geschäftsführer des IfS, mehrmals als Referent in das Verbindungshaus der Gothia geladen worden. Es ist bereits das zweite Mal, dass zum »Zwischentag« als »Freie Messe« der sogenannten »Neuen Rechten« in den oft genutzten Veranstaltungsort AVZ Logenhaus nach Berlin eingeladen wurde. Die Zahl der TeilnehmerInnen blieb mit über 700 auf dem Niveau des Vorjahres. Eine Vielzahl inhaltlicher

Während die Burschenschaft Gothia im letzten Jahr im öffentlichen Bewusstsein präsent war, bekommt das Institut für Staatspolitik (IfS) verhältnismäßig wenig kritische Aufmerksamkeit.

Vorträge wurde von Informationsständen ergänzt, bei denen sich verschiedene Projekte des deutschen und internationalen Rechtskonservatismus beziehungsweise der »Neuen Rechten« präsentierten. Neben den Ständen des IfS waren über 30 weitere Projekte aus dem In- und Ausland vor Ort. Als Burschenschaften waren u.a. die Germania aus Marburg und die Gothia aus Berlin sowie deren Dachverband Deutsche Burschenschaft im Messesaal zu finden. Einige rechte Verlage waren ebenso vertreten wie der anti-islamische Internet-Blog Pi-News oder die Kleinstgruppe German Defence League.

Das sogenannte »Politik-Podium« bot die Bühne für den inhaltlichen Teil der Tagung und präsentierte zwölf Einzelveranstaltungen. Die Ausführungen eines Redakteurs des rechten Verschwörungsmagazins Compact zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) und das Zwiegespräch zwischen dem ideologischen Kopf des IfS, Karlheinz Weißmann, und dem ehemaligen Berliner Senator George Turner über Bildungspolitik stießen auf besonders großes Interesse beim Publikum. Das erstmalig angebotene Kulturprogramm dagegen, welches neben Buchvorstellungen auch aus einem Auftritt des nationalistischen Pop-Rocker Sacha Korn bestand, wurde weitestgehend von den BesucherInnen ignoriert. Zwar waren offensichtlich viele Angehörige

verschiedenster Studentenverbindungen sowie der »Identitären Bewegung« der Einladung gefolgt, doch im Gros bestand das Publikum des »Zwischentags« aus Männern älterer Jahrgänge.

Zwei wesentliche Akteure fehlten 2013 bei dieser Nabelschau des Spektrums von Rechtskonservatismus und »Neuer Rechte«: Waren im Jahr zuvor die Junge Freiheit und die Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung noch Hauptakteure des »Zwischentages«, fehlten diesmal beide Projekte. Im Nachgang der Tagung wurden die Differenzen zwischen der JF/FKBF und dem »Zwischentag« zumindest im Ansatz deutlich. Die JF kritisierte unter anderem die Anwesenheit des Italiener Gabriele Adinolfi sowie des Ungarn Márton Gyöngyösi als Vertreter der internationalen extremen Rechte. Demnach habe die Messe eine Schlagseite bekommen, der schließlich die Absage der beiden Projekte folgte. Die vermeintlichen inhaltlichen Differenzen halten allerdings Karlheinz Weißmann vom IfS nicht davon ab, weiterhin seine Kolumne in der Jungen Freiheit beizusteuern und für die Förderstiftung in deren Bibliothek des Konservatismus zu referieren.

Trotz der gesteigerten öffentlichen Wahrnehmung gegenüber dem Vorjahr blieben antifaschistische Proteste gegen den »Zwischentag« und die mediale Auseinandersetzung über das Spektrum der »Neuen Rechten« die Ausnahme und stehen im deutlichen Missverhältnis zur politischen Bedeutung dieses Treffens. Eine Möglichkeit dies zu ändern, bietet die angekündigte Fortsetzung des »Zwischentag« für das Jahr 2014.

Berlin als Aktionsfeld des IfS

Doch nicht erst mit dem »Zwischentag« ist das Institut für Staatspolitik in Berlin präsent. Bereits seit dem Jahr 2000 führt das eigentlich im sachsen-anhaltinischen Schnellroda beheimatete Institut seine halbjährlichen Tagungen als »Berliner Kolleg« durch. Den Einladungen zu den Vorträgen mit verschiedensten ReferentInnen folgen in der Regel bis zu mehrere Hundert TeilnehmerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet. »1813-1913-2013 – Mut zur Geschichte« lautete beispielsweise das Motto des »22. Berliner Kollegs«, das am 13. April 2013 wie gewohnt im AVZ Logenhaus statt fand.

Eine Ausweitung des politischen Aktionsfeldes bedeutete die Eröffnung des Berliner Büros des IfS

in Köpenick am 7. Dezember 2012 sowie die Initiierung einer Veranstaltungsreihe, dem sogenannten »Staatspolitischen Salon«. Zur Eröffnung des Büros gab es von der brandenburgischen Rechtsauslegerin und CDU-Landtagsabgeordneten Saskia Ludwig ein lobendes Grußwort: »Im ewig neuen Ringen um Wahrheit und Freiheit können hier Ideen entstehen«.

Zum Jahresende 2013 wurde zwar das Büro in Köpenick gekündigt, aber das Institut für Staatspolitik konnte bereits Anfang 2014 einen neuen Ort für seine weiteren politischen Aktivitäten in Berlin vermelden. Nicht nur die Frage nach Büroräumen, sondern auch nach Veranstaltungsorten ist für das IfS zentral geworden. In der Vergangenheit hatte das Institut mit dem AVZ Logenhaus in Wilmersdorf einen verlässlichen Vermieter für seine zahlreichen größeren Vorträge und Tagungen gefunden. Das »23. Berliner Kolleg« am 1.2.2014 musste aber nach einer kurzfristigen Kündigung durch das Logenhaus schließlich auf die »Bibliothek des Konservatismus« ausweichen und räumliche sowie personelle Einschränkungen in Kauf nehmen.

Förderstiftung für Konservative Bildung und Forschung

Seit 1993 entwickelte sich die Wochenzeitung Junge Freiheit als das publizistische Flaggschiff der »Neuen Rechten« in Berlin. Inzwischen verkauft sie eine Auflage von rund 22.000 Exemplaren. Personell und ideologisch eng verbunden ist mit ihr die Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung (FKBF), deren Leitung der JF-Chefredakteur Dieter Stein 2007 übernahm. Bisher trat die FKBF vor allem durch die Verleihung des »Gerhard-Löwenthal-Preis« in Erscheinung. Dieser Preis wird inzwischen zweijährlich an konservative JournalistInnen sowie an ProtagonistInnen der »Neuen Rechten« und des Rechtskonservatismus verliehen. Zu den bereits ausgezeichneten PreisträgerInnen gehören der Journalist Peter Scholl-Latour und der Historiker Ernst Nolte. Unter den 250 Gästen der Verleihung des »Gerhard-Löwenthal-Preises« 2013 waren neben zahlreichen Fördernden aus dem Kreis der »Freunde der Jungen Freiheit« auch einige prominente FreundInnen der Wochenzeitung wie der ehemalige brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm (CDU).

Die »Bibliothek des Konservatismus«, eröffnet am 23. November 2012, bietet laut ihrem Selbstver-

142

13. OKTOBER 2013 / Berlin-Neukölln

Gegen 21.15 Uhr wird ein 27-jähriger Mann und sein Begleiter in der Sonnenallee von einem 15-Jährigen homophob beleidigt und der 27-Jährige bekommt einen Schlag auf die Nase. *Polizei Berlin, 11.12.2013*

143

14. OKTOBER 2013 / Berlin-Wedding

Gegen 7.50 Uhr werden drei Fahrradfahrer an einer Ampel in der Fennstraße aus einem Auto heraus rassistisch beleidigt. Nachdem die Ampel grün zeigt, überholt das Auto die drei Männer und der Fahrer und der Beifahrer springen aus dem Auto. Ein 21-Jähriger wird von dem Fahrer geschubst, ins Gesicht geschlagen und dabei verletzt. Die Polizei nimmt die Anzeige und die Personalien des Täters auf. *ReachOut*

144

14. OKTOBER 2013 / Berlin-Wedding

Ein 32-jähriger Sicherheitsmitarbeiter einer Einzelhandelsfirma wird gegen 19.50 Uhr in der Müllerstraße von einem 32-jährigen Mann rassistisch beleidigt und bespuckt. *Polizei Berlin, 15.10.2013*

145

19. OKTOBER 2013 / Berlin-Hellersdorf

Gegen 10.50 Uhr werden ein 45-jähriger Mann und seine 28-jährige Partnerin, die mit ihrem 16 Monate alten Kind in der Gothaer Straße unterwegs sind, von einem 39-jährigen Mann rassistisch beleidigt. Der Täter versucht den 45-Jährigen zu schlagen, verschwindet dann in einem Wohnhaus, erscheint wieder mit einer Schusswaffe und bedroht damit das Paar. Bei dem Versuch die Waffe zu entreißen, erhält der 45-jährige Mann einen Schlag auf den Kopf. *Polizei Berlin, 15.10.2013 / Berliner Kurier, 20.10.2013 / Chronik Hellersdorf-Marzahn*

146

21. OKTOBER 2013 / Berlin-Neukölln

Ein 30-jähriger Mann wird gegen 15.10 Uhr im Bruno-Taut-Ring, als er eine Wohnung verlässt, von einem 46-jährigen Mann homophob beleidigt und geschlagen. *Polizei Berlin, 11.12.2013*



ständnis »einen in Europa einzigartigen Bestand an Literatur aus allen Bereichen konservativen Denkens und Schaffens«. Auf mehreren hundert Quadratmetern in bester Charlottenburger Lage baute die Stiftung nach mehr als vier Jahren Vorlaufzeit die größte Spezialbibliothek zum Thema auf. Aber die Stiftung verschreibt sich nicht nur der Dokumentation und Sicherung konservativer Schriften, sondern gibt auch rechte Impulse für einen aktiven Konservatismus. Dazu gehört die Nutzung ihrer Räumlichkeiten für Veranstaltungen. Die erste war die Buchpräsentation »Abtreibung – ein neues Menschenrecht?« in Zusammenarbeit mit dem Berliner Landesverband der »Christdemokraten für das Leben« (CDL) und mit »teilweise weitgereisten Gäste, unter ihnen zahlreiche Aktivisten aus der Lebensschutzbewegung« – kein Zufall, denn die Bibliothek verfügt über einen Sonderbestand an Literatur von AbtreibungsgegnerInnen, der in Kooperation mit der »Stiftung Ja zum Leben« errichtet wurde.

Inzwischen werden die Räumlichkeiten in aller Regelmäßigkeit für Buchpräsentationen oder auch für Podiumsdiskussionen genutzt. Die »Bibliothek des Konservatismus« ist keine unpolitische Spezialbibliothek, sondern mit ihrer Stiftung als Träger ein wesentlicher Akteur im nicht-parteilichen Rechtskonservatismus und dem Spektrum der »Neuen Rechten«. Sie hat sich zu einem zentralen Anlaufpunkt auch für die Forschung zum Thema Konservatismus entwickelt und wird damit in die »unpolitische« wissenschaftliche Bearbeitung des Themas wirken.

Gegenaktivitäten und Bedeutung

Die in Berlin ansässigen und tätigen Projekte des Rechtskonservatismus und der sogenannten »Neuen Rechten« können weitestgehend unbeobachtet von der (kritischen) Öffentlichkeit wirken. Antifaschistische Thematisierung der Bedeutung der Ideenvorstellungen dieser Projekte wie Junge Freiheit und Institut für Staatspolitik für gesellschaftliche Diskurse oder aber auch für die organisierte extreme Rechte finden bisher kaum statt. Dass antifaschistische Proteste erstmalig beim letzten »Zwischentag« als ein wichtiger Teil in der notwendigen Auseinandersetzung einen positiven Effekt haben können, zeigt der Verlust des AVZ Logenhauses in Wilmersdorf als regelmäßigen Vermieter für das Institut für Staatspolitik.

147

21. OKTOBER 2013 / Berlin-Neukölln

Gegen 15.35 wird ein 30-jähriger Mann, als er die Wohnungstür im Bruno-Taut-Ring öffnet, von einem Familienangehörigen in die Wohnung gedrängt, bedroht, homophob beleidigt und geschlagen. *Polizei Berlin, 11.12.2013*

148

25. OKTOBER 2013 / Berlin-Hohenschönhausen

Eine 20-jährige Frau wird gegen 19.15 Uhr in der Randowstraße von einer 59-jährigen Frau rassistisch beleidigt und an den Hals gegriffen. *Polizei Berlin, 11.12.2013*

149

26. OKTOBER 2013 / Berlin-Neukölln

Fünf Kinder im Alter zwischen 9 und 14 Jahren werden ab 16.45 Uhr von einem 59-jährigen Mann und seinem 20-jährigen Sohn, mutmaßlichen Neonazis, aus einer Wohnung im Joachim-Gottschalk-Weg heraus rassistisch beleidigt und Feuerwerkskörpern beworfen. Ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Wohnungsbaugesellschaft ruft die Polizei. *Polizei Berlin, 27.10.2013 / Tagesspiegel, 27.10.2013*

150

29. OKTOBER 2013 / Berlin-Friedrichshain

Drei Frauen und ein Mann werden von einem 44-jährigen Mann an der Tramhaltestelle Holteistraße mit einem Schraubenzieher und Pfefferspray attackiert. Er gibt an »Rudolf Heß« zu heißen und »im Auftrag des Führers« zu handeln. *Register Friedrichshain-Kreuzberg*

151

2. November 2013 / Berlin-Friedrichshain

Gegen 16.30 Uhr werden ein 26-jähriger Mann und eine weitere Person von einem 59-jährigen Mann rassistisch beleidigt. Der 26-Jährige wird von dem Täter an der Kapuze gepackt und versucht zu Boden zu ziehen. *Polizei Berlin, 8.01.2014*

DIE »EUROPÄISCHE KOMMISSION GEGEN RASSISMUS UND INTOLERANZ« (ECRI) STELLTE KÜRZLICH FEST, DASS IN DEUTSCHLAND ERHEBLICHE DEFIZITE IM »KAMPF GEGEN RASSISMUS« BESTEHEN. AUF EIN FEHLENDES GESAMTKONZEPT BEI DER BEKÄMPFUNG VON RASSISMUS WIRD VON DER ECRI SCHON SEIT LÄNGEREM HINGEWIESEN.

Unvereinbarkeit völkisch-rassistischer Positionen mit der Ethik sozialer Berufe

von »Zeit zu Handeln – Kampagne gegen Neonazis in Neukölln«

Die Expert_innen der Kommission erwähnen in ihrem am 25.02.2014 veröffentlichten »Bericht über Deutschland« die erheblichen Pannen bei der Aufklärung der Morde durch Neonazis des Nationalsozialistischen Untergrund (NSU). Zudem stellen sie u. a. fest, dass die Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD) eine »Quelle von Hassreden« ist. Schon seit über 30 Jahren weisen Antifaschist_innen und Antirassist_innen darauf hin, dass rassistische Einstellungs- und Handlungsmuster bis in die Mitte der deutschen Gesellschaft hinein vertreten sind. Aktuell wird das auch wieder verstärkt sichtbar im Zuge von Debatten um die Aufnahme von Geflüchteten, die in Deutschland Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen. Um die »Quelle von Hassreden« zu entanonymisieren, beschäftigt sich nachfolgender Text mit der Berliner Landesvorsitzenden der NPD-Frauenorganisation RNF (Ring Nationaler Frauen) Maria Fank und ihren beruflichen Ambitionen bezüglich Sozialer Arbeit.

Die Berufe Erzieher_in, Krankenpfleger_in, Altenpfleger_in etc. erfordern eine vorurteilsfreie Haltung gegenüber allen Menschen. Dies zu gewährleisten muss in der Verantwortung der Ausbildungsbetriebe und der Arbeitgeber_innen liegen. Dabei gibt es internationale Erklärungen und Standards, welche es einzuhalten gilt. Einer dieser Standards ist im ICD (International Council of Nurses) – Ethikkodex für Pflegeberufe festgehalten, und besagt folgendes:

»Untrennbar von der Pflege ist die Achtung der Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Leben, auf Würde und respektvolle Behandlung. Pflege wird mit Respekt und ohne Wertung des Alters, der Hautfarbe, der Kultur, einer Behinderung oder Krankheit, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Nationalität, der politischen Einstellung, der ethnischen Zugehörigkeit oder des sozialen Status ausgeübt.« In der Konsequenz des Ethikkodex sollte es daher unweigerlich gelten, dass Personen, die rassistische Positionen vertreten und ihr politisches Weltbild aus dem historischen Nationalsozialismus speisen, die Tätigkeit in sozialen Berufen zu verwehren ist. Maria Fank liefert immer wieder Belege dafür, dass sie nicht bereit ist, die im sozialen Bereich übliche Fürsorgepflicht gegenüber allen Menschen zu übernehmen. Ihre Interpretation der Sozialen Arbeit weist vielmehr deutliche Überschneidungen mit der NS-»Volkswohlfahrt« zwischen 1933 und 1945 auf. So spricht sie sich beispielsweise gegen das Recht von Menschen mit Behinderung aus, Kinder zu gebären und knüpft damit an den Gedanken der Vernichtung »lebensunwerten Lebens« im NS-Staat an: »Wer aus der Pflege, speziell aus dem Bereich der körperlich sowie geistig erkrankten Menschen kommt, versteht vielleicht, wenn ich sage, nicht jeder Mensch sollte Kinder in die Welt setzen können! Gerade dann nicht, wenn diese nicht in der Verfassung sind, sich um diese selbständig kümmern zu können!« Ähnlichkeiten

zu einer Formulierung aus Hitlers »Mein Kampf« lassen sich nicht übersehen: »Wer körperlich und geistig nicht gesund und würdig ist, darf sein Leid nicht im Körper seines Kindes verewigen.«

RNF-Funktionärin wird zur Sozialassistentin ausgebildet

Seit Juni 2013 ist bekannt, dass Maria Fank in Berlin-Mitte, auf der Akademie für berufliche Bildung gGmbH (AFBB), einer Ausbildung zur Sozialassistentin nachgeht. Die Schulleitung wurde auf verschiedenen Wegen auf die rassistischen Aktivitäten der RNF-Funktionärin hingewiesen, zeigte jedoch keinerlei wahrnehmbare Reaktion. Um das zu skandalisieren und gegen die rassistische Hetze Maria Fanks eine klare Positionierung durch die Ausbildungsstätte einzufordern, organisierten unabhängige Antifaschist_innen am 14. Oktober 2013 eine Kundgebung vor der AFBB. Anstelle sich der Kritik zu stellen, reagierte der Schulleiter auf die angekündigte Kundgebung, indem er die Schule an diesem Tag schließen ließ. Trotzdem informierten rund 50 Teilnehmer_innen das Umfeld über die Unvereinbarkeit völkisch-rassistischer Positionen mit der Ethik sozialer Berufe. Nachdem auch in der Berliner Tagespresse über die Proteste gegen Maria Fank berichtet wurde, bestellte die Schulleitung die RNF-Funktionärin zum Gespräch ein. Man offerierte ihr einen Aufhebungsvertrag und drohte andernfalls mit einer Kündigung des Ausbildungsverhältnisses. Mit der Begründung, »sie störe den Schulablauf«, wurde ihr noch in derselben Woche eine mündliche Kündigung ausgesprochen, die jedoch wenige Tage darauf wieder zurückgenommen wurde. Zu einer klaren Positionierung gegen rassistische Einstellungen sah sich die Ausbildungsakademie bislang nicht genötigt.

Die NPD hatte 2013 ihren Wahlkampf ausschließlich rassistisch fokussiert gegen die Aufnahme von Geflüchteten aus aktuellen Kriegsgebieten und die damit verbundene Errichtung von Flüchtlingsunterkünften. Auch die Wahlkampfaktivitäten für die Europawahlen im Mai 2014 sowie kommende Kommunalwahlen in verschiedenen Bundesländern nutzt die NPD weiterhin dazu, mit ihrer völkisch/rassistischen Hetze Pogromstimmung in Teilen der Bevölkerung zu schaffen. Funktionär_innen der NPD und ihrer Jugendorganisation JN (Junge Nationaldemokraten) stehen dabei an der Spitze des

152

2. NOVEMBER 2013 / Berlin-Weißensee

Einem 14-jährigen Jungen wird gegen 22.30 Uhr in der Piesporter Straße von zwei Unbekannten ein Bein gestellt, so dass er hinfällt. Dann wird er von ihnen rassistisch beleidigt. *Polizei Berlin, 3.11.2013*

153

3. NOVEMBER 2013 / Berlin-Tiergarten

Ein 56-jähriger Mann wird von einem 53-Jährigen um 9.00 Uhr in Moabit homophob beleidigt und der Täter versucht ihn zu schlagen. *Polizei Berlin, 8.01.2014*

154

5. NOVEMBER 2013 / Berlin-Mitte

Gegen 6.00 Uhr wird ein 25-jähriger Mitarbeiter einer Bar von einem unbekanntem Gast rassistisch beleidigt, nachdem er ihn aufgefordert hat die Bar zu verlassen. Der 25-Jährige wird von dem Unbekannten vor die Tür gerufen und da versucht der Mann ihn mit Pfefferspray zu besprühen. *Polizei Berlin, 8.01.2014*

155

8. NOVEMBER 2013 / Berlin-Kreuzberg

Gegen 1.10 Uhr werden ein 25-jähriger und ein 27-jähriger Mann in der Reichenberger Straße von einem Unbekannten aus homophober Motivation mit Pfefferspray angegriffen und verletzt. *Polizei Berlin, 8.11.2013 / Tagesspiegel, 8.11.2013*

156

9. NOVEMBER 2013 / Berlin-Schöneberg

Ein 46-jähriger Mann wird gegen 3.00 Uhr am Wittenbergplatz von drei unbekanntem Männern homophob beleidigt und zu Boden gestoßen. *Polizei Berlin, 8.01.2014*

157

10. NOVEMBER 2013 / Berlin-Lichtenberg

Ein Mann wird gegen 15.40 Uhr in einem Supermarkt in der Weitlingstraße von einem unbekanntem Mann, der eine BFC-Mütze trägt, rassistisch beleidigt, gestoßen und ins Gesicht geschlagen. Das Personal greift nicht ein und der Angestellte der Security-Firma unterstützt den Täter. *ReachOut*

rassistischen Mobs und in Berlin und Brandenburg war 2013 vor allem Maria Fank mit ihren Hassreden äußerst präsent. Gerade vor dem Hintergrund, dass sie im ambulanten Pflegebereich tätig war und gegenwärtig eine Ausbildung zur Sozialassistentin macht, müssen ihre Äußerungen und ihr Handeln akribisch beobachtet und bewertet werden. In ihrer Rede auf der NPD-Kundgebung am 1. Mai 2013 in Berlin-Schöneweide bejammert sie, dass »Familie in unserem Land nicht mehr geschätzt« werde, unterstellt der offiziellen Politik, sie sei damit beschäftigt, »den deutschen Volkstod voranzutreiben« und »eine Vermischung verschiedener Völker« zu befürworten. Es ist dann auch nicht weiter erstaunlich dass Maria Fank in ihrer Rede schlussfolgert, »Frauen lassen sich lieber mit schwarzen Männern ein, statt mit Deutschen Nachwuchs zu fördern«.

Gerade vor dem Hintergrund, dass sie im ambulanten Pflegebereich tätig war und gegenwärtig eine Ausbildung zur Sozialassistentin macht, müssen ihre Äußerungen und ihr Handeln akribisch beobachtet und bewertet werden.

Während des Wahlkampfes hatte die NPD am 23. Juli 2013 in der Südneuköllner Fritz-Erler-Allee mit einer sogenannten Mahnwache den »Raub mit Todesfolge zum Nachteil einer Rentnerin« in der Gropiusstadt für ihre rassistische Propaganda instrumentalisiert. Das polizeiliche Fahndungsprofil »schwarze, kurze Haare, Drei-Tage-Bart« und die rassistische Stigmatisierung »südländisches Aussehen«, reichte den Neonazis vollkommen aus, um ihre Hetzkampagne »kriminelle Ausländer raus« zu untermauern. Und dann trat wieder mal Maria Fank ans Mikrofon und hetzte undifferenziert voller Hass vor allem gegen Flüchtlinge. In ihrer Rede behauptete sie zum Beispiel: »Asylanten haben schon lange keinen Respekt mehr gegenüber den Deutschen«, oder auch »Sicherheit besteht gegenüber dem deutschen Volk nicht mehr, lieber wird sich um die Bedürfnisse fremder Menschen anderer Nationalitäten gesorgt und gekümmert«. Und weiter beklagte sie sich, dass »Gelder, welche für uns, für das deutsche Volk wichtig wären, in Bauten für Unterkünfte, welche diesem kriminellen Pack Schutz bieten sollen, gesteckt werden«. Ihren völkisch-rassistischen Rundumschlag beendet sie mit der Behauptung »unsere lieben Da-

men und Herren von oben interessiert die deutsche Bildung aber nicht, vielmehr wird sich um die Bildung irgendwelcher Negerstämme gekümmert«.

Geistige Brandstiftung

Wenn man diese Äußerungen und ihre Reden auf neonazistischen Veranstaltungen genau betrachtet, kommt man unweigerlich zu dem Schluss, dass sie eine geistige Brandstifterin ist. Dass Maria Fank sich dieser Rolle gewahr ist und in vollem Bewusstsein möglicher Folgen gegen Flüchtlinge und Migrant_innen hetzt, belegt sie dann auch noch mit folgendem Zitat auf ihrem mittlerweile nicht mehr existenten Facebook-Profil: »Ein guter Freund sagte mir ‚Ein funktionierender Daumen ist ausreichend, um ein Feuer zu entzünden.‘ Auch wenn ich lieber verbale Feuer entfache, muss ich doch relativ oft an diesen Satz denken«. In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, dass laut einer Chronik des Projektes »Netz gegen Nazis« im Jahr 2014 in den ersten drei Monaten bereits 21 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte stattgefunden haben, davon 13 Brandanschläge und 8 Vorfälle, in denen Objekte auf Unterkünfte geworfen oder randaliert wurde«. Besonders in Berlin-Hellersdorf werden die Geflüchteten bedroht und es kommt immer wieder zu Anschlägen auf die Flüchtlingsunterkunft.

Eine zukünftige Erzieherin mit Sympathie für Euthanasie?

Neben ihren rassistischen Hetzreden auf Kundgebungen der Berliner NPD, wird in der Analyse eines Interviews, das sie dem neonazistischen Internetportal »FSN-TV« gab, deutlich, dass sie auch in der Berufsausübung für praktische Ungleichbehandlung aus rassistischen Motiven steht. Da Maria Fank früher schon mal als Hilfskraft und während ihrer jetzigen Ausbildung als Praktikantin im Pflegebereich tätig war, wurde ihr die Frage gestellt, wie sie damit umgehe »Ausländer« zu versorgen, und ihre Antwort lautete: »Ja, also das ist natürlich eine Sache, da muss man über seinen eigenen Schatten irgendwie springen (...) Und für mich war immer klar gewesen, dass ich das Berufliche irgendwo schon mit dem Privaten trennen muss. Wobei es bei mir aber auch Grenzen gibt. Also man hat es ja in der Pflege, dass

158

23. NOVEMBER 2013 / Berlin-Schöneberg
Gegen 5.30 Uhr wird ein 52-jähriger Mann am Nollendorfplatz von einem unbekanntem Mann, der in Begleitung von vier Personen ist, homophob beleidigt und mit einer Flasche beworfen. *Polizei Berlin, 23.11.2013 / Tagesspiegel, 23.11.2013*

159

23. NOVEMBER 2013 / Berlin-Lichtenberg, U-Bahnlinie U5
Ein 22-jähriger Tourist, der um 6.10 Uhr mit zwei Freunden in der U-Bahn U5 Richtung Hönow unterwegs ist, wird von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt, ins Gesicht geschlagen und verletzt. *Polizei Berlin, 23.11.2013*

160

23. NOVEMBER 2013 / Berlin-Treptow
Als Nazis zu ihrem Auftaktort der Kundgebung geführt werden, brechen einige durch die Polizeikette. Eine Gegendemonstrantin wird beleidigt und geschubst. Ein von ihr mitgeführtes Schild wird entwendet und zerstört. *Register Treptow Köpenick*

161

23. NOVEMBER 2013 / Berlin-Treptow
Ein Fotograf wird im Zusammenhang mit einem Aufmarsch der JN (Junge Nationaldemokraten – Jugendorganisation der NPD) in Schöneeweide von einem Mann mit einer JN-Fahne auf den Kopf geschlagen und verletzt. *Störungsmelder, 24.11.2013 / antifa-berlin.info, 25.11.2013*

162

24. NOVEMBER 2013 / Berlin-Prenzlauer Berg
Ein 29-jähriger Mann wird gegen 0.05 Uhr in den Toilettenräumen eines Veranstaltungsgebäudes von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt und geschlagen. *Polizei Berlin, 8.01.2014*

163

25. NOVEMBER 2013 / Berlin-Prenzlauer Berg
Ein 31-jähriger Mann wird von einem Unbekanntem um 20.25 Uhr homophob beleidigt und geschlagen. *Polizei Berlin, 8.01.2014*

man sich schon aussuchen darf, ob man zu demjenigen hin möchte oder nicht. Und das war eigentlich generell so, dass wenn ich es vermeiden konnte, hab ich es natürlich vermieden.« Weiterhin wird sie in dem Interview nach ihren Lieblingsbüchern gefragt » ... zu meinem absoluten Lieblingsbuch gehört Konrad Lorenz, also generell als Schriftsteller, vor allem ›Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit‹ und dann sind es noch zwei Bücher, die ich hier nicht weiter nennen möchte«.

In seinem Buch von 1971 ›Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit‹ bedauert der Zoologe Konrad Lorenz, der im Nationalsozialismus »rassebiologische« Forschungen betrieb und auch nach 1945 biologistische Erklärungen für gesellschaftliche Probleme herleitete, den »genetischen Verfall« durch mangelnden »Selektionsdruck«. Er sieht die rebellierende Jugend als »soziale Parasiten« und bemängelt das »Abreißen der Tradition«. Mit seinen Schriften versuchte er unter anderem auch eine »wissenschaftliche« Rechtfertigung für das nationalsozialistische »Euthanasieprogramm« zu liefern. Konrad Lorenz trat 1938 der NSDAP bei, was er dann nach 1945 leugnete.

Seit 2010 propagiert die NPD, dass Erziehung eine »nationale Lebensaufgabe« sei. Maria Fank bestätigt auf der Internetseite des RNF, dass sie sich dieser Aufgabe widmen will: »Für den Erhalt unseres Volkes, unserer Sitten und Werte werde ich mich aktiv einsetzen! Ich möchte den jungen Menschen andere Lebensweisen vorzeigen, welche nicht von diesem BRD System geprägt sind.« Maria Fank geht weiterhin auf die AFBB in Berlin-Mitte und wird ihre Ausbildung zur Sozialassistentin im Sommer 2014 abschließen. Darüber hinaus ist es sehr wahrscheinlich, dass sie ihre aktuelle Ausbildung als Sprungbrett zu einer Erzieher_innen-Ausbildung nutzen wird. Auf der Homepage der Berufsakademie heißt es: »Mit dem Abschluss als Sozialassistent/in ist eine aufstiegsorientierte Ausbildung zum/zur Erzieher/in möglich.«

Zeit zu Handeln – Kampagne gegen Neonazis in Neukölln

Im Sommer 2011 schlossen sich, in Reaktion auf vermehrte Angriffe von Neonazis auf linke Projekte und Vereine, verschiedene antifaschistische Gruppen in der Kampagne »Zeit zu Handeln« zusammen. Seit ihrer Gründung arbeitet die Kampagne durch verschiedene Aktionen an der Etablierung einer effizienten und nachhaltigen antifaschistischen Praxis im Süden Neuköllns und darüber hinaus. Aktueller Arbeitsschwerpunkt ist die Verhütung einer rassistischen Mobilisierung gegen die neu eröffnete Flüchtlingsunterkunft in Britz.

DIE EHEMALIGEN RUMMELSBURGER ARBEITSHÄUSER IN BERLIN-LICHTENBERG WURDEN IM KAISERREICH ALS STRAFANSTALTEN FÜR OBDACHLOSE UND BETTELNDE ZUR »ARBEITSERZIEHUNG« UND »BESSERUNG« EINGERICHTET SOWIE ZUR NACHHAFT VON ZUCHTHAUSINSASSEN. MIT DEM ERBGESUNDHEITSGESETZ UND DEM ERLASS ZUR VORBEUGENDEN VERBRECHENSBEKÄMPFUNG WURDE IM DEUTSCHEN FASCHISMUS LEGITIMIERT, DASS »ARBEITSLOSE FÜRSORGEEMPFÄNGER«, »ARBEITSSCHEUE«, EHEMALS »STRAFFÄLLIGE« UND »AUFFÄLLIGE« UNBEFRISTET FESTGEHALTEN WERDEN KONNTEN. DER ARBEITSKREIS »MARGINALISIERTE – GESTERN UND HEUTE!« (ARBEITSKREIS) MACHT SEIT JAHREN DARAUF AUFMERKSAM, DASS AN DIESEM ORT DIE GEWALTSAME STIGMATISIERUNG UND UNTERDRÜCKUNG VON SOZIAL UNERWÜNSCHTEN STATTFAND UND VERWEIST DARAUF, DASS ES DURCHGEHEND BIS HEUTE VORBEHALTE GEGEN ERWERBSLOSE UND NICHT ERWERBSFÄHIGE GIBT.

Lichtenberg verhindert differenzierte Aufarbeitung am Gedenkort Rummelsburg

von Anne Alex, für den Arbeitskreis
»Marginalisierte – gestern und heute!«

Arbeitskreis stört vermeintlichen Frieden

Seit 2008 führt der Arbeitskreis in der Rummelsburger Bucht jedes Jahr eine Erinnerungsaktion an die Opfer der »Aktion Arbeitsscheue Reich« 1938 durch. Die Forderungen des Arbeitskreises an den Bezirk Lichtenberg dort eine offizielle Gedenktafel aufzustellen wurden nicht aufgegriffen.

Dagegen hatte das Bauvorhaben mit dem Motto »Schöner leben und arbeiten in der Rummelsburger Bucht« die ganze Unterstützung des Bezirkes. Schon die ersten Hochglanzbroschüren zur Gebietsaufwertung ließen keinen Zweifel, dass die Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte nicht berücksichtigt würde. Alte Gebäude für eine gedenkorteilige Dokumentation wurden nicht vor der Privatisierung geschützt. Der Arbeitskreis besetzte im April 2011 symbolisch den alten Friedhof und führte dort eine Filmmacht durch. Nach archäologischen Probestrabungen fand die Senatsbeauftragte für Denkmalschutz den einzigen noch erhaltenen

unterirdischen Friedhof in Berlin aus dieser frühen Zeit, den sie gerne als Denkmal erhalten hätte. Doch das Baugeschehen hatte Vorrang. Der Investor ließ trotz Auflage zur Berichterstattung über den Inhalt des Erdaushubs unter dem Beton nichts verlauten. Es entstand der Eindruck, dass der Arbeitskreis weniger als geschichtspolitische Initiative, sondern eher als Störer in der inzwischen luxuriösen Wasserstadt betrachtet wird. So fehlte kurz nach der Gedenkaktion am 8. Juni 2013 das 3 Meter hoch am Verwaltungshaus befestigte Blumengesteck mit Gedenkschleife.

»Arbeit als Strafe« in Rummelsburg

Die Rummelsburger Arbeitshäuser wurden 1879 eröffnet. Sie dienten der Ablösung des zu klein gewordenen Arbeitshauses »Ochsenkopf«. Die 19 Backsteinhäuser waren mit 1000 Plätzen das größte Arbeitshaus in Preußen. Im deutschen Kaiserreich gerieten Wohnungslose, »Prostituierte«, Alko-

holkranke und andere bedürftige Personen in den Fokus der Polizei. Wegen Herumtreiberei, Bettelerei oder nach einer Zuchthaushaft wurden Menschen bis zu zwei Jahre im Arbeitshaus inhaftiert. Erwachsene, die dreimal im Obdachlosenasyl »Palme« (Fröbelstraße) nächtigten, mussten mit der Strafe »Arbeitshaus« rechnen. Die Arbeitshäuser waren ein Instrument der Armenfürsorge. Sie galten als »polizeiliche Arbeitserziehungs- oder Korrekptionsanstalten«. Der Bevölkerung dienten sie als Abschreckung.

Als »asozial« verfolgt und umgebracht

»Arbeitslose« Fürsorgeempfangende, »die die Arbeit verweigerten oder keinen Unterhalt zahlten« konnten seit 1924 laut § 20 Reichsfürsorgepflichtverordnung mit der Begründung »Arbeitsscheu« in Arbeitshäuser gesperrt werden. Obwohl ein seit 1918 diskutiertes Bewahrungsgesetz nie in Kraft trat, führte Berlin 1934 die Bewahrung »Asozialer« ein. Neben der Polizei, die reichsweit gegen Bettelnde, Landstreichende und »Prostituierte« vorging, war kommunal vor allem die Wohlfahrts- und Jugendfürsorge aktiv. In Berlin konnten ab 1934 alle, die als »asozial« galten, in Arbeitshäuser inhaftiert werden, die zum zentralen Repressionsinstrument gegen »soziale Außenseiter« wurden. Dazu zählten auch »arbeitslose« Fürsorgeempfangende, angebliche Arbeitsverweigerer, nicht den Unterhalt Zahlende, Kranke, Homosexuelle, Sinti und Roma und andere. Die Nichtdefinition des Begriffs »Asozialität« eröffnete große Handlungsspielräume für die ausführenden Organe. Im Jahr 1938 fanden klandestin vorbereitete »Aktionen Arbeitsscheu Reich« statt, die zur Radikalisierung der geplanten »Erhaltung und Reinigung des deutschen Volkskörpers« beitragen und einen Wendepunkt im Umgang mit den »Gemeinschaftsfremden« einleiteten. Von der Gestapo und der Kriminalpolizei wurden 11351 männliche »Asoziale« in Konzentrationslager verschleppt. »Bereits wenige Wochen nach den Massenverhaftungen [...] war die Verhängung von Vorbeugungshaft gegen »Asoziale« in das normale, routinemäßige Verwaltungshandeln vieler Kommunen integriert. Wohlfahrtsämter drängten die Polizeibehörden geradezu zur Verhaftung von »Asozialen«¹. Arbeitshausgefangene wurden zu Zwangssterilisationen selektiert. Aus den Akten des Erbgesundheitsgerichts Berlin geht hervor, dass zwischen 1934 und

1945 von Rummelsburg aus mehr als 170 Sterilisationen erfolgten. Unter anderem wurde der deutsche Boxmeister im Halbschwergewicht, der Sinto J. Trollmann², von hier zur Sterilisation gebracht.

Nach 1945 diente die Anlage in Rummelsburg verschiedenen Zwecken, ab 1951 vorwiegend als DDR-Gefängnis.

Sozialrassismus in den Köpfen fest verankert

Dass sozialrassistische Vorbehalte in den Köpfen tief verankert sind, zeigen gewalttätige Angriffe auf Erwerbslose und Wohnungslose bis heute: »Für Dieter Eich hatte die Stigmatisierung »asozial« erst vor wenigen Jahren tödliche Folgen. Er war im Mai 2000 in Buch von Neonazis ermordet worden, die hinterher damit prahlten »einen Assi geklatscht« zu haben. Die Initiative »Niemand ist vergessen« sammelt Spenden für einen Gedenkstein für dieses Opfer der Stigmatisierung sogenannter Asozialer.«³

Alle aus sozialen und gesundheitlichen Belangen Verfolgten wurden 1946 vom »Hauptausschuss für die Opfer des Faschismus« nicht als Opfer des Faschismus anerkannt. Die Entscheidung zeigt, dass Nazipsychiater wie Karl Bonhoeffer auch ge-

Arbeitshausgefangene wurden zu Zwangssterilisationen selektiert. Aus den Akten des Erbgesundheitsgerichts Berlin geht hervor, dass zwischen 1934 und 1945 von Rummelsburg aus mehr als 170 Sterilisationen erfolgten.

genüber politisch verfolgten KommunistInnen ihre erbbiologischen Ansichten über die »Minderwertigkeit« nicht erwerbstätiger Personen nach 1945 durchsetzen konnten und dass der Umgang mit aus sozialen und gesundheitlichen Gründen verfolgten Personen nicht als Verbrechen, wohl aber als Unrecht angesehen wurde. Die Zuschreibungen, die schon vor und im Nationalsozialismus vor allem auf Unterstellungen, Diffamierungen und Denunziationen beruhten, wurden weiter vertreten.

Erst ab den 1980er Jahren befassten sich WissenschaftlerInnen wie G. Bock⁴, W. Ayaß, die »Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark«, der Zeitzeuge P. Brune und die JournalistInnen



G. Schwarze und J. Muggenthaler mit diesen Verbrechen, deren Ausmaß noch immer unbekannt ist. Die Befassung mit dem Thema wird hauptsächlich durch die drakonische Stigmatisierung erschwert.

In den «Deutschen Zuständen», den jährlichen Studien des Bielefelder Forschungsinstituts, zeigt sich, dass sich gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit überwiegend gegen Erwerbslose, Menschen mit Behinderungen und Wohnungslose richtet. Auch PolitikerInnen nutzen die bestehenden Resentiments, um gegen Alg-II-Berechtigte zu hetzen.

Kritik am Runden Tisch

Der Bezirk Lichtenberg hatte nach der Wahl 2011 die Idee zur Schaffung eines Ortes zum »Gedenken an der Rummelsburger Bucht« (Gedenkort) aufgegriffen. Mit Unterstützung des Berliner Senats stellte der Projektträger »Forum Geschichte und Gegenwart« beim Berliner Mauerfonds daraufhin einen Antrag auf Fördermittel für den Gedenkort. Eine Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit an einem Gedenkortkonzept war so von vornherein ausgeschlossen. Stattdessen wurde eine ExpertInnenkommission eingesetzt, die Themen und einen Zeitplan sowie eine Konzeption des Gedenkortes erarbeiten sollte.

Der »Runde Tisch« beerdigt mit dieser Ausschreibung alle weiteren Möglichkeiten räumlicher, gestalterischer und dokumentarischer gedenkpolitischer Aktivitäten im Areal.

Mit einer Pressemitteilung protestierte der Arbeitskreis »Marginalisierte – gestern und heute!« gegen das undemokratische Vorgehen im Bezirk: »Wir fordern ... unverzüglich den Runden Tisch zur Konzipierung eines Gedenkortes in dem Areal der ehemaligen Rummelsburger Arbeitshäuser einzuberufen, an dem alle Interessierten einschließlich ExpertInnen und politisch Verantwortliche offen und transparent über ein Gedenken diskutieren können.« Dieser Protest hatte erst nach der Veröffentlichung im »Neuen Deutschland« den Erfolg, dass der Arbeitskreis nun an den Treffen teilnehmen konnte. Am Runden Tisch sitzen der AnwohnerInnenverein »WIR in Rummelsburg«, der Kiezbeirat von Rummelsburg, der Lichtenberger Bürgermeister und seine Vertreterin, freie

164

27. NOVEMBER 2013 / Berlin-Prenzlauer Berg
Gegen 18.00 Uhr werden ein 43-jähriger Imbissbetreiber und eine 30-jährige Frau von zwei unbekanntenen Männern in seinem Imbiss in der Schönhauser Allee rassistisch beleidigt, mit einem Messer bedroht und beraubt. *Polizei Berlin, 28.11.2013 / Berliner Zeitung, 28.11.2013*

165

29. NOVEMBER 2013 / Berlin-Wedding
Am Abend wird ein 22-jähriger Taxifahrer in der Wollankstraße Ecke Kattegatstraße von einem 47-jährigen Mann rassistisch beleidigt und mit Steinen beworfen, wobei die Windschutzscheibe zerstört wird. Ein Zeuge, der helfend eingreift, wird verletzt. *B.Z., 4.12.2013*

166

2. DEZEMBER 2013 / Berlin-Pankow
Eine 50-jährige Frau wird gegen 19.00 Uhr in der Arkonastraße von einer 44-jährigen Frau antisemitisch beleidigt und ins Gesicht geschlagen. *Polizei Berlin, 18.02.2014*

167

2. DEZEMBER 2013 / Berlin-Mitte,
U-Bahnhof Alexanderplatz
Zwei 21-jährige Frauen werden gegen 21.05 Uhr von einem 16-jährigen Jugendlichen homophob beleidigt und eine der Frauen wird zu Boden gestoßen. *Polizei Berlin, 18.02.2014*

168

7. DEZEMBER 2013 /
Berlin-Hohenschönhausen
Gegen 3.50 Uhr wird ein 37-jähriger Mann, der sich anlässlich einer Feier als Frau verkleidet hat, in der Konrad-Wolf-Straße von vier Männern im Alter von 20-25 Jahren homophob beleidigt, geschlagen und getreten. *Polizei Berlin, 7.12.2013 / Tagesspiegel, 7.12.2013 / Berliner Zeitung, 7.12.2013*

HistorikerInnen, Vertreter der polizeihistorischen Sammlung, ehemalige DDR-Gefängnishäftlinge, Vertreter der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der ehemalige Gedenkstättenreferent vom Berliner Bürgermeister, Rainer Klemke, die Besitzerin des ehemaligen Arresthauses, die darin ein Abenteuerhotel betreibt und andere. Die eingeschränkte Zeitschiene und das Desinteresse an einer differenzierten historischen Aufarbeitung des Ortes drücken die Kontroversen verschiedenen politischen Interessen am Gedenkort aus.

Der Arbeitskreis kritisiert unter anderem die vom Runden Tisch erarbeiteten Gedenktafeln, zu den Zeiträumen von 1879 – 1945 und 1945 – 1990, die die geschichtlichen Zeitetappen so gruppieren, dass das Schwergewicht auf das Unrecht in der DDR gelegt wird und die Singularität der Naziverbrechen verblasst. Die Tafeln wurden am 14.12.2012 gegen den Protest des Arbeitskreises aufgestellt.

Dagegen unterstützte der Arbeitskreis die Ausstellung »Zerstörte Vielfalt. Berlin 1933-1938« im April 2013 durch Recherchetätigkeiten und Vernetzung zu Überlebenden und Angehörigen. Vier Litfaßsäulen zeigen Hintergrundtexte zur Nazizeit in Rummelsburg und stellen vier Biografien ehemaliger InsassInnen vor. Im Beisein der Tochter Trollmanns und der überlebenden Zeitzeugin Ilse Heinrich wurde diese Ausstellung feierlich in Rummelsburg eingeweiht.

Aber eine gemeinsame Gedenkortkonzeption wurde beim Runden Tisch nicht diskutiert. Gegen den Protest des Arbeitskreises stimmte der Runde Tisch dem Entwurf einer Interessensbekundung zu, trotz der Hinweise auf unzureichende Forschung zum Ort und eine geschichtsklitternde Darstellungsweise, die suggeriert, dass es kein wirkliches Interesse an der Aufarbeitung der Geschichte der Rummelsburger Arbeitshäuser gibt. Der »Runde Tisch« beerdigt mit dieser Ausschreibung alle weiteren Möglichkeiten räumlicher, gestalterischer und dokumentarischer gedenkpolitischer Aktivitäten im Areal.

Aus diesem Grund erklärte der Arbeitskreis im November 2013 seinen Rücktritt vom »Runden Tisch«.

Lernort statt Geschichtsbeerdigung

Trotz des Ausscheidens vom Runden Tisches arbeitet der Arbeitskreis weiter für die Einrichtung

eines Gedenk- und Lernortes. Er fordert die Abgeordneten der BVV-Lichtenberg auf:

– 1. Den fortgeschrittenen Beratungsstand des Runden Tisches detailliert abzufragen und dazu alle Beteiligten anzuhören.

– 2. Den zweistufigen Realisierungswettbewerb zu stoppen, da dieser derzeit nicht auf gemeinsamen Konzepten und inhaltlichen Absprachen zu einem Gedenkort beruht. Dagegen sollen weitere Entscheidungen berlinweit dem Sachverständigen vieler gedenkpolitischer sowie künstlerisch-gestalterischer tätiger AkteurInnen und Institutionen auf dem Gebiet von Gedenkorten zugänglich gemacht werden.

– 3. Die BVV soll das Bezirksamt auffordern, die grundsätzliche Funktions- und Arbeitsweise sowie die Entscheidungsfindung des Runden Tisches abzufragen und seine Arbeit kritisch zu begleiten

– 4. Die zwei geschichtsverzerrenden Gedenktafeln durch eine dritte Tafel zu ergänzen, auf der die Naziverbrechen dargestellt werden. Außerdem sollen die Tafeln an einem zentraleren Ort aufgestellt werden.

– 5. Statt perspektivlos ohne notwendige Forschungen weitere »historische Markierungen« in einer begrenzten Ausschreibung für insgesamt 200.000,- € zu initiieren, empfiehlt der Arbeitskreis das Geld für Wohnungslose und Geflüchtete einzusetzen.

– 6. Der Arbeitskreis fordert die Schaffung einer Gedenk-, Lern- und Forschungs- und Begegnungsstätte, die umfassend über die Entstehung, Geschichte und Hintergründe und die Betroffenen von 110 Jahren sozialer Ausgrenzung aufklärt.

– 7. Die Voraussetzungen für die Einbeziehung des Bundes, des Landes Berlin sowie aller anderen Bezirke zu schaffen, die dem überregionalen Charakter der ehemaligen Rummelsburger Arbeitshäuser gerecht wird.

– 8. Dem Vorwurf des Geschichtsrevisionismus, einer Verharmlosung des deutschen Faschismus bzw. einer Dämonisierung der DDR entgegenzuwirken. Aus diesem Grund sollten die Veranstaltungen zum »Themenjahr – 25. Jahrestag des Mauerfalls« 2014 nicht ausschließlich auf die Geschichte der DDR-Haftanstalt reduziert werden. Die unhinterfragte Konstruktion zweier angeblich homogener Betroffenengruppen – der »politisch Verfolgten« und der »Kriminellen« sollte bezüglich der soziale Ausgrenzung und dem Unrecht mit allen Differenzierungen erweitert werden.

—9. Die Abgeordneten der BVV Lichtenberg sowie des Abgeordnetenhauses von Berlin sind aufgefordert, alle Möglichkeiten zu prüfen sowie Initiativen zu ergreifen, damit der Senat den Liegenschaftsfonds beauftragt, die Nutzung der Polizeigebäude auf dem derzeit noch von der Berliner Polizei angemieteten Areal der ehemaligen Rummelsburger Arbeitshäuser nach dessen Rückgabe für einen Gedenk-, Lern- und Forschungsort und Begegnungsstätte vor dem Weiterverkauf festzuschreiben.

Seit 2007 engagiert sich der **Arbeitskreis »Marginalisierte – gestern und heute!«** für einen europäischen Ort des Erinnerns und Nachdenkens, an dem sich Menschen mit den jahrhundertelangen sozialrassistischen Ressentiments gegen Einkommensarme und sozial Benachteiligte auseinandersetzen können sollen. Im Mittelpunkt dessen soll die Auseinandersetzung mit den im deutschen Faschismus verfolgten so genannten Asozialen bzw. angeblichen Arbeitsscheuen stehen. Die Kontinuitäten und Brüche der Ausgrenzung dieser Gruppen in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland sollen nicht ausgespart sein. Die Konzeption ist zu finden unter: www.marginalisierte.de. Der Arbeitskreis und sein Verein extramural e.V. veranstalten ein jährliches Gedenken auf dem Areal der ehemaligen Rummelsburger Arbeitshäuser sowie jährliche Veranstaltungsreihen oder Ausstellungen.

1 — Ayaß, W. (1998): »Gemeinschaftsfremde«, Materialien aus dem Bundesarchiv, Koblenz.

2 — www.johann-trollmann.de/

3 — Nowak, P. (2013) Missbraucht, schwanger – und als »asozial« stigmatisiert, taz, 12.06.2012.

4 — Bock, G. (2010): Zwangssterilisation im Nationalsozialismus: Studien zur Rassenpolitik und Geschlechterpolitik, Nachdruck der Erstausgabe von 1986, Westdeutscher Verlag, Opladen.

169

8. DEZEMBER 2013 / Berlin-Friedrichshain, S-Bahn
In der S-Bahn zwischen Warschauer Straße und Ostkreuz wird gegen 20.00 Uhr eine Familie von zwei Männern rassistisch beleidigt und der Vater wird angegriffen. Zeug_innen und Bahnpersonal konnten Schlimmeres verhindern. *Antifa Friedrichshain*

170

9. DEZEMBER 2013 / Berlin-Mitte
Gegen 1.20 Uhr wird ein 29-jähriger Mann auf dem Alexanderplatz von einem 49-jährigen Mann homophob beleidigt und ins Gesicht geschlagen. *Polizei Berlin, 18.02.2014*

171

12. DEZEMBER 2013 / Berlin-Hohenschönhausen
Um 17.00 Uhr wird eine 34-jährige Frau in der Landsberger Allee in Alt-Hohenschönhausen von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt, angerempelt und mehrfach geschubst. *Polizei Berlin, 18.02.2014*

172

17. DEZEMBER 2013 / Berlin-Wedding, U-Bahn
Gegen 22.00 Uhr wird ein 29-jähriger Mann in der U-Bahn U8 vor dem Bahnhof Osloer Straße von zwei Männern rassistisch beleidigt. Er wird von einem der Männer ins Gesicht geschlagen und verletzt. *Polizei Berlin, 18.12.2013*

173

29. DEZEMBER 2013 / Berlin-Hohenschönhausen
Ein 19-jähriger Mann wird gegen 23.30 Uhr in der Konrad-Wolf-Straße von einem 42-jährigen Mann verfolgt, rassistisch beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Ein 20-Jähriger, der helfend eingreift, wird auch ins Gesicht geschlagen. *Polizei Berlin, 18.02.2014*

174

30. DEZEMBER 2013 / Berlin-Hohenschönhausen
Ein 28-jähriger Mann wird gegen 21.00 Uhr in der Landsberger Allee in Alt-Hohenschönhausen von einem 15-jährigen Jugendlichen rassistisch beleidigt und an den Haaren gezogen. *Polizei Berlin, 18.02.2014*

Literatur

Antirassistisches Zentrum (Hg.): **6 Monate Flüchtlinge in der TU Berlin – Materialien zur Auswertung und Diskussion.** Berlin o.J. (1992).

apabiz (Hg.): **Burschenschaft Gothia. Ein Dossier über die Berliner Burschenschaft.** Von Lucius Teidelbaum, Berlin 2013.

Dies.: **Die Deutsche Sängerschaft. Ein Dossier über eine studentische Vereinigung.** Von Jörg Kronauer, Berlin 2013.

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. (Hg.): **Welcome to Berlin?! Für eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen.** Dokumentation der Tagung vom 2.11.2013. Download unter: www.bildungswerk-boell.de

Jürgen Borchert: **Sozialstaatsdämmerung.** München 2013.

Georg Classen: **Wohnen für Flüchtlinge in Berlin – Sammelunterkünfte oder Mietwohnungen?** 2013. Download unter: www.fluechtlingsinfo-berlin.de

Susanne Doetz: **Alltag und Praxis der Zwangssterilisation: Die Berliner Universitätsfrauenklinik unter Walter Stoeckel 1942 – 1944.** Berlin 2011.

FRA (Hg.): **Erfahrungen der jüdischen Bevölkerung mit Diskriminierung und Hasskriminalität in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union 2013.** Download unter: <http://fra.europa.eu>

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): **Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012.** Von Oliver Decker, Oliver Kiess und Elmar Brähler, Bonn 2012.

Sebastian Friedrich (Hg.): **Rassismus in der Leistungsgesellschaft.** Münster 2011.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin / Verein für demokratische Kultur e.V. (Hg.): **Keine Bühne für Rassismus – Flüchtlinge willkommen heißen!** 2013. Download unter: www.mbr-berlin.de

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus / Evangelische Akademie zu Berlin / Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hg.): **Was tun, damit's nicht brennt? Leitfaden zur Vermeidung von rassistisch aufgeladenen Konflikten im Umfeld von Sammelunterkünften für Flüchtlinge.** 2014. Download unter: www.mbr-berlin.de

Opferperspektive e.V. (Hg.): **Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt. An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren.** Münster 2013.

OSCE (Hg.): **Summary Report of the Expert Conference on Addressing the Security Needs of Jewish Communities in the OSCE Region: Challenges and Good Practices.** 2013. Download unter: www.osce.org/odihr/105253

PRO ASYL (Hg.): **Serbien – Ein sicherer Herkunftsstaat von Asylsuchenden in Deutschland? Eine Auswertung von Quellen zur Menschenrechtssituation.** Von Karin Waringo, 2013. Download unter: www.pro- asyl.de

Monika Schwarz-Friesel, Jehuda Reinharz: **Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert.** Berlin 2013.

Dirk Stegemann: **»Arbeitsscheu« und »asozial«.** In: Gen ethischer Informationsdienst, Heft September 2013, S.16-18.

Film: Andrea Behrendt: **»Arbeitsscheu - abnormal - asozial«.** Globale Medienwerkstatt e.V. (Produktion), BRD 2010.

Adressen

afrique-europe-interact

T (+49) 01578.485 29 21
nolagerbremen@yahoo.de
www.afrique-europe-interact.net

Amaro Foro e.V. - Jugendorganisation von Roma und Nicht-Roma

Weichselplatz 8
12045 Berlin
T 030.43 20 53 73
info@amarofooro.de
www.amarofooro.de

apabiz – Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin

Lausitzerstraße 10
10999 Berlin
T/F 030.6 11 62 49
mail@apabiz.de
www.apabiz.de
www.blog.schattenbericht.de
www.nsu-watch.info

Arbeitskreis »Marginalisierte – gestern und heute!«

c/o Haus der Demokratie und
Menschenrechte
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
marginalisierte@yahoo.de
www.marginalisierte.de

Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)

Siegstraße 15
47051 Duisburg
T 0203.2 02 49
info@diss-duisburg.de
www.diss-duisburg.de

Hellersdorf hilft

info@hellersdorf-hilft.de
http://hellersdorfhilft.word-
press.com

JOLIBA – Interkulturelles Netzwerk in Berlin e.V.

Beratungscenter:
Görlitzer Straße 70
10997 Berlin
T 030.61 07 68 02
Büro:
T 030.69 56 91 44
joliba@snafu.de
www.joliba.de

KuB – Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und MigrantInnen e.V.

Oranienstraße 159
10969 Berlin
T 030.6 14 94 00
kontakt@kub-berlin.org
www.kub-berlin.org

Medibüro – Büro für medizinische Flüchtlingshilfe

Gneisenaustraße 2a
Hinterhof, Ausgang 3, 2. Stock
10961 Berlin
T 030.6 94 67 46
info@medibuero.de
www.medibuero.de

MRBB – Migrationsrat Berlin-Brandenburg e. V.

Oranienstraße 34
10999 Berlin
Geschäftsstelle:
T 030.61 65 87 55
Beratung:
T 030.60 03 11 39
info@mrbb.de
www.migrationsrat.de

Mobile Beratung gegen Rechts- extremismus Berlin (MBR)

Chausseestraße 29
10115 Berlin
T 030.24 04 54 30
info@mbr-berlin.de
www.mbr-berlin.de

[moskito] – Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt

Fehrbelliner Straße 92
10119 Berlin
T 030.443 71 79
moskito@pfefferwerk.de
www.pfefferwerk.de/moskito

ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Oranienstraße 159
10969 Berlin
T 030.69 56 83 39
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Zeit zu Handeln – Kampagne gegen Neonazis in Neukölln zeit_zu_handeln@riseup.net www.zeitzuhandeln.antifa.cc

Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick (ZfD)

c/o Villa offensiv
Hasselwerder Straße 38-40
12439 Berlin
Besuchsadresse:
Michael-Brückner-Straße 1
T/F 030.65 48 72 93
zfdtk@t-online.de
www.zentrum-für-demokratie.de

Impressum

Berliner Zustände

**Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus im Jahr 2013**

Herausgeber innen

apabiz & MBR im April 2014

VISDP

Christoph Schulze c/o apabiz e.V.,
Lausitzer Straße 10, 10999 Berlin

Gestaltung

Matthies & Schnegg, Golnar Mehboubi Nejati, Berlin

Fotos

Ramtin Zanjani, www.ramtinzanjani.com

Druck

druckTechnik

Schutzgebühr

4 Euro



Das Landesprogramm



Senatsverwaltung
für Arbeit, Integration
und Frauen

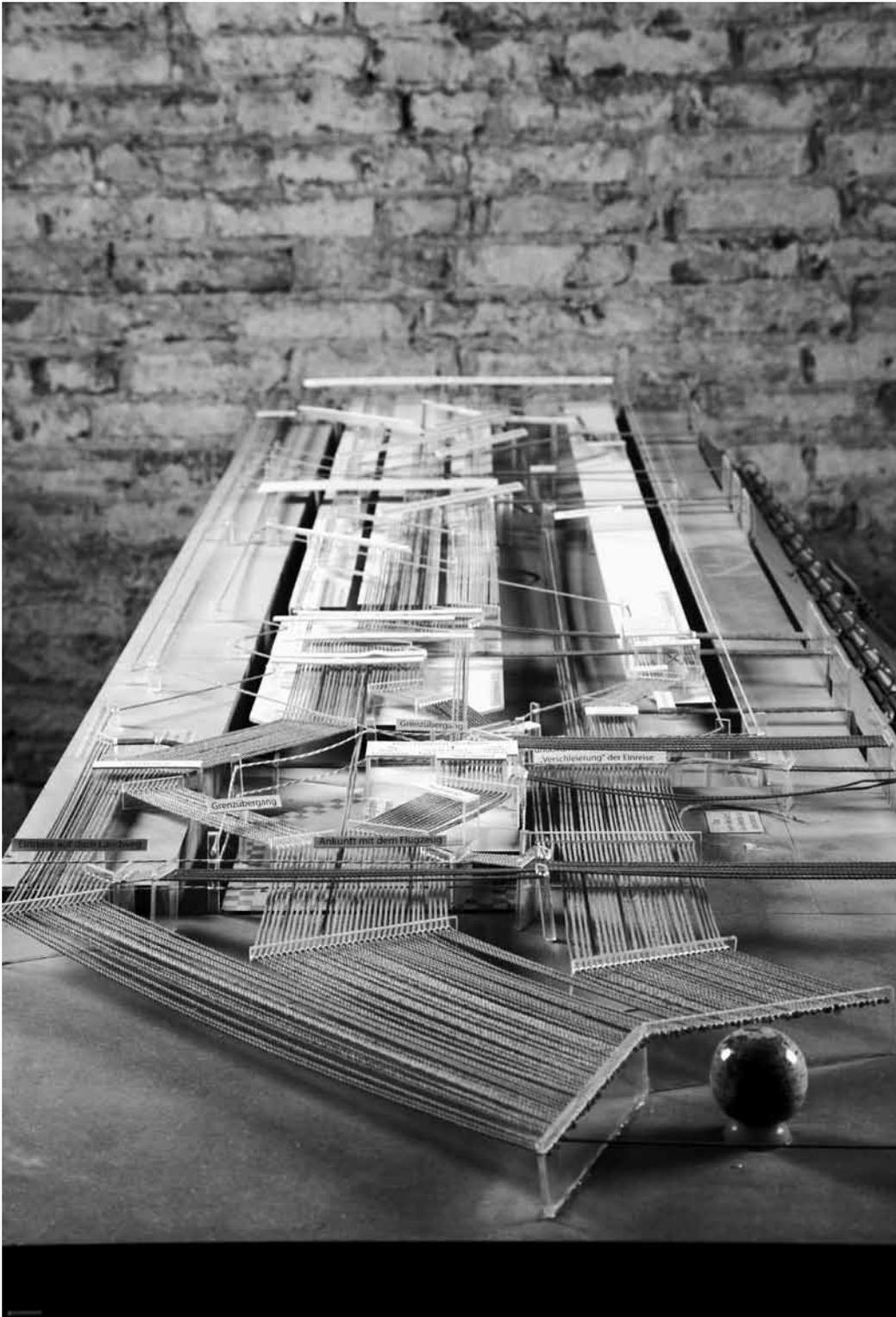


Diese Publikation wird Ihnen für nicht-kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgebenden und Autor_innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur in nicht-kommerziellen Publikationen bei Angabe der Quelle sowie Zusendung eines Belegexemplars gestattet. Bitte senden Sie uns im Fall der Weiterverarbeitung in anderen Dokumenten vorab die entsprechenden Passagen zur Autorisierung zu. Die Weiterverwendung in kommerziellen, insbesondere mehrwertsteuerpflichtigen Publikationen bedarf der ausdrücklichen schriftlichen Zustimmungen der Herausgebenden und Autor_innen.

Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der an-

gegebenen/ verlinkten Seiten ist stets die_der jeweilige Anbieter_in oder Betreiber_in der Seite verantwortlich. Entsprechende Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf mögliche Rechtsverstöße überprüft. Rechtswidrige Inhalte waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist jedoch ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir entsprechende Links umgehend entfernen.

Die herausgebenden Projekte werden gefördert durch das *Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus* der Beauftragten für Arbeit, Integration und Frauen des Berliner Senats. Wir danken den Fördermitgliedern des apabiz, die mit ihren Spenden die Erstellung dieser Publikation unterstützt haben.



BERLINER ZUSTÄNDE

